G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Alfred Mechtersheimer
Vorschlag für eine Strategie zur Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland

Helmut Ridder
Fetisch „Gleichgewicht"

Reinhard Kühnl
Die Welt zu Beginn der 80er Jahre

Zur Situation in den USA – Interview mit einem amerikanischen Bürgerrechtskämpfer

Georg Herde
Unverändert auf Revisionskurs „Ostdeutsche Kulturarbeit" der Vertriebenenverbände und Patenschaftspolitik von Ländern, Städten und Gemeinden

Alternativen
Thema: „Nachrüstung"

1'81

Januar 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Januar 1981

CHRONIK DES MONATS DEZEMBER 1980 1

Vorschlag für eine Strategie zur Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland ..... *Alfred Mechtersheimer* 4

KOMMENTARE UND BERICHTE

Fetisch „Gleichgewicht" ..... *Helmut Ridder* 8

Vom Sozialstaat zum Rüstungsstaat ..... *Jörg Huffschmid* 12

Instandbesetzer ..... *Norbert Schultze* 15

HAUPTAUFSÄTZE

Die Welt zu Beginn der 80er Jahre ..... *Reinhard Kühnl* 18

Zur inneren Situation in den USA
Interview mit einem amerikanischen Bürgerrechtskämpfer ..... *Ken Lawrence im Gespräch mit Bernd Greiner, Michael Jung und Sara Stebbins* 35

Unverändert auf Revisionskurs
„Ostdeutsche Kulturarbeit" der Vertriebenenverbände und Patenschaftspolitik von Ländern, Städten und Gemeinden der Bundesrepublik (Anhang: Übersicht) ..... *Georg Herde* 48

Frauen und Lohndiskriminierung
Haben die Gewerkschaften versagt? ..... *Sigrid Pohl* 64

Ökologie und Sozialismus
Eine Einführung in die in den sozialistischen Ländern geführte Diskussion über die ökologischen Perspektiven der Menschheit ..... *Günther Bachmann* 73

ALTERNATIVEN

Thema: „Nachrüstung" 92

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Zur Entwicklung im Wohnungsbau
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 112

MEDIENKRITIK

In Cross Roads und anderswo: in Leipzig ..... *Günter Giesenfeld* 116

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

„Mut für eine bessere Zukunft". Sozialdemokraten appellieren an den SPD-Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, den sozialdemokratischen Bundeskanzler (Wortlaut) 118

Die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1980 121

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 1/1981

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Dezember 1980

1. – 2. 12. – E G. In Luxemburg tagt der 18. Europäische Rat, an dem die Staats-, bzw. Regierungschefs der neun Mitgliedstaaten teilnehmen. Den Vorsitz führt der luxemburgische Ministerpräsident Werner. Wichtiges Beratungsthema ist die zum Jahreswechsel bevorstehende Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften sowie der gleichzeitige Wechsel an der Spitze der EG-Kommission. Griechenland, ab Januar 1981 das 10. Mitglied, ist durch einen Beobachter vertreten.

– P o l e n. Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) beschließt in Warschau neue personelle Veränderungen. Vier Mitglieder müssen aus dem Politbüro ausscheiden, der frühere Innenminister, General Mieczyslaw Moczar, und der stellvertretende Ministerpräsident Tadeusz Grabski werden neu in dieses Gemium aufgenommen. An die beiden ehemaligen Ministerpräsidenten Piotr Jaroszewicz und Edward Babiuch (vgl. „Blätter", 3/1980, S. 258 und 9/1980, S. 1027) sowie an den abgelösten Parteisekretär Edward Gierek (vgl. „Blätter", 10/1980, S. 1153f.) ergeht die Aufforderung, ihr Parlamentsmandat niederzulegen. – Am 4. 12. veröffentlicht das ZK einen Appell an die Bevölkerung, in dem es u. a. heißt, die „andauernden Unruhen" führten Polen „an den Rand der wirtschaftlichen und moralischen Zerstörung". Die notwendige Erneuerung könne „nur auf dem Boden des Sozialismus verwirklicht

werden" und es sei unzulässig, die „neu entstandenen Formen der selbstverwaltenden Demokratie" gegen den eigenen sozialistischen Staat und die Grundlagen seiner Gesellschaftsordnung zu mißbrauchen. – Am 13. 12. wendet sich Parteisekretär Kania gegen die Einmischung westlicher Kreise in die inneren Angelegenheiten Polens. Diese unterstützten die „Gegner des Sozialismus" und versuchten, den Erneuerungsprozeß für ihre „entspannungsfeindlichen, antisowjetischen und im Grunde antipolnischen Ziele" auszunutzen.

1. – 3. 12. – Warschauer Vertrag. In Bukarest tagen die Verteidigungsminister der Organisation. In einem Kommuniqué wird mitgeteilt, es seien Fragen der aktuellen Tätigkeit der vereinten Streitkräfte erörtert und entsprechende Beschlüsse gefaßt worden. – Am 5. 12. kommen in Moskau überraschend die Führungen von Partei und Regierung der Mitgliedstaaten zusammen. Parteisekretär Kania gibt einen Bericht über die Lage in Polen und die Ergebnisse der Tagung des Zentralkomitees der PVAP (1.–2. 12.). Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS berichtet, die Zusammenkunft habe in einer „Atmosphäre kameradschaftlichen und gegenseitigen Verständnisses" stattgefunden.

3. 12. – UNO. Die Generalversammlung billigt eine Erklärung, in der die Ziele der zweiten Abrüstungsdekade der Vereinten Nationen in den 80er Jahren formuliert werden. Das „Endziel aller Abrüstungsbemühungen der Staaten" bleibe die „allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle". Die Versammlung setzt gleichzeitig einen Ausschuß ein (78 Mitglieder), der die Sondertagung der Generalversammlung über Abrüstungsfragen im Jahre 1982 vorbereiten soll. – Am 15. 12. verabschiedet die Versammlung mit 98 gegen 16 Stimmen bei 32 Enthaltungen eine Resolution, die die Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes als eine unerläßliche Voraussetzung für die Lösung der Palästinafrage bezeichnet. Der Sicherheitsrat wird aufgefordert, zur Erörterung der Lage zusammenzutreten und wirksame Maßnahmen entsprechend Kapitel VII („Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens") zu beschließen.

4. 12. – Portugal. Der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Diogo Freitas do Amaral übernimmt nach dem plötzlichen Tode von Ministerpräsident Francisco Sa Carneiro interimistisch die Regierungsgeschäfte. Sa Carneiro und Verteidigungsminister Adelino Amaro da Costa waren beim Absturz eines Privatflugzeugs in der Nähe von Lissabon ums Leben gekommen. – Am 7. 12. finden Präsidentenwahlen statt (Wahlbeteiligung 84,2 %). Der amtierende Präsident, General Ramalho Eanes, erhält mit 56,4 % eine deutliche Mehrheit; auf den von der regierenden Demokratischen Allianz unterstützten Gegenkandidaten, General Antonio Soares Carneiro, entfallen 40,3 % der Stimmen. (Zu den Parlamentswahlen vom 5. 10. vgl. „Blätter", 11/1980, S. 1282.)

5. – 6. 12. – FDP. Die Freie Demokratische Partei hält in München ihren Bundesparteitag ab. Der Parteivorsitzende Genscher, der zur Eröffnung ein Grundsatzreferat vorträgt, wird mit 333 gegen 22 Stimmen bei 14 Enthaltungen in seinem Amt bestätigt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden werden der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick, Lieselotte Funke und Uwe Ronneburger wiedergewählt.

8. 12. – NATO. Mit einer Ministerkonferenz der europäischen Allianzmitglieder (EUROGROUP) beginnt in Brüssel die Herbstsitzung der Verteidigungs- und Außenminister. Es folgen vom 9.–10. 12. ein Treffen des Komitees für Verteidigungsplanung sowie vom 11.–12. 12. ein Treffen des Nordatlantikrates.

8. – 11. 12. – Indien / UdSSR. Auf Einladung von Staatspräsident Reddy und Premierministerin Gandhi hält sich Generalsekretär Breschnew zu einem Staatsbesuch in Indien auf. Zur sowjetischen Delegation gehört auch Außenminister Gromyko. Thema der indisch-sowjetischen Gespräche ist u.a. die Lage in Afghanistan. In einer Rede vor dem indischen Parlament unterbreitet Breschnew den USA, China, Japan und „allen Staaten, die dafür Interesse bekunden", den Vorschlag, folgende gegenseitige Verpflichtungen gegenüber den Staaten des Persischen Golfes einzugehen: 1. Verzicht auf ausländische Militärbasen und die Stationierung atomarer und anderer Massenvernichtungswaffen; 2. Verzicht auf die Anwendung und Androhung von Gewalt und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der betreffenden Staaten; 3. Respektierung der Nichtpaktgebundenheit der Staaten dieser Region; 4. Anerkennung des souveränen Rechts der Staaten auf ihre Naturschätze; 5. Beseitigung der Hindernisse und Gefahren für den normalen Handelsaustausch und die Benutzung der Seewege, die den Persischen Golf mit anderen Teilen der Welt verbinden.

10. 12. – U g a n d a. In 126 Wahlbezirken beginnen die Wahlen für ein neues Parlament (126 Abgeordnete). Die Mehrheit der Sitze erhält der „Uganda Peoples Congress" (UPC) unter Apollo Milton Obote. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses übernimmt Obote am 15. 12. erneut das Amt des Präsidenten (vgl. „Blätter", 2/1971, S. 115).

12. – 26. 12. – V i e t n a m. In Hanoi tagt das Parlament. Den 492 Abgeordneten liegen u. a. der Entwurf einer neuen Verfassung sowie ein neues Wahlgesetz zur Annahme vor.

13. – 14. 12. – A b r ü s t u n g. Die auf Initiative des ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Palme gegründete „Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen" (ICDSI) kommt in Wien zu einem vertraulichen Meinungsaustausch zusammen. Der Kommission gehören unter dem Vorsitz von Palme u. a. der ehemalige amerikanische Außenminister Cyrus Vance, der sowjetische Amerikaexperte Georgij Arbatow, die früheren Ministerpräsidenten Den Uyl (Niederlande) und Cyrankiewicz (Polen), der bisherige SPD-Geschäftsführer Bahr sowie Mitglieder aus Frankreich, Großbritannien, Kanada, Mexiko, Norwegen, Japan, Indien, Nigeria, Guyana und Tansania an. – Am 18. 12. wird in der österreichischen Hauptstadt die 22. Runde der Ost-West-Verhandlungen über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa beendet. In getrennten Pressekonferenzen legen Sprecher der NATO und des Warschauer Vertrages die kontroversen Standpunkte der beiden Seiten dar.

15. 12. – D D R / B R D. Aus Anlaß der Verleihung des Karl-Marx-Ordens an den stellvertretenden DKP-Vorsitzenden Hermann Gautier erklärt der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Honecker in Berlin, die DDR werde „auch in Zukunft danach streben, unter Beachtung des Prinzips der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit, die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu verbessern". Von einer „angeblich auf Abgrenzung von der BRD bedachten Außenpolitik" der DDR könne „selbstverständlich keine Rede sein".

16. 12. – I r a n / U S A. Nach einer Unterredung mit Revolutionsführer Ayatollah Khomeini erklärt Ministerpräsident Rajai, die Vereinigten Staaten könnten die 52 im Iran festgehaltenen Geiseln jederzeit zurückführen, sobald sie „gewisse finanzielle Garantien" gegeben hätten (vgl. „Blätter", 12/1980, S. 1409). – Am 18. 12. fordert der Iran in einer durch Vermittlung Algeriens nach Washington übermittelten Note die Hinterlegung von 24 Mrd. Dollar in Geld, Gold oder Wertschriften durch die USA bei der Nationalbank in Algier. Mit diesem Betrag solle das Recht des Iran auf Freigabe seiner blockierten Vermögenswerte und auf Herausgabe des Vermögens des verstorbenen Schahs und seiner Familie gesichert werden. Der amerikanische Außenminister Muskie und Verteidigungsminister Brown äußern sich in Fernsehinterviews am 21. 12. ablehnend zu den iranischen Bedingungen.

17. – 20. 12. – K u b a. Vor dem 2. Parteitag der Kommunistischen Partei (1772 Delegierte) legt Ministerpräsident und Parteivorsitzender Fidel Castro einen Bericht über die politische und wirtschaftliche Situation des Landes vor. Die Zahl der Parteimitglieder und Kandidaten wird mit 450000 angegeben. Auf einer Abschlußkundgebung warnt Castro den gewählten US-Präsidenten Reagan vor militärischen Aktionen gegen Kuba.

18. – 20. 12. – C S S R / B R D. Bundesaußenminister Genscher folgt einer Einladung seines tschechoslowakischen Amtskollegen Chnoupek zu einem Besuch nach Prag. Genscher führt Gespräche auch mit Ministerpräsident Strougal und dem Präsidenten und Parteivorsitzenden Husak.

25. 12. – I r a k / I r a n. Der irakische Staatspräsident Hussein bestätigt vor dem Kabinett in Bagdad die Errichtung einer zweiten Front im Krieg mit dem Iran. Die irakischen Truppen, die in die iranische Provinz Kurdistan eingedrungen seien, sollten bis zur iranisch-türkischen Grenze vorstoßen. Der Irak benötige die neuen „Militärgrenzen", zu seiner Verteidigung. Die von anderen arabischen Ländern erhobene Forderung nach Rückzug der irakischen Truppen lehnt Hussein kategorisch ab.

31. 12. – S e n e g a l. Präsident Leopold Sedar Senghor legt sein Amt nieder. Seghor hatte seinen Rücktritt am 1. 12. gegenüber der Zeitung „Le Monde" angekündigt und erklärt, er werde sich jedoch nicht aus dem politischen Leben zurückziehen, sondern sich „vor allem um die Sozialistische Internationale Afrikas" kümmern. Die Nachfolge tritt bis zu den Neuwahlen im Februar 1983 der bisherige Ministerpräsident Abdou Diouf an.

Vorschlag für eine Strategie zur Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland

Von Alfred Mechtersheimer

Ein Jahr nach dem NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 zieht der Starnberger Friedensforscher Dr. Alfred Mechtersheimer eine zutiefst alarmierende Bilanz: Alle Warnungen vor den Folgen der sog. „Nachrüstung" haben sich mehr als bestätigt. Nur wenn die Bevölkerung sich auflehnt, kann die tödliche Gefahr gebannt werden.

Alfred Mechtersheimer, Jahrgang 1939, ist Oberstleutnant der Bundeswehr a. D., kommt aus dem RCDS und gehört seit 1970 der CSU an. Auch unter diesem Aspekt erscheinen uns seine Analyse und sein Strategie-Entwurf bemerkenswert. Es ist bekannt, daß die Unionsführung eine andere Position vertritt, aber es wird auch zunehmend deutlicher, daß die begründete Furcht vor einem „atomaren Holocaust" in Mitteleuropa auch konservative Bevölkerungsteile erfaßt. Wir stimmen Alfred Mechtersheimer rückhaltlos zu, wenn er „die Erkenntnis, daß politische Gegensätze zurückstehen müssen, weil es um den Kampf fürs Überleben geht" vorneanstellt. Das bedeutet nach unserem Verständnis, daß im Kampf gegen den Atomtod Konservative wie Liberale, Christen wie Sozialdemokraten oder Kommunisten gleichermaßen existenziell gefordert sind, ganz im Widerspruch zu eingefahrenen Abgrenzungsritualen. Über die Einschätzung der NATO, der Rolle der Bundeswehr, über Pazifismus oder Neutralismus gibt es ebenso wie in vielen anderen innen- und außenpolitischen Fragen unübersehbar unterschiedliche Auffassungen, nicht nur zwischen – wie Mechtersheimer formuliert – „systemgegnerischen" und systembejahenden Kräften. Entscheidend ist gegenwärtig aber etwas anderes: daß in den nächsten Monaten aus den vielen Ansätzen, die sich in allen Teilen der Bevölkerung zeigen (vgl. die Übersicht in diesem Heft), so rasch und so breit wie möglich eine von Regierung und Parteispitzen nicht mehr manipulierbare und schließlich nicht mehr zu übergehende Volksbewegung gegen die Gefahr eines Atomkrieges in Europa erwächst. D. Red.

Kriegsgefahr durch neue Atomwaffen

Eine tödliche Gefahr droht der Bundesrepublik Deutschland. Sie kann gebannt werden, wenn sich die Bevölkerung dagegen auflehnt. Die geplanten amerikanischen Raketen und Marschflugkörper auf deutschem Boden machen in einer Krise den Ausbruch eines Krieges wahrscheinlicher und vergrößern die Gefahr der atomaren Vernichtung. Die Stationierung der neuen amerikanischen Atomwaffen zu verhindern, heißt, dem Frieden in Europa und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu dienen.

Rüstungskontrollpolitik ist gescheitert

Die Hoffnung, durch SALT-III-Verhandlungen eine Verringerung oder gar einen völligen Verzicht der sogenannten Nachrüstung zu erreichen, hat sich als Fehleinschätzung erwiesen. Mit Rüstungskontrollpolitik ist die vorgese-

hene atomare Aufrüstung weder zu verhindern noch zu begrenzen und deshalb auch nicht zu legitimieren. Das Konzept „aufrüsten um abzurüsten" ist gescheitert. Ein Jahr nach dem „Doppelbeschluß" des NATO-Rates vom Dezember 1979 steht fest, daß dieser Sicherheitspolitik die Grundlage entzogen ist – wenn sie überhaupt je vorhanden war.

Sicherheitspolitik ohne Entspannung?

Die Analysen der deutschen Friedensforschung sind in den letzten Monaten bestätigt und teilweise übertroffen worden:

a) Die neuen eurostrategischen Waffen sind Instrumente der neuen amerikanischen Atomstrategie und nach Auffassung der US-Regierung deshalb unentbehrlich. (Außenminister Alexander Haig: „Auch wenn man den Nuklearkrieg verhindern will, muß man so gerüstet sein, daß man ihn gewinnen kann.")

b) Der Rüstungsbeschluß des NATO-Rats vom 12. Dezember 1979 hat erheblich zur Verschlechterung der internationalen Lage beigetragen.

c) Die zur Begründung der sogenannten Nachrüstung angeführten sowjetischen Mittelstreckenraketen wurden von den US- und NATO-Behörden weit überschätzt. Mit großer Wahrscheinlichkeit kann die neue Rakete vom Typ SS 20 nur einen Sprengkopf befördern. Außerdem hat die Sowjetunion die Zahl ihrer Trägerwaffen im vergangenen Jahrzehnt nicht erhöht sondern deutlich verringert.

d) Das Sicherheitskonzept der NATO, das auf den beiden Säulen Abschreckung und Entspannung beruht, ist ins Wanken geraten, weil die neue US-Administration Entspannung allenfalls als zweitrangige Aufgabe versteht.

Friedensbewegung ist Voraussetzung für Friedenspolitik

Die prognostischen Fähigkeiten der Friedensforschung machen indes ihre Ohnmacht besonders deutlich. Daran ändert auch die Aufgeschlossenheit von Teilen des Regierungsapparates nichts, weil die Sicherheits- und Außenpolitik der Bundesrepublik nicht von friedenspolitischen Einsichten der Bonner Politiker, sondern von den Forderungen der US-Regierung dominiert wird. Bei dieser Fremdbestimmung der deutschen Politik haben ohne politisch relevante Friedensbewegung weder die Friedenspolitik noch die Friedensforschung eine Wirkungschance. Friedensbewegung aber heißt Aktion und Demonstration!

Größerer Handlungsspielraum durch Bürgerprotest

Aktionen gegen die „Nachrüstung" sind nicht gleichzusetzen mit Aktionen gegen die Bundesregierung, auch wenn diese der Adressat des Protestes ist. Bedenken des Verteidigungsministeriums gegen die Landstationierung der neuen amerikanischen Waffen konnten gegenüber der US-Regierung deshalb nicht durchgesetzt werden, weil der Bonner Regierung der Verbündete „Öffentlichkeit" fehlt (ähnlich wie bei der Erhöhung des Verteidigungshaus-

halts). Die Bundesregierung hat beschlossen, die für Belgien und/oder Holland vorgesehenen Marschflugkörper gegebenenfalls nicht zusätzlich zu den bereits vorgesehenen 220 Systemen auf deutschem Boden zu stationieren. Sie wird aber diese Absicht gegenüber der US-Regierung nicht durchsetzen können, weil sie den Mißmut der amerikanischen Administration stärker fürchtet als Randgruppenprotest der Bevölkerung. Nur massive öffentliche Kritik und kollektiver Bürgerprotest gegen die Nachrüstung werden den Handlungsspielraum der Bundesregierung gegenüber den USA vergrößern.

Vom Friedenswillen zur spektakulären Aktion

Der Motor der Protestbewegung ist der Friedenswille der Bevölkerung, den das Parteiensystem weitgehend ignoriert. Zentrale Voraussetzung einer breiten Bewegung in der Öffentlichkeit ist die Erkenntnis, daß politische Gegensätze zurückstehen müssen, weil es um den Kampf fürs Überleben geht. Die Bewegung muß von der Basis ausgehen und von der Basis getragen werden. Bei dieser Volksbewegung von unten, für die es bereits zahlreiche Ansätze gibt, ist auch die Gefahr verringert, daß die Protestaktionen von systemgegnerischen Kräften gesteuert werden, die einen Mißerfolg der Aktion garantieren würden. Nicht Berührungsängste gegenüber Kommunisten, sondern überlegene Aktivität ist die Antwort auf diese Gefahr. (Ein Hinweis auf Afghanistan oder Polen schützt vor falschen Freunden.)

Gewaltfreie Aktionen statt bloßer Appelle

Um wirksam zu werden, braucht der Protest eine neue Qualität. Für bloße Appelle ist keine Zeit mehr. Aktionslose Kritik ist Teil ohnmächtiger Routine des Politikbetriebs und weder innen- noch außenpolitisch wirksam zu machen. Deshalb ist die spektakuläre Aktion unverzichtbar. Aktionen der Gewalt gegen Personen und Sachen, auch wenn sie nur billigend in Kauf genommen werden, sind mit dem friedensorientierten Handeln unvereinbar und kontraproduktiv. Welche nicht-illegalen Aktionen, die dennoch bzw. gerade deshalb wirksam sind, ergriffen werden, ist eine Frage demokratischer Phantasie.

Atomwaffen sind Atomziele

Zur Aktivierung der Anti-Atomwaffen-Protestbewegung sind Aufklärung und Betroffenheit wichtige Voraussetzungen. Betroffenheit wird dort, wo die neuen Waffen stationiert werden, leicht herzustellen sein. Dabei geht es nicht nur um die Stationierungsorte, sondern um einen Umkreis (bei den Cruise Missiles von 160 km), innerhalb dessen jeweils mehrere vermessene Abschußorte liegen werden.

Anders als bei Atomkraftwerken liegt die Hauptgefahr nicht in Betriebsunfällen, sondern in der Tatsache, daß Atomwaffen und ihre Infrastruktur hochrangige Atomziele bilden. Für die neuen Pershing II und Cruise Missiles gilt dies in besonderer Weise, weil sie Ziele in der Sowjetunion atomar zerstören können und deshalb nach den Gesetzen der gegenseitigen Vernichtungs-Abschreckung mit besonders hohen Vernichtungswerten angezielt werden.

Erste Aktion: Standorterkundung

Die Bundesregierung will, anders als die britische Regierung, die mittlerweile festgelegten Standorte nicht bekanntmachen. Damit ist die Bevölkerung schlechter informiert als der potentielle Gegner es wahrscheinlich ist. Die 108 Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II werden von den beiden amerikanischen Heeresverbänden übernommen, die jetzt noch mit der Pershing I ausgestattet sind. Die Standorte und auch die Alarmstellungen sind bei der Bevölkerung in der Umgebung der jeweiligen Garnisonen bekannt. Die 112 Cruise Missiles vom Typ General Dynamics BGM-109 Tomahawk werden auf Flugplätzen in der Bundesrepublik stationiert werden. Jede der sieben US-Kompanien, die neu aufzustellen sind, wird über 16 Marschflugkörper verfügen. Jeweils vier Stück werden auf 17 m langen, fünfachsigen Lastwagen transportiert.

Die Cruise Missiles werden mit einem Sprengstoff ausgestattet sein, der aus einer Wasserstoffbombe (H-Bombe) mit einer Sprengkraft von 200 Kt besteht. Das ist das Zehnfache der Hiroshima-Bombe. Die Sprengkraft des Kopfes der Pershing-II-Rakete beträgt 10 oder 20 Kt. Einen Einfluß auf den Einsatz der Atomwaffen,etwa mit Hilfe eines „Zwei-Schlüssel-Systems", hat die Bundesrepublik nicht; sie besitzt auch kein Veto-Recht.

Um welche sieben Flugplätze auf dem Gebiet der Bundesrepublik es sich handelt, ist bisher nicht mitgeteilt worden. Dies kann aber nicht lange geheimgehalten werden, weil die Cruise Missiles in besonders geschützten Bunkern untergebracht werden, deren Errichtung im Jahre 1981 beginnen muß, wenn bis 1984 die Zulieferung der Marschflugkörper erfolgen soll. Da es sich um amerikanische Verbände handelt, ist zu vermuten, daß sie auf den in Rheinland-Pfalz gelegenen amerikanischen Flugplätzen stationiert werden. Weil aber die Amerikaner im Norden und Süden der Bundesrepublik keine großen Flugplätze betreiben, könnten hier auch andere Einrichtungen als Standort in Frage kommen. Einige Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen sammeln dazu Informationen.

Die Zeit drängt!

Mit der Stationierung der Cruise Missiles wird in Großbritannien ab Ende 1983/Anfang 1984 zu rechnen sein (die Pershing II kommt nur in die Bundesrepublik). Unmittelbar anschließend erfolgt die Indienststellung in der Bundesrepublik. Die Protestbewegung gegen die Atomwaffen muß sich 1981 mit der Vorbereitung der Stationierung entwickeln. Vorläufiger Zielpunkt ist der nächste Parteitag der SPD im März 1982. Dann hat die Regierung zu entscheiden zwischen Fortsetzung oder Änderung ihrer Atomwaffenpolitik. Ändert sie diese Politik nicht, werden die pazifistischen und neutralistischen Tendenzen in der Bundesrepublik weiter steigen und NATO und Bundeswehr auf immer größere Ablehnung stoßen.

Starnberg, Weihnachten 1980

Fetisch „Gleichgewicht"*)

In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag vom 24. November 1980 hat der Bundeskanzler zu der gegenwärtig immer noch durch den sog. Doppelbeschluß der NATO vom Dezember vergangenen Jahres über die „Nachrüstung" im Bereich der „eurostrategischen" Waffen bestimmten Lage Folgendes ausgeführt:

„Mit unserer Außenpolitik wollen wir unseren Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt leisten . . . Ohne Gleichgewicht gibt es in der Welt keinen verläßlichen Frieden. Wir können uns sicher fühlen, weil die Atlantische Allianz das Gleichgewicht wahrt, zu dem wir unser volles politisches und militärisches Gewicht in die Waagschale des Westens gelegt haben . . .

Gleichgewicht ist zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung des Friedens. Deshalb muß der Frieden auch durch eine Politik der Rüstungsbegrenzung und der Zusammenarbeit gesichert werden . . . Gemeinsam mit unseren Partnern im Bündnis wirken wir darauf hin, daß in Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Osten ein stabiles militärisches Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau erreicht wird, damit der Rüstungswettlauf gebremst und die Last der Rüstungskosten vermindert wird. Die Menschheit könnte sich zu Tode rüsten, wenn es nicht gelänge, den Rüstungswettlauf zu stoppen. Daher sind die Verhandlungen der Großmächte über die Begrenzung strategischer Waffen von zentraler Bedeutung . . .

Unser Bündnis hat für diese Gespräche mit seinem Doppelbeschluß . . . die Voraussetzungen geschaffen. Wir halten an beiden Teilen . . . fest: Der Westen muß angesichts der gefährlich zunehmenden sowjetischen Überlegenheit im Bereich der eurostrategischen Waffen sein eigenes Potential in Europa modernisieren und stärken. Aber – ebenso wichtig! – wir wollen beiderseitige Begrenzungen auf diesem Felde." („Bulletin", Nr. 124 v. 25. 11. 1980, S. 1050)

Diese Darbietung enthält in Gestalt des „Gleichgewichts"-Theorems den nicht gerade neuen zentralen Glaubensartikel einer Irrlehre, die – ihren gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz – umweglos der irreparablen Katastrophe zusteuert, die der nächste Krieg auf dem europäischen Kontinent sein wird. Schon ihre Verkündigung ist eine Verhöhnung der von ihr offenbar für dumm gehaltenen und verkauften Adressaten. Ihre aktuelle „Doppelbeschluß"-Verpackung ist von derselben Qualität. Darauf sei zunächst eingegangen.

Der sog. Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 ist *kein Doppel*beschluß, sondern nichts weiter als ein höchst *einfacher* Beschluß des Inhalts, zu einem sehr nahen Zeitpunkt neue nukleare Waffen in Mitteleuropa, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, zu stationieren – was übrigens schon jetzt die Produktion dieser „verfeinerten" Vernichtungsmaschinerien in Gang setzt –, falls der Warschauer Pakt sich durch diese Ankündigung nicht zu noch auszuhandelnden Verzichten hinsichtlich seines derzeitigen Rüstungsstands bewegen läßt. Die Bezeichnung „Doppelbeschluß" gehört zu den billigen Tricks, die der Verschleierung der Tragweite des NATO-Beschlusses dienen. Sie suggeriert die Vorstellung, er sei irgendwie in sich gemildert oder jedenfalls „nur halb so schlimm". Daß eine derartige

*) Nachträglicher Beitrag zum Krefelder Forum „Der Atomtod bedroht uns alle" (vgl. „Blätter", 10/1980, S. 1278f. und 12/1980, S. 1513), zu dessen Initiatoren Professor Helmut Ridder gehört. D. Red.

Verbalisierung keinen lautstarken Protest hervorruft, zeugt von der fortschreitenden Abstumpfung des Publikumsbewußtseins und der fortschreitenden Erlahmung politischen Denkens unter der Einwirkung des – exportfähig gewordenen – positionsverwischenden Fetischs der „Ausgewogenheit" (auf dessen ideologische Zerstörungsarbeit noch zurückzukommen ist).

Im Zusammenhang der hier vorliegenden Bemerkungen kann dahingestellt bleiben, ob die angekündigte Stationierung der neuen NATO-Waffen in Europa in Wahrheit als einen Vorsprung „des Ostens" ausgleichende „Nachrüstung" gelten kann. Immerhin ist festzustellen: Der Aufklärung heischende Bürger, der Exponent des demokratischen Souveräns, in dessen Dienst die Regierung steht, wird mit mehr oder minder pauschalen Behauptungen überfahren. Wie sollte er sich übrigens auch sogar bei breiterer Information mangels eigener Kenntnisse in den Fragen der heutigen atomaren Tötungs- und Vernichtungstechniken selbst sachverständig machen können? Ein Konrad Adenauer hat sogar seine Beschreibung moderner atomarer Waffen als einer Fortentwicklung der konventionellen Artillerie weithin an den Mann gebracht. Damals, das freilich verdient der Vergessenheit entrissen zu werden, trat nicht nur gegen das ganze atomare militärische Vorhaben der Abgeordnete Helmut Schmidt u. a. mit dem Satz vor den Deutschen Bundestag: „Wir sagen dem deutschen Volke in voller, ernster Überzeugung, daß der Entschluß, die beiden Teile unseres Vaterlandes mit atomaren Bomben gegeneinander zu bewaffnen, in der Geschichte einmal als genauso schwerwiegend und verhängnisvoll angesehen werden wird, wie es damals das Ermächtigungsgesetz für Hitler war" (so nach der Bundestagssitzung vom 28. März 1958 von der Hofpoetin Sibylle Krause-Burger in dem während des letzten Bundestagswahlkampfs erschienenen Buch: Helmut Schmidt – Aus der Nähe gesehen, Düsseldorf-Wien 1980, S. 106, zitiert). Das Bundesverfassungsgericht konstatierte in einer seiner Volksbefragungs-Entscheidungen am 30. Juli 1958: „Die Sozialdemokratische Partei hält die von der Bundesregierung eingeschlagene und von der Mehrheit des Bundestags gebilligte Politik, die für den Fall des Scheiterns einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung, insbesondere eines allgemeinen und durch ausreichende Garantien gesicherten internationalen Verbots von Atomwaffen, eine Ausrüstung der Bundeswehr mit solchen Waffen im Rahmen des Atlantischen Verteidigungsbündnisses als unvermeidbar ins Auge faßt, für falsch und bekämpft sie leidenschaftlich" (BVerfGE 8, 124). Das war ein von keinerlei „Gleichgewichts"-Erwägungen abhängiges, klares und bedingungsloses Nein; es schloß auch nicht den Wunsch nach Atomwaffen bedienenden fremden Truppen in sich.

Das damalige sozialdemokratische Nein beruhte vielmehr auf der der SPD inzwischen als Regierungspartei vollends verloren gegangenen Erkenntnis, daß es mit Konrad Adenauers militärwissenschaftlichen Betrachtungen zur nuklearen „Artillerie" nichts auf sich hat und daß ihre Verbreitung zu der keineswegs unschuldigen „Kunst" der politischen Lüge gehört. Heute muß ein ins Abseits manövrierter Generalmajor a.D. auf dem Krefelder Forum am 15./16. November 1980 daran erinnern, daß „die Argumentation der NATO und der Bundesregierung für eine Nachrüstung auf schwachen Füßen" steht, „weil Drohungen ganz unterschiedlicher Art und Qualität gegeneinandergehalten werden" und „im Bereich der nuklearen Rüstung eben ganz andere Gesetze gelten, als wir sie von der konventionellen Rüstung her kennen und allgemein zu unterstellen gewohnt sind". Daß im übrigen die These von „der gefährlich zunehmenden sowjetischen Überlegenheit im Bereich der eurostrategischen Waffen" nicht einmal in sich

selbst schlüssig ist, kann der aufmerksame Leser sogar den unverhohlen für die Hochrüstung agitierenden Gazetten entnehmen: „Moskau verringerte Zahl der Raketen", berichtet die Journaille der daran interessierten Kräfte selbst („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 9. 12. 1980) und weiß daran die fabelhafte „Erkenntnis" amerikanischer „Fachleute" zu knüpfen, daß die reduzierten sowjetischen Mittelstreckenraketen eine „gesteigerte Zielgenauigkeit und Vernichtungskraft" besäßen – als ob die Waffen des auf seinen technischen „know how"-Vorsprung so stolzen „Westens" insoweit stagnierten; die ganze Entwicklung müsse, so „ein Beamter des Pentagon", als „Teil eines größeren Gemäldes gesehen werden" (zu dessen Besichtigung das blöde Laien-Publikum allerdings nicht zugelassen wird).

Will die Bewegung der europäischen Völker gegen die durch die „Nachrüstung" des „Westens" ruckartig gesteigerten Gefahren für den Frieden erfolgreich vorgehen, so muß sie sich zunächst selbst grundsätzlich und entschlossen von den scheinbaren Plausibilitäten des „Gleichgewichts"-Geredes freikämpfen. Sie muß den Nebel dieser „Theorie" zerstreuen, die in Wahrheit nur eine unwahre Versprachlichung der angeblich aufgegebenen „Theorie" der einseitigen „Abschreckung" der – in ihrer Selbstdarstellung sehr viel ehrlicheren – „Politik der Stärke" ist. Sollte mit der Zieldeklaration eines „stabilen militärischen Gleichgewichts" wirklich das gemeint sein, was dieser Begriff beinhaltet, so würde es sich um eine Lage handeln, in der die wechselseitigen „Abschreckungen" sich aufheben. Sollte es den „Gleichgewichts"-Agitatoren auf diesen Null-Effekt wirklich ankommen, der nach ihrer „Theorie" auf jedem beliebigen „Niveau" von Rüstung erreichbar und immer derselbe ist, so könnte ihnen nur die schleunigste Verwirklichung des *niedrigsten* aller „Niveaus" angeraten werden, das in der *totalen* Abrüstung besteht; denn auf diesem „Niveau" wird der Null-Effekt mit objektiver Sicherheit und für jedermann verifizierbar erreicht. Aber als Chruschtschow das seinerzeit zu äußern wagte, wurde er deswegen nicht einmal beschimpft, sondern nur ausgelacht. Nein, es soll nur ein „möglichst niedriges Niveau" angestrebt werden. (und das, weil „die Menschheit" sich sonst „zu Tode rüsten" könnte. Diese Phrase, die bei jedem politischen Sonntagsredner und jedem politisch integrierten Sonntagsprediger wohlfeil zu haben ist, ist übrigens ein himmelschreiender Skandal: Die Menschheit „könnte" sich nicht etwa zu Tode rüsten, sie hat es längst getan. Denn wären die der Rüstung dienenden Investitionen, Forschungen und Leistungen für die Bekämpfung des Hungers und des Elends der Dritten Welt nutzbar gemacht worden, so müßten die Menschen in der Dritten Welt nicht zu Millionen verhungern usw. Wer diese Phrase benutzt, bringt damit zum Ausdruck, daß „die Menschheit" für ihn erst hinter der eigenen nationalen Wohnungstür beginnt.)

Wenn wir uns danach fragen, was sich hinter der von dem Gespann Schmidt-Genscher nachgerade gebetsmühlenartig wiederholten Forderung „1. Wir wollen Sicherheit auf der Grundlage des Gleichgewichts. 2. Wir wollen das Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen" (so soeben Genscher beim Jahresessen der Berliner Pressekonferenz am 8. Dezember 1980, „Bulletin", Nr. 131 v. 11. 12. 1980, S. 1116) in Wahrheit verbirgt, *müssen* wir angesichts des Entwicklungsstands der nuklearen Waffen davon ausgehen, daß schon das niedrigste der abstrakt in Betracht kommenden „Niveaus" die beiderseitige Aufrechterhaltung eines für die völlige Zerstörung Europas vielfach ausreichenden Potentials bedeutet, und *dürfen* wir selbstverständlich gleichzeitig davon ausgehen, daß *unsere* politische Führung sich *nicht* in den Dienst der in letzter Zeit deutlicher gewordenen transatlantischen

Spekulationen mit einem nur um den Preis der Vernichtung der Wiege unserer Zivilisation für eine außereuropäische Macht siegreich zu bestehenden „begrenzten" atomaren Waffengang stellen *will*. Aber Wollen und Tun sind zweierlei; und das Tun stößt sich an den Zwängen und Reproduktionsvoraussetzungen des allen Mitgliedern der „atlantischen Allianz" gemeinsamen ökonomischen Systems, dessen lautstark die Medien beherrschende Publizistenmeute noch nie über den Abend hinaus zu denken vermocht und zielstrebig schon den Ersten Weltkrieg herbeipropagiert hat. Zu diesen Zwängen und Reproduktionsvoraussetzungen gehört es, daß die Option für die jeweilige Höhe des „möglichst niedrigen" eigenen Rüstungsstands maßgeblich durch die – innerhalb der Allianz längst grenzüberschreitend verflochtene – Rüstungsindustrie und die in variierende Regulative umgesetzten Bedürfnisse systemimmanenter nationaler und übernationaler Konjunkturpolitik mitbestimmt wird. Die „Gleichgewichts"-Doktrin operiert, um noch einmal Gert Bastian zu zitieren, u. a. mit kaum für den „Fachmann" auseinanderdividierbaren und für den „Laien" nicht dadurch, daß man ihm die unter den „Fachleuten" zur Bezeichnung der jeweils neuen Massenmordwerkzeuge gebräuchlichen Bezeichnungen um den Kopf schlägt, transparent werdenden „Drohungen ganz unterschiedlicher Art und Qualität" und immunisiert ihre Behauptungen so gegen Kritik. Nach innen verhüllt sie die Beteiligung der genannten systemimmanenten Faktoren an der Fixierung des jeweils erreichten oder angestrebten eigenen Rüstungspegels. Mit der so erschwindelten Abstützung nach innen wird bei den Verhandlungen nach außen das moralische Gewicht der objektiv unfundierten Überzeugungen gutgläubiger Massen „in die Waagschale des Westens" gelegt, und die Verhandlungsführung nach außen versucht sich erpresserisch im Diktat der Kriterien des „Gleichgewichts". Eine auf die Friedenssicherung orientierte „langfristig angelegte Politik des Westens bedeutet Verzicht auf den Versuch, unsere eigenen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen zu exportieren", sagt der Bundesminister des Auswärtigen sehr richtig (a.a.O., S. 1118f.). Auf nichts anderes als einen solchen Export jedoch läuft es hinaus, wenn versucht wird, den „Osten" auf diese Weise für das Interesse des „Westens" an der eigenen Systemerhaltung in Dienst zu nehmen.

Das alles läuft im Aufwind der Werbesprüche vom „militärischen Gleichgewicht". Die „Denkfigur" der irrationalen „Gleichgewichts"-Doktrin, auf demselben Holz erwachsen wie die „Ausgewogenheit" jüngeren bundesdeutschen Datums, die die Bretter vor den Köpfen festnagelt, ist keine Brems,- sondern eine Triebkraft des mit dem „Nachrüstungs"-Beschluß der NATO wieder einmal auf höhere Touren gebrachten „Rüstungswettlaufs", der allerdings ganz richtig so heißt, weil es bei ihm nicht um ein Gleichziehen sondern um die Gewinnung eines Vorsprungs geht. Die Ideologen der „Ausgewogenheit" tragen nicht etwa dazu bei, daß durch offene Verfahren der Austragung von Konflikten Ausgewogenheit hergestellt wird, wogegen nichts einzuwenden wäre, sondern sie dekretieren, daß die von den jeweiligen Machtverhältnissen bestimmten faktischen Unausgewogenheiten „ausgewogen" sind, und stempeln jeden, der diesen Zuständen abhelfen will, zu einem Feind der „Ausgewogenheit". Die Anbeter des Fetischs „Gleichgewicht" in Sachen der Rüstung in „Ost" und „West" arbeiten – willentlich oder unwillentlich – nicht für eine Senkung, sondern für die ständige Steigerung der Rüstungen. Sie produzieren mißtrauensbildende statt vertrauensbildende Maßnahmen, indem sie dazu verführen, daß auf dem weithin unausgeleuchteten Feld der Produktion und Bereitstellung von Vernichtungsinstrumenten nach Dunkelstellen gesucht

wird, die einen unerkannt bleibenden einseitigen Vorsprung ermöglichen. Sie dekretieren nach den systembedingten Optionen der einen Seite, was als Bedrohung durch die andere Seite zu gelten hat, und stempeln – das Lied ist alt – jeden Opponenten zum Verzichtler, Vorleister, Kapitulanten, Verräter, Parteigänger einer „Moskau-Fraktion" usw. Ja, die „Gleichgewichts"-Doktrin hat es teilweise sogar vermocht, selbst die Gegner der unter ihrer verbalen Decke sich entfaltenden „Eurostrategie" ideologisch so zu impfen, daß bei ihnen ein Zwiespalt von Gewissen und Vernunft entsteht, wenn sie etwa für „einseitige Vorleistungen" eintreten, von denen allein ein entscheidender Schritt zur Abrüstung zu erwarten ist, weil nur sie durch ihre Ehrlichkeit vertrauensbildend wirken. Es gilt also für die Völker des „Westens", diese ideologische Einmauerung der Friedenskräfte zu erkennen und aufzusprengen und dadurch klarzumachen, daß die Gebote der Stunde an die Moral und an die Vernunft sich decken und nicht widersprechen.

Helmut Ridder

Vom Sozialstaat zum Rüstungsstaat

Die Überrumpelung des Parlaments, des Kabinetts und der Öffentlichkeit durch das Verteidigungsministerium ist – nach dem gegenwärtigen Stand der Haushaltsberatungen für 1981 – weitgehend gelungen: Die angeblich gerade erst entdeckte Lücke bei der Bezahlung 1980 angefallener und 1981 anstehender Rechnungen für das Kampfflugzeug MRCA „Tornado" in Höhe von 1,3 Mrd. DM ist – jedenfalls zu einem erheblichen Teil – gestopft. Der Vorgang ist in dreierlei Hinsicht bemerkenswert:

Erstaunen muß *erstens* die Behauptung Apels hervorrufen, von dem Fehlbetrag bis Mitte November 1980 nicht gewußt zu haben. Bei aller angebrachten Skepsis hinsichtlich der Fähigkeit des Verteidigungsministeriums und des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung, auch nur die ungefähren Größenordnungen der Kostenentwicklungen und Zahlungsverpflichtungen für die großen Rüstungsprojekte im Griff zu behalten oder zumindest zu überblicken, ist diese Versicherung nicht glaubhaft: Bereits im vergangenen Frühjahr hatte der Verteidigungsminister sich in ahnungsvollen Andeutungen über ins Haus stehende Finanzierungsprobleme ausgelassen. Im Sommer war er von den Befehlshabern der drei Streitkräfte auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden, daß beschlossene und georderte Rüstungsprojekte nicht bezahlt werden könnten. Spätestens aber nach der Herbstklausur Apels mit den zuständigen Abteilungsleitern muß das finanzielle Debakel und seine Größenordnung klar gewesen sein. Daß der Skandal dem Parlament, dem Kabinett und der Öffentlichkeit nicht schonender und scheibchenweise beigebracht, sondern in einem Stück und mit seltener Brutalität verabreicht wurde, ist daher nicht der Überraschung im Verteidigungsministerium selbst, sondern dem Kalkül zuzuschreiben, durch einen solchen Überraschungsangriff die größten Aussichten zu haben, das fehlende Geld zu bekommen.

Dies ist die *zweite* erstaunliche Tatsache: Haushaltsausschuß und Parlament haben dem Druck Apels fast auf der Stelle nachgegeben und dem Verteidigungsministerium innerhalb weniger Tage über die Hälfte des Fehlbetrages, nämlich 700 Millionen DM, über die geplanten Ansätze hinaus zur Verfügung gestellt. Zwar kontrolliert demokratisch-parlamentarischen Vorstellungen zufolge immer noch das Parlament die Politik der Regierung, und eines der wichtigsten Mittel bei dieser Kontrolle ist die Bewilligung der Haushaltsmittel. Da beraten und kämpfen nun Haushaltsausschuß und Unterausschüsse wochen- und monatelang um eine oder eine halbe *Million*

DM, und dann präsentiert das Verteidigungsministerium 14 Tage vor Abschluß der Beratungen eine Zusatzforderung von 1,3 *Milliarden* DM und wirft damit alle Berechnungen und Kompromisse dieser Beratungen schlicht über den Haufen: Deutlicher kann die Kluft kaum gemacht werden, die zwischen den theoretischen Vorstellungen von der parlamentarischen Demokratie und der Praxis des staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht.

Erstaunlich und ungemein aufschlußreich ist *drittens* die Art, wie der zunächst bewilligte Zusatzbetrag von 700 Mio. DM finanziert werden soll. Die gleiche Bundesregierung, die bei der Haushaltsaufstellung an allen Ecken und Enden gespart, gestreckt und gestrichen hat, die immer wieder von leeren Kassen geredet und beteuert hat, für Beschäftigungs- und Reformprogramme sei kein Geld da, zaubert in wenigen Tagen 700 Mio. DM herbei, von denen 400 Mio. aus einer „globalen Minderausgabe", 200 Mio. aus „erhöhten Abführungen der Bundesbank" und 100 Mio. aus „Reserven" bei der EG-Abführung kommen sollen.

Bei der Interpretation dieses Kunststücks gibt es zwei Möglichkeiten: *Entweder* ist alles Bluff und Schwindel: die globale Minderausgabe, die ja nicht mit konkreten Kürzungsprojekten verbunden ist, kann nicht verwirklicht werden; die Bundesbank erwirtschaftet keine höheren abführbaren Mittel, und die Reserven bei der EG-Abführung sind gar nicht da oder nicht verfügbar. Dann wird das Finanzierungsdebakel in seinem ganzen Ausmaß erst noch kommen. Ohnehin ist ja mit 700 Mio. DM erst gut die Hälfte der Finanzierungslücke von 1,3 Mrd. DM geschlossen. Ob Apel in der Lage sein wird, weitere 350 Mio. DM durch Einsparungen im eigenen Haushalt beizubringen, wie er es zugesichert hat (und ob dies nicht bei anderen Projekten Finanzierungslücken aufreißt, die dann ein Jahr später präsentiert werden), ist zumindest ungewiß. Auch dann stehen aber noch 250 Mio. DM für 1981 offen, und es gibt kaum Zweifel daran, daß im Laufe des Jahres erneut, wie schon 1980, ein Nachtragshaushalt zugunsten des Verteidigungsministeriums und zu Lasten anderer Haushalte aufgelegt wird. Wenn die jetzt vorgelegten Vorschläge zur Finanzierung der 700 Mio. DM sich als unseriös erweisen, wird der Nachtragshaushalt eben entsprechend höher ausfallen. (In diesem Zusammenhang sollte auch darauf hingewiesen werden, daß das MRCA-Projekt zwar das teuerste, aber doch nur *ein* Projekt im Rahmen der Beschaffung der „Waffen der zweiten Generation" ist, die nach dem Preisstand von 1978 insgesamt über 77 Mrd. Mark kosten werden, zu laufenden Preisen also mit Sicherheit über 100 Mrd. Es ist zu erwarten, daß Fälle wie der des MRCA „Tornado" sich in den nächsten Jahren wiederholen werden).

Oder aber, die andere Möglichkeit, das Geld ist wirklich da und kann mobilisiert werden. Dann stellt sich aber die Frage, warum das erst jetzt und bei diesem speziellen Anlaß geschieht. Wenn finanzielle Reserven vorhanden sind, warum kürzt der Bund dann beispielsweise seine Ausgaben bei den Gemeinschaftsaufgaben, an deren Notwendigkeit und Nutzen auch die Bundesregierung keine Zweifel anmeldet? Wenn Geld da ist, warum werden dann die Zuschüsse des Bundes zur Rentenversicherung gekürzt und damit die vom Verfassungsgericht geforderte und von der Bundesregierung für 1984 versprochene Rentenreform schon heute unfinanzierbar gemacht? Die Arbeitslosigkeit wird in diesem Jahr auf Rekordhöhen steigen, die über den Spitzenwerten des Jahres 1975 liegen; warum verwendet die Bundesregierung die vorhandenen finanziellen Reserven nicht dazu, eine aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben, deren Erfolg übrigens auch ihr selber – über steigende Steueraufkommen und sinkende Arbeitslosenunterstützung – größere finanzielle Spielräume eröffnen würde?

Das Vorgehen der Bundesregierung und

des Parlamentes in der Sache MRCA „Tornado" hat überzeugend die unermüdlichen Hinweise und Behauptungen widerlegt, daß die öffentlichen Kassen leer seien und daher keine Reform-, sondern nur noch Sparpolitik betrieben werden könne. Die Sparpolitik der Bundesregierung ist nicht Ausdruck fehlenden Geldes sondern einer politischen Schwerpunktsetzung, die das vorhandene Geld nicht für Beschäftigungs- und Versorgungs-, sondern für Rüstungsprogramme einsetzen will.

Diese Schwerpunktsetzung ist Bestandteil des strategischen Konzeptes, durch das die Grundlagen rentabler privatwirtschaftlicher Betätigung in der BRD in den 80er Jahren saniert werden sollen und das seinen deutlichsten Ausdruck in den Koalitionsvereinbarungen von Anfang November 1980 gefunden hat. Die Rentabilitätsbedingungen der Privatwirtschaft waren in den vergangenen Jahren durch die Verlangsamung des Wachstums und die damit verbundene Verengung des inneren Marktes, durch die Beschädigung der natürlichen Reproduktionsgrundlagen und den Widerstand der Betroffenen hiergegen sowie ferner dadurch erschüttert worden, daß die Rohstoffquellen, Anlagefelder und Absatzmärkte in den Ländern der Dritten Welt den großen kapitalistischen Konzernen nicht mehr so umstandslos wie noch vor 20 Jahren zur Verfügung stehen. Die Strategie zur Wiederherstellung günstiger Verwertungsbedingungen heißt Kostenentlastung im Inneren und Sicherung von Einflußgebieten im Äußeren. Kostenentlastung im Inneren durch Lohndruck und Sozialabbau, verbunden mit der Liquidierung demokratischer Positionen wie der Montanmitbestimmung. Sicherung von Einflußgebieten im Äußeren durch „Modernisierung der Wirtschaft", d.h. konkret Stärkung der Weltmarktpositionen bundesdeutscher Konzerne ohne Rücksicht auf die Folgen für die Arbeitsplätze in der BRD; durch wirtschaftspolitische Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder; und durch Stärkung der eigenen Militärmacht als Droh- und Interventionspotential.

Die letzte, militärische Variante in der Strategie zur Sicherung von Einflußgebieten im Ausland äußert sich aktuell zunächst „nur" als Zustimmung zu der und Integration in die amerikanische Globalstrategie, die durch die Gewinnung militärischer Überlegenheit die Rolle des Weltpolizisten zurückgewinnen möchte, der Regierungen ein- und absetzt und dafür sorgt, daß die Länder der Dritten Welt für den Zugriff der großen kapitalistischen – insbesondere allerdings der amerikanischen – Konzerne offen bleiben. Die beschleunigte Aufrüstung in der BRD erfolgt daher auch vordergründig unter dem Druck der USA: Das 3-Prozent-Versprechen vom Mai 1978, der „Nachrüstungs"-Beschluß vom Dezember 1979 der Nachtragshaushalt vom Juni 1980: all dies ist deutlich unter dem Einfluß der amerikanischen Forderung an die Verbündeten in der NATO zustandezukommen, mehr zur gemeinsamen militärischen Verteidigung westlicher Interessen in der Welt beizutragen, vor allem finanziell. Auf diesen zweifellos vorhandenen, bei der letzten Brüsseler NATO-Konferenz erneut massiv ausgeübten amerikanischen Druck, der sich mit dem Regierungsantritt Reagans noch verstärken wird, weist auch das Verteidigungsministerium halbwegs offen hin, um die weitere Steigerung der Rüstungsausgaben zu rechtfertigen.

Es ist allerdings absehbar, daß die bundesdeutsche Konzeption sich längerfristig nicht mit der Rolle des zahlenden Partners begnügen wird, der in Westeuropa die militärischen Lücken füllt, die durch das weltweite militärische Engagement der USA und den Abzug amerikanischer Truppen und Waffen aus Westeuropa entstehen. Denn die amerikanischen Truppen stärken ja durch ihre Intervention in den Ländern der Dritten Welt nicht die Positionen „des Westens" ganz allgemein, sondern konkret die der

USA. Sie sichern nicht die Zugriffsmöglichkeiten der privaten Unternehmen schlechthin, sondern in erster Linie die der amerikanischen Konzerne auf die Reichtümer der Länder der Dritten Welt. Da die Konkurrenz auf dem Weltmarkt aber auch zwischen amerikanischen und bundesdeutschen Konzernen besteht und weiter zunehmen wird, ist die Integration in ein globales Interventionskonzept, das konkret vor allem den US-Konzernen Nutzen bringt, für die bundesdeutschen Unternehmen und die Bundesregierung auf lange Sicht unbefriedigend. Ändern läßt es sich aber nur durch eigene militärische Stärke und Präsenz im Ausland. Diese Präsenz ist mehrfach von prominenten Sprechern der CDU und CSU gefordert worden; und obgleich sie von der Bundesregierung bislang zurückgewiesen worden ist, ergibt sie sich als notwendige Tendenz und Folgerung eines Konzeptes, das die Sicherung wirtschaftlicher Einflußgebiete mittels militärischer Intervention akzeptiert. Daß die Bundesregierung ein solches Konzept unterstützt, wird an ihrer Haltung zur Strategie der USA offensichtlich.

Die Prioritätensetzung der Politik, die sich im Falle der MRCA-Sonderfinanzierung deutlich gezeigt hat, brächte, wenn sie durchgesetzt wird, für die Menschen in der BRD unübersehbare Belastungen und Gefahren: Bei der weiteren Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums, die allenthalben für die 80er Jahre vorausgesagt wird, bedeutet das Festhalten am Kurs beschleunigter Aufrüstung nicht mehr „nur" weniger Wachstum bei Sozial- und Reformausgaben, sondern beschleunigten absoluten Abbau gesellschaftlich nützlicher Ausgaben und Versorgungsleistungen. Es käme zu einer weiteren Schwächung des inneren Marktes, dauerhafter Zunahme der Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen. Sanierung der Privatwirtschaft durch Austeritäts- und Rüstungspolitik führt nicht nur dazu, daß die Zuwächse des Lebensstandards kleiner werden; sie führt dazu, daß die bislang mühsam erreichte – und in weiten Bereichen nicht befriedigende – Substanz der materiellen Lebensbedingungen untergraben wird.

Das Setzen auf militärische Konzepte zur Sicherung von Einfluß im Ausland ist angesichts der zunehmenden Kraft der Länder der Dritten Welt und der Stärke der sozialistischen Länder zwar historisch perspektivlos und zum Scheitern verurteilt. Aktuell aber schürt diese Politik die Konflikte und Spannungen in der Welt, spielt mit der Möglichkeit verheerender Kriege und stellt eine akute Gefahr für den Weltfrieden dar.

Hiergegen alle Kräfte zu mobilisieren, die sich durch Konfliktpolitik, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Entdemokratisierung in ihren elementaren Lebensbedingungen bedroht fühlen, dürfte die wichtigste Aufgabe der demokratischen und Friedenskräfte in der BRD in diesem Jahr sein. Die Loslösung der bundesdeutschen Politik aus der Orientierung an und der Abhängigkeit von der amerikanischen Global- und Interventionsstrategie, das Hinwirken auf die Rücknahme des offensten Ausdrucks dieser Abhängigkeit, des „Nachrüstungsbeschlusses" von 1979, das ist die aktuelle Hauptaufgabe und der erste Schritt für die Erhaltung von Frieden und sozialem Besitzstand für die Menschen in der Bundesrepublik.

Jörg Huffschmid

Instandbesetzer

Als am 13. Dezember 1980 im Berliner Arbeiterviertel Kreuzberg Jugendliche Barrikaden errichteten und mit einer lange nicht erlebten Gewalttätigkeit auf eine von der Polizei verhinderte Hausbesetzung reagierten, da zeigten sich die Vertreter der Senatsverwaltungen wie der Polizei zunächst überrascht und vom Lauf der Ereignisse überrollt.

Was war geschehen? Auf die in Westberlin herrschende Wohnungsnot (ca. 60000 Wohnungsuchende, ca. 7000 leerstehende Wohnungen) reagieren Betroffene zunehmend mit sogenannten Instandbesetzungen, d.h. leerstehende Häuser werden kurzerhand besetzt, notwendige Renovierungen und Instandsetzungsarbeiten in eigener Regie und aus eigener Tasche finanziert, so geschehen in derzeit 23 Berliner Häusern. Die Bandbreite der sozialen Herkunft der „Instandbesetzer" reicht von arbeits- und wohnungslosen „Punks" bis zu Architekturstudenten der Berliner Technischen Universität, die durch teilweise jahrelange vergebliche Wohnungssuche entnervt, in den Hausbesetzungen die radikale, aber derzeit einzige Möglichkeit erblicken, ihren dringenden Bedarf an Wohnraum abzudecken.

Da nicht sein kann, was nicht sein darf – schließlich sind solcherlei Selbsthilfen nach wie vor illegal – beschlossen die zuständigen Senatsdienststellen weitere Besetzungen bereits im Ansatz zu verhindern. Die Folge waren die eingangs erwähnte Eskalation der Gewalt mit über mehrere Tage andauernden Straßenschlachten und Sachschäden in Millionenhöhe.

Bei den ersten eiligen Versuchen, sich einen Reim auf die spektakulären Ereignisse zu machen, waren sich Massenmedien und Behörden zumindest in einem Punkt einig: wohlbegründetes Anliegen des Protests ist die Wohnungsnot.

Weniger einheitlich werden – wie nicht anders zu erwarten – die Methoden der Durchsetzung eines elementaren Lebensrechts beurteilt, wird der Gewaltaspekt überbetont, wenn eine neue Tendenz zur Gewalt, ein spürbares Absinken der Bereitschaft, Gewalt zu vermeiden, konstatiert wird. Nun soll an dieser Stelle weder die alte Frage „Was ist Gewalt und wann ist sie gerechtfertigt?" wiederaufgenommen, noch im einzelnen erläutert werden, daß es Formen „struktureller Gewalt" gibt, beispielsweise wenn durch Kahlschlagsanierung tausende Menschen ihre angestammten Wohnviertel verlassen müssen, soziale Bezüge verlieren, durch die erheblich gesteigerten Mieten in den zweifelhaften Genuß kommen, staatliche Wohngeldempfänger zu werden, kurz wenn Sanierung mit sozialer Deklassierung und Existenzbedrohung verbunden ist.

Einem anderen Aspekt soll hier mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden: der Herausbildung einer jugendlichen Bewegung, die – wenngleich sie noch um ihre Identität ringt – bereits eine beachtliche Breite gewonnen hat; zur Verblüffung der offiziösen Jugendforschung, der nunmehr attestiert wird, die Entstehung eines neuen „Protesttypus" übersehen zu haben, wurde doch „der Jugend" allgemeines Desinteresse, Apathie und Resignation bescheinigt. Eine Bewegung beginnt sich zu formieren, deren einzelne Bestandteile bereits im Ansatz über den Begriff der Jugendbewegung hinausweisen, die zudem in ihren gröbsten Bestimmungsmomenten im engeren Sinne eine politische Bewegung ist. Sicher, das Gros der neuen „Alternativen" besteht aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Der direkte Ansatzpunkt an den elementaren Bedürfnissen der Bevölkerung aber zeitigt bereits Resultate der Solidarisierung, die das Jugendalter weit hinter sich lassen; andere unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen wie z.B. ausländische Arbeiterfamilien sowie ältere Menschen werden in das gemeinsame Handeln einbezogen.

Die Bewegung richtet sich nicht gruppen- oder altersspezifisch an eine im vorhinein begrenzte Zielgruppe, sondern fordert gleiches Recht für alle, sei es nun im Bereich des Wohnens, wo eine Vielzahl Mieterinitiativen und „Mieterläden" stadtteilbezogene Arbeit leistet und so vielen Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite stehen, ohne nach Alter, Herkunft und dergleichen zu fragen, oder sei es auf anderen Bereichen in den verschiedenen Bürgerinitiativen, die sich eine bessere

Lebensqualität hier und heute zur Zielsetzung gemacht haben. Alternative Bestrebungen erschöpfen sich nunmehr nicht in sogenannten „Einpunktprogrammen", sondern bestehen aus einem immer enger verwobenen Netz von dezentralen Organisationsformen, die mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung nebeneinander und miteinander verbunden „funktionieren". Das Berliner „Stattbuch" beispielsweise nennt rd. 600 verschiedene alternative Projekte, vom Handwerkskollektiv bis zur selbstverwalteten Schule, von Cafes über Jugend- und andere Beratungseinrichtungen bis zu „Gesundheitsläden" u.v.a. Die Selbsthilfeaktion „Netzwerk" schließlich unterstützt finanziell solche und ähnliche Projekte, soweit sie noch unabgesichert sind.

Nach der Abkehr in die vermeintlichen Nischen der Gesellschaft – sei es als Rückzug auf das Landleben autonomer Kommunarden oder als selbstzerstörerische Flucht in die Droge – findet eine „Rückkehr" in die gesellschaftliche Realität statt, die, wenn auch in vielen Fragen eher ratlos, doch versucht, den Widersprüchen der Wirklichkeit unserer Städte durch aktives Engagement Paroli zu bieten und in wichtigen Lebensbereichen ein Stück Kontrolle über die eigenen Belange zurückzugewinnen.

Die Wortspielerei von einer neuen großen Verweigerung mißinterpretiert diesen Sachverhalt gründlich. Nicht das *Aussteigen* aus *der* Gesellschaft wird hier organisiert, – auch wenn dies ähnlich lautende Parolen aus der „Alternativ-scene" nach wie vor suggerieren –, sondern einer unbefriedigenden und für viele unerträglich gewordenen Lebenssituation wird solidarisches Handeln entgegengesetzt.

Unter vielen der Beteiligten hat sich die Erfahrung herumgesprochen, daß es in Krisenzeiten keine Nischen geben kann, die ein bequemes, unproblematisches Überleben auf die Dauer gewährleisten können. Die „Inseltheorie" scheint endgültig vom Tisch.

Wer nun andererseits die neue Bewegung im Sinne einer jugendlich-narzistisch geprägten Nabelschau gelangweilter „ausgeflippter Großstadtkinder" fehldeutet, will über das hier zu Tage tretende Protestpotential einer Generation hinwegtäuschen, die sich bislang weitgehend politisch-sozialen Auseinandersetzungen zu entziehen suchte. Eine solche Betrachtung verschließt außerdem die Augen vor einer Entwicklung, die im Verlauf der kommenden Jahre den anstehenden innenpolitischen Konflikten eine spezifische Prägung verleihen könnte.

Es ist unübersehbar, daß es hier nicht allein um den Erhalt von preiswertem Wohnraum, sondern im Ansatz um das Infragestellen jener Strukturen sozioökonomischer Verhältnisse geht, die zunächst und angesichts der bereits eingetretenen Zerstörungen in den Städten als entscheidendes Hindernis für ein menschenwürdiges Leben angesehen werden.

Eine demokratische Bewegung, deren Losungen den Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit, den Erhalt demokratischer Rechte und den äußeren Frieden beschwören, ist mitverantwortlich für jugendlichen Protest, der moralische Empörung in gesellschaftliches Handeln zu transformieren vermag, auch wenn die mit diesem verbundenen Ziele und Begründungen unfertig erscheinen mögen.

Diese Jugendlichen bedürfen keiner schulterklopfenden Besserwisserei, die den Formen neuen alternativen Engagements vordergründig Beifall zollt, zugleich aber über jene „Unreife" lächelnd die eigenen Hände in den Schoß legt. Formen müssen entwickelt werden, die ein Voneinander-Lernen ermöglichen und vermeiden helfen, daß ein starkes Potential zur Verbesserung gemeinsamer Lebensbelange zunächst in die Isolation gerät und schließlich erneut in bekannten Sackgassen und Irrwegen versandet und resigniert.

Norbert Schultze

Die Welt zu Beginn der 80er Jahre

Von Reinhard Kühnl

Vorbemerkung

Das kapitalistische Weltsystem ist in den 70er Jahren in eine neue Entwicklungsetappe eingetreten, die sowohl durch innere Prozesse wie durch äußere Faktoren – insbesondere durch die Entwicklung in der Dritten Welt und durch die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern – hervorgerufen wurde. Diese neue Bedingungskonstellation soll im folgenden skizziert werden. Von hier aus sind veränderte politische, ökonomische und militärische Strategien verständlich zu machen, die von den Herrschenden, d. h.von den Führungsschichten im Monopolkapital und in den administrativen, militärischen und ideologischen Apparaten entwickelt wurden und deren Durchsetzung gegenwärtig mit aller Energie angestrebt wird. Die Auseinandersetzung darüber bestimmt für absehbare Zeit die Entwicklung aller kapitalistischen Staaten – wenn auch je nach den konkreten Bedingungen in unterschiedlichen Formen. Sie bestimmt auch die Entwicklung in der Bundesrepublik. Deren besondere Bedingungen bedürfen freilich auch hier einer gesonderten Betrachtung – nicht nur deshalb, weil es das Land ist, in dem wir leben, sondern auch deshalb, weil diesem Land in dieser Auseinandersetzung eine besondere Bedeutung zukommt.

I. Die Krise

a) Die ökonomische Krise der kapitalistischen Welt

Das kapitalistische Weltsystem wurde seit dem Beginn der 70er Jahre von einer schweren und offenbar sehr dauerhaften Wirtschaftskrise ergriffen, deren Ende nicht absehbar ist. Weder ein Konjunkturforschungsinstitut noch ein Regierungsvertreter wagt es noch, irgendeine Aussage über die Beendigung der Krise zu machen oder gar – wie es in der Zeit des „Wirtschaftswunders" bis zur Mitte der 60er Jahre üblich war – davon zu reden, daß dieses privatwirtschaftliche System Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle dauerhaft gewährleisten werde.

Es ist dies in der Tat die schwerste Krise seit der großen Weltwirtschaftskrise nach 1929. Sie hat zwar bei weitem nicht jenes Maß an Massenarbeitslosigkeit und Massenverelendung produziert, aber sie hat sowohl Arbeitslosigkeit wie Inflation in einem Maße erzeugt, wie es nach den Versprechungen der Herrschenden und Regierenden zur Zeit der Hochkonjunktur unter Berufung auf das „moderne konjunktur-politische Instrumentarium" – und also nach den Erwartungen der arbeitenden Bevölkerung – als gänzlich ausgeschlossen galt. Die Inflationsraten haben sich in den 70er Jahren gegenüber den 60er Jahren insgesamt mehr als verdoppelt. In den USA stieg die Arbeitslosenrate im ersten Halbjahr 1980 auf 7,8 %, die Inflation auf über 15 %, das Wirt-

schaftswachstum fiel unter 0 %[1]). Insgesamt entwickelte sich der „Elendsindex" (die Summe aus Arbeitslosigkeit und Inflation), den Carter im Wahlkampf 1976 erfunden hatte, um die elenden Zustände anzuklagen, während seiner Amtszeit von 11 % (5% Arbeitslosigkeit + 6 % Inflation) auf 23 % (8 % Arbeitslosigkeit und 15 % Inflation). (Eben das ermöglichte diesmal Reagan den Wahlsieg, in dessen Amtszeit der Index aber ohne Zweifel noch einmal massiv steigen wird). Die EWG erreichte mit 7,4 Millionen (= 6,7 %) Arbeitslosen im Oktober 1980 den Höchststand seit ihrer Gründung 1957. „In den 12 Monaten bis Ende Oktober verzeichnete (man) eine Zunahme der Arbeitslosenzahl von 20 % oder 1,281 Mill."; „bis zu 40 % der Jugendlichen (sind) über einen längeren Zeitraum arbeitslos"[2]). In Frankreich und verschiedenen anderen Ländern hat auch die Inflation „einen neuen Höchststand erreicht"[4]). Auch in Japan ist die Arbeitslosigkeit der offiziellen Statistik nach zwar nur auf 1,17 Millionen (= 2,1 %), tatächlich aber auf 3–4 Millionen und die Inflation auf 7 % gestiegen (das Wirtschaftswachstum ist allerdings mit real etwa 4 % noch recht hoch)[5]). In der Bundesrepublik betrug die Arbeitslosigkeit Ende 1980 über 1 Million, die Inflationsrate über 7 % und die Kapazitätsauslastung (im September) nur 80,5 %[6]).

Wie die damalige Weltwirtschaftskrise (aber im Unterschied zu den leichteren Rezessionen der 50er und 60er Jahre) hat die Krise nun alle kapitalistischen Länder zugleich erfaßt, so daß der naheliegende Ausweg der Exportsteigerung in solche Länder, in denen Konjunktur herrscht, nun nicht mehr möglich ist.

Fast alle Prognosen sagen denn auch voraus, daß Arbeitslosigkeit und Inflation in den kommenden Jahren noch weiter ansteigen werden. „Nach den goldenen sechziger und den silbernen siebziger Jahren steht die Wirtschaft jetzt vor kupfernen achtziger Jahren"[7]). Die OECD rechnet für alle 24 OECD-Länder im Durchschnitt 1982 mit einer Inflationsrate von 8,75 % und mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahl von 23 Millionen auf 25,5 Millionen (= 7,5%); für die EG-Staaten wird mit 6,8 % Arbeitslosen (und einem Wirtschaftswachstum von 0,6 %) gerechnet[8]). „Ökonomisches Wachstum wird es 1981 in ganz Europa kaum geben", stellte der Bundeskanzler in seiner Neujahrsansprache fest[9]). Auch das Musterland des Reformismus, Schweden, muß mit einer Verdoppelung der Arbeitslosigkeit(von 2 auf 4 %) und mit einem wesentlichen Produktionsrückgang rechnen[10]). Und selbst im bisher so stabilen Österreich rechnet man mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von 1,9 auf

1) AIB, 7–8/1980, S. 4.
2) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 22. 11. u. 24. 11. 1980.
3) FAZ v. 18. 12. u. 24. 12. 1980.
4) FAZ v. 1. 12. 1980.
5) „Deutsche Volkszeitung" (DVZ) v. 20. 11. 1980.
6) FAZ v. 17. 11. 1980.
7) So der Informationsdienst „Platow-Brief" nach FAZ v. 31. 12. 1980.
8) Bericht der EG-Kommission, FAZ v. 1. 12. 1980.
9) FAZ v. 31. 12. 1980.
10) FAZ v. 24. 12. 1980.

2,4 %[11]). Für die BRD rechnet die OECD mit einem Anstieg der Arbeitslosenrate von 4 auf 4,75 %. Das Münchner Ifo-Institut rechnet schon für 1981 mit „reichlich 5 %", also mit 1,2 Millionen, für die Bundesrepublik und mit einer Abnahme des realen Sozialprodukts um 1 %[12]). Die Prognosen des Kieler Instituts sind noch pessimistischer[13]). Längerfristig werden Arbeitslosenzahlen von 2–4 Millionen gerade auch vom DGB in der Bundesrepublik für durchaus möglich gehalten[14]). Gesicherte Perspektiven sind nirgens in Sicht. Angesichts der vielfältigen Krisenerscheinungen – so schreibt die FAZ in ihrem Ausblick auf die 80er Jahre – sei „jede Prognose unmöglich. Es gleibt die Hoffnung"[15]); aber „wenn es hart auf hart kommt, haut es alle Prognosen durcheinander"[16]). Der Bundeskanzler verlangte zwar in seiner Regierungserklärung „Mut zur Zukunft", aber: „welchen Weg aus den vielen Dämmerungen seine Regierung sieht, hat er nicht verraten, so wenig wie die anderen Institutionen des öffentlichen Lebens" (so zutreffend die „Frankfurter Allgemeine" (FAZ), die allerdings auch keinen Ausweg weiß[17])).

So zeigt der Kapitalismus aufs Neue, daß er nicht nur Elend und Hunger in der Dritten Welt in großem Maßstab produziert (dort verhungern jährlich 50 Millionen Menschen, davon 12 Millionen Kinder[17a])), sondern daß er auch im eigenen Lande trotz gigantischen gesellschaftlichen Reichtums und hochentwickelten Produktivkräften nicht in der Lage ist, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit für alle zu gewährleisten – geschweige denn die vorhandenen Ressourcen sinnvoll zu koordinieren und zum Wohle der arbeitenden Menschen einzusetzen: Millionen von Menschen, die arbeiten wollen, aber nicht arbeiten dürfen und brachliegende Produktionsanlagen einerseits – und großer gesellschaftlicher Bedarf nach Gütern und Dienstleistungen (von Wohnungen bis zur Altenbetreuung), also nach Arbeitsleistungen, andererseits; 15 000 (bis 1985 vielleicht über 50 000) arbeitslose Lehrer[18]) einerseits – und überfüllte Klassen und Unterrichtsausfall andererseits; Wohnungsnot einerseits und eine große Zahl leerstehender Häuser und Wohnungen andererseits veranschaulichen, wie überlebt und anachronistisch dieses Wirtschaftssystem trotz aller äußeren Entfaltung von Macht und Warenvielfalt ist.

Solche tiefergreifenden und längerdauernden Krisen haben notwendigerweise eine Verschärfung der sozialen Spannungen zur Folge. Da nun ein Teil der Arbeitskräfte und der Produktionsanlagen brachgelegt wird (nicht etwa weil der Bedarf, sondern weil die kaufkräftige Nachfrage fehlt, also bei Auslastung der Produktionskapazitäten Profite nicht zu erwarten sind), wird weni-

11) FAZ v. 24. 12. 1980.
12) FAZ v. 23. 12. 1980.
13) FAZ v. 9. 12. 1980.
14) „Erziehung und Wissenschaft", 10/1980, S. 2; vgl. auch J. Huffschmid, Der Großmachtkurs und seine Kosten, in: „Blätter", 11/1980, S. 1312, mit weiteren Belegen.
15) FAZ v. 29. 12. 1979.
16) FAZ v. 24. 11. 1980.
17) FAZ v. 31. 12. 1980.
17a) Vgl. „Le Monde" v. 13. 12. 1980 zum UNICEF-Jahresbericht.
18) FAZ v. 18. 12. 1980.

ger an gesellschaftlichem Reichtum produziert als produziert werden könnte, während zugleich erhöht Kosten durch diese Brachlegung von Arbeitskräften und Maschinen entstehen. In solchen von den inneren Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise periodisch hervorgerufenen Krisensituationen – das lehrt die historische Erfahrung wie die theoretische Analyse der Interessenlage – ist das Kapital zu energischen Versuchen genötigt, die Defizite und Lasten der Krise abzuwälzen auf die arbeitende Bevölkerung und auf Arbeitslose, Rentner, Kranke, Schüler, Studierende usw. und so zu verhindern, daß die Krise zu Lasten der Profite geht. In der Tat stellt dies in der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft für das Kapital einen Zwang dar: um auch unter den verschärften Bedingungen der Krise noch konkurrenzfähig zu bleiben und die Investitions- und Expansionskraft zu erhalten und auszubauen, müssen die Kosten (für Löhne, Gehälter, Sozialleistungen usw.) möglichst niedrig gehalten werden. Dies gilt für die Einzelkapitale ebenso wie die nationalen Kapitale in ihrem Konkurrenzkampf um Absatzmärkte und Investitionschancen.

Diese Konstellation ist ein wesentlicher Grund dafür, weshalb gegenwärtig in allen kapitalistischen Ländern massive Anstrengungen unternommen werden, um die Sozialausgaben (für Bildung, Erziehung, Gesundheit, Renten usw.) zu kürzen und Löhne und Gehälter ebenfalls zu senken oder mindestens stagnieren zu lassen. Diese Tendenz ist zu beobachten von England bis Schweden, von den USA bis zur Bundesrepublik und von Portugal bis zur Türkei[18a]). Die Unterschiede beziehen sich auf die Formen und den Grad der Durchsetzung, also wesentlich auf das politische Kräfteverhältnis in den verschiedenen Ländern.

b) Der globale Machtverlust des Kapitalismus

Neben dieser, aus den inneren Mechanismen der kapitalistischen Ökonomie resultierenden, Triebkraft für krisenhafte Entwicklung und Verschärfung der sozialen Konflikte wirkt jedoch noch eine zweite in die gleiche Richtung. Sie resultiert aus dem Machtverlust des kapitalistischen Weltsystems gegenüber den Ländern der Dritten Welt und den sozialistischen Ländern. Der mit der russischen Revolution 1917 einsetzende Prozeß, in dessen Verlauf aus dem bis dahin die gesamte Welt umfassenden Herrschaftsbereich des Kapitalismus ein Stück nach dem anderen herausgebrochen wurde, hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich beschleunigt. Der bis dahin auf ein Land begrenzte Sozialismus wuchs zu einem Staatensystem an, und in vielen Ländern Afrikas und Asiens erkämpften nationale Befreiungsbewegungen die politische und in einem gewissen – von Land zu Land freilich sehr verschiedenen – Grade auch ihre ökonomische Unabhängigkeit. Die 70er Jahre sind weltgeschichtlich dadurch gekennzeichnet, daß das Tempo dieser Emanzipations-

18a) In Holland z. B. wurden die Ausgaben für Sozialleistungen und Gesundheitswesen um 1,2 Mrd. Gulden gekürzt und Reallohnsenkungen durchgesetzt; in Schweden wurden sogar die Renten in die Kürzungen einbezogen (FAZ v. 17. 9. 1980). Reallohnsenkungen werden auch aus Spanien, Portugal, England und anderen Ländern berichtet.

bewegung noch einmal stark angestiegen ist und daß in rascher Folge die imperialistischen Positionen in Vietnam, Laos, Kambodscha, Äthiopien, Angola, Mozambique, Rhodesien, Iran und Nikaragua zusammenbrachen. In vielen anderen Ländern, besonders in Mittelamerika, im Nahen Osten (Saudi-Arabien, Oman) und im südlichen Afrika sind diese Positionen labiler geworden oder schon stark erschüttert. Dem steht zwar in einer Reihe von Ländern die „Stabilisierung" imperialistischer Herrschaft durch Militärdiktaturen gegenüber (besonders Chile, Argentinien, Bolivien, Pakistan, Türkei, Südkorea und Indonesien sind hier zu nennen), deren Funktion durchweg darin besteht, das Land für ausländisches Kapital zu öffnen und zugleich politische und gewerkschaftliche Rechte zu unterdrücken, damit die Arbeitskräfte billig und die Eigentumsverhältnisse gesichert bleiben. Aber auch diese Diktaturen stehen teilweise auf recht schwankendem Boden, und insgesamt ändern sie offensichtlich nichts an der weltgeschichtlichen Haupttendenz unserer Epoche. Wesentlich stärker ins Gewicht fällt allerdings die weitgehende politische und militärstrategische Eingliederung Chinas in den kapitalistischen Block, die längerfristig sehr bedeutsam werden könnte; freilich wissen wir über die innere Stabilität des gegenwärtigen Regimes in China nicht allzuviel.

Die realen wie die potentiellen Folgen dieses Prozesses sind sehr schwerwiegend. Alle diese Länder, deren Rohstoffe, Arbeitskräfte und Produktionsanlagen bis dahin dem Kapitalismus ohne störende gewerkschaftliche Forderungen, soziale Rechte, Umweltschutzgesetze usw., d. h. „frei" zur Verfügung standen und also nach dessen Bedürfnissen rücksichtslos ausgebeutet werden konnten, nehmen nun in wachsendem Maße ihre Reichtümer und Ressourcen selbst in Besitz. So ist in globalem Maßstab das Gewicht und das Selbstbewußtsein der Länder der Dritten Welt stark angewachsen. (Wesentlich hat dazu auch der Sieg des vietnamesischen Volkes über den militärisch mächtigsten Staat der Welt, die USA, beigetragen – ein Sieg, der zugleich für die USA die erste militärische Niederlage ihrer Geschichte bedeutete und im Innern eine schwere Identitätskrise auslöste.) So haben sich die Entwicklungsländer fest vorgenommen, bis zum Jahre 2000 ihren Anteil an der Weltindustrieproduktion von gegenwärtig 9 % auf 25 % zu steigern[19]). In Ansätzen beginnt sich bei diesen Ländern auch bereits eine Art von kollektiver Interessenwahrnehmung zu entwickeln, deren effektivstes Beispiel der Zusammenschluß der meisten ölproduzierenden Staaten in der OPEC darstellt. Sie zeigt sich aber auch in den Auseinandersetzungen über eine „neue Weltwirtschaftsordnung", in der Organisation der Blockfreien (deren Vorsitzender bei der letzten Konferenz nicht zufällig Fidel Castro hieß) und in gemeinsamem Abstimmungsverhalten in der UNO und in deren Unterorganisationen wie der UNESCO usw. in den meisten Fragen, die Imperialismus, Rassismus und ökonomische Ausbeutung betreffen. In dieser UNO, die bis zu den 50er Jahren reibungslos als Abstimmungsmaschinerie der USA funktionierte, haben sich die Stimmenverhältnisse so grundlegend verschoben, daß jetzt die kapitali-

19) Vgl. die entsprechende Deklaration auf der III. UNIDO-Konferenz von Neu Delhi.

stischen Staaten in all den genannten Fragen meist isoliert sind und nur noch eine kleine Minderheit darstellen.

Dieser gesamte Befreiungsprozeß der ehemals kolonialen oder halbkolonialen Länder konnte nur deshalb gelingen, weil das sozialistische Staatensystem existierte. Schon der 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1919 hatte sich mit den Befreiungsbewegungen solidarisiert. Im Kontext der eigenen Konsolidierung hatten die sozialistischen Staaten dann den Befreiungsbewegungen ökonomische, ideologische und militärische Hilfe gewährt und in vielen Fällen nach vollzogener Befreiung beim Aufbau der ökonomisch ausgebeuteten und oft auch weithin zerstörten Länder geholfen. So konnte die enorme militärtechnische Überlegenheit der kapitalistischen Mächte (z. B. der USA in Vietnam, aber auch der Portugiesen in Angola und Mozambique) wenigstens teilweise ausgeglichen werden; vor allem aber war mit dem atomaren Patt zwischen den USA und der Sowjetunion eine Lage geschaffen, in der ein Einsatz von Atombomben (wie er etwa in Vietnam durchaus in Betracht gezogen wurde) oder ein militärischer Überfall auf Kuba das Risiko der eigenen Vernichtung implizierte. Insgesamt ist die Zahl der Staaten, mit denen die UdSSR Beziehungen unterhielt, von 28 (1960) auf 76 (1979) angestiegen; mit 64 von ihnen wurden Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit geschlossen. Da auch auf UNO-Ebene in zentralen Fragen die sozialistischen Länder mit den Entwicklungsländern gemeinsam stimmen, zeichnet sich die Gefahr einer wachsenden Annäherung beider Staatengruppen und einer wachsenden Isolation der kapitalistischen Staaten ab. Diese Gefahr ist zwar nicht sehr akut, weil die Differenzen innerhalb der Staatengruppe der Entwicklungsländer und der Blockfreien zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Ländern (Saudi-Arabien, Scheichtümer, Jordanien, Thailand usw.) sehr groß sind. Aber als eine längerfristig drohende Tendenz ist sie doch erkennbar.

Für die kapitalistischen Staaten nehmen damit die Probleme, vor denen sie seit 1917 stehen, neue Dimensionen an:Ganz unmittelbar bedeutet die eben skizzierte Entwicklung, daß die Rohstoffe und die Arbeitskräfte dieser Länder aktuell und perspektivisch wesentlich teurer werden und daß überhaupt nicht gesichert ist, ob sie in gewünschtem Maße zur Verfügung stehen. Und dies alles in einer Situation, in der der Kapitalismus ohnehin in einer tiefen Krise steckt. Grundsätzlich und längerfristig aber stellt sich für den Kapitalismus als Weltsystem schlicht die Existenzfrage: die Frage nämlich, wie es denn mit ihm weitergehen und wie die Zukunft aussehen soll, wenn dieser weltgeschichtliche Prozeß sich fortsetzt, auch die übrigen, noch verbliebenen Herrschaftspositionen besonders in Lateinamerika, im südlichen Afrika, im Nahen Osten und in Südostasien zusammenbrechen und die innere Entwicklung der Länder der Dritten Welt sich noch stärker auf reale ökonomische Unabhängigkeit, womöglich auf Annäherung an die sozialistische Produktionsweise (wie z. B. in Kuba, Algerien, Syrien, Äthiopien und Vietnam) orientiert[19a]).

19a) „Sprengstoff im Süden. Der Aufstand der Entwicklungsländer steht bevor" heißt ein Aufsatz des Harvard-Professors Karl Deutsch in: „Politische Meinung", Nr. 190 (1980).

Als zweiter Faktor kommt hinzu, daß die sozialistischen Länder ihre zunächst ja insgesamt sehr schwache und rückständige Ökonomie in raschem Tempo entwickelt haben, wesentlich höhere (und auch wesentlich gleichmäßigere) Wachstumsraten erzielen, und auch von hier aus Gewicht und Einfluß der kapitalistischen Länder sich verringern. Der Anteil der kapitalistischen Hauptländer (Deutschland bzw. BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, USA) an der Weltindustrieproduktion ist von 69,6 % im Jahre 1937 auf 58,7 % im Jahre 1950 und auf 41,7 % im Jahre 1978 gefallen; der Anteil der UdSSR bzw. der RWG-Staaten ist zugleich von 10 % auf 17,5 % und 33 % angestiegen. Der Niedergang des Kapitalismus im Weltmaßstab wird auch daran erkennbar, daß die gesamte EG im Jahre 1978 einen geringeren Anteil hatte als 1913 das Deutsche Reich allein (15,4 % gegenüber 15,8 %). Diese Tendenz zeigt sich sogar im Vergleich der DDR mit der ja im Verhältnis zur DDR sehr starken und im Verhältnis zu anderen kapitalistischen Staaten sehr rasch expandierenden bundesrepublikanischen Wirtschaft: Von 1960 bis 1977 nahm die Industrieproduktion in der DDR um 125 %, die der BRD um 87 % zu[20]). (Der reale Machtverlust des Kapitalismus spiegelt sich auch – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung und abgeschwächt – im Bewußtsein der Bevölkerung: Auf die Frage: „. . . was glauben Sie, wie die Welt in 50 Jahren aussieht: Wer wird dann mächtiger sein: Amerika oder Rußland?" antworteten 1953 32 % mit „Amerika" und 11 % mit „Rußland"; 1977 hatte sich das Verhältnis fast umgekehrt: nur noch 18 % antworteten mit „Amerika" gegenüber 29 % mit „Rußland"[21]). „Wer den Zustand der westlichen Welt im Frühjahr 1980 bedenkt, dem fallen zuhauf Symptome eines Niedergangs ein", schrieb die FAZ durchaus realistisch[22]).

Diese weltgeschichtliche Entwicklungstendenz hat einerseits schon seit dem Beginn dieses Jahrhunderts vielfältige Formen von Krisenbewußtsein und Pessimismus in Politik und Ökonomie, aber auch in Literatur und Philosophie hervorgerufen, die sich in den 70er Jahren noch gesteigert haben[23]). Aber sie hat andererseits in diesem „Zeitalter des vergehenden Optimismus"[24]) natürlich auch dazu geführt, daß die herrschenden Kräfte der kapitalistischen Welt aus dieser Lage mit wachsender Anstrengung nach Auswegen suchen. Und in der Tat lassen sich die in den letzten Jahren entwickelten politischen und militärischen Strategien wesentlich aus dieser Problemlage und ihrer Zuspitzung in den 70er Jahren erklären. Es wurden einerseits die globalstrategischen Konzeptionen verändert, und es wurden andererseits politische Konzepte entwickelt, um in den einzelnen Ländern die inneren Bedingungen dafür zu schaffen, daß erstens die erhöhten Kosten für Rohstoffe und Arbeitskräfte nicht zu Lasten des Kapitals, sondern zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gehen; und daß zweitens die globalstrategischen Konzeptionen auch wirklich durchgesetzt werden können.

20) Nach K. Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht?, Köln 1980, S. 50 u. 67.
21) Nach den Allensbacher Jahrbüchern für Demoskopie, abgedruckt bei Steinhaus, a.a.O., S. 96.
22) FAZ v. 8. 4. 1980.
23) Ich habe sie analysiert in meiner Schrift „Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft", Köln 1976.
24) So die FAZ v. 31. 12. 1980.

II. Die neue Globalstrategie

Die globalstrategische Umorientierung, die in der ersten Hälfte der 70er Jahre begann und hauptsächlich von den USA ausgeht, stellt eine Reaktion auf die neue Weltlage dar. Die USA hatten nach 1945 zunächst Konzeptionen entwickelt, die – gestützt auf das Monopol in der atomaren Beswaffnung und auf ihre große ökonomische Überlegenheit – darauf abzielten, die Sowjetunion zurückzudrängen („Roll back") und schließlich als politisches und ökonomisches System gänzlich auszulöschen[25]). Im Memorandum 7 des Nationalen Sicherheitsrates der USA (vom März 1948) heißt es zusammenfassend: „Die Niederschlagung der Kräfte des sowjetisch gelenkten Weltkommunismus ist für die Sicherheit der Vereinigten Staaten lebenswichtig . . . Dieses Ziel kann durch eine defensive Politik nicht erreicht werden." (In der Öffentlichkeit wurde die Rüstungspolitik auch damals natürlich als Verteidigungsmaßnahme gegen die „kommunistische Bedrohung" ausgegeben[25a]). Die USA hatten sich dann partiell in Richtung auf Entspannungspolitik orientiert, als die machtpolitischen Grundlagen dieser Konzeption entfallen waren: Mit der Entwicklung der Atombombe auch in der Sowjetunion am Ende der 40er Jahre und der entsprechenden Trägersysteme 1957 mußten nun zum erstenmal auch die USA damit rechnen, im Falle eines Krieges getroffen zu werden. Und mit der sozialökonomischen Konsolidierung der sozialistischen Länder mußte es immer unwahrscheinlicher erscheinen, daß diese durch Wettrüsten ökonomisch zu Boden gezwungen werden könnten. So wurden die USA für Abrüstungsvorschläge ansprechbar.

Die dann vollzogene Umorientierung zur Entspannungspolitik, die auch in einer Reihe von völkerrechtlichen Vereinbarungen (u. a. über Rüstungsbegrenzungen und Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen und Staaten in Europa) ihren Niederschlag fand und in dem Vertragswerk von Helsinki über „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" für unseren Kontinent ihre konkreteste Form erreichte, allerdings in den USA den anderen Kurs nie vollends aus der Diskussion und dem Bereich möglicher „Optionen" verdrängte, war mit zwei wesentlichen Erwartungen verbunden: Einerseits ging man davon aus, daß die Entspannungspolitik in der Dritten Welt eine Garantie des Status quo, des bestehenden Herrschaftsbereichs bedeuten und bewirken werden; und andererseits hoffte man auf „Wandel durch Annäherung", d. h. auf Einwirkungsmöglichkeiten in die sozialistischen Länder hinein durch den Fluß von Meinungen, Kulturgütern, Waren- und Touristenströmen mit dem Ziel der Aufweichung und gegebenenfalls der Umformung des sozialökonomischen Systems.

Was die erste Annahme betrifft, so wurde sie durch die Serie von Niederlagen, die die kapitalistischen Länder gerade in der Periode der Entspannungspoli-

25) Dazu und zum folgenden vgl. u. a. D. Horowitz, Kalter Krieg, 2 Bde., Berlin (West) 1969; B. Greiner, Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute, Köln 1980; H. Magdoff, Das Zeitalter des Imperialismus, 1969; G. Alperowitz, Atomare Diplomatie, München 1967; G. Kolko, Hintergründe der US-Außenpolitik, Frankfurt/M. 1971; W. v. Bredow, Die Zukunft der Entspannung, Köln 1979.

25a) Zu diesen Fragen vgl. G. Kade, Die Bedrohungslüge, Köln 1979.

tik in Afrika und Asien hinnehmen mußten, sehr herb enttäuscht. Die UdSSR hatte nämlich, wie Außenminister Genscher soeben noch einmal darlegte, die Entspannung nie als Einfrieren dieser Befreiungsprozesse, als Schutzbrief für morsche Regime aufgefaßt[25b]) und hätte diese Prozesse, selbst wenn sie es gewollt hätte, nicht aufhalten können. Die zweite Erwartung war nicht gänzlich illusionär, wie die Ereignisse in der CSSR 1967/68, die immer wiederkehrenden Dissidentenprobleme und die gegenwärtige Entwicklung in Polen zeigen. Wenn – wie in der CSSR und in in Polen geschehen – langjährige ökonomische Mißwirtschaft[26]) und politische Erstarrung der Partei, der Gewerkschaften und der Staatsorgane bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerung große Unzufriedenheit erzeugt haben, so ist durchaus ein Boden vorhanden, auf dem auch gegen den Sozialismus gerichtete Kräfte sich bis zu einem gewissen Grade entfalten können. Zur Realisierung gelangten dieser Erwartungen jedoch auch hier bisher in keinem einzigen Fall.

Aus diesen Erfahrungen haben maßgebliche Teile der herrschenden Klasse in den USA, aber auch in anderen kapitalistischen Ländern, die Folgerung gezogen, daß die Entspannungspolitik gescheitert sei und durch ein effektiveres Konzept ersetzt werden müsse; sie habe „nur den Kommunisten genützt". Gesucht wurde ein Konzept, das die Serie von Niederlagen in der Dritten Welt beenden, im Weltmaßstab aus der Defensivposition herausführen und wieder eine offensive Politik ermöglichen könne.

Das neue globalstrategische Konzept begann seit der Mitte der 70er Jahre in der Ära Carter allmählich Gestalt anzunehmen. Seine Realisierung wurde auch bereits energisch in Angriff genommen. Dies zeigte schon die Weigerung der USA zur Ratifizierung des schon 1979 von Carter und Breschnew unterzeichneten SALT II-Abkommens, der bisher „detailliertesten Abrüstungsvereinbarung"[27]), die die „Zeit" einen „Vertrag gegen den Untergang"[28]) nannte; ebenso das NATO-Langzeitprogramm, das die NATO-Staaten zu ständiger Steigerung der Militärausgaben von jährlich mindestens real 3 % verpflichtet; der Beschluß der NATO zum Bau und zur Stationierung einer neuen Generation von Atomraketen; der Entschluß zur militärtechnologischen Aufrüstung Chinas seit Mai 1980, das freilich, wie die FAZ bedauernd bemerkt, „die ihm zugedachte Funktion als strategisches Element nur bedingt ausüben" könne und erst „1990 vielleicht . . . die militärische Infrastruktur haben (wird), die eine Armee braucht, um als Trumpfkarte im großen Spiel zu stechen"[29]); der militärische Interventionsversuch gegenüber dem Iran im April 1980 (bei dem die Verbündeten nicht einmal unterrichtet worden waren), die Erklärung Carters, daß der gesamte Ferne und Nahe Osten mitsamt dem Persischen Golf zu jenem Gebiet gehöre, in dem die USA „lebenswichtige nationale Interessen" zu verteidigen hätten, denn diese seien „globaler

25b) H. D. Genscher, in: „Europa-Archiv", 12/1980.
26) FAZ v. 4. 12. u. 23. 12. 1980.
27) Bredow, a.a.O., S. 147.
28) „Die Zeit" v. 18. 5. 1979.
29) FAZ v. 13. 8. 1980.

Natur"[30]), das damit in Zusammenhang stehende Konzept einer Interventionsstreitmacht für die Region des Persischen Golfs[31]), neue Verträge über Militärstützpunkte mit Kenia, Oman und Somalia, die zusätzliche Konzentration militärischer Kräfte im Indischen Ozean, die erneuten Interventionsdrohungen gegenüber Kuba, der Olympia- und Handelsboykott gegenüber der UdSSR (der eine offene Verletzung vertraglicher Verpflichtungen bedeutete), der Wirtschaftsboykott gegenüber dem Iran und viele andere Maßnahmen[32]). Der Präsidentenberater Brzezinski faßte die „Haupterfolge" Carters so zusammen: „Die Normalisierung der Beziehungen zu China mit deren weitreichenden strategischen Folgen, der Entschluß, moderne Waffen wie die ‚MX'-Rakete zu bauen und die strategische Zieldoktrin zu modernisieren, der Beginn eines Sicherheitssystems im Persischen Golf und die . . . neue amerikanische Politik in Mittel- und Lateinamerika"[33]).

Diese Wendung zu einer neuen Konfrontations- und Interventionspolitik traf jedoch sowohl bei den Regierungen der Bundesgenossen wie auch bei den betroffenen Völkern und sogar, wie der Rücktritt von Cyrus Vance vom Außenministeramt zeigte, innerhalb der herrschenden Kräfte der USA selbst auf beträchtliche Widerstände. Vance warnte die Regierung vor der Illusion, „daß wir die Sowjetunion beherrschen könnten, wenn wir das nur wollten". Das sei „selbstgefälliger Unsinn, der uns irreführt oder vielleicht sogar ins Unglück stürzt"[34]); und auch sein Nachfolger im Außenministeramt, Muskie, „hat sich jetzt gegen ein Streben der Vereinigten Staaten nach militärischer Überlegenheit ausgesprochen". Dies „würde das Risiko eines Atomkrieges verstärken"[35]). So konnte das Konzept bislang nur in Ansätzen realisiert werden. Wesentlich energischer dürfte es unter dem neuen Präsidenten Reagan, der auch persönlich vom Glauben an die amerikanische Mission zur Führungsrolle in der Welt beseelt ist[36]), angepackt werden. Das zeigt schon dessen brüske Weigerung, das von Breschnew und Carter unterzeichnete SALT II-Abkommen überhaupt noch für eine Ratifizierung in Betracht zu ziehen, und die Erwägung, sogar das SALT-I-Abkommen aufzukündigen[37]).

Das neue Konzept läuft – kurz gesagt[38]) – darauf hinaus, erneut zu einer Politik der offenen und offensiven Konfrontation gegenüber den sozialistischen Ländern und zu einer Politik der militärischen Gewaltandrohung, der Intervention und der Repression gegenüber den rohstoffproduzierenden Ländern und den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt überzugehen, also der

30) Erklärung Carters v. 21. 1. 1980.
31) Die verschiedenen Varianten von Militärintervention wurden in der US-Zeitschrift „Fortune" im Mai 1979 dargestellt.
32) Vgl. im einzelnen dazu Greiner, a.a.O.
33) FAZ v. 1. 12. 1980.
34) C. Vance, Rede an der Harvard University vom 5. 6. 1980, in: „Horizont", 28/1980, Beilage.
35) FAZ v. 9. 8. 1980
36) FAZ v. 1. 9. 1980
37) Zum Kurs Reagans vgl. B. Greiners Analyse in „Blätter", 12/1980; vgl. auch „Der Spiegel", 37/1980, S. 137 ff.
38) Vgl. im einzelnen mit den entsprechenden Daten und Belegen Greiner, Amerikanische Außenpolitik, a.a.O., sowie die eben genannte Analyse in „Blätter", 12/1980; Greiner/Steinhaus (Hrsg.), Auf dem Weg zum Dritten Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980.

Androhung weiterer „Vietnams". Es beruht auf dem Grundsatz, daß „die Anwendung von Gewalt – nennen wir's Krieg – legitim ist"[38a]). Dies setzt die Schaffung eines gigantischen militärischen Droh- und Gewaltpotentials voraus, um das annähernde militärische Gleichgewicht zu überwinden und eine entscheidende Überlegenheit zu erringen. So erklärte der US-Verteidigungsminister Brown vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats, daß es um die „Überbietung" des Warschauer Paktes, um die „Erringung einer eindeutigen Überlegenheit" gehte[39]). Und vor dem Streitkräfteausschuß: „Wir müssen jetzt darüber entscheiden, ob wir die Absicht haben, die stärkste Nation der Welt zu bleiben(!)"[40]). Die militärische Potenz soll in diesem Konzept für die USA die Fähigkeit schaffen, „zu drohen und, falls notwendig, auf militärische Macht zurückzugreifen, um der Weltordnung den von ihr bevorzugten Standpunkt aufzudrängen", wie R. Kennedy vom Institut für strategische Studien beim US Army-College erklärte[41]). (Übrigens müßten wohl, wenn die Militärpotentiale verglichen werden, die USA, die EG, Japan und China addiert und dem Warschauer Pakt gegenübergestellt werden.)

Das neue Konzept bedeutet also die Konzentration aller ökonomischen und ideologischen Ressourcen auf Rüstung und Militär. In den internationalen Beziehungen bedeutet es eine wesentlich höhere Risikobereitschaft und die Forcierung eines Klimas des Kalten Krieges. Insgesamt wurden aus den Sozialausgaben 17 Mrd. Dollar zusätzlich für den Militärhaushalt herausgepreßt[42]). Und dies alles unter den Bedingungen einer schweren Krise: „Die sich weiter verschlechternde amerikanische Wirtschaft drängt die Reagan-Mannschaft immer mehr in Richtung auf eine ‚Dünkirchen-Strategie'", d. h. auf die Ausrufung des wirtschaftlichen Notstandes, weil sie sonst „sehr bald vor dem Ansturm der überwältigenden Probleme die Waffen strecken" müsse[43]). Dennoch soll bis 1985 nach den Forderungen des rechten Flügels der Republikaner der Militärhaushalt von gegenwärtig 175 Mrd. Dollar auf 294 Mrd. gesteigert werden[43a]).

Was diese gesamte Politik für die Massen der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen, der Jugendlichen und der Farbigen bedeutet, ist absehbar. Bereits jetzt beträgt die Arbeitslosenquote farbiger Jugendlicher „60 % oder mehr", wie die „New York Times" meldete[44]). Bereits jetzt gibt es Millionen von Arbeitslosen, „die alle Hoffnung aufgegeben haben, die ohne Ziel durchs Leben treiben"[45]). Die materielle und psychische Verelendung entlädt sich in Gewalttätigkeit, Rauschgiftsucht und steigenden Selbstmordzahlen: Die Zahl der Morde hat sich in den letzten 30 Jahren um 370 % erhöht. Jährlich werden

38a) „Washington Post" v. 14. 11. 1980.
39) I.C.A.-Bulletin v. 20. 9. 1979.
40) „New York Times" v. 14. 12. 1979.
41) R. Kennedy, USA und das strategische Gleichgewicht, München 1980, S. 23.
42) Vgl. „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 15./16. 3. 1980.
43) FAZ v 19. 12. 1980.
43a) „Washington Post" v. 14. 11. 1980.
44) Zit. nach DVZ v. 19. 4. 1979; sehr anschaulich über die soziale Wirklichkeit der USA berichtet P. Schütt. Die Muttermilchpumpe, Dortmund 1980.
45) Aussage eines Sozialarbeiters aus East Harlem, zit. nach FAZ. v. 18. 7. 1977.

in den USA „etwa 60 000 Lehrer von ihren Schülern verletzt"; von 1972 bis 1978 „hat die Zahl der Vergewaltigungen in den Schulen um 40 % zugenommen", die Zahl der tätlichen Angriffe um 77 %[46]). In New York wurden 1976 „aus den Städtischen Schulen mehr als 2400 Körperverletzungen gemeldet . . . Überfälle, Diebstähle, Schlägereien und Rauschgifthandel, selbst Vergewaltigungen sind in den Schulen der Stadt keine Seltenheit mehr"[47]). Auf 200 000 schätzten Sachverständige „die Zahl des harten Kerns der Heroinsüchtigen in New York . . . Als Folge der finanziellen Krise der Stadt" wurden 30 000 Polizisten entlassen sowie „Rehabilitationsmaßnaßen jäh beendet. 30 000 Süchtige, so schätzt man, werden damit sozusagen von einem Tag auf den anderen auf den Drogenmarkt zurückgeworfen"[48]). „Über 48 000 Jugendliche sterben jährlich eines zumeist gewaltsamen Todes" (durch Mord, Selbstmord und Autounfälle in Verbindung mit Alkoholmißbrauch). „Die Selbstmordrate unter den 15- bis 24jährigen hat sich gegenüber 1960 verdoppelt"[49]). „Mord hat in den Farbigen-Gettos der amerikanischen Städte Krankheiten oder Unfälle als Haupttodesursachen verdrängt", wie eine medizinische Fachzeitschrift feststellte[50]). Im Jahre 1976 wurde eine Million amerikanischer Kinder von ihren Eltern mit Stich- oder Schußwaffen verletzt"[51]). Etwa 5 Millionen Frauen werden pro Jahr von ihren Ehemännern so schwer mißhandelt, daß sie Verletzungen davontragen. „Man schätzt, daß 10 % aller ältereren Menschen in Amerika von ihren Kindern mehr oder weniger regelmäßig mißhandelt werden." Oft geht es um Geld: „Die Söhne erpressen ihre Mütter; wenn sie kein Geld erhalten, schlagen sie zu."[52])

Dieses Ausmaß an Verbrechen „legt einen Mantel der Furcht über das Leben von Millionen Amerikanern". „40% aller Bürger des Landes leben permanent in der Angst, das Opfer von Verbrechern zu werden . . . Diese Angst wirkt sich auf alle Bereiche des Lebens aus . . . Eine Konsequenz der tiefsitzenden Angst ist die Flucht in die Isolierung . . . Etwa jeder vierte Amerikaner vermeidet es, abends Freunde zu besuchen oder auszugehen[52a]). Diese Gesellschaft kann trotz ihres unermeßlichen Reichtums ihren Bürgern kein menschenwürdiges Leben gewährleisten. Denn diese Angst, die alles durchdringt, kann durch materielle Güter nicht kompensiert werden – nicht durch den Luxuswagen und nicht durch ein Monatseinkommen von 3000 Dollar. Sie zerstört menschliche Kommunikation und damit das Wesen der Menschen in der Substanz.

Der Staatsapparat reagiert seinerseits mit wachsender Korruption und Brutalität: Zwischen 1950 und 1973 kamen 6000 Menschen zu Tode durch Polizeieinsätze und -übergriffe (von den Opfern waren etwa 50% Schwarze). Die USA

46) FAZ v. 23. 9. 1980 u. 12. 3. 1979.
47) FAZ v. 26. 1 1978.
48) FAZ v. 7. 8. 1976.
49) DVZ v. 13. 12. 1979.
50) „New England Journal of Medicine", nach einer Meldung der FAZ v. 12. 9. 1977.
51) „Rheinische Post" v. 3. 3. 1977.
52) FAZ v. 6. 9. 1977 u. Bericht über wiss. Untersuchungen, FAZ v. 12. 8. 1980.
52a) Berichte in „US-News and World Report" v. 27. 11. 1980 u. FAZ v. 23. 9. 1980 über verschiedene wiss. Untersuchungen.

haben prozentual mehr Gefängnisinsassen als alle anderen Staaten der Welt – mit Ausnahme Südafrikas[53]). Zugleich nimmt „das organisierte Verbrechen . . . den zweiten Platz in der Reihe der umsatzstärksten ‚Wirtschaftsbranchen'" ein und wird nur von der Ölindustrie übertroffen[54]). Muß man sich da wundern, daß auf Bundesebene 50% der Steuergelder „verschwinden", daß die Lehrer von Chicago ihr Gehalt nicht bekommen konnten, „weil das Geld veruntreut wurde", daß die „Bundesgesundheitsbehörde Steuermittel für Menschenversuche zur Verfügung stellt"[55]) usw.? Und muß man sich wundern, daß Korruption und kriminelle Methoden auch auf die internationalen Beziehungen übergreifen – von der Bestechung hoher Politiker in anderen Länder (u. a. Japan, Italien und Holland) durch US-Rüstungskonzerne bis zu den Aktivitäten und Planungen der CIA, die von der Ermordung ausländischer Politiker (u. a. Castros) bis zum Einsatz von Krankheitserregern gegen die Ernte, gegen Tiere und gegen Menschen (u. a. von Gelbfiebererregern gegen die Sowjetunion) reichen.

Dies also ist das Land, mit dem uns, wie unsere Regierenden ständig sagen, „gemeinsame Werte und Ideale" verbinden, das die für uns erstrebenswerte Zukunft repräsentieren soll; das Land, das jetzt zu einer neuen umfassenden sozialen Demontage zwecks weiterer Militarisierung übergeht – mit absehbaren sozialen Folgen; das Land, mit dessen Politik wir „volle Solidarität" üben sollen. Die FAZ meint, die soziale Demontage habe auch in den Vereinigten Staaten ihre Grenzen. Gehe die Regierung hier zu weit, so riskiere sie „eine gefährliche Explosion von den ‚Großstadt-Gettos' bis zu den schwarzen und braunen Minderheiten"[55a]). Solche Rebellionen bleiben jedoch relativ folgenlos, solange es in den USA an einer organisierenden Kraft, insbesondere einer starken Arbeiterbewegung fehlt. Wir werden uns also selber helfen müssen.

Den gleichen Vorrang für Militärausgaben verlangen die USA auch von ihren Verbündeten: „Washington steht dem Bestreben der Europäischen Partner, ihren Wohlfahrtsstaat unter allen Umständen zu retten, und wenn das auf Kosten der Verteidigung gehen sollte, verständnislos gegenüber"[55b]).

Machtpolitisch kann diese neue Globalstrategie sich stützen auf eine neue Generation von Atomraketen, die eine qualitativ gesteigerte Zielgenauigkeit und Vernichtungskraft aufweisen; die „Erstschlagkapazität" kann so gesteigert werden, daß Aussicht besteht, den Gegner sogleich vernichtend zu treffen und also selbst davonzukommen. Durch dieses neue Waffensystem können sich die USA „die Fähigkeit verschaffen . . . , mit einem Erstschlag die zur Zeit verwundbare sowjetische Atomstreitmacht auszuschalten"[56]). So kann

53) Untersuchung der Nationalen Konferenz Schwarzer Rechtsanwälte, vgl. DVZ v. 24. 8. 1978.
54) US-Wirtschaftsmagazin „Forbes", zit. nach FAZ v. 17. 9. 1980.
55) Prof. H. A. Schiesser aus Chicago in einem Leserbrief in der FAZ v. 10. 1. 1980.
55a) FAZ v. 6. 11. 1980.
55b) FAZ v. 6. 12. 1980.
56) So die SZ v. 13. 6. 1980, die sich auf das Jahrbuch 1980 des Schwedischen Friedensforschungsinstituts Sipri stützt.

ein Atomkrieg wieder als denkbar und gewinnbar, mindestens aber auf Europa begrenzbar erscheinen. Die „Washington Post" spricht von einer „offenkundigen Tendenz, an das Undenkbare zu denken – sich auf die Austragung eines Krieges mit Kernwaffen vorzubereiten"[56a]). „Victory is possible" heißt ein programmatischer Artikel in „Foreign Policy", in dem dies offen diskutiert wird[57]). Es komme darauf an, den Willen aufzubringen, einen Atomkrieg zu führen, und die Einsicht, daß ein solcher Krieg „wahrscheinlich geführt werden wird". Eine „glaubhafte amerikanische Sieges-Strategie" müsse „das Ende des Sowjetstaates ins Auge fassen", also „Kriegsziele festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegsweltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen". Dies verlange nicht nur „strategische Überlegenheit", sondern auch die Entschlußkraft zum „Ersteinsatz von Atomwaffen"[58]). Krieg fungiert in diesem Konzept also nicht mehr als abschreckende, aber im Grunde nicht realisierbare Drohung, sondern als durchaus mögliche Praxis zur Durchsetzung politischer Ziele. Auf dieser Welle läuft gegenwärtig eine breite ideologische Mobilisierung in den USA. In der Tat ist mit diesen Waffen eine neue Lage entstanden. Seit dem Ende der 50er Jahre mußte jeder Aggressor sicher sein, daß er selbst im Gegenschlag weitgehend vernichtet wird. Die neuen Waffen können einen Sieg im Atomkrieg wieder als möglich erscheinen lassen. General a. D. Graf Baudissin charakterisierte die neue Lage so: „Die Sowjetunion rechnet jetzt mit einem atomaren Erstschlag der Amerikaner, denn das neue US-Konzept erfordert Waffen, die für einen Erstschlag erforderlich sind"[59]).

Dieses neue globalstrategische Konzept wurde, wie schon dargelegt, seit Mitte der 70er Jahre entwickelt, hat also mit der Intervention der Sowjetunion in Afghanistan, die am 27. 12. 1979 begann, überhaupt nichts zu tun. Alle maßgeblichen Weichenstellungen, einschließlich der Entscheidung über das NATO-Langzeitprogramm im Mai 1978 und über die Stationierung der neuen Atomraketen am 16. Dezember 1979, waren bereits vorher vorgenommen worden. „Immerhin begann die Neuentwicklung der Pershing II-Rakete bereits 1974 (also lange bevor im Wesen etwas von der SS 20 bekannt war), die Cruise Missiles wurden 1976 sogar schon erprobt, ihre Entwicklungsphase begann 1970"[60]). Daß von Pakistan aus mit Unterstützung des US-Geheimdienstes CIA mit Geld, Ausbildern, Waffen, Transportmitteln und Soldaten nach Afghanistan hineingewirkt wurde – worüber die bürgerliche Presse bis zur sowjetischen Intervention in aller Offenheit berichtet hat[61]) – kann im Ge-

56a) „Washington Post" v. 14. 11. 1980.
57) „Foreign Policy", No. 39/1980, auf deutsch in: „Blätter", 12/1980, dokumentiert.
58) Ebenda; vgl. auch A. Maske, Einstimmung auf den atomaren Erstschlag?, Carters „Direktive 59", in „Blätter", 9/1980.
59) Zit. nach „Stoppt die atomare Aufrüstung in Europa", Aufruf zur internationalen Manifestation in Kaiserslautern am 26. 10. 1980.
60) A. A. Guha, Der Tod in der Grauzone. Ist Europa noch zu verteidigen?, Fischer Taschenbuch 4217, S. 146.
61) Vgl. „Afrique-Asie" v. 3. 3. 1980; die Beteiligung des CIA wurde vom US-Senator Bayh am 9. 1. 1980 öffentlich bestätigt; vgl. „Newsweek" v. 25. 2. 1980; „The Middle East", April 1980; „International Herald Tribune" v. 16./17. 2. 1980.

genteil bereits als Bestandteil der neuen Offensivstrategie aufgefaßt werden. (Die CDU plädiert übrigens auch jetzt noch für Waffenlieferungen an die Aufständischen in Afghanistan[62]).

Daß diese Berichte mit der Intervention der Sowjetunion abrupt abbrachen und die längst in Angriff genommenen Aufrüstungsmaßnahmen der NATO nunmehr als Reaktion auf diese Intervention, also als Verteidigungsmaßnahme, als „Nachrüstung" gegenüber einer angeblichen Überlegenheit und Aggressionsbereitschaft der sozialistischen Staaten ausgegeben wurden, ist als ein – teilweise gelungenes – Propagandastück zu werten, hat aber mit den wirklichen Kausalbeziehungen – wie schon die Chronologie zeigt – nichts zu tun. (Eine Analyse dieses Propagandastücks wäre freilich sehr aufschlußreich, zumal monatelang keine Nachrichtensendung und keine Zeitungsausgabe vorkam, in der nicht mehrfach an zentrale Stelle auf „die sowjetische Invasion in Afghanistan" hingewiesen wurde; das Ausmaß an Gleichschaltung der Medien – der privaten wie der öffentlich-rechtlichen – ist zugleich ein Lehrstück über „Pluralismus" und „Meinungsfreiheit".) Was die Ursachen für die sowjetische Intervention selbst betrifft, so können sie wohl kaum in einer generellen Aggressionsbereitschaft der Sowjetunion oder in ihrem strukturellen Expansionsdrang in Richtung auf den Persischen Golf liegen, sonst hätte die Sowjetunion zu dem kleinen und rückständigen Afghanistan nicht über 60 Jahre lang ganz normale Beziehungen ohne jeden Versuch einer Intervention unterhalten. Sie müssen wohl doch in den konkreten Bedingungen des Herbstes 1979 gesucht werden, als sich nämlich die Möglichkeit abzeichnete, daß direkt an der Südgrenze der Sowjetunion ein System neuer Militärstützpunkte und Abschußrampen der USA entstehen würde – und dies genau in jenem Kontext der neuen offensiven Militärstrategie – und daß ein revolutionäres Gesellschaftssystem gestürzt würde (wie in Chile), in dem gerade die ersten Grundlagen für die Befreiung von Elend und Unwissenheit und feudaler Abhängigkeit gelegt worden waren.

Es ist im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, das ganze Gewebe von halben Wahrheiten und ganzen Lügen, von Manipulation der Information und Irreführung der Öffentlichkeit aufzudecken. Klar dürfte durch die bisherigen Darlegungen aber immerhin geworden sein:

1. Es handelt sich bei den rigorosen Kürzungen der Sozialausgaben, die jetzt in allen kapitalistischen Ländern durchgesetzt werden, nur sekundär um umfassende Sparmaßnahmen wegen allgemeiner Knappheit der Mittel, primär und hauptsächlich jedoch um eine gigantische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Rüstung und derer, die davon direkt profitieren und die von militärischer Machtpolitik sich Vorteile versprechen – auf Kosten der Lebensbedingungen der arbeitenden Massen, der lernenden und studierenden Jugend, der Alten und Kranken. „Reagans Wahl beflügelt die Finanzmärkte" lautet die Schlagzeile im Wirtschaftsteil der FAZ; „an den Effektenbörsen lief das Publikum in Europa jenen amerikanischen Rüstungs-

62) FAZ v. 23. 12. 1980.

und Ölaktien nach, von denen man annimmt, daß sie in Zukunft neue Impulse durch die Regierung Reagan bekommen werden . . . Die Aktienkurse in Wallstreet gehen steil nach oben . . . vor allem amerikanische Rüstungsaktien". (In der amerikanischen Bevölkerung dominierte dagegen die Resignation: mehr als die Hälfte aller Wähler glaubt, „daß kein Präsident in der Lage sei, die Probleme des Landes wirksam zu lösen"[63].)

2. Es handelt sich weder um „Nachrüstung" noch um eine Reaktion auf Afghanistan oder auf eine von der Sowjetunion ausgehende militärische Gefahr, sondern um den groß angelegten Versuch, die schon vorhandene, allerdings nicht entscheidend ins Gewicht fallende militärische Überlegenheit bis zu einem solchen Grade zu steigern, daß mittels militärischer Gewaltandrohung gegenüber den Ländern der Dritten Welt und den sozialistischen Staaten offensive politische Ziele durchgesetzt werden können und daß ein Atomkrieg wieder als gewinnbar erscheinen kann. Die realen militärischen Kräfteverhältnisse werden durch seriöse und unparteiliche wissenschaftliche Institute wie das Stockholmer Institut für Friedensforschung (Sipri) eindeutig nachgewiesen[64], und übrigens wird von den herrschenden Kräften in den USA, wie oben zitiert, offen ausgesprochen, daß es um militärische Überlegenheit geht. Daß die herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik und den anderen europäischen NATO-Partnern versuchen, diese gesamte Militärstrategie als „Nachrüstung" und als Streben nach „Gleichgewicht" auszugeben, hängt mit der besonderen Lage in Europa und vor allem mit der Friedenssehnsucht der Bevölkerung zusammen, ist aber objektiv pure Irreführung. (Die Lage der westeuropäischen Länder soll aber noch gesondert dargestellt werden.)

Dieses neue globalstrategische Konzept ist natürlich nur zu realisieren, wenn es den USA gelingt, die wichtigsten Verbündeten auf diese Linie erneuter Konfrontationspolitik, verschärften Rüstungstempos und erhöhter Risikobereitschaft zu bringen. Deshalb üben die USA in aller Offenheit massiven Druck auf ihre Verbündeten aus und streben danach, innerhalb dieser Staaten jene Kräfte zu stärken, die zur vollen Unterstützung dieses Kurses bereit sind. Maßgebliche Bedeutung kommt dabei den westeuropäischen Staaten zu, die nicht nur die gigantischen finanziellen Opfer mit übernehmen, sondern vor allem ihr Territorium für die neuen Waffensysteme zur Verfügung stellen sollen. Besonders betroffen ist hiervon die Bundesrepublik, deren Territorium den sozialistischen Staaten am nächsten liegt und also für die Stationierung dieser Waffen besonders geeignet erscheint: von hier aus reichen die Raketen bis in die Mitte der Sowjetunion. Aber auch die zweite Hauptmacht des faschistischen Blocks aus dem Zweiten Weltkrieg, nämlich Japan, das nach

63) FAZ v. 7. 11. 1980.

64) Vgl. die Jahrbücher des Sipri-Institutes, besonders die von 1979 und 1980; vgl. auch Guha, Der Tod in der Grauzone, a.a.O.; Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten, um Abzurüsten? Reinbek 1980, W. v. Bredow, die Zukunft der Entspannung, a.a.O.; siehe auch die Stellungnahme des italienischen Generals a.D. Nino Pasti (Die sich u. a. auf Studien des Internationalen Instituts für strategische Studien London stützt), in: „Blätter", 11/1980, S. 1295.

1945 völlig abgerüstet wurde und in seiner Verfassung ausdrücklich das Verbot einer Wiederaufrüstung verankert hat[65]), soll nun in dieses globale Militärkonzept einbezogen werden. Innenpolitisch erscheint den USA die Restauration der monopolkapitalistischen und militaristischen Kräfte dort soweit abgesichert, daß dies als realisierbar gelten kann und Japan die militärstrategische Umfassung der Sowjetunion mittels 386 Militärbasen an deren Grenzen von Südosten her ergänzen kann. Zugleich haben die Vereinigten Staaten die Beziehungen zu China intensiviert und dessen militärtechnologische Aufrüstung in Angriff genommen. Zusammen mit den Militärdiktaturen in Südkorea, Pakistan und der Türkei können diese Länder die Umfassung der Sowjetunion von Süden und Südosten her gewährleisten und zugleich (zusammen mit Australien und Indonesien) „Ordnungsfunktionen" in Südostasien wahrnehmen, um die Befreiungsbewegungen niederzuhalten und die Länder, wo diese schon gesiegt haben, insbesondere Vietnam und Kambodscha, wieder zu destabilisieren. Mit der Wahl Reagans zum amerikanischen Präsidenten sind in all diesen Ländern die reaktionären und militaristischen Kräfte gestärkt worden, und in den Ländern der Dritten Welt die terroristischen Regime: „Jubel in Pretoria über Reagans Sieg", „Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay und Uruguay zeigen Erleichterung" berichtete die bürgerliche Presse nach seinem Wahlsieg. Die Gefahr für den Frieden ist also offensichtlich angewachsen.

(Zweiter Teil folgt)

65) FAZ v. 6. 11. u. 17. 11. 1980. In Artikel 9 der japanischen Verfassung heißt es: „Das japanische Volk . . verzichtet auf ewig auf Krieg als Mittel der Staatsgewalt und auf Drohung mit Waffengewalt . . . (Deshalb) werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte und sonstiges Kriegspotential unterhalten". Diese, aus den Erfahrungen mit Faschismus und Krieg hervorgegangene Verfassungsbestimmung wurde (wie ähnliche, allerdings nicht so klar formulierte Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik), auf Druck der USA in der Zeit des Kalten Krieges bereits in vielerlei Formen durchbrochen, doch bisher noch nicht grundsätzlich außer Kraft gesetzt. Heute hat Japan etwa 250 000 Mann unter Waffen – unter der Bezeichnung „Selbstverteidigungskräfte".

Zur inneren Situation in den USA

Interview mit einem amerikanischen Bürgerrechtskämpfer

Ken Lawrence (Jackson, Mississippi) im Gespräch mit Bernd Greiner, Michael Jung und Sara Stebbins

Bernd Greiner, Michael Jung und Sara Stebbins sprachen mit dem amerikanischen Bürgerrechtskämpfer Ken Lawrence über aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen in den USA. Das Interview beschäftigt sich vor dem Hintergrund der Wahl Ronald Reagans hauptsächlich mit folgenden Fragen: – Entwicklung der amerikanischen Rechten (Ku Klux Klan und christliche Fundamentalisten), – Terrorakte gegen die schwarze Minderheit und Urteile der Klassenjustiz in den Südstaaten (Freispruch für Ku-Klux-Klan-Mörder in Greensboro, North Carolina), – Zustand und Perspektiven der demokratischen Bewegung in den USA, – „neuer Patriotismus", Chauvinismus und „Rechtsschwenk" der amerikanischen Bevölkerung, – Interessenlage und innere Differenzierung der herrschenden Klasse in den USA, – Reagans innenpolitisches Konzept, – Ausgangsbedingungen und Gefahren künftiger Außenpolitik („begrenzter" Krieg, flexible Eingreiftruppe, Atomkrieg).

Das Interview will keine lückenlose Bestandsaufnahme der inneren amerikanischen Verhältnisse geben; im Mittelpunkt stehen vielmehr die Fragen, die gerade in jüngster Zeit aus unserer demokratischen Öffentlichkeit immer wieder im Hinblick auf die Vereinigten Staaten gestellt werden.

Aus persönlicher Betroffenheit heraus formuliert, geben die Antworten von Ken Lawrence mehr als sachbezogene Information – sie sind ein Selbstzeugnis des „anderen Amerika", eines Amerika also, das in unserer Presselandschaft weitgehend totgeschwiegen wird. Obgleich mit schwierigsten Bedingungen konfrontiert, gibt es in den Vereinigten Staaten auch im Jahr des Reagan-Amtsantritts vielfältige demokratische Initiativen, regt sich Widerstand, sind die Herrschenden bei der Formulierung ihrer Politik nicht unter sich. D. Red.

Frage): Ken Lawrence, welches waren und sind die Schwerpunkte Ihrer politischen Arbeit?*

Antwort):* Ich bin in den Vereinigten Staaten seit Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre politisch aktiv zunächst in der Antikriegs- (damals sagte man Friedensbewegung) und der Bürgerrechtsbewegung und später dann in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg; in der letzten Zeit steht der Kampf gegen politische Unterdrückung im Mittelpunkt meiner Arbeit. Ich habe eine kleine Gruppe, das *Anti-Repression Ressource Team*, und bin Leiter dieser Organisation. Wir unterscheiden uns von anderen Organisationen, die politische Unterdrückung bekämpfen, dadurch, daß unsere hauptsächliche Aktivität in der Untersuchung und Offenlegung der polizeilichen Unterdrükkungsmethoden und des rechtsextremen Terrors besteht und daß wir mit den Gruppen zusammenarbeiten, die Opfer dieser Unterdrückung sind, und sie lehren, wie sie gegen die Zerstörung ihrer Organisationen kämpfen können, zum Beispiel gegen die Infiltration durch das FBI usw.

---

*) Im folgenden sind die Fragen durch kursiven, die Antworten durch geraden Satz gekennzeichnet. D. Red.

Welche anderen Organisationen meinen Sie und wo genau liegen die Unterschiede zu Ihrem Team?

Unser Team unterscheidet sich zum Beispiel von der *National Alliance against Racism and Political Repression,* die vor allem eine Massenorganisation ist und einen Apparat für Informations- und Mobilisierungszwecke gegen die Unterdrückung aufgebaut hat; es unterscheidet sich von Organisationen wie der *American Civil Liberties Union* (ACLU), dem *National Emergency Civil Liberties Committee* (NECLC) oder der *National Lawyers Guild,* die sich hauptsächlich mit Gerichtsverfahren gegen die Unterdrükkung befassen. ACLU und NECLC führen vor allem Musterprozesse, die Präzedenzfälle schaffen, während sich die National Lawyers Guild stärker darum kümmert, Fälle von Repression zu bekämpfen, die sich speziell gegen die Linke richten; der Schwerpunkt in der Tätigkeit dieser Organisationen liegt jedenfalls im Bereich der Gerichte. Dann gibt es weitere Organisationen wie das *National Committee against Repressive Legislation* und das *Center for National Security Studies,* die sich als Lobby im Kongreß gegen eine repressive Gesetzgebung wenden und gegen verschiedene Vorlagen, die eine verstärkte Geheimhaltung der Regierungstätigkeit bedeuten würden – so in dieser Richtung etwa.

Aber Sie arbeiten dennoch mit diesen Organisationen zusammen?

Natürlich. Daß wir uns in der Methode von diesen Organisationen unterscheiden, bedeutet nicht, daß wir im Gegensatz zu ihnen stehen. Vielmehr sehen wir unsere Arbeit als etwas, das diese verschiedenen Tätigkeitsbereiche ergänzt. Deshalb sind wir auch Mitglied in zwei wichtigen nationalen Koalitionen, zusammen mit einer großen Anzahl weiterer Organisationen: die eine ist die *Campaign for Political Rights,* der alle die verschiedenen Gruppierungen angehören, die in der letzten Zeit gegen Bespitzelungsaktionen der Regierung, repressive Gesetzgebung, Maßnahmen gegen die Linke und so weiter gekämpft haben. Und es gibt eine zweite nationale Koalition mit der Bezeichnung *National Anti-Klan Network,* die sich vor allem mit dem Anwachsen der illegalen bzw. außerhalb des Gesetzes stehenden paramilitärischen Rechten beschäftigt, insbesondere des Ku-Klux-Klans, aber auch der Nazi-Partei und verschiedener anderer rechter terroristischer Gruppen.

Von diesen Organisationen hat man bisher noch nicht sehr viel gehört.

Vielleicht außerhalb der Vereinigten Staaten. Die beiden letztgenannten wurden in den letzten Jahren gegründet: die Campaign for Political Rights 1977 und das National Anti-Klan Network im Jahre 1979. Diese Daten fallen weitgehend mit dem neuen Aufstieg des Ku-Klux-Klans zusammen – sie sind tatsächlich Ausdruck für die politische Wachsamkeit progressiver Bevölkerungskreise, eine Wachsamkeit gegenüber der Drohung, die der Ku-Klux-Klan darstellt . . .

Was heißt eigentlich Aufstieg oder Wiederbelebung des Ku-Klux-Klans und seit wann kann davon gesprochen werden?

1977 war ziemlich genau das Jahr, in dem die Wiederbelebung begann – natürlich hat es sie auch vorher in kleinem Umfange gegeben, aber erst 1977 konnte man zum ersten Mal seit den 60er Jahren wieder öffentliche Veranstaltungen des Klans erleben, Kundgebungen, nationale Führer des Ku-Klux-Klans auf Rundreise durch die Vereinigten Staaten und freundliche Berichte darüber in der Presse.

Das heißt: der Klan trat als Organisation wieder in aller Öffentlichkeit auf?

Ja, das tat er. Ich möchte aus einer ganzen Reihe von Beispielen hier nur eins anführen: vor zwei Monaten habe ich in Jackson, Mississippi, eine Waffenausstellung besucht. Also, als ich noch ein Kind war, handelte es sich bei Waffenausstellungen um sportliche Ereignisse, bei denen außer Jagdwaffen noch viele andere Ausrüstungsgegenstände gezeigt wurden, die zur Jagd gehören. Bei dieser Waffenausstellung in Jackson war das nicht der Fall: zu meiner Überraschung handelte es sich dabei um eine Militärschau. Im Mittelpunkt stand eine Ausstellung von Maschinengewehren. Größtes Ausstellungsstück war ein auf ein Dreibein montiertes Maschinengewehr mit Wasserkühlung, außerdem gab es verschiedene kleinere Maschinenpistolen des Typs, der vor allem von der südafrikanischen Polizei benutzt wird – diese kleinen Seitenwaffen, die vollautomatisch funktionieren und mit Schalldämpfern ausgerüstet sind und so weiter.

Und die ganze übrige Waffenausstellung bestand im wesentlichen aus zwei Dingen: einmal aus Militärwaffen und Faustfeuerwaffen und zum anderen aus faschistischen Rangabzeichen, faschistischer Literatur, Medaillons des Ku-Klux-Klans sowie rassistischer und antisemistischer Literatur.

Und wie war die Resonanz?

Es war ein großer Erfolg! Für die Waffenausstellung wurde in den Medien geworben – das heißt, die Rundfunkstation, die dort Country Music sendet, hat das ganze Wochende hindurch live von der Ausstellung berichtet und die Leute aufgefordert, hinzukommen, und die Zeitungen haben sie angekündigt, als würde es sich dabei um ein sportliches Ereignis handeln.

Also wußten auch die verantwortlichen Lokalpolitiker davon?

Natürlich haben sie es gewußt. Wissen Sie, vor einigen Jahren noch wurde der Klan für etwas gehalten, mit dem anständige Leute nichts zu tun haben wollten, selbst im tiefen Süden. Alle Politiker lehnten damals den Klan ab und wollten nichts mit ihm zu tun haben – aber heute in Jackson, der größten Stadt des Staates Mississippi, kann der Klan eine solche Veranstaltung finanzieren, und die führenden Politiker der Stadt sind noch stolz darauf. Aber ich glaube, wichtiger noch als Zahlen ist die Tatsache, daß diese Entwicklungen offiziell und offiziös abgesegnet werden – von der Polizei, von den gewählten Amtsträgern und von der weißen Bevölkerung ganz allgemein.

Hat der Klan denn sein Auftreten gegenüber früher verändert?

Na ja, 1977, als die ganze Sache anfing, haben die Sprecher des Klans immer behauptet, sie seien gewaltlos; einige von ihnen erklärten, sie seien nie gewalttätig gewesen und diese Vorwürfe seien nur von den Linken erhoben worden, um sie zu diskreditieren; andere Klanführer jedoch sagten, früher sei man gewalttätig gewesen, jetzt dagegen sei das nicht mehr der Fall. Und die Medien haben das dann hochgespielt. Natürlich hat nie jemand von uns daran geglaubt; wir wußten immer, daß bei einer Organisation wie dem Ku-Klux-Klan der einzige Sinn und Zweck darin besteht, Gewalt und Terror auszuüben, zumal es damals schon viele rechtsgerichtete Organisationen gab.

Worin zeigte sich diese Gewalttätigkeit?

1977 war dann auch das Jahr, in dem wir die erste Phase der neuen Welle von Gewalttätigkeit erleben konnten. In Jackson, Mississippi, tauchten die nächtlichen Terroristentrupps der „Night Riders" auf; in zwei schwarze Kirchen und eine jüdische Synagoge wurde hineingeschossen; einer liberalen Zeitung wurden die Fenster eingewor-

fen, und vor dem Gebäude wurde ein Kreuz verbrannt; später wurde ein Mann festgenommen, der in Jackson ein Kreuz vor der schwarzen Fernsehstation verbrannte, und es handelte sich um einen Angestellten der Stadt Jackson, der städtisches Eigentum bei seinem Angriff auf den Fernsehsender benutzt hatte – trotzdem wurde er nie verurteilt, die Gerichte ließen ihn einfach laufen. 1977 oder Anfang 1978 gab es einen weiteren Zwischenfall, als der Bürgermeister von Fayette, Mississippi, Charles Evers, einer der führenden schwarzen Männer in diesem Staat, einen Streifenpolizisten der staatlichen Autobahn beim Verbrennen eines Kreuzes erwischte; als er dessen Entlassung vom Gouverneur forderte, geschah absolut nichts.

Und mit welcher Begründung?

Ich habe den Gouverneur von Mississippi selbst gefragt, warum er dem Klan Körperschaftsstatus gegeben und ihn damit in diesem Staat legal gemacht habe und was er angesichts der Welle von Kreuzverbrennungen zu tun gedenke, die sich im gleichen Jahr in allen Teilen des Staates zu einer Epidemie entwickelt hatten – allein in sieben Counties hatten wir 40 Kreuzverbrennungen gezählt, und das waren nur diejenigen, die wir mit Sicherheit feststellen konnten. Er hat mich nur ausgelacht und meinte, bei diesen Kreuzverbrennungen handele es sich um Kinderstreiche, denen keinerlei ernste Bedeutung zukomme.

Der Klan ist in Mississippi also staatlicherseits anerkannt?

Ja, das ist er. Ich glaube, in Mississippi auch seit 1977, und im Staate Louisiana war es wohl ein oder zwei Jahre früher. Körperschaftsstatus hat der Klan auch im Staate New York. In Mississippi hat er außerdem als Aushängeschild eine gemeinnützige und von der Steuer befreite Organisation mit dem Namen *North Mississippi Rescue League,* die angeblich wohltätige Zwecke verfolgt. Weil sie auf der Liste der nicht besteuerten Wohltätigkeitsorganisationen steht, hat sie Anspruch auf kostenlose Kommunikationsmittel und ähnliche Dinge oder kann aus Restbeständen der Regierung sehr billig entsprechende Ausrüstungen erwerben, da man davon ausgeht, daß sie für wohltätige Zwecke verwendet werden, für Projekte der zivilen Verteidigung und dergleichen. In Wirklichkeit jedoch handelt es sich um ein Aushängeschild des Klans. Auf diese Weise wird eine Infrastruktur aufgebaut, während man gleichzeitig vorgibt, gewaltlos zu sein.

Und die Öffentlichkeit lief dagegen nicht Sturm?

Am Anfang nicht so sehr. Wissen Sie, der Klan hat mit der Art, wie er sich organisierte, tatsächlich einen Teil der progressiven Bewegung an der Nase herumgeführt: Damals in Mississippi wollten sie die Erlaubnis haben, auf öffentlichem Schulgelände eine Parade durchzuführen. Als die Schulbehörde ihnen diese Erlaubnis verweigerte, zog die American Civil Liberties Union (ACLU) vor Gericht, um für sie eine Demonstrationserlaubnis zu erwirken. Und in der Eingabe, die die ACLU dem Gericht vorlegte, hieß es, der Ku-Klux-Klan propagiere zur Durchsetzung sozialer Veränderungen keine Gewalt – das ist ein wörtliches Zitat aus dieser Eingabe. Daran können Sie sehen, daß es ihnen gelungen ist, sogar Leute, die normalerweise progressive Standpunkte vertreten, davon zu überzeugen, daß sie ein neues Image hätten und keine gewalttätige Organisation mehr seien. Die schwarze Bevölkerung wußte es allerdings besser, und daher kam es im gleichen Jahr zu einer Spaltung der ACLU: von den 21 Mitgliedern des Landesvorstandes von Mississippi traten 10 zurück, darunter alle schwarzen Mitglieder, genau sieben an der Zahl. Das war die Situation in jenem kritischen Jahr 1977.

Wurde man dadurch nicht allmählich in breiteren Kreisen der Öffentlichkeit auf den wahren Charakter des Ku-Klux-Klans aufmerksam?

Keineswegs. Im folgenden Jahr erhielt der Klan von den Medien des Landes sogar noch mehr Unterstützung. Im Jahre 1978 hatten wir in Tupelo, Mississippi, eine Anti-Klan-Demonstration, an der sich ungefähr 4000 Demonstranten beteiligten, und der Klan veranstaltete am gleichen Tag eine Demonstration mit 40 Teilnehmern – das war im November 1978. Und die Massenmedien des Landes haben der Demonstration des Klans wesentlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet als der Anti-Klan-Demonstration. Im gleichen Jahr passierte es außerdem, daß auf einer der Klan-Kundgebungen drei Klan-Männer ihre Kapuzen abnahmen und es sich herausstellte, daß sie Polizisten waren. Und einer war der Besitzer eines großen Industrieunternehmens in Tupelo. Obwohl von der schwarzen Bevölkerung gefordert wurde, die Polizeibeamten zu entlassen, wurde gegen sie nichts unternommen – und die ACLU erklärte erneut, sie würde sie verteidigen, falls sie entlassen werden sollten. Es überrascht daher nicht, daß sie im nächsten Jahr Schritt für Schritt, nachdem sie mit dem Aufbau einer Massenbasis unter Mithilfe der Medien und sogar einiger Liberaler begonnen hatten, den Schafspelz ablegten und sich so aufführten wie wir es von ihnen als einer gewalttätigen terroristischen Organisation immer schon wußten.
Die bekannteste und bisher wohl schlimmste Episode war der Mord in Greensboro am 3. November 1979, als fünf Mitglieder der maoistischen Communist Workers Party, die dort eine Anti-Klan-Demonstration organisiert hatte, von Mitgliedern des Klans und der Nazi-Partei erschossen wurden. Und gestern, also ein Jahr später, sind die Mörder von einer Jury in Greensboro, North Carolina, in allen Anklagepunkten freigesprochen worden.

Zweifellos ein politisches Urteil?

Ganz entschieden! Und ganz sicher bedeutet es, daß wir uns alle in den Vereinigten Staaten in einer sehr schwerwiegenden Situation befinden, wenn der Klan am hellichten Tag Leute ermorden kann, wenn das sogar gefilmt und in den USA und weltweit im Fernsehen gesendet wird, und die Täter trotzdem in keiner Weise bestraft werden. Das heißt, von jetzt ab wird es sehr sehr gefährlich werden für alle, die sich im Süden gegen den Klan organisieren – wenn die Gegenseite glaubt, sie könne Menschen einfach umbringen und ungestraft davonkommen.

Wieviele Mitglieder hat der Klan gegenwärtig?

Wir schätzen die Zahl der Mitglieder in den USA auf etwa zehntausend, ungefähr die Hälfte allein im Staate North Carolina. Dort haben sie ganz klar ihre Hochburg. Und aus diesem Grunde hat die Regierung ihrerseits auch alles in ihrer Macht Stehende unternommen, um uns daran zu hindern, in North Carolina zu mobilisieren. Daher meine ich, wir müssen uns jetzt ernsthaft Sorgen machen, was sie in North Carolina noch alles anstellen können und ob es ihnen gelingt, North Carolina als Basis zu benutzen, um sich über den Rest des Landes auszubreiten. Die zehntausend Mitglieder, die sie nach unseren Schätzungen zur Zeit haben, sind etwa doppelt so viel wie vor einem Jahr. Sie sind sehr schnell stärker geworden. Und die Gewalt blieb zunächst hauptsächlich auf den Süden beschränkt, aber sie hat bereits begonnen, auf Gebiete außerhalb des Südens überzugreifen, vor allem in Kalifornien.

Und wie sieht es in den anderen Staaten aus?

In anderen Staaten ist es nicht zu gewalttätigen Aktionen des Klans als solchen ge-

kommen. Aber der Klan hat damit begonnen, sich in New York beim Gefängnispersonal eine Basis zu schaffen; auch in anderen Städten des Nordens rekrutieren sie Mitglieder aus der Polizei und ebenfalls beim Aufsichtspersonal der Gefängnisse. Außerdem haben sie mit dem Aufbau von Stützpunkten in einigen der kleineren Städte und in den ländlichen Gebieten des Mittleren Westens begonnen, vor allem in Illinois und Indiana.

Aus welchen sozialen Gruppen rekrutiert der Klan seine Mitglieder?

Die Führung des Klans besteht in der Hauptsache aus kleinen Geschäftsleuten und Angehörigen freier Berufe, die Massenbasis, auf die sie sich jedoch in zunehmender Weise orientiert, liegt bei dem unzufriedenen und verarmten weißen Teil der Arbeiterklasse. Und darin besteht bis zu einem gewissen Grade der Unterschied zu den 60er Jahren, als ihre breite Mitgliedschaft sich stärker aus unabhängigen Kleinunternehmern, Tankstellenbesitzern und ähnlichen Vertretern der Kleinbourgeoisie zusammensetzte. Heute dagegen erzielen sie zunehmend Einbrüche in diejenigen Bereiche der weißen Arbeiterklasse, wo die Leute glauben, daß ihre Arbeitsplätze von Ausländern oder illegalen Arbeitern aus Mexiko oder der Karibik oder von den schwarzen Amerikanern bedroht sind, und der Klan hat außerdem ihre Angst vor jüdischen Bankiers wieder aufleben lassen – so in dieser Richtung etwa.

Handelt es sich dabei um Farm- oder Industriearbeiter?

Es sind im allgemeinen Industriearbeiter der ersten Generation – nicht so sehr der Typ des Industriearbeiters aus den alten, traditionellen Gebieten der Arbeiterklasse im Norden, Osten und Mittleren Westen, sondern Arbeiter, die in der neuen Industrie beschäftigt sind, die sich während der letzten Jahre im Süden angesiedelt hat. Die Arbeiter dieser „Sunbelt-Industrie" [1]) können noch nicht auf eine lange Geschichte ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse zurückblicken, es sind Leute, deren Eltern auf den Farmen gearbeitet haben, die die Farm auf der Suche nach Arbeit verlassen haben und schließlich in den städtischen Gebieten des Südens gelandet sind.

Ken, der Klan steht mit seinem Terror offenbar nicht allein. Man hört auch wieder viel von Übergriffen der Polizei . . .

Oh ja, das stimmt. Da gibt es zum Beispiel einen Fall in Jackson, Mississippi, wo ein weißer Polizist eine schwangere schwarze Frau erschossen hat – wirklich eine unglaubliche Sache. Er hat viermal auf sie geschossen, erst in einen Arm, dann in den anderen und schließlich zweimal in die Brust. Man kann sich kaum etwas Provozierenderes für einen unterdrückten Bevölkerungsteil vorstellen. Zunächst wurde dieser Polizist vom Polizeichef beurlaubt, während die Morduntersuchung lief. Aber die weiße Polizeigewerkschaft rief dann zu einem Streik auf, um ihn zu unterstützen, und an dem Tag, als der Streik begann, wurde ihm wieder die volle Ausübung seines Dienstes gestattet, obwohl die Morduntersuchung noch immer nicht abgeschlossen ist. Die schwarze Bevölkerung war natürlich wütend darüber, und jede Woche gab es neue Demonstrationen gegen die Brutalität der Polizei. Die Beamten der Stadtverwaltung, die sämtlich weiß sind, obwohl zwei Drittel der Bevölkerung Schwarze sind, haben darauf in keiner Weise reagiert. Dann kam der Ku-Klux-Klan nach Jackson, um den Polizisten zu unterstützen, der die Frau umgebracht hatte, und als eine der Fernsehstatio-

1) Sunbelt-Industrie – neuangesiedelte Industrie im Süden der USA, insbesondere am „Sonnengürtel" entlang der Golfküste. Seit Beginn der 70er Jahre werden hier erhebliche Investitionen vorgenommen.

nen einige der weißen Polizisten interviewte, verweigerte nur einer von ihnen jeden Kommentar, alle übrigen erklärten, ihnen sei jede Unterstützung willkommen, auch von seiten des Klans.

Wieso tritt dieser Terror in den letzten Jahren so gehäuft auf?

Zunächst einmal muß man feststellen, daß all diesen Ereignissen dieselbe Ursache zugrunde liegt: sie besteht im schnellen Niedergang der amerikanischen Wirtschaft, die sich einer Krisensituation gegenübersieht. Der Süden ist dabei das Armenhaus der Nation und ist am schwersten betroffen.

Wie äußert sich diese allgemeine Krisensituation und wie ist die Lage in den Südstaaten?

Die Arbeitslosigkeit ist gewaltig angestiegen; die offizielle Ziffer lag bei 8 % für die gesamten USA, aber diese offizielle Zahlenangabe ist sehr konservativ: die Regierung findet immer alle möglichen Mittel und Wege, um bestimmte Gruppen der Bevölkerung unberücksichtigt zu lassen. Wenn Leute zu lange arbeitslos waren, um sich noch um einen Job zu bemühen oder nicht innerhalb einer bestimmten Zeit Arbeit gefunden haben, dann werden sie nicht mehr zu den Arbeitslosen gezählt und gehören offiziell nicht mehr zum Arbeitsmarkt. Die wirkliche Arbeitslosenziffer liegt daher wesentlich höher. Weiterhin ist die offizielle Angabe auch deshalb irreführend, weil im Bereich der Minderheiten die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch liegt wie in der gesamten Arbeiterklasse. Zur Zeit beträgt nach offiziellen (!) Angaben die Arbeitslosigkeit bei schwarzen Arbeitern 16 %, und bei jungen schwarzen Arbeitern bewegt sich diese Zahl in jeder größeren Stadt der Vereinigten Staaten zwischen 40 und 60 % und liegt damit höher als während der großen Depression in den 30er Jahren.

Und im Süden ist die Arbeitslosigkeit am höchsten?

Da muß man differenzieren. Jetzt gerade zum Beispiel ist die Arbeitslosenziffer von Detroit höher als sie es irgendwo im Süden ist: Detroit hat rund 350 000 arbeitslose Automobil- und Stahlarbeiter. Der Grund dieses Unterschieds besteht darin, daß der sogenannte Sonnengürtel die „Runaways" an sich zieht[2]). Was wir daher im Süden haben, ist anstelle von Arbeitslosigkeit ein hoher Prozentsatz an Arbeitsplätzen, die nur das Existenzminimum abwerfen. Gewiß haben, relativ gesehen, mehr Leute einen Arbeitsplatz, aber ihre Beschäftigung ermöglicht ihnen einen niedrigeren Lebensstandard als das bei Arbeitslosen der Fall ist, die in Städten wie Detroit Arbeitslosenunterstützung erhalten. Ein Beschäftigter in Jackson ist ärmer als ein Arbeitsloser in Detroit. Deshalb verschleiern die Statistiken mehr als sie von dieser Situation erkennen lassen.

Und wie sieht es mit staatlicher Unterstützung aus – also z. B. mit Sozialhilfeprogrammen, aber auch mit weitergehenden Hilfsprogrammen wie Ausbildung und Erziehung?

Die Zahlen zur Arbeitslosigkeit, die ich Ihnen gerade genannt habe, werden noch weiter verschlechtert durch die Tatsache, daß weder die Arbeitslosenunterstützung noch die Beträge der Sozialhilfe – wenn sie überhaupt gewährt werden – mit der Inflation

2) „Runaways" bedeutet „runaway industry": gemeint sind Industriebetriebe, vorwiegend aus dem Bereich der Leichtindustrie, die regelmäßig nach Auslaufen der zur Ansiedlung gewährten Steuerfreiheit den Standort wechseln. Zumeist produzieren diese Unternehmen auch noch in angemieteten Produktionsanlagen.

Schritt gehalten haben, so daß es Leuten, die keine Arbeit haben, in Wirklichkeit wesentlich schlechter geht als früher.

Zu Ihrer Frage nach dem Ausbildungs- und Erziehungssystem: es verschlechtert sich in den Vereinigten Staaten immer mehr, und das nicht nur relativ; sein schlechter Zustand ist bereits allgemeines Gesprächsthema geworden. Kindern wird in den Vereinigten Staaten ganz einfach keine Bildung mehr vermittelt. Testergebnisse haben gezeigt, daß die Leistungen der Amerikaner auf dem Bildungssektor im Vergleich zu früheren Jahren immer mehr zurückgehen – unabhängig von der Art der verwendeten Tests. Die Leistungen gehen in allen Bevölkerungsschichten zurück, während schlechte Schulbildung in den vergangenen Jahren relativ gesehen auf die Minderheiten und die arme Bevölkerung beschränkt war.

Und wie ist das Vorgehen der Polizei vor diesem Hintergrund einzuschätzen?

Unter diesen Umständen glaube ich, daß Polizei und Regierung ganz allgemein in den 60er Jahren gelernt haben, wie explosiv diese Situation sein kann, und ich bin der Meinung, sie können sich sehr wohl zu der Ansicht durchgerungen haben, daß Aufstände in den Städten unvermeidlich sind, wenn sich das Land dieser Art von Krise gegenüber sieht. Und wenn sie sich für diese Auffassung entschieden haben, dann kann es durchaus sein, daß sie auch meinen, wenn sie diese Aufstände vorzeitig provozieren, bevor die Leute richtig organisiert und politisch bewußt sind, dann könnten sie sie zerschlagen, die Leute unterdrücken und ihre Organisierung erfolgreich und wirksam verhindern, bevor sie eine Chance haben, sich in einer bewußteren politischen Richtung zu entwickeln.

Denken Sie da etwa an die Unruhen in Miami, Florida?

Es kann jedenfalls bei dem, was in Miami passiert ist, teilweise eine Rolle gespielt haben. Miami ist ein bißchen schwierig einzuschätzen, weil es das erste Ereignis dieser Art war – ich glaube, die Revolten dort haben die Regierung vielleicht doch überrascht. Vielleicht haben sie gedacht, sie könnten die beiden Polizisten davonkommen lassen, die den Schwarzen dort erschossen haben, absichtlich erschossen haben, und niemand würde etwas dagegen unternehmen.

Miami war natürlich nicht der einzige Fall; es gab eine ganze Reihe Städte mit ähnlichen Aufständen, denen nicht die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet wurde, Chattanooga, Tennessee, zum Beispiel, oder Orlando, Florida, oder Natchez, Mississippi – nicht weit von der Gegend entfernt, in der ich lebe. Fast alle diese Aufstände hatten dieselbe allgemeine Ursache: Brutalität der Polizei, die nicht bestraft wurde, oder Terrorakte des Klans, die ebenfalls nicht bestraft wurden.

In Jackson jedoch, wo es direkt nach Miami passierte, wußten sie ganz genau, was ihnen droht, und trotzdem handelten sie auf die provozierendste Art und Weise: die schwarze Bevölkerung demonstriert, und der Bürgermeister und der Polizeichef erscheinen im Fernsehen und erklären: „Wir lassen uns von niemandem unter Druck setzen!" Streikt jedoch die weiße Polizei, dann wird der Mörder in Polizeiuniform noch am gleichen Tag wieder in den aktiven Dienst genommen, und zwar von den gleichen Leuten, die gerade erklärt haben, sie würden sich von niemandem unter Druck setzen lassen. Das alles ist dermaßen offensichtlich, daß es schwerfällt, zu glauben, es sei nicht als Provokation gemeint. Wie ich schon sagte: ich bin der Meinung, sie wollen einen vorzeitigen Aufstand, den sie dann zerschlagen können, und dadurch wollen sie die Entwicklung einer massiveren und in stärkerem Maße politischen Erhebung ver-

hindern. Für diese These spricht übrigens auch eine interessante Sache in Greensboro, North Carolina: unter anderem stellte sich bei dem Prozeß dort heraus, daß diejenigen, die sich innerhalb des Klans für die geradezu militärischen Angriffe auf die Demonstranten einsetzten, Agenten der Polizei waren – der Bundespolizei und der örtlichen Polizei.

Sammelt sich ähnlicher sozialer und politischer Sprengstoff auch in den Großstädten des Nordens? Gibt es möglicherweise wieder „heiße Sommer" wie in den 60er Jahren?

Gewiß sind solche Situationen im Entstehen, und nicht nur in der schwarzen Bevölkerung. Das gleiche gilt für die lateinamerikanische, die mexikanisch-amerikanische und die puertorikanische Bevölkerung. Diese Entwicklungen im Norden sind wahrscheinlich politischer als die des Südens. Ich bin zwar der Meinung, daß die Bewegung im Süden zur Zeit militanter ist, aber sie verfügt über weniger Erfahrung als zum Beispiel in Detroit, Los Angeles oder Chicago – die südlichen Städte hatten nicht die gleiche Art von Aufständen während der 60er Jahre.

Nach mehr als zehnjähriger systematischer Unterdrückung ist es wohl auch kaum mehr möglich, direkt an diese Erfahrungen der 60er Jahre anzuknüpfen?

Das stimmt. Wissen Sie, es muß beinahe eine neue Bewegung aufgebaut werden. Die Wurzeln der Bewegung der 60er Jahre wurden in vielen Fällen sehr wirksam gekappt – viele führende Persönlichkeiten der 60er Jahre wurden entweder umgebracht oder in den Regierungsdienst übernommen und so weiter. Aber lassen Sie mich noch einen Punkt hinzufügen. Wenn man vom Widerstand gegen politische Unterdrückung spricht, dann muß man in den Vereinigten Staaten immer noch eine Sache berücksichtigen: viele der Unterdrückten sitzen in den USA im Gefängnis, und die drohenden Gefängnisstrafen behindern alle fortschrittlichen politischen Aktivitäten. Das einzige Land der Welt, das einen noch höheren Prozentsatz seiner Bevölkerung in den Gefängnissen hat als die Vereinigten Staaten, ist Südafrika. Und die überwältigende Mehrheit der Gefängnisinsassen ist schwarz oder gehört anderen Minderheiten an: Puertorikaner, Amerikaner mexikanischer Abstammung, Indianer und an der Westküste Asiaten, vor allem Philippinos. Und diese Tendenz ist steigend. Sie steigt in einem Maße, daß heute jeder junge männliche Schwarze in den USA mit fünfzigprozentiger Wahrscheinlichkeit im Gefängnis landet, bevor er 21 ist! Eine fünfzigprozentige Wahrscheinlichkeit, für einfach alles ins Gefängnis gesteckt zu werden! Und mit zehnprozentiger Wahrscheinlichkeit umgebracht zu werden, bevor er das Alter von 21 Jahren erreicht hat. Es kann sein, daß es in Südafrika schlimmer ist, aber selbst dann kann es nicht mehr viel schlimmer sein als bei uns.

Können Sie Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit nennen?

Ja, das kann ich. Da ist ein Fall, den wir als Fall der Pontiac-Brüder bezeichnen, nach dem Pontiac-Staatsgefängnis in Illinois. Etwa vor einem Jahr gab es dort einen Aufstand im Gefängnis wegen der unerträglichen Bedingungen, die tatsächlich so unerträglich waren, daß sogar die Gefängnisleitung nach dem Aufstand erklärte, eine Revolte sei unvermeidlich gewesen. Trotzdem und trotz der Tatsache, daß sich über tausend Häftlinge an dem Aufstand beteiligten, müssen jetzt 17 Gefangene, sämtlich schwarz, mit der Todesstrafe rechnen wegen ihrer Teilnahme an der Rebellion – dies ist der größte Fall einer Massentodesstrafe in der Geschichte der USA. Ich hatte gedacht, allein diese Tatsache hätte den Fall für die Nachrichten interessant gemacht, er

hat jedoch in den normalen Tageszeitungen kaum irgendwelche Beachtung gefunden. In diesem Augenblick verfolgt der Staat Illinois seine Pläne weiter, diese 17 Männer zum Tode zu verurteilen. Und wir sind der Meinung, daß es für die Menschen in der ganzen Welt wichtig ist, die Vereinigten Staaten wissen zu lassen, daß dies unerträglich ist. Das Land, das dem Rest der Welt in den letzten vier Jahren ständig Vorlesungen über Menschenrechte gehalten hat, plant jetzt eine Massenhinrichtung in diesem Stil!

Ken, man hört in unseren Medien nur noch sehr wenig von der demokratischen Massenbewegung, wie sie Ende der 60er Jahre in den USA bestand, von der Friedensbewegung, der Bürgerrechtsbewegung, der Black Panther Party usw. Was ist daraus geworden?

Es ist ganz deutlich, daß die Bewegung jeder nur erdenklichen Form der Unterwanderung und Zermürbung von seiten der Regierung unterworfen wurde. Sicherlich wissen Sie, daß über 20 Führer der Black Panther Party entweder von der Polizei direkt umgebracht oder in Situationen getötet worden sind, die von der Polizei und dem FBI herbeigeführt wurden. Es hat massive Abwehrprogramme des FBI und der CIA gegeben, die dem Ziel dienten, die Bewegung zu stören und zu zerschlagen. Martin Luther King wurde ermordet, Malcolm X wurde ermordet – auf diese Weise hat die Bewegung direkt oder indirekt vom Staat schwere Schläge hinnehmen müssen. Zum zweiten gibt es die Tatsache, auch wenn sie von geringerer Bedeutung ist, daß es im Anschluß an die Bewegung zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kam, so daß bestimmte Forderungen der Bürgerrechtsbewegung eine Zeitlang erfüllt werden konnten, zum Beispiel die Forderungen nach besseren Bildungschancen für die schwarze Bevölkerung, nach mehr politischen Rechten und so weiter. Aus diesem Grunde ging die Bewegung zurück.

Und wie ist die Situation im Augenblick?

Ich denke, die Bewegung lebt wieder auf. In Mississippi zum Beispiel gibt es eine Bewegung mit dem Namen *United League*, die nicht pazifistisch ist, sondern die Selbstverteidigung befürwortet. Und sie verfügen über Sicherheitskräfte, die den Klan in verschiedenen bewaffneten Auseinandersetzungen zurückgeschlagen haben, als sie von ihm angegriffen wurden. Die United League gibt die Zahl ihrer Mitglieder mit 60000 im Staate Mississippi an und hat bereits sehr militante Massendemonstrationen von der Art durchgeführt, wie wir sie in den 60er Jahren erlebt haben. So hatten wir zum Beispiel in Greensboro eine Demonstration mit 10000 Teilnehmern gegen die Klan-Morde; der Marsch fand dort im vergangenen Februar statt. Und im ganzen Land herrscht das Gefühl, daß sich die Situation verschlechtert, daß die Wirtschaft in einer Talfahrt begriffen ist, daß die Rechte stärker wird – im Lande kommt es ganz entschieden zu einer Polarisierung, und wir wissen, daß sich gegenüber all diesen Entwicklungen der Widerstand formiert. Es gibt durchaus Widerstand in den USA!

Könnten Sie das bitte verdeutlichen?

Ich halte folgendes für das wichtigste Beispiel. Im vergangenen Sommer brachte Carter ein Gesetz über die Einberufung zum Wehrdienst durch, durch das die Regierung ermächtigt wird, Leute zum Militärdienst zu verpflichten, das heißt zum Wiederaufbau der amerikanischen Kriegsmaschinerie. Nach unseren Schätzungen hat sich daraufhin eine halbe Million Neunzehn- und Zwanzigjähriger geweigert, sich registrieren zu

lassen und damit in jedem einzelnen Fall fünf Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe in Höhe von zehntausend Dollar riskiert – und das ist ein weit größerer Widerstand als zur Zeit des Vietnamkrieges, und das war seinerzeit der Höhepunkt des Widerstandes von Amerikanern gegen den US-Imperialismus. Und der gegenwärtige Widerstand wird von Leuten geleistet, die zu jung sind, um den Vietnamkrieg miterlebt zu haben, und sei es auch nur politisch. Der Hauptgrund, warum die Regierung mit ihrem Schritt zum Neuaufbau der Kriegsmaschinerie so lange warten mußte, besteht darin, daß sie auf eine Generation warten mußten, die die Bewegung gegen den Vietnamkrieg nicht selbst mitgemacht hat.

Diese jungen Leute, die sich der Wehrerfassung widersetzen, zeigen, was wir tun *könnten,* aber Tatsache ist auch, daß sie es *ohne* jede Organisation getan haben, und bisher sind unsere Möglichkeiten, sie zu organisieren, sehr gering. Es ist klar, daß es einen Widerstand gibt, ein oppositionelles Potential gegenüber dem repressiven Rechtsruck, der auf Regierungsebene und im politischen Bereich im Lande stattfindet.

Und wie weit ist die politische Organisierung in anderen Bereichen fortgeschritten?

Wir waren immerhin in der Lage, Massenorganisationen aufzubauen wie die United League, das Anti-Klan Network, die Black United Front oder die National Alliance against Racism and Political Repression, wenn auch die letztgenannte Organisation stärker als Verbindungsnetz fungiert und weniger eine Massenorganisation ist. Aber alles in allem hat die Bewegung noch keine einheitliche politische Gestalt angenommen.

Organisation einer Bewegung heißt ja auch immer mehr, zum Beispiel politisch-ideologische Vereinheitlichung . . .

Genau darum geht es. Die Bewegung, die wir aufzubauen versuchen, ist tatsächlich viel breiter als eine bloße Summierung dieser verschiedenen Organisationen es wäre, die ich gerade erwähnt habe. Ich glaube, gerade zur Zeit gibt es noch viele Schwächen in der Bewegung, über die sich die Leute nicht richtig im Klaren sind. Zunächst einmal gibt es keine umfassende Strategie. Das Problem, von dem ich rede, stellt sich also für alle diese einzelnen Bewegungen und Organisationen und besteht darin, daß wir bisher keinen Rahmen geschaffen haben, in dem man eine Strategie entwickeln und diskutieren könnte. Die Frage ist klar und einfach, aber eine Lösung ist sehr schwierig: Wie können wir eine bewußte politische Bewegung aufbauen, die alle diese verschiedenen Kräfte wirklich vereinigen kann?

Ich bin zum Beispiel ganz entschieden der Meinung, daß die Hauptgefahr für die fortschrittliche Bewegung und die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten im Glauben an die Überlegenheit des weißen Mannes besteht. Weiße Überlegenheit – das ist nicht etwas, das es nur innerhalb der Bourgeoisie oder bei den Organisationen der extremen Rechten gibt, sondern eine Auffassung, die sich durch den weißen Teil der Arbeiterklasse zieht und uns daran hindert, starke Bündnisse mit den nationalen Minderheiten einzugehen, mit den Schwarzen, Puertorikanern und Mexikanern, die den militantesten Teil der Arbeiterklasse darstellen. Andere Leute teilen diese Auffassung nicht und befürworten andere Strategien; in dem, was ich als besonders wichtig unterstreichen möchte, unterscheiden wir uns jedoch kaum: daß wir einen Rahmen brauchen, der uns die Übersicht darüber ermöglicht, was die verschiedenen Gruppen an Strategien vorschlagen, damit wir sie vernünftig diskutieren und uns auf eine Strategie einigen können.

Und jede Strategie wiederum muß ja gewissen ideologischen Mindestanforderungen genügen, in diesem Fall also z.B. Antirassismus, Antifaschismus und Antimilitarismus . . .

Richtig. Und in dieser Hinsicht war übrigens die Bewegung der 60er Jahre viel stärker. Erinnern Sie sich daran, wie die Antikriegsbewegung einfach als Bewegung gegen den Krieg in Vietnam begann, dann jedoch zu einer bewußt anti-imperialistischen Bewegung geworden ist. Und die Bürgerrechtsbewegung entwickelte sich in der gleichen Richtung: in dem Moment, als Martin Luther King zum Anti-Imperialisten wurde und über den Krieg sprach, bekam die Bourgeoisie vor ihm Angst und sagte: Nein! Bleib bei den Bürgerrechten, rede nicht vom Krieg – das geht dich nichts an. Aber er sagte damals: Ja, das geht mich etwas an, und er mobilisierte die Leute gegen den Krieg . . . und deshalb wurde er ermordet. Das war der Grund, aber auch die Tatsache, daß er begann, die Massenaktionen der Arbeiterklasse zu unterstützen, zum Beispiel den Müllarbeiterstreik in Memphis. Diese Art von anti-imperialistischem Verständnis haben wir heute nicht.

Ist die Bewegung also noch in einer Phase mehr emotionaler Betroffenheit, in einer noch diffusen Orientierungsphase, also einer Vorstufe explizit politischen Denkens und Handelns?

Ja, ich glaube, so könnte man es ausdrücken. Aber lassen Sie mich ein andersgeartetes Beispiel anführen: die Anti-Atom-Bewegung. Man sollte meinen, sie besäße ein klareres Verständnis als die meisten anderen Bewegungen, da Atomwaffen ja ganz offensichtlich von den Vereinigten Staaten zur Einschüchterung, wenn nicht gar zur Vernichtung anderer Länder benutzt werden sollen. Aber die Anti-Atom-Bewegung in den Vereinigten Staaten tendiert nicht dahin, sich auf diesen Aspekt zu konzentrieren, sondern befaßt sich in viel stärkerem Maße nur mit der Kernkraft, also mit etwas, in dem ich eher die Folge und nicht die Ursache des nuklearen Imperialismus sehe, denn ohne Atomwaffen würde es in den USA auch keine Kernkraft geben. Es bereitet uns große Schwierigkeiten, die Anti-Atom-Bewegung heute dazu zu bewegen, sich auf die große Gefahr der Atomwaffen zu konzentrieren und auf die Notwendigkeit der Abrüstung, wenn auch der Einfluß anderer Länder, vor allem Großbritanniens mit seinem Kampf gegen die Cruise Missiles und so weiter, die amerikanische Bewegung bis zu einem gewissen Grade dazu gebracht hat, sich der Frage der Atomwaffen zu widmen.

Der Teil der Anti-Atom-Bewegung, mit dem ich zusammenarbeite, sieht das anders und konzentriert sich auf diese Fragen des Imperialismus, aber es ist eine Minderheit innerhalb der Gesamtbewegung, vielleicht weil sie sich bisher unter außergewöhnlichen Bedingungen entwickelt hat. In Mississippi plant man nämlich den Bau des größten Kernkraftwerks der Welt – in einem County, in dem die Bevölkerung zu 70 % schwarz ist. Aus diesem Grunde ist ein großer Teil der schwarzen Bevölkerung in dieser Bewegung engagiert.

Wenn Sie von der Notwendigkeit einer neuen Strategie und Organisation sprechen, dann definieren Sie diese sicherlich anders als wir Europäer. Eine „nationale" Bewegung z.B. muß in den USA, allein schon wegen der riesigen Dimensionen des Landes, anders aussehen als in europäischen „Kleinstaaten". Was also stellen Sie sich unter „nationaler Bewegung" vor?

Ich bin der Meinung, unser Ziel muß eine nationale Bewegung sein. Und immer wenn wir in den Vereinigten Staaten in der Lage waren, eine solche Bewegung aufzubauen, dann ergab sich dieser Aufbau in einer ganz bestimmten Situation . . .

Also aus Einpunktbewegungen heraus?

Ich denke nicht so sehr an ein einzelnes Thema als vielmehr an ein einziges Beispiel, das jeweils eine ganze Reihe verschiedener Themen einschließt. So waren es 1964 die Vorgänge in Mississippi, die das gesamte Land beschäftigten, und von hier ausgehend wurde die Black-Power-Bewegung eine Kraft, die die ganze Nation erfaßte – die Arbeiterklasse ebenso wie die schwarze Bevölkerung. Und daraus entwickelten sich nicht nur deren eigene Bewegungen, sondern auch die Frauenbefreiungs- und die Antikriegsbewegung, um nur einige wenige zu nennen. Und die Antikriegsbewegung übernahm ihre Taktik voll und ganz von der schwarzen Bewegung – das ist die Art eines Aufbaus aus einer ganz bestimmten Situation heraus, die ich meine.

Gibt es denn heute, neben der Weigerung, sich zum Kriegsdienst registrieren zu lassen, eine Auseinandersetzung, die dem 1964er Kampf gegen Rassentrennung vergleichbar wäre und verschiedene Anliegen beispielhaft in sich vereinigt?

Ja, gerade jetzt gibt es so etwas, und wiederum in Mississippi. Es gibt den Streik von zweihundert schwarzen Frauen in einer geflügelverarbeitenden Fabrik, den Sanderson Farms, in Laurel, Mississippi. Diese Frauen stehen seit über anderthalb Jahren im Streik, und bei diesem Streik geht es um Fragen, die normalerweise bei Streiks nicht zur Sprache kommen – es geht nicht nur um Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, sondern um die Abschaffung des Rassismus in der Firma und um die Einstellung der sexuellen Belästigungen, denen die Frauen bei der Arbeit ausgesetzt sind.

Und die Auseinandersetzung über diese Fragen spitzt sich zu?

Definitiv. Und die Firma hat für eine starke Polarisierung gesorgt, weil sie zum Beispiel als Werksleiter einen Mann angestellt hat, der mit der Ermordung eines der beliebtesten Bürgerrechtsführers durch den Ku-Klux-Klan 1966 in Mississippi etwas zu tun hatte – die Kluft ist jedenfalls sehr groß. Wir wissen, daß dieser Streik auch für die Bourgeoisie symbolischen Charakter bekommen hat, denn inzwischen ist eine der größten und bekanntesten Beraterfirmen, die über viel Erfahrung im Streikbrechen, im Vorgehen gegen die Arbeiterschaft und im Zerschlagen von Gewerkschaften verfügt, hinzugezogen worden und soll nun der Firma zeigen, wie der Streik gebrochen werden kann. Und soweit wir wissen, wird das Heranziehen dieser Firma die Werksgesellschaft mehr Geld kosten als sie während der gesamten Streikzeit sonst an Profiten erwirtschaftet hätte.

Es ist eine Situation entstanden, in der die örtliche Lage ganz klar überlagert wird von der Bedeutung, die der Streik sowohl für die Arbeiterklasse als auch für die Bourgeoisie erlangt hat. Und in diesem Sinne ist es eine nationale Bewegung oder zumindest eine nationale Angelegenheit. Und hinzu kommt, daß wir, obwohl es sich um einen kleinen Streik in einem abgelegenen Ort handelt, im nationalen Umfang mobilisiert haben – in allen Teilen des Landes gibt es Unterstützungskomitees und Solidaritätsausschüsse. Einige davon werden von repräsentativen und fortschrittlichen Gewerkschaften unterstützt, nicht jedoch von den großen Gewerkschaften. Auch die gewerkschaftliche Dachorganisation des Staates Mississippi, die Mississippi State Labor Federation, unterstützt diesen Streik nicht. In manchen Fällen sind es daher nur örtliche Gruppen oder linksgerichtete Kreise oder Leute aus der schwarzen Bevölkerung, die dem Streik ihre Unterstützung zukommen lassen. Wir haben das dann in dieser Weise organisiert und es dadurch geschafft, daß im vergangenen Mai in Laurel eine Demonstration mit fünftausend Teilnehmern zur Unterstützung der Arbeiterinnen stattfinden konnte.

(Zweiter Teil folgt)

Unverändert auf Revisionskurs

„Ostdeutsche Kulturarbeit" der Vertriebenenverbände und Patenschaftspolitik von Ländern, Städten und Gemeinden der Bundesrepublik

Von Georg Herde

Mehr als zehn Jahre sind nach der Unterzeichnung des Moskauer und des Warschauer Vertrages vergangen, in welchen die Bundesregierung die bestehenden Grenzen und deren Unantastbarkeit anerkannte. In völkerrechtlich gültigen Verträgen wurde versichert, weder jetzt noch künftig Gebietsansprüche zu erheben. Ausdrücklich wurde im „Vorwärts" vom 4. Dezember 1980 anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen hervorgehoben, daß „der Warschauer Vertrag ganz überwiegend ein Grenzanerkennungsvertrag" war und ist.

In krassem Widerspruch zu der in bilateralen und multilateralen Verträgen feierlich versicherten Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen sind in unserem Lande – auch noch im Jahre 1981 – starke Organisationen und Einrichtungen tätig, deren erklärtes Ziel die Revision von Grenzen, die Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges ist.

Fast eine Million Bundesbürger nahmen im Verlauf des Jahres 1980 an Großveranstaltungen der im Bund der Vertriebenen vereinigten Landsmannschaften teil. Auf Bundestreffen der Landsmannschaft der Oberschlesier (LdO), der Landsmannschaft Ostpreußen (LMO), des Bundes der Danziger (BdD) usw. wurden – wie z.B. am 25. Mai 1980 am „Sudetendeutschen Tag" vom Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Walter Becher (MdB/CSU) – die von der Bundesregierung mit sozialistischen Ländern geschlossenen Verträge als „Schandverträge" bezeichnet, die es zu revidieren gelte. Die Kundgebungen und sonstigen Veranstaltungen der Landsmannschaften, insbesondere auch die zahlreichen Patenschafts- und Heimattreffen der „Heimatgliederungen" in ihren Patenstädten wurden von den Landsmannschaftsfunktionären und prominenten Gastrednern aus den Reihen von CDU und CSU fast durchweg in Wahlkundgebungen für Franz Josef Strauß umfunktioniert. Franz Josef Strauß – so wurde argumentiert – sei es vor allem zu verdanken, daß die territorialen Ansprüche der Landsmannschaften durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 – wonach Deutschland in den Grenzen von 1937 fortbestehe und alle Verfassungsorgane gehalten seien, darauf hinzuwirken, dieses Deutschland wiederherzustellen – weiterhin eine rechtliche Basis hätten.

Die Landsmannschaften üben nach wie vor politischen Einfluß aus und werden insbesondere von den Unionsparteien umworben. Beweis dafür ist, daß auch in den am 5. Oktober 1980 neu gewählten Bundestag wiederum eine ganze Anzahl führender Funktionäre dieser Organisationen eingezogen ist. Unter den 41 „Vertriebenen und Flüchtlingen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion" ist

– sowohl der Präsident des Bundes der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften, Dr. Herbert Czaja,
– als auch der Vizepräsident des BdV und Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Herbert Hupka, zu finden. Weiter gehören zu den Spitzenkräften der „Vertriebenen"-Lobby im Bundestag:
– der Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats des BdV, Heinrich Windelen,
– der stellvertretende Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft und BdV-Landesvorsitzende in Bayern, Dr. Fritz Wittmann (Jg. 1933),
– das Mitglied des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft Hans Klein (Jg. 1931), der auch Vorsitzender des Verwaltungsrates des „VDA – Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland" ist – des nach 1945 wieder ins Leben gerufenen „Vereins für das Deutschtum im Ausland", der in der Nazi-Ära wesentlichen Anteil an der Faschisierung von Auslandsdeutschen hatte,
– Helmut Sauer (Jg. 1945), Mitglied der „Schlesischen Landesversammlung" und stellvertretender Bundesvorsitzender der „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU",
– Bernhard Jagoda (Jg. 1940), Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier in Hessen,
– Dr. Gottfried Hennig (Jg. 1937), Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen.

Als schwere Verletzung der internationalen Verträge, in denen die Bundesrepublik Deutschland die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen anerkannte, ist die Tatsache anzusehen, daß Landsmannschaften und mit diesen eng verbundene Einrichtungen für ihre Tätigkeit im Jahre 1980 viele Millionen DM an Subventionen aus öffentlichen Haushalten erhielten.

Bundesregierung, Landesregierungen und Kommunalverwaltungen förderten allein die sogenannte „ostdeutsche Kulturarbeit" landsmannschaftlicher Organisationen und Einrichtungen im Jahre 1980 mit etwa 40 Mio. DM. Schon im Jahre 1978 zahlten allein die Bundesländer 14 Mio. DM dafür, daß gemäß § 96 BVFG (Bundesvertriebenengesetz) „das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes erhalten . . ." bleibt.

Die sogenannte „ostdeutsche Kulturarbeit" der Landsmannschaften ist in jüngster Vergangenheit und wird in Zukunft noch mehr als bisher in den Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Verbände rücken. Die Ziele der Vereinigungen aber bleiben eindeutig auf die Revision der bestehenden Grenzen und die In-

besitznahme von Territorien der VR Polen, der Sowjetunion und der CSSR gerichtet. Dafür einige Beispiele:

– Ziel der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist lt. § 3 der gültigen Satzung, „den Rechtsanspruch auf die Heimat (d. h. auf weite Gebiete der CSSR; d. Verf.), deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen".
– Die Landsmannschaft Schlesien bezeichnet in ihrer Satzung als „Aufgabe", sich „für die Rückgliederung Schlesiens in die Souveränität Deutschlands einzusetzen". Sie behauptet, die „Vertretung Schlesiens" zu sein.
– Die Landsmannschaft der Oberschlesier hat sich in ihrer Satzung zur Aufgabe gestellt, „die Oberschlesier und das heranwachsende Geschlecht auf die Rückkehr in die Heimat geistig vorzubereiten".
– Die Landsmannschaft Ostpreußen behauptet in ihrer „Rechtsverwahrung" vom Mai 1980 u. a.: „Ostpreußen ist ein Teil Deutschlands. Weder die Sowjetunion noch die Volksrepublik Polen haben einen . . . wie auch immer gearteten Anspruch auf dieses Land."
– Die Pommersche Landsmannschaft gibt in ihrer Satzung als „Ziel" die „Wiedervereinigung Deutschlands einschließlich der deutschen Ostgebiete" an.

Die Führer der Landsmannschaften – fast ausschließlich CDU- und CSU-Politiker und nur ganz vereinzelt auch Angehörige von SPD und FDP – wissen natürlich sehr gut, daß das Kräfteverhältnis und der Friedenswillen in der Welt es nicht gestatten, in absehbarer Frist die oben skizzierten Ziele zu erreichen. Darum sprechen sie – wie z. B. der Präsident des Bundes der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften, Dr. Herbert Czaja (MdB/CDU), auf dem BdV-Mitarbeiterkongreß am 9. November 1980 in Kassel – davon, daß es „eine gefährliche Illusion ist, daß die deutsche Teilung, die Besetzung Ostdeutschlands . . . rasch zu beseitigen sei". Notwendig sei, den derzeitigen Gegebenheiten „Zähigkeit, langen Atem und langfristige Konzeptionen entgegenzustellen". „Langfristige Konzeptionen" bedeuten in der Tätigkeit der Landsmannschaften vor allem, für die Konservierung ihrer Zielvorstellungen Sorge zu tragen.

Schwerpunkte sind dabei,
– darauf hinzuwirken, daß die junge und die nächsten Generationen sich dem „Erbe Ostdeutschland" verpflichtet fühlen. Czaja erklärte z. B. in seiner Grundsatzrede vor der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen am 22. Juni 1980 in Bonn-Bad Godesberg: „In der Aktivierung der Nachkommen und der Generationen mittleren Alters liegt unsere Hauptaufgabe."
– bestehende Einrichtungen wie die „Häuser der Heimat", „Häuser des Deutschen Ostens" usw. auszubauen und andere – wie ein „Sudetendeutsches Zentrum", ein „Pommern-Zentrum", ein „Haus Danzig" usw. – als revanchistische Organisations- und Agitationszentren zu errichten.
– die bestehenden Patenschaften von Bundesländern für Landsmannschaften politisch und materiell so weit wie möglich auszuschöpfen, die über 300 bestehenden Patenschaften von Kommunen der BRD für landsmannschaftliche

„Heimatgliederungen" zu aktivieren und möglichst noch weitere neue als Basis für die revanchistische Breitenarbeit zu schaffen.

„Ostdeutsche Kulturarbeit – die zweite Schlacht um den deutschen Osten"

Nach der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau kündigte am 30. April 1973 der damalige Generalsekretär des BdV, Dr. Neuhoff, in „Deutscher Ostdienst" an: „Die Vertriebenen und ihre Verbände verlagern ihre Tätigkeit verstärkt auf die Kulturarbeit, nicht zuletzt, weil dort die zweite Schlacht um den deutschen Osten stattfindet."

Mit ihrer „ostdeutschen Kulturarbeit" wollen die Landsmannschaften die „Erinnerung an den deutschen Osten über Generationen hinweg wachhalten". Daß diese „ostdeutsche Kulturarbeit" ein Bestandteil der auf die Revision der Grenzen in Europa abzielenden „Heimatpolitik" der Revanchistenverbände ist, betonte z. B. der Bundesvorstand der PLM schon 1958 in seiner Festschrift „Zehn Jahre Pommersche Landsmannschaft". Wörtlich heißt es dort: „Die Rückgewinnung der Heimat ist das Ziel jeder landsmannschaftlichen Arbeit. Ihren Inhalt umreißt der Begriff ‚Heimatpolitik'. Landsmannschaftliche Kulturarbeit ist daher Teil der Heimatpolitik und damit diesem Ziel untergeordnet. Ihre Aufgabe erschöpft sich mithin nicht allein in musealer Tätigkeit, in der Sammlung, Pflege und Erhaltung alten pommerschen Kulturgutes. Sie muß sich vielmehr auch verpflichtet fühlen, mit kulturellen Mitteln unter den pommerschen Landsleuten den Heimatgedanken wachzuhalten und zu vertiefen, ihn in der pommerschen Jugend zu wecken und für das landsmannschaftliche Heimatanliegen in der westdeutschen, ja ausländischen Öffentlichkeit weckend und werbend zu wirken . . ."

Diese als Beispiel für viele andere zitierte grundsätzliche Aussage über Funktion und Inhalt der „ostdeutschen Kulturarbeit" der Landsmannschaften beweist:
– „Ostdeutsche Kulturarbeit" landsmannschaftlicher Organisationen und Einrichtungen dient den Zielen, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren, fremde Territorien einem neu zu errichtenden Deutschen Reich einzugliedern.
– Wer die „ostdeutsche Kulturarbeit" landsmannschaftlicher Organisationen und Einrichtungen – gleich ob es Bund, Länder oder Kommunen sind – finanziell fördert, fördert eine Politik, die dem Streben nach friedlicher Nachbarschaft und Entspannung entgegensteht und die Geist und Inhalt der Ostverträge, wie auch der KSZE-Schlußakte von Helsinki, verletzt.

Patenschaften – Stützpfeiler der Landsmannschaften

Für die Absicht der Landsmannschaften, ihre Zielsetzung durch die „Erinnerung an den deutschen Osten" über Generationen hinweg wachzuhalten, haben die von Bundesländern und Kommunen für landsmannschaftliche Vereinigungen ausgeübten Patenschaften einen großen Stellenwert. Im folgenden einige Beispiele, welche materiellen und ideellen Leistungen Bundesländer

als Paten für Landsmannschaften erbringen. 14 Landsmannschaften erfreuen sich der Patenschaft durch Bundesländer.

Das Land Bayern übt z. B. Patenschaften für die Sudetendeutsche Landsmannschaft („Schirmherrschaft" seit 1954) und (seit 1978) die Landsmannschaft Ostpreußen aus. In der Urkunde der Schirmherrschaft der bayerischen CSU-Regierung über die Sudetendeutsche Landsmannschaft heißt es, daß sich die bayerische Staatsregierung „zum Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen bekennt, das sie jederzeit mit dem ganzen Gewicht ihres Einflusses vertreten will". Versprochen wird, „die Landsmannschaft und deren Einrichtungen als Vertretungen der sudetendeutschen Volksgruppe bei der Wahrnehmung der heimatpolitischen, kulturellen und sozialen Aufgaben ideell und finanziell zu fördern".

Die ideelle Förderung der bayerischen CSU-Regierung für die aktivste und zugleich reaktionärste Landsmannschaft, deren Politik von den alt- und neonazistischen Kräften bestimmt wird, die sich in der Traditionsgemeinschaft ehemals führender Nazis aus dem NS-Gau Sudetenland, „Witikobund", zusammengefunden haben, wird bei fast jeder Veranstaltung demonstriert. Der Ministerpräsident, Staatsminister, Staatssekretäre und hohe Vertreter der Ministerialbürokratie versichern bei jeder sich bietenden Gelegenheit als Ehrengäste oder Gastredner nicht nur die volle Übereinstimmung der Landesregierung mit den revanchistischen, gegen den Bestand der CSSR gerichteten Politik der SL, sondern auch die stete Bereitschaft finanzieller Förderung.

Die „Sudetendeutsche Stiftung" (die ihrerseits die Sudetendeutsche Landsmannschaft und mit dieser verbundene Einrichtungen finanziell fördert), von der bayerischen Regierung finanzierte „Sudetendeutsche Kulturpreise", die Finanzierung des mehr als 20-Mio.-DM-Objekts des in München geplanten „Sudetendeutschen Zentrums" u.a.m. sind Ausdruck der materiellen Förderung des „Schirmlandes" Bayern für die Sudetendeutsche Landsmannschaft.

Die Landsmannschaft Ostpreußen, die seit Herbst 1978 die patenschaftliche Betreuung durch die bayerische CSU-Regierung erfährt, konnte im Herbst 1980 melden, daß ihr für die Errichtung eines „Ostpreußischen Kulturzentrums" das Ordensschloß Ellingen (Bayern) zur Verfügung gestellt wurde.

Als großzügiges Patenland erweist sich auch *Nordrhein-Westfalen* mit seiner SPD- bzw. SPD/FDP-Regierung. Als Patenland für die Landsmannschaft der Oberschlesier (LdO) finanzierte die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Errichtung einer Organisations- und Agitationszentrale der LdO in Hösel bei Düsseldorf, deren weiterer Ausbau in den kommenden Jahren mit fast 5 Mio. DM veranschlagt wird. Neben Förderungsmaßnahmen nach § 96 BVFG in Höhe von fast 3 Mio. DM, Zuschüssen für das „Haus des Deutschen Ostens" in Düsseldorf in Höhe von 1,72 Mio. DM und weiteren Förderungsmaßnahmen zahlte die Landesregierung z. B. 1979 zusätzlich 600 000 DM „Zuschüsse an Patenlandsmannschaften". Auch Nordrhein-Westfalen finanziert die alljährlich von der Landsmannschaft der Oberschlesier vergebenen „Oberschlesischen Kulturpreise".

Niedersachsen ist Patenland der Landsmannschaft Schlesien und gewährt vielfältige Sonderförderung. Für das „Haus Schlesien" z.B., das im Herbst 1980 in Heisterbacherrott (in der Nähe von Bonn) seine Tätigkeit als „Begegnungs-, Tagungs- und Bildungsstätte" aufnahm, leistete das Patenland Niedersachsen bedeutende finanzielle Unterstützung. Das „Haus Schlesien" soll – so der Führer der „Schlesischen Jugend", Hartmut Koschyk – „den jungen Schlesiern . . . geistige Nahrung auf dem Weg nach Schlesien sein".

Die Regierung von *Baden-Württemberg* übernahm neben den Patenschaften für Donauschwäbische Landsmannschaften 1979 auch die Patenschaft für die Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland. Kurz nach der neu eingegangenen Verpflichtung versprach die Regierung Späth (CDU) der Landsmannschaft die Errichtung eines „Hauses der Rußlanddeutschen".

Auf der Bundeskulturtagung der Landsmannschaft Pommern (11. Oktober 1980) berichtete der Referent für gesamtdeutsche Aufgaben bei der Staatskanzlei der *Schleswig-Holsteinischen* Landesregierung, Thies Uwe von Leesen, über die von der Landesregierung geleistete Kultur- und Patenschaftsarbeit. Von Leesen zitierte Staatssekretär Poetzsch-Heffter, der im März 1980 erklärt hatte, daß es darum gehe, „den Pommern als einer eigenständig von Geschichte und Kultur geprägten Gruppe des deutschen Volkes eine staatliche Stütze zu schaffen und den Fortbestand dieser Gruppe zu sichern". Schleswig-Holstein, Patenland der Pommerschen Landsmannschaft (PLM), schuf gemeinsam mit der PLM 1966 die „Stiftung Pommern". Wenige Jahre darauf stellte die Landesregierung der „Stiftung Pommern" den Rantzaubau des Kieler Schlosses als Galerie zur Verfügung und übernahm die laufenden Kosten. Nach den Vorstellungen der Landesregierung soll im Jahre 1981 allein die „Förderung der pommerschen Kulturarbeit" auf ca. 2,4 Mio. DM anwachsen. Als Ausdruck der Förderung der Patenschaft und Kulturarbeit nannte von Leesen u.a. auch „Ostkundeschülerwettbewerbe" und „Deutschlandseminare für Schulklassen und Gruppen".

Ausdrücklich erwähnte von Leesen den Einsatz von Schleswig-Holstein für die Verabschiedung der „Empfehlungen zur Behandlung der deutschen Frage im Unterricht" durch die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder im November 1978. Wie bekannt, soll nach diesen Empfehlungen das angebliche Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 gelehrt werden. Von Leesen betonte, daß in Schleswig-Holstein „vielfältige Maßnahmen in die Wege geleitet wurden, um die Empfehlungen für den Schulunterricht auch in der Praxis durchzusetzen". Schließlich verwies von Leesen auf das Projekt „Pommern-Zentrum", dessen Errichtung im Mai 1981 in Travemünde beginnen soll. „Schleswig-Holstein als Patenland für Pommern wird bei der Errichtung und Ausgestaltung des Zentrums seinen Anteil leisten."

Die Ausführungen über die patenschaftliche Betreuung von Bundesländern für Bundeslandsmannschaften geben Hinweis, in wie vielfältiger Weise diese Verbände sowohl politisch als auch materiell gefördert werden.

Von großer Bedeutung ist für die Landsmannschaften auch die patenschaftliche Förderung ihrer „Heimatgliederungen" durch Kommunalverwaltungen in der Bundesrepublik. Unter „Heimatgliederungen" sind jene Organisationen zu verstehen, in denen bundesweit die ehemaligen Bewohner der einzelnen Städte und Landschaften der ehemals deutschen Ostgebiete, des „Sudetenlandes" u.a.m. sowie deren Nachkommen organisiert sind – also die „Heimatkreisgruppen" „Breslau", „Karlsbad", „Stettin" usw. Diese „Heimatgliederungen" sind organische Bestandteile der Landsmannschaften. Welche Bedeutung sie für die Landsmannschaften haben, erläuterte z.B. der Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, Dr. Philipp von Bismarck (MdEP/CDU), auf der Tagung des sog. „Pommerschen Kreis- und Städtetages" am 9. März 1975 wie folgt: „Die Heimatkreise sind die wirklichen Wurzeln der Landsmannschaften . . . aus ihnen kommt unsere Kraft, damit halten wir uns fest in unserem Volke und auch in unserer Heimat . . . Alles was wir in den Ortsgruppen, Kreisgruppen, Bezirksgruppen und Landesgruppen der Landsmannschaft tun, ist nur möglich, wenn die Heimatkreise die Bausteine bleiben, die sie sind."

Die meisten der 374 „Heimatgliederungen", für die Kommunalverwaltungen Patenschaften übernommen haben, erhalten weiterhin vielfältige Förderung. Dazu gehört u.a. die Überlassung und Finanzierung von „Häusern der Heimat" oder „Heimatstuben", die Finanzierung von „Heimatnachrichten", „-briefen" oder anderen Publikationen, direkte finanzielle Zuwendungen an die Führungen der „Heimatgliederungen" für deren Organisations- und Agitationstätigkeit, Finanzierung der Herausgabe von „Heimatbüchern", finanzielle Förderung und Gewährung zahlreicher Vergünstigungen für „Heimatkreistreffen". Von besonderer Bedeutung ist, daß bei den Patenschaftstreffen der landsmannschaftlichen „Heimatgliederungen" fast immer die Spitzen der Kommunen, Landräte, Bürgermeister usw. sowie die örtlichen Bundes- und Landtagsabgeordneten teilnehmen und meist auch als Redner sich mit den Landsmannschaften solidarisieren und sie ermuntern, in ihrer Tätigkeit fortzufahren.

Dazu kommt, daß in Veranstaltungen von Patenschaftstreffen vielfach örtliche Vereine, ja selbst Schulen einbezogen werden. Die örtlichen Medien berichten meist ausführlich über Patenschaftstreffen und verbreiten das entspannungsfeindliche Gedankengut der Landsmannschaftsredner. Philipp von Bismarck sagte dazu 1975: „Deswegen sind die Patenschaftstreffen, wo erstens die Bürger in einem ganz anderen Umfang teilnehmen und wo zweitens auch in ganz unbefangener Weise berichtet wird, was dort geschah, ein wesentliches Verdienst unserer Patenväter."

Daß auch die Patenschaften von Gemeinden, Städten und Landkreisen für „Heimatgliederungen" der Landsmannschaften durch Landesregierungen gefördert werden, machte eine Tagung deutlich, über die „Der gemeinsame Weg" vom November 1980 (Herausgeber: „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat", Bonn) berichtete. Unter der Überschrift „Vorbildliche Arbeit der ostdeutschen

Patenschaften und Heimatstuben im Lande Hessen" schreibt hier Karl Bauer über eine Tagung von Vertretern hessischer Kommunalverwaltungen mit Vertretern des Bundes der Vertriebenen und landsmannschaftlicher Zusammenschlüsse in Bad Hersfeld. Sie kam auf Einladung des Kulturausschusses beim Landesbeirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen des BdV in Hessen und des hessischen Sozialministers zustande. Als Vertreter von Sozialminister Armin Clauss (SPD) berichtete Dr. Fiedler, daß mit Förderung des Landes Hessen über 40 Patenschaften und zahlreiche Heimatstuben aufgebaut worden sind. Das Land habe dafür in den vergangenen 20 Jahren über eine Million DM zur Verfügung gestellt. In Bad Hersfeld wurde, wie es in dem Bericht heißt, „mit hohem Kostenaufwand von der Stadt Bad Hersfeld, dem Kreis Hersfeld-Rotenburg und mit Förderung des Landes Hessen ein ‚Haus Mährisch-Schönberg' errichtet". Auf der Titelseite des November-Heftes von „Der gemeinsame Weg" ist die Patenschaftsurkunde der Stadt Bad Hersfeld für die „Heimatkreisvereinigung Mährisch-Schönberg" (in der Sudetendeutschen Landsmannschaft) abgedruckt. Darin verpflichtet sich Bad Hersfeld, „als Zeichen enger Verbundenheit mit den von dort vertriebenen, jetzt in der Bundesrepublik ansässigen Volksgenossen zur Wahrung und Förderung ihres Heimaterbes in treuem Zusammenstehen mit allen Sudetendeutschen bis zur Rückkehr in die angestammte Heimat" Patenschaft auszuüben.

Kaum relevante kleine Gruppen Ewig-Gestriger?

Anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages fand Ende November 1980 in Loccum eine Veranstaltung statt, wo auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VR Polen referierte. Brandt sprach „von kaum relevanten kleinen Gruppen Ewig-Gestriger", die sich noch nicht mit der Anerkennung der bestehenden Grenzen abgefunden hätten.

Im Gegensatz zu dieser Behauptung sind die Organisationen und Einrichtungen, welche weiterhin die Revision der bestehenden Grenzen anstreben und insbesondere Anspruch auf weite Gebiete der VR Polen erheben, nach wie vor beachtliche Faktoren im politischen und gesellschaftlichen Leben unseres Landes. Sie sind es deshalb,

– weil ihre Tätigkeit auf vielfältige Weise durch Bundes- und Landesregierungen wie durch Kommunen finanziell gefördert wird;
– weil sie patenschaftliche Förderung erhalten;
– weil ihnen zahlreiche Einrichtungen als Agitations- und Organisationszentralen zur Verfügung stehen, ja sogar neu errichtet werden;
– weil ihnen weiterhin Einfluß auf die Gestaltung des Schulunterrichts eingeräumt wird;
– weil sie schließlich in ihrem Tun selbst durch Vertreter der Bundesregierung ermutigt werden, wenn diese behaupten, daß die deutsche Frage nach wie vor offen sei;
– und weil die Bundesregierung bisher wenig Bereitschaft zeigte, Gesetze und Verordnungen dem Geist und Inhalt der Verträge mit den sozialistischen

Ländern über die Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen anzupassen.

Ohne Zweifel: Aus den Landsmannschaften werden „kleine Gruppen Ewig-Gestriger" werden, wenn Regierungen und Parteien wie auch die Patenschaftskommunen die materielle und ideelle Förderung dieser Organisationen und ihrer Einrichtungen einstellen, wenn in Bonn die vor mehr als zehn Jahren unterzeichneten Verträge konsequent verwirklicht werden.

Anhang: Patenschaften von Ländern, Kreisen und Kommunen der Bundesrepublik über landsmannschaftliche Organisationen*)

(Stand: Januar 1981)

Patenschaftsträger	*Landsmannschaftliche Gebietsgliederungen**)*
Baden-Württemberg	
Land	Donauschwäbische Landsmannschaften
	LM der Deutschen aus Ungarn (LMDU)
	LM der Deutschen aus Jugoslawien (LMDJ)
	LM der Banater Schwaben aus Rumänien
	LM der Deutschen aus Rußland (seit 31. 1. 1979)
Aalen	Wischauer Sprachinseln (SL, seit Oktober 1980)
Backnang	LM der Deutschen aus Ungarn
	Bacsalmas (Südungarn)
Bad Mergentheim	LM Westpreußen – Landesgruppe Baden-Württemberg
Bad Wimpfen	Oedenburg (LMDU)
Biberach-Landkreis	Sathmarer Schwaben aus Rumänien
Bartenstein-Stadt	Bartenstein (LMO)
Bietigheim	Zuckmantel (SL)
Böblingen	Niederland (SL)
Erbach/Donau	Mödritz (SL)
Esslingen	Krumau (SL, seit Herbst 1979)
Ettlingen	Oberbarnim
Geislingen/Steige	Südmähren (SL)
Gerlingen	Ungarndeutsche Landsmannschaft
Göppingen, Stadt	Schönhengstgau (SL)
Hechingen, Stadt	Oels (LS)
	Potsdam (BMD)

*) Bei der Aufstellung wurden folgende Materialien verwendet:
Taschenbuch für die Amtsträger der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1980; 30 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen – 1948–1978; 30 Jahre Landsmannschaft Westpreußen – 1949–1979; 30 Jahre Landsmannschaft Schlesien – Eine Dokumentation – Bonn 1979; Pommern-Fibel, 2. Auflage (ältere Quelle); „Der gemeinsame Weg", 1/1977, S. 2 („Patenstädte des Landes Baden-Württemberg"); „Der gemeinsame Weg", 3/1977, S. 32 („Die Patenschaften des Landes Hessen"). Außerdem eine größere Anzahl von Landsmannschaftszeitungen, Zeitschriften und anderen einschlägigen Publikationen.

**) Die in Klammern gesetzten Abkürzungen bedeuten: LdO – Landsmannschaft der Oberschlesier; LMDJ – Landsmannschaft der Deutschen aus Jugoslawien; LMDU – Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn; LMO – Landsmannschaft Ostpreußen; LMWestpr. – Landsmannschaft Westpreußen; LS – Landsmannschaft Schlesien; LWW – Landsmannschaft Weichsel-Warthe; PLM – Pommersche Landsmannschaft; SL – Sudetendeutsche Landsmannschaft.

Patenschaftsträger	*Landsmannschaftliche Gebietsgliederungen*
Herrenberg	Altker (LMDJ)
Heidenheim	Iglau und Iglauer Sprachinseln (SL)
Herbrechtingen, Kreis Heidenheim	Engelswald-Rosental (Neutitschein, SL)
Heilbronn	LM der Dobrudschadeutschen
Kirchheim/Teck	Freiwaldau/Gräfenberg (SL)
	Bulkes (LMDJ)
Kirchberg	Lichtenthal (LM der Bessarabiendeutschen)
Leiman, Stadt bei Heidelberg	Kunewald (Neutischein, SL)
Leutenbach	Rudolfsgnad (LMDJ)
Ludwigsburg	Kuhländchen (SL)
	Seimeny (LM der Bessarabiendeutschen)
Mannheim	Memelland (Memel Stadt und Land, Heydekrug und Pogegen, LMO)
Neckargemünd	Luditz (Landkreis, SL)
	Waltsch (SL)
Osterburken, Stadt	Hausdorf (Neutitschein, SL)
Rastatt, Stadt	Schlackenwerth (SL)
Reutlingen, Stadt	Schweidnitz, Stadt und Kreis (LS)
Schwäbisch Gmünd	Brünn (SL)
	Mittelmähren (SL)
Schönaich	Miletitsch (LMDJ)
Schuttertal/Schwarzwald	Modosch (LM der Banater Schwaben)
Sindelfingen/Böblingen	Würbenthal/Freudenthal (SL)
	LM der Donauschwaben aus Jugoslawien
Stuttgart	LM der Bessarabiendeutschen
Ulm	LM der Donauschwaben
Vaihingen	Jauernig (SL)
Waiblingen	Czavoly (LMDU)
Weißenhorn	Schluckenau (SL)
Winnenden	Neuschowe (LMDJ)
Bayern	
Land Bayern und Bayerische Staatsregierung	Sudetendeutsche Landsmannschaft Landsmannschaft Ostpreußen (LMO) – seit September 1978
Amberg, Stadt	Eger, Stadt und Kreis (SL)
Ansbach, Stadt	Jägerndorf (SL)
Arzberg/Ofr., Stadt	Sandau/Egerland (SL)
Aschaffenburg, Stadt	Graslitz (SL)
Auerbach, Stadt/Opf.	Schlaggenwald-Elbogen (SL)
Augsburg, Stadt	Neudeck (SL)
	Reichenberg (SL)
Königsbrunn, Stadt (Augsburger Land)	Liebenau (Reichenberg, SL)
Bamberg, Stadt	Troppau (SL)
Bayreuth, Stadt	Franzensbad (SL)
Buchloe/Allgäu, Stadt	Saubsdorf/Krs. Freiwaldau (SL)
Dinkelsbühl, Stadt	Mies (SL)
Eichstätt/Mfr., Stadt	Kratzau (Reichenberg, SL)
Ellingen/Bay.	Tachau (SL)
Erlangen, Stadt	Brüx (SL)
	Komotau (SL)
Forchheim, Stadt	Braunau (SL)
Frammersbach, Gemeinde (Krs. Lohr/Main)	Dürnberg/St. Joachimstal (SL)
Freyung/Ndby., Stadt	Winterberg, Stadt (SL)
Fürstenfeldbruck, Stadt	Parchwitz, Stadt (LS)
Röhrnbach bei Freyung	Kaltenbach/Krs. Prachatitz (SL)

Patenschaftsträger	*Landsmannschaftliche Gebietsgliederungen*
Fürth, Landkreis	Dauba (SL)
	Böhmisch Leipa (SL)
Furth i.W., Stadt	Bischofteinitz (SL)
Gersthofen	Friedeberger Ländchen – Altvater (Friedeberg, Setzdorf, Schwarzwasser, Gurschdorf, Petersdorf, Domsdorf) (SL, seit Ende 1979)
Günzburg/Donau	Sternberg (SL)
Gunzenhausen/Mfr., Stadt	Weipert (SL)
Heilsbronn/Krs. Ansbach	Fleißen/Krs. Eger (SL)
Hof und Wunsiedel, Landkreise	Asch – Landkreis (SL)
Hainburg/Opf., Stadt	Peterswald und Nollendorf/Erzgebirge (SL)
Grafing, Stadt	Sohrau/Krs. Rybnik Stadt (LdO)
Illertissen, Stadt	Elbogen (SL)
Ingolstadt, Stadt	Prachatitz, Kreis (SL)
	Niemes (SL)
Kaufbeuren, Stadt	Gablonz/Neiße (SL)
Kitzingen, Stadt	Neuern (SL)
Kronach, Stadt	Podersam, Stadt (SL)
Kronach, Landkreis	Podersam, Landkreis (SL)
Lichtenfels, Stadt	Aötendorf (Bärn, SL)
Lohr/Main, Stadt	Preßnitz (SL)
Marktoberndorf/Allg., Stadt	Hohenelbe (SL)
Mauerstetten/Krs. Ostallgäu	Neudorf/Krs. Gablonz (SL)
Mauth/Ndby.	Außer- und Innergefild (SL)
Memmingen, Stadt	Freudenthal (SL)
Miltenberg/Main, Stadt	Dux (SL)
Moosburg/Obb., Stadt	Königsberg a.d. Eger (SL)
München, Stadt	Aussig a. d. Elbe (SL)
Neuburg/Donau, Stadt	Weidenau/Krs. Freiwaldau (SL)
Bad Neustadt/Saale	Wagstadt (SL)
Nördlingen, Stadt	Tetschen-Bodenbach, Stadt und Kreis (SL)
	Olmütz (SL)
Pappenheim/Mfr., Stadt	Buchau-Luditz (SL)
Passau, Stadt	Böhmerwald (SL)
Finsterau/Krs. Passau	Fürstenhut, Scheurek, Buchwald (Prachatitz, SL)
Pflaumheim/b. Aschaffenburg, Stadt	Rudelzau-Bärnhau (Bärn, SL)
Roth, Landkreis	Saaz Landkreis (SL)
Regensburg, Stadt „Stadt der Sudetendeutschen"	„Sudetendeutsche Volksgruppe im Exil"
Rehau, Stadt, und Selb, Stadt	Asch, Stadt (SL)
Sulzbach-Rosenberg/Mfr.	Rumburg (SL)
Schwandorf, Stadt	Falkenau/Eger (SL)
Schwaben, Reg. Bez.	Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen
Tirschenreuth, Stadt	Plan-Weseritz (SL)
Tutzing/Starnberg, Markt	Niederebersdorf/Tetschen-Bodenbach (SL)
Waldsassen, Stadt	Chodau (Elbogen, SL)
Weiden/Opf., Stadt	Tellnitz/Krs. Aussig (SL)
Weißenburg (Kreisstadt)	Kaaden-Duppau-Klösterle (SL)
Würzburg, Stadt	Trautenau (SL)
Zirndorf, Stadt/Krs. Fürth	Lichtenstadt (Karlsbad, SL)
Zeil/Main, Stadt	Römerstadt (SL)
Hamburg	
Hamburg, Stadt	Marienburg (LM Westpr.)

Patenschaftsträger	*Landsmannschaftliche Gebietsgliederungen*
Hessen	
Battenberg/Eder	Obergeorgenthal/Krs. Brüx (SL)
Bensheim/Bergstr., Stadt	Arnau/Eger (SL)
Biblis/Hessen-Naussau	Domstadt (Bärn, SL)
Burghaun/Krs. Fulda	Augezd/Krs. Sternberg (SL)
Butzbach, Stadt	Tepl, Stadt (SL)
Camberg/Ts., Stadt	Hochdobern/Krs. Tetschen (SL)
Darmstadt, Stadt	Deutsch-Baltische Landsmannschaft
Frankenberg/Eder, Stadt	Bütow, Stadt und Land (PLM)
Frankfurt/Main, Stadt	Teplitz-Schönau (SL)
Friedberg, Stadt	Seestadt, Krs. Komotau (SL)
Fulda, Stadt	Leitmeritz, Stadt (SL)
	Oberglogau, Stadt (LdO)
Fulda, Landkreis	Leitmeritz, Landkreis (SL)
	Friedland, Landkreis (SL)
Gießen, Stadt	Mohrungen Stadt und Land (LMO)
Gießen, Landkreis	Bärn, Landkreis (SL)
Hainstadt/Offenbach	Peterswald (SL)
Hallgarten/Rheingau/Taunuskreis	Rottmühl-Schönhengstgau (SL)
Heppenheim/Bergstraße	Schönbach/Eger (SL)
Hersfeld, Stadt und Kreis	Mährisch-Schönberg, Stadt und Kreis (SL)
Höchst/Odenwald, Gemeinde	Bölten/Krs. Neutitschein (SL)
Bad Homburg v. d. H., Stadt	Marienbad (SL)
Hünfeld, Stadt	Neustadt a. d. Tafelfichte (SL)
Kassel, Stadt	Eberode, Stadt und Kreis (LMO)
Kassel, Landkreis	Für die „sudetendeutsche Arbeiterbewegung"
Korbach, Stadt und Kreis	Pyritz Stadt und Kreis (PLM)
Lang-Göns, Gemeinde	Groß-Dittersdorf/Krs. Bärn (SL)
Limburg/Lahn, Stadt	Mährisch Neustadt (SL)
Lorsch/Bergstraße, Stadt	Giebau/Krs. Sternberg (SL)
Naumburg/Krs. Wolfhagen	Naumburg/Bober, Stadt (LS)
Oberlahnkreis/Weilburg	Freystadt, Kreis (LS)
Offenbach/Main, Stadt	Neusalz/Oder, Stadt (LS)
Pfungstadt, Gemeinde	Jokes, Welchau, Wickwitz/Krs. Joachimstal (SL)
Bad Sooden-Allendorf, Stadt	Luditz, Stadt (SL)
Staufenberg, Stadt	Porstendorf/Mähr. Trübau (SL)
Unterlahnkreis (Diez)	Lüben, Kreis (LS)
Viernheim, Stadt	Altrohlau/Krs. Karlsbad (SL)
Weinstadt Oestrich-Winkel/Rheingau	Rothmühl/Krs. Zwittau (SL)
Wetteraukreis	Tepl-Petschau, Landkreis (SL)
Wetzlar, Stadt	Pflege des ostdeutschen Volksliedes
Wiesbaden, Stadt	Karlsbad (SL)
Niedersachsen	
Landesregierung	Landsmannschaft Schlesien (LS)
Alfeld, Kreis	Hirschberg, Stadt und Kreis (LS)
Bakede, Stadt	Gersdorf (Gemeinde, LS)
Bassum	Kreis Wehlau (LMO)
Bentheim, Grafschaft	Elchniederung, Kreis (LMO)
Bergen/Krs. Celle	Altburgund (Schubin) Kreis (LWW)
Bersenbrück, Kreis	Greifenhagen, Kreis (PLM)
Bevensen, Stadt	Demmina/DDR (PLM/BMD), ab Herbst 1979
Braunschweig, Stadt	Kattowitz, Kreis (LdO)
Braunschweig, Kreis	Königsberg-Neumark, Kreis
Bremerhaven, Stadt	Elbing, Stadt und Kreis (LMWestpr.)
Burgdorf, Stadt und Kreis	Heiligenbeil (LMO)

Patenschaftsträger	*Landsmannschaftliche Gebietsgliederungen*
Celle, Stadt	Marienwerder, Landkreis (LMWestpr.)
Celle, Kreis	Belgard/Schivelbein (PLM)
Cuxhaven, Stadt	Schneidemühl, Stadt (PLM)
Deckbergen, Gemeinde	Steinsdorf/Krs. Neisse Gemeinde (LdO)
	Steinau/Kreis Neustadt, Gemeinde (LdO)
Delmenhorst, Stadt	Liebau, Stadt (LS)
Diepholz Grafschaft	Grimmen (PLM)
Einbeck, Stadt	Patschkau, Stadt (LdO)
Elze (Han.), Stadt	Thomaswaldau, Gemeinde (LS)
Bad Essen, Stadt	Deutsch-Krone, Stadt (PLM)
Emmern, Gemeinde	Minken, Gemeinde (LS)
Fallingbostel, Kreis	Rummelsburg, Kreis (PLM)
Georgsmarienhütte, Stadt	Niederschwedelsdorf, Gemeinde (LS)
	Oberschwedelsdorf, Gemeinde (LS)
Gifhorn	Flatow (PLM)
Göttingen, Stadt	Kreuzburg O/S, Stadt und Kreis (LdO)
Goslar, Stadt	Brieg, Stadt und Kreis (LS)
Goslar, Kreis	Trebnitz, Gemeinde (LS)
Hadeln, Kreis	Labiau (LMO)
Hameln, Stadt	Neumarkt, Stadt und Kreis (LS)
Hannover, Stadt	Glogau, Stadt und Kreis (LS)
Hannover, Kreis	Löwenberg, Kreis (LS)
Harburg, Kreis	Schloßberg, Kreis (LMO)
Bad Harzburg, Stadt	Schreiberhau, Stadt (LS), Kreis Hirschberg
Herzberg, Stadt	Guhrau, Stadt und Kreis (LS)
Hildesheim, Stadt und Kreis	Neisse O/S, Stadt und Kreis (LdO)
	Lauban, Stadt und Kreis (LS)
Holzminden, Stadt	Rabishau, Gemeinde (LS)
Holzminden, Kreis	Leobschütz, Kreis (LdO)
Hoya, Grafschaft	Wehlau, Kreis (LMO)
Kreiensen, Gemeinde	Glausnitz, Gemeinde (LS)
	Steinseiffen, Gemeinde (LS)
	Arnsdorf/Niederschlesien (LS)
Lehrte, Stadt	Heiligenbeil, Stadt (LS)
Lohne, Stadt	Mittelwalde, Stadt (LS)
Lüchow-Dannenberg, Kreis	Strasburg, Landkreis (LM Westpr.)
Lüneburg, Stadt	Thorn, Stadt und Kreis (LM Westpr.)
Lüneburg, Kreis	Eichenbrück, Kreis (LWW)
Melle, Kreis	Regenwalde (PLM)
Neustadt a. Rbge, Kreis	Arnswalde/Neumark, Kreis
Nienburg/Weser, Kreis	Bartenstein, Kreis (LMO)
	Kulm, Landkreis (LM Westpr.), seit Februar 1980
Northeim, Stadt	Neustadt O/S, Stadt und Kreis (LdO)
Northeim, Kreis	Schlochau (PLM)
Oldenburg, Stadt	Leobschütz, Stadt (LdO)
Oldenburg, Kreis	Neumark, Kreis (LM Westpr.)
Osnabrück, Kreis	Allenstein, Land (LMO)
Osterode, Stadt und Kreis	Osterrode/Ostpr., Stadt und Kreis (LMO)
Pattensen, Stadt	Wixen, Gemeinde (LS)
Peine, Stadt	Ottmachau, Stadt (LdO)
Peine, Kreis	Falkenberg, Kreis (LdO)
Rotenburg (Wümme), Kreis	Stuhm, Landkreis (LMWestpr.)
	Angerburg, Kreis (LMO)
Bad Salzgitter, Stadt	Kattowitz, Stadt (LdO)
Schaumburg, Grafschaft	Groß-Wartenberg, Kreis (LS)
Schulenburg, Gemeinde	Fischbach, Gemeinde (LS)

Patenschaftsträger	*Landsmannschaftliche Gebietsgliederungen*
Springe, Kreis	Militsch, Stadt und Kreis (LS)
Stade, Kreis und Stadt	Goldap, Stadt und Kreis (LMO)
Uelzen, Kreis	Wollstein, Kreis (LWW)
Verden/Aller, Stadt und Kreis	Pr. Eylau, Stadt und Kreis (LMO)
Wilster, Stadt	Neuteich, Stadt (Bund der Danziger)
Winsen/Luhe, Stadt	Schloßberg, Stadt (LMO)
Wittlage, Kreis	Deutsch-Krone, Kreis (PLM)
Wolfenbüttel, Stadt und Kreis	Landeshut, Stadt und Kreis (LS)
Wunstorf, Stadt	Arnswald/Neumark, Stadt
Wilhelmshaven, Stadt	Bromberg, Stadt und Kreis (LMWestpr.)
Nordrhein-Westfalen	
Landesregierung	Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen
	Landsmannschaft der Oberschlesier
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	Landsmannschaft Westpreußen
Aachen, Kreis	Breslau, Kreis (LS)
Altena, Stadt und Kreis	Habelschwerdt, Stadt und Kreis (LS)
Anrüchte, Stadt	Wünschelburg, Stadt (LS)
Arnsberg, Stadt und Kreis	Rosenberg, Stadt und Kreis (LdO)
Beckum, Stadt und Kreis	Grottkau, Stadt und Kreis (LdO)
Berg. Gladbach, Stadt und Kreis	Görlitz (Ost), Stadt und Kreis (LS)
Kommunale Arbeitsgem. Bergisch Land	Treuburg, Kreis (LMO)
Bad Berleburg, Stadt	Scheidewitz, Gemeinde (LS)
Bielefeld, Stadt	Gumbinnen, Kreis (LMO)
Bielefeld, Kreis	Wansen, Stadt (LS)
Bochum, Stadt	Neidenburg, Kreis (LMO)
Bockum-Hövel, Stadt	Tarnowitz, Stadt (LdO)
Bonn, Stadt	Oppeln, Stadt (LdO)
Bonn, Kreis	Stolp, Stadt und Kreis
Borken, Stadt	Stadt Bolkenhein/Niederschlesien (LS)
Bottrop, Stadt und Kreis	Gleiwitz, Stadt und Kreis (LdO)
Brackwede, Stadt	Münsterberg, Stadt (LS)
Castrop-Rauxel, Stadt	Neurode, Stadt und Kreis (LS)
Detmold, Stadt	Sprottau, Kreis (LS)
Detmold, Stadt	Sagan, Stadt (LS)
Dorsten, Stadt	Rybnik, Stadt (LdO)
Dortmund, Stadt	Waldenburg, Stadt und Kreis (LS)
Düsseldorf, Stadt	Danzig, Stadt (Bund der Danziger)
Duisburg, Stadt	Königsberg, Stadt (LMO)
Emmerich, Stadt	Korschen
Ennepe-Ruhrkreis (Schwelm)	Schlawe, Kreis (PLM)
Essen, Stadt	Hindenburg, Stadt (LdO)
Euskirchen, Kreis	Namslau, Kreis (LS)
Gelsenkirchen, Stadt	Allenstein, Stadt (LMO)
Glückstadt, Stadt	Bad Stolpmünde (PLM)
Gütersloh, Landkreis	Rosenberg, Kreis (LM Westpr.)
Gummersbach, Stadt	Lauenburg, Stadt (PLM)
Haan, Stadt	Guttentag, Kreis (LdO)
Hagen, Stadt	Lyck, Kreis (LMO)
Herford, Stadt	Landsberg/Warthe, Stadt
Herne, Stadt	Ortelsburg, Kreis und Stadt (LMO)
	Strehlau, Stadt und Kreis (LS)
	Jauer, Stadt und Kreis (LS)
Hilden, Stadt	Wohlau, Kreis (LS)
Iserlohn, Stadt	Ohlau, Stadt und Kreis (LS)
Isselburg, Stadt	Drengfurth, Stadt

Patenschaftsträger	*Landsmannschaftliche Gebietsgliederungen*
Köln, Stadt	Breslau, Stadt (LS)
Köln-Porz, Stadt	Graudenz, Stadt und Kreis (LM Westpr.)
Krefeld, Stadt	Insterburg, Kreis und Stadt (LMO)
Leverkusen, Stadt	Ratibor, Stadt (LdO)
Leverkusen, Großraum	Treuburg, Kreis (LMO)
Lippstadt, Stadt	Bielitz-Biala, Stadt (LdO)
Lübbecke, Stadt	Striegau, Stadt (LS)
Lüdenscheid, Stadt	Glatz, Stadt und Kreis (LS)
Lünen, Stadt	Cammin, Stadt (PLM)
Meschede, Stadt	Winzig, Stadt (LS)
Mettmann, Stadt	Angerapp, Stadt und Kreis (LMO)
Minden, Kreis	Königsberg, Kreis (LMO)
Minden, Stadt	Köslin, Stadt (PLM)
Münster, Stadt	Braunsberg, Stadt und Kreis (LMO)
Neheim-Hüsten, Stadt	Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen
Oberbergischer Kreis	Lauenburg, Kreis (PLM)
Oberhausen, Stadt	Königshütte, Stadt (LdO)
Oer-Erkenschwick, Gemeinde	Burch-Ladung/Krs. Brüx (SL)
Opladen, Stadt	Treuburg, Stadt (LMO)
Recklinghausen, Stadt	Beuthen O/S, Stadt (LdO)
Recklinghausen, Kreis	Beuthen-Tarnowitz, Kreis (LdO)
Rees, Kreis	Rastenburg, Kreis (LMO)
Remscheid, Stadt	Sensburg, Stadt und Kreis (LMO)
Rheda, Stadt	Reichenstein, Stadt (LS)
Rhein-Wupper-Kreis (Opladen)	Ratibor, Kreis (LdO)
Amt Schermbeck	Heiligenlinde, Gemeinde
Siegburg, Stadt und Kreis	Bunzlau, Stadt und Kreis (LS)
Soest, Kreis	Groß-Strehlitz, Kreis (LdO)
Solingen, Stadt	Goldberg, Kreis (LS)
Vlotho, Stadt	Sommerfeld
Voerde/Ndrh., Gemeinde	Krickerhau (Karpatendeutsche LM)
Wanne-Eickel, Stadt	Ortelsburg, Stadt und Kreis (LMO)
Warendorf, Stadt	Reichenbach/Eule, Stadt (LS)
Wesel, Stadt	Rastenburg, Stadt (LMO)
Wiedenbrück, Stadt und Kreis	Frankenstein, Stadt und Kreis (LS)
Witten, Stadt	Dirschau, Kreis (LM Westpr.)
Wülfrath, Stadt	Tiegendorf (Bund der Danziger)
Wuppertal, Stadt	Liegnitz, Stadt und Kreis (LS)
Rheinland-Pfalz	
Landesregierung	Donaudeutsche Landsmannschaft in Rheinland-Pfalz
Bingen, Kreis	Grossen/Oder, Kreis
Kaiserslautern, Stadt	Landesgruppe Rheinland-Pfalz der Landsmannschaft Westpreußen
Bad Münster am Stein	Friedersdorf, Gemeinde (LS)
Landau/Pfalz	Heimatvertriebene Batschka-Pfälzer der josephinischen Siedlungen
Schleswig-Holstein	
Landesregierung	Pommersche Landsmannschaft
Ahrensbök, Gemeinde	Grammenz, Bezirk
Aschendorf, Stadt	Guttstadt, Stadt (LMO)
Aschendorf-Hümmling, Kreis	Heilsberg, Kreis (LMO)
Bad Bramstedt, Stadt	Dramburg, Stadt (PLM)
Bredstedt, Stadt	Kreuz, Stadt (PLM)

Patenschaftsträger	*Landsmannschaftliche Gebietsgliederungen*
Bosau, Gemeinde	Wurchow, Bezirk (PLM)
Dithmarschen, Kreis	Greifenberg, Kreis (PLM)
	Naugard, Kreis (PLM)
Eckernförde, Stadt	Pillau, Stadt (LMO)
Eckernförde, Kreis	Köslin-Bublitz, Kreis (PLM)
Eiderstedt	Usedom-Wollin, Kreis (PLM)
Elmshorn, Stadt	Stargard, Stadt (PLM)
Eutin, Stadt und Kreis	Neustettin, Stadt und Kreis (PLM)
Flensburg, Stadt	Swinemünde, Stadt (PLM)
Flensburg, Kreis	Johannesburg, Kreis (LMO)
Flintbek, Gemeinde/Krs. Plön	Altenkirch, Gemeinde (LMO)
Gleschendorf, Gemeinde	Lubow, Bezirk (PLM)
Geesthacht, Stadt	Franzburg/Barth, Kreis (PLM)
Haffkrug-Scharbeutz, Gemeinde	Groß Küdde, Bezirk (PLM)
Heide, Stadt	Naugard, Stadt (PLM)
Heidedorf/b. Kiel, Gemeinde	Eisseln/Krs. Tilsit/Ragnit (LMO)
Heikendorf, Kreis Plön	Kirchspiel Groß-Lenkenau (LMO)
Husum, Stadt	Schönlanke, Stadt (PLM)
Husum, Kreis	Netzekreis (PLM)
Ithehoe, Stadt	Preuß.-Holland, Stadt (LMO)
Kaltenkirchen, Gemeinde	Kallies, Stadt (PLM)
Kiel, Stadt	Tilsit, Stadt (LMO)
Krempe, Stadt	Reichenbach, Gemeinde (LMO)
Lübeck, Stadt	Stettin, Stadt
	Kolberg, Stadt
Lütjenburg, Stadt	Breitenstein, Gemeinde (LMO)
Malente, Gemeinde	Bärwalde, Stadt (PLM)
Meldorf, Stadt	Greifenberg, Stadt (PLM)
Mölln, Stadt	Massow, Stadt (PLM)
Neumünster, Stadt	Lötzen, Stadt und Kreis (LMO)
Nordfriesland-Südtondern, Kreis	Cammin, Kreis (PLM)
Nortorf, Stadt	Wollin, Stadt (PLM)
Ostholstein, Kreis	Neustettin, Kreis (PLM)
Oldenburg, Kreis	Saatzig, Kreis (PLM)
Pinneberg, Stadt und Kreis	Fischhausen, Stadt und Kreis (LMO)
Plön, Stadt	Schillen, Gemeinde (LMO)
Plön, Kreis	Tilsit-Ragnit, Kreis (LMO)
Preetz/Holst., Stadt	Ragnit, Stadt (LMO)
Ratekau, Gemeinde	Klaushagen (PLM)
Reinfeld, Stadt	Körlin, Stadt (PLM)
Rendsburg, Stadt	Gerdauen, Stadt (PLM)
Rendsburg, Kreis	Gerdauen, Kreis (LMO)
Schönberg/Krs. Plön, Gemeinde	Trappen, Gemeinde (LMO)
Bad Schwartau	Tempelburg, Stadt (PLM)
Segeberg, Stadt	Falkenburg, Stadt (PLM)
Segeberg, Kreis	Dramburg, Kreis (PLM)
Steinfurt/Host., Kreis	Pr.-Holland, Kreis (LMO)
Stockelsdorf, Gemeinde	Lottin, Bezirk (PLM)
Süssel, Gemeinde	Groß Krössin, Bezirk (PLM)
Timmendorfer Strand, Gemeinde	Ratzebuhr, Stadt (PLM), Misdroy, Stadt (PLM)
Syke, Stadt	Wehlau, Stadt (LMO)
Ulzburg	Kirchspiel Virchow (PLM)
Wesselburen, Stadt	Daber, Stadt (PLM)
Westerland/Sylt, Stadt	Dievenow, Stadt (PLM)
Wyk/Föhr, Stadt	Stepenitz, Stadt (PLM)

Frauen und Lohndiskriminierung

Haben die Gewerkschaften versagt?

Von Sigrid Pohl

Dem Kampf der Frauen innerhalb und außerhalb der Frauenbewegung, in den Gewerkschaften und an den Universitäten ist es zu verdanken, daß die gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen verstärkt zum Thema der politischen und wissenschaftlichen Diskussion geworden ist. Noch bis in die späten 60er Jahre waren Veröffentlichungen, Dissertationen und Diplomarbeiten zum Thema „Diskriminierung der Frau im Erwerbsleben" häufig als unwissenschaftlich abgelehnt worden. Die veränderte gesellschaftliche Stellung vieler Frauen – die Erwerbstätigenquote von Frauen stieg in der Bundesrepublik von 30 % (1950) auf knapp 38 % (1975) an, um dann infolge der Krise Mitte der 70er Jahre wieder abzunehmen – findet auch ihre Widerspiegelung in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Die Analyse der überproportionalen Frauenerwerbslosigkeit erfolgte insbesondere vor dem Hintergrund der Bewußtwerdung der gesamtgesellschaftlichen Benachteiligung der Frauen.

Zur Vertiefung der Ursacheninterpretation haben u. a. Untersuchungen von Herta Däubler-Gmelin, Brigitte Nauhaus, des „Instituts für marxistische Studien und Forschungen" (IMSF) sowie die Diskussion um „Lohn für Hausarbeit" beigetragen[1]).

Ganz anders hingegen ist der Informationsstand und die Entwicklung hinreichender Analysen in bezug auf die Diskriminierung der Frau im Bereich der Löhne und Gehälter einzuschätzen.

Während es um die Jahrhundertwende und in den 20er Jahren eine recht lebhafte wissenschaftliche und politische Debatte über die Unterbezahlung erwerbstätiger Frauen gab[2]), sind die in der Bundesrepublik erschienenen qualifizierten Veröffentlichungen zu diesem Thema an einer Hand aufzuzählen.

Die Untersuchungen lassen sich in zwei Richtungen einordnen: Zum einen versuchen die Autoren (-innen), die Frauenlohndiskriminierung auf biologische und beschäftigungsstrukturelle Unterschiede in der Männer- und Frauenerwerbstätigkeit zurückzuführen, zum anderen wurde die niedrigere Frauenentlohnung in der marxistischen Diskussion auf den Aspekt der Lohn-

1) Herta Däubler-Gemlin, Frauenarbeitslosigkeit oder Reserve zurück an den Herd, Reinbek 1977; Brigitte Nauhaus, Problem der Frauenarbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Krise, Köln 1979; IMSF (Hrsg.), Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD. Informationsbericht Nr. 31, Frankfurt/M. 1979; sowie Inge Pauls, Hausfrauenlohn oder Recht auf Arbeit?, Köln 1979.

2) Frieda Glaß, Der weibliche „Doppelverdiener" in der Wirtschaft, in: Jahrbuch für Frauenarbeit, hrsg. von J. Silbermann, Berlin 1927; Gnauck-Kühne, Die deutsche Frau um die Jahrhundertwende. Statistische Studie zur Frauenfrage, Berlin 1904; Agnes Karbe, Die Frauenlohnfrage und ihre Entwicklung in der Kriegs- und Nachkriesgszeit mit besonderer Berücksichtigung der Industriearbeiterschaft, Rostock 1928; Marianne Schiller, Frauenentlohnung und Tarifvertrag in der Industrie, in: „Die Frau", Jg. 1928/29, S. 306ff.; Käthe Schirrmacher, Wie und in welchem Maße läßt sich die Wertung der Frauenarbeit steigern, Leipzig 1909.

drückerfunktion reduziert[3]).

Zwischen 1955 und 1977 wurden lediglich in der Gewerkschaftspresse vereinzelte analysierende Berichte über den Kampf gegen Frauen- und Leichtlohngruppen[4]) veröffentlicht. Umfangreichere Arbeiten erschienen erst in den letzten Jahren[5]).

Der vorliegende Aufsatz will einen Überblick über die Entwicklung der Frauenlöhne bzw. der Frauenlohndiskriminierung geben, die bisherige gewerkschaftliche Politik auf diesem Gebiet skizzieren und die entsprechenden gewerkschaftlichen Forderungen kritisch durchleuchten.

Rund ein Drittel aller abhängig Beschäftigten sind Frauen, aber ihr Anteil an der Lohn- und Gehaltssumme beträgt nur 25 %. Frauen sind es, die in den sog. Leichtlohngruppen arbeiten. 3,3 Mio. Arbeiterinnen, das sind 41 % der erwerbstätigen Frauen, verrichten monotone, unqualifizierte und „körperlich leichte", mit einem Wort „frauenspezifische" Tätigkeiten am Band, im Verkauf oder als Reinigungs- und Hilfskräfte.

Frauenlohndiskriminierung existiert dreifach:
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird nur in Ausnahmefällen gezahlt;
- dort wo überwiegend Frauen arbeiten, wird diese Arbeit niedriger bewertet;
- Leichtlohngruppen sind Frauenlohngruppen.

Tarifpolitik müßte also, um Frauenlohndiskriminierung zu beseitigen, auf drei Ebenen ansetzen:

---

3) Henry Braunwarth, Die Spanne zwischen Männer- und Frauenlöhnen, Köln 1955. Braunwarth gibt einen guten Überblick über die unterschiedliche Entwicklung von Männer- und Frauenlöhnen in ausgewählten europäischen Ländern und den USA. In der Ursachenanalyse jedoch beschränkt auch er sich auf die üblichen schematischen Begründungen, ohne die gesellschaftlichen Ursachen der Frauendiskriminierung miteinzubeziehen. Frauenlohndiskriminierung existiert für ihn nur dort, wo Frauen für die gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn erhalten. Vgl. zur marxistischen Behandlung des Themas u. a. Jürgen Kuczynski, Wert und Preis der Frauenarbeit, in: „Die Arbeit", Jg. 1948, H. 4.

4) „Gewerkschaftliche Beiträge zum Frauenlohnproblem", Jg. 1958, H. 1; Frauenentlohnung kritisch betrachtet, hrsg. von der IG Chemie-Papier-Keramik, Hannover 1975; Probleme der Frauen – Probleme der Gesellschaft, hrsg. von Maria Weber, Köln 1976; Maria Borris, 25 Jahre Frauenarbeit der IG Metall. Schriftenreihe der IG Metall, Frankfurt/M. 1977.

5) 1979 erschien von J. Lankau „Lohn- und Gehaltsdiskriminierung von Arbeitnehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland". Lankau kommt hier zu dem Ergebnis, daß der Bruttoeinkommensabstand immer stärker durch unterschiedliche Qualifikation, Arbeitszeit und Tätigkeiten in unterschiedlichen Branchen bestimmt werde und die geschlechtsspezifische Einkommensdifferenzierung immer mehr an Gewicht verliere. Auch wird das Problem letztlich auf die Frage nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit reduziert. Lankau weist zwar darauf hin, daß es ein substitutives Verhältnis zwischen Lohn- und Arbeitsplatzdiskriminierung gibt, aber an seiner Schlußfolgerung, geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung nehme kontinuierlich ab, ändert dies nichts. Claudia Pinl (Das Arbeitnehmerpatriarchat – Die Frauenpolitik der Gewerkschaften, 1977), langjährige Mitarbeiterin der „Gewerkschaftlichen Monatshefte", macht in ihrem Buch auf die Fehler und Versäumnisse der gewerkschaftlichen Frauenlohnpolitik aufmerksam und beschrieb sehr plastisch das Interesse von Unternehmern und männlichen Beschäftigten an der Aufrechterhaltung der Leichtlohngruppen. Andrea Joosten (Mann, Marx spricht nicht über Hausarbeit, Berlin 1980) stellt in ihrer Studie über „Hausarbeit – Lohnarbeit – Kapital" die These auf, daß Marx den ideologischen Vorurteilen seiner Zeit in bezug auf die Arbeit der Frau aufgesessen sei. Sie sieht Widersprüche in der Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft und führt aus, daß sich Marx über die Bestimmung des Quantums der tatsächlich notwendigen Arbeit zur Reproduktion der Arbeitskraft im unklaren gewesen sei. Hausarbeit, die zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft notwendig sei, erscheine bei Marx nicht als Arbeit und werde daher auch nicht gewertet.

– im Betrieb, wo der Betriebsrat für die Durchsetzung des Grundrechts „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" bei der Eingruppierungspraxis eintreten muß (BetrVG § 75);
– in der Tarifauseinandersetzung, wo Festlohnforderungen und Verbesserungen der Lohngruppentexte erkämpft werden müssen;
– und auf gesellschaftlicher Ebene, wo die gesellschaftliche Diskriminierung der Frau und ihrer Arbeit (wovon Lohndiskriminierung nur ein Ausdruck ist) beseitigt werden muß.

Die Lohndiskriminierung der Frau ist kein neues Phänomen, sondern existiert schon so lange, wie es Frauenerwerbstätigkeit gibt. Die proletarische Frauenbewegung Ende des 19. Jh. forderte die Lohngleichheit von Mann und Frau. Alice Salomon konstatierte 1906 in ihrem Aufsatz „Über die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit"[6]), daß Frauen immer dort arbeiten, wo die Arbeitsbedingungen am schlechtesten und die Löhne am niedrigsten sind.

Der Anteil des durchschnittlichen Brutto-Stundenlohns einer Industriearbeiterin am Brutto-Stundenlohn eines Industriearbeiters betrug

1879	*um 1900*	*1914*	*1918*	*1928*	*1931*	*um 1940*	*1950*	*1957*	*1967*	*1970*	*1979*
53 %	*56 %*	*47 %*	*53 %*	*66 %*	*68 %*	*um 70 %*	*63 %*	*65 %*	*69 %*	*70 %*	*72 %*

Alice Salomon, die konservative Ökonomin, die Anfang unseres Jahrhunderts die Frauenlohndiskriminierung beschrieben hat und sie auch zu erklären versuchte, saß den gleichen Vorurteilen auf, wie sie auch heute noch gegenüber der Frauenerwerbstätigkeit bestehen:

– *Frauen hätten in der Regel keine Ausbildung und übten deshalb überwiegend unqualifizierte Tätigkeiten aus, für die der Lohn grundsätzlich niedriger sei.*

So versucht man am häufigsten, die unterdurchschnittliche Bezahlung von Frauen zu erklären. Zwar ist es richtig, daß Frauen überwiegend keine oder nur eine schlechte berufsspezifische Qualifikation nachweisen können, aber bereits dies ist eine Diskriminierung der Frau. Frauen werden auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter vorbereitet. Die berufliche Qualifizierung tritt dahinter zurück. D. h. die erwerbstätige Frau wird doppelt benachteiligt: in ihren Ausbildungschancen und bei der Entlohnung.

Doch auch Frauen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar ein Studium haben, verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen in vergleichbaren Positionen:

6) Alice Salomon, Die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit, in: „Staats- und sozialwissenschaftliche Forschung", Jg. 1906, S. 122.

Abschluß	Einkommen in DM				
	Unter 800,–	880,– bis 1200,–	1200,– bis 1800,–	Über 1800,–	Geschlecht
Mittlere Reife	18,4%	37,9%	29,7%	14,0%	Männer
	62,3%	29,2%	6,4%	2,1%	Frauen
Abitur/ Hochschulreife	10,7%	19,8%	33,9%	36,6%	Männer
	36,6%	38,1%	19,0%	6,3%	Frauen
Technikerschule	7,5%	45,3%	37,5%	9,7%	Männer
	20,0%	60,0%	20,0%	–	Frauen
Sonstige Berufsfachschulen	14,4%	39,7%	32,9%	13,1%	Männer
	57,6%	32,2%	8,4%	1,8%	Frauen
Ingenieurschulen	1,6%	18,1%	49,6%	30,7%	Männer
	40,0%	50,0%	10,0%	–	Frauen
Hochschule	4,4%	11,6%	31,5%	52,5%	Männer
	17,7%	31,7%	37,4%	13,2%	Frauen

– *Frauen machen körperlich leichtere Arbeiten.*

Mag dieses Argument am Ende des vorigen Jahrhunderts noch vereinzelt zugetroffen haben, so läßt es sich doch nicht für eine grundlegende Erklärung heranziehen. Haben Frauen im 19. Jh. noch mit in den Bergwerken arbeiten müssen und für diese Arbeit nur ungefähr die Hälfte des Lohns der männlichen Arbeiter erhalten, so arbeiten Frauen heute an Umpackkassen, als Reinigungspersonal oder auch als Krankenschwester. Alles „typische" Frauenberufe, die mit schwerer körperlicher Arbeit verbunden sind und am unteren Ende der Lohnskala sich befinden. So verdient eine Reinigungskraft im öffentlichen Dienst weniger als ein Pförtner.

– *Frauen sind Zuverdienerinnen und benötigen deshalb keinen Familienlohn.*

Um den Lohn einsparen zu können, wird hier auch von Unternehmerseite gegen das ideologische Prinzip vom „Leistungslohn" verstoßen. Frauen werden nicht aufgrund ihrer wie auch immer zu messenden Leistung bezahlt, sondern nach ihrem Geschlecht, bzw. der gesellschaftlichen Rollen, die ihrem Geschlecht zugewiesen ist.

– *Frauen sind technisch nicht begabt.*

Weil Frauen technisch nicht begabt seien, könnten sie auch keine qualifizierten Arbeiten ausüben und müßten sich deshalb mit weniger Lohn begnügen. In Krisenzeiten, besonders im Ersten und Zweiten Weltkrieg, wurden Frauen gezwungen zu beweisen, daß sie über Jahre in der Lage waren, die Kriegsproduktion aufrechtzuerhalten, sich in technische Berufe einzuarbeiten. Als die Männer aus dem Krieg zurückkehrten, wurden die Frauen wieder aus diesen

Berufen herausgedrängt. Bis heute verhindert eine rollenspezifische Erziehung, daß Mädchen schon in ihrer Kindheit und Jugend lernen, sich mit Technik auseinanderzusetzen.

– *Frauen unterliegen einem besonderen gesetzlichen Schutz.*

Dieser gesetzliche Schutz, der der Frau zugestanden wird, damit sie neben ihrer beruflichen Tätigkeit noch ihren bevölkerungspolitischen Aufgaben und ihren „Verpflichtungen" als Hausfrau und Mutter nachkommen kann, fördert damit auf der anderen Seite die Diskriminierung der Frau im Erwerbsleben. Häufig erhalten Frauen allein deshalb niedrigeren Lohn, weil grundsätzlich für sie ein Nachtarbeitsverbot in der Industrie existiert, auch wenn im Betrieb gar keine Nachtschichten gearbeitet werden.

– *Frauen haben eine kürzere tägliche/wöchentliche Arbeitszeit und höhere Fehlzeiten.*

Die kürzere tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit könnte allenfalls Differenzen beim Wochen- oder Monatslohn erklären, aber nicht eine fast 30 %ige Differenz beim Stundenlohn. Auch die Aussage, die Fehlzeiten der weiblichen Beschäftigten seien höher als bei ihren männlichen Kollegen, ist umstritten. Vergleicht man Krankmeldungsstatistiken, so läßt sich feststellen, daß Frauen weniger häufig und kürzer fehlen als Männer. Selbst wenn Schwangerschaftsfehlzeiten bei den Berechnungen miteinbezogen werden – Schwangerschaft ist keine Krankheit –, läßt sich aus dem vorliegenden statistischen Material nicht eindeutig ablesen, daß Frauen länger ihrem Arbeitsplatz fernbleiben als Männer.

Und dann wird immer wieder herangezogen, daß Frauen eine negativere Einstellung zu ihrer beruflichen Tätigkeit haben als ihre männlichen Kollegen. Deshalb könnten Frauen keine verantwortlichen Stellungen bzw. organisatorischen Positionen einnehmen. Dies ist eins der typischen vorurteilsgeladenen Argumente zur weiblichen Erwerbstätigkeit.

Die Gewerkschaften tragen ein hohes Maß Mitverantwortung für die Diskriminierung der Frau im Erwerbsleben. Bis spät in die 20er Jahre hinein attakkierten Gewerkschaftsvertreter grundsätzlich Frauenerwerbstätigkeit. Berufliche Betätigung der Frau im Kapitalismus verstoße gegen sittliche und ethische Werte. Darüberhinaus wurde von den Gewerkschaften die Erwerbstätigkeit der Frau als Lohndrückerei verurteilt. Erst im DGB-Programm für Arbeitnehmerinnen von 1969 wird der Frau ein Grundrecht auf Erwerbstätigkeit zuerkannt. Die negative gewerkschaftliche Grundhaltung zur Berufstätigkeit der Frau hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Tarifpolitik. Bis 1914 waren Arbeiterinnen nur in 11 % der abgeschlossenen Tarifverträge berücksichtigt. Dies lag daran, daß es bis zu diesem Zeitpunkt Tarifverträge vor allen Dingen in den Wirtschaftszweigen mit handwerksähnlichen Strukturen gab, in denen kaum Frauen beschäftigt waren.

Als während des Ersten Weltkrieges viele Frauen in den kriegswichtigen In-

dustrien arbeiten mußten, verbesserte sich der Frauenlohnanteil in diesen Branchen etwas. Diese Lohnerhöhungen mußten sich die Arbeiterinnen aber ohne gewerkschaftliche Unterstützung erkämpfen. Denn die Gewerkschaften hatten am Anfang des Krieges ein Lohnstillhalteabkommen unterzeichnet.

Nach Ende des Ersten Weltkrieges wurde auf dem ersten Gewerkschaftskongreß des ADGB die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit erhoben. Diese Forderung fand aber keine Mehrheit bei den Versammelten. Artur Höpfner polemisierte in der „Gleichheit" gegen die Erhöhung der Frauenlöhne. Und Emil Kloth, der Vorsitzende der Buchbindergewerkschaft, lehnte die Lohngleichheit ab, weil sie ungerecht gegenüber den männlichen Kollegen sei, die ja wesentlich mehr leisten würden als die Frauen. Auf diesem Hintergrund ist die Einführung der Lohnkategorie „Arbeiterin" in die Nachkriegstarifverträge zu sehen. Damit verbunden ist eine Lohndegradierung für die weiblichen Beschäftigten mit Hilfe gewerkschaftlicher Unterstützung. 1928 stellte eine Kollegin auf dem Gewerkschaftskongreß des Textilarbeiterverbandes den Antrag, die Lohnkategorie „Arbeiterin" abzuschaffen und fortan gleichen Lohn für gleiche Arbeit in den Tarifauseinandersetzungen zu fordern. Der Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, die Frau „erreiche doch nicht die volle Arbeitskraft des Mannes"[7]).

In den ersten fünf Jahren der faschistischen Herrschaft verschlechterte sich der Frauenlohnanteil zwar nicht, aber die Frau wurde verstärkt aus dem Erwerbsleben gedrängt. Während des Zweiten Weltkrieges wurde sie dann wieder für die Rüstungsproduktion gebraucht. An ihrer Lohndiskriminierung änderte sich aber weiterhin nichts.

Auch nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus und der Gründung der BRD existierten Frauenlohngruppen in diesem Teil Deutschlands weiter. Elisabeth Selbert, eine der vier weiblichen Mitglieder im 65köpfigen „Parlamentarischen Rat", hatte zwar gegen den anfänglichen starren Widerstand der „Väter des Grundgesetzes" den Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 im Grundgesetz durchsetzen können, was auch die Lohngleichheit von Mann und Frau bei gleicher Tätigkeit mit einschloß, Auswirkungen auf die Frauenlöhne hatte dies aber erst in den 50er Jahren.

1953 erkämpften Arbeiterinnen mit gewerkschaftlicher Unterstützung ein Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts zur Lohngleichheit. Nach diesem Urteil galten alle Tarifverträge, die pauschal eine niedrigere Einstufung der Frauen enthielten, als verfassungswidrig. Die Anhebung der Frauenlöhne auf dem Hintergrund dieses Urteils hätte den weiblichen Beschäftigten in der Industrie durchschnittlich eine Lohnerhöhung von 35 % gebracht[8]). Liesel Winkelsträter vom Hauptvorstand der IG Chemie rechtfertigt von daher die Einführung der Leichtlohngruppen: Lohnerhöhungen in einem derartigen Umfange hätten andere lohn- und sozialpolitische Verbesserungen gefährdet.

7) G. Losseff-Tillmanns, Frauenemanzipation und Gewerkschaften, Wuppertal 1978, S. 287.
8) Claudia Pinl, Das Arbeitnehmerpatriarchat, a.a.O., S. 31.

Wieder einmal mußten die arbeitenden Frauen zugunsten ihrer männlichen Kollegen zurückstecken.

Im Urteil des Bundesarbeitsgerichts wird die Möglichkeit für eine Neueinteilung der Lohngruppen angedeutet, z. B. eine Unterscheidung nach leichteren und schweren Arbeiten. Das Gericht stellte dazu fest: „Sollte eine solche Methode dazu führen, daß die Frauen alsdann deshalb geringer entlohnt werden, weil gerade sie es sind, die die leichtere Arbeit oder überwiegend leichtere Arbeit leisten, so bestehen darin rechtlich gesehen keine Bedenken." [9])

1956 unterzeichnete die IG Metall als erste DGB-Gewerkschaft einen Tarifvertrag, der Leichtlohngruppen enthielt. Diese Leichtlohngruppen waren den Hilfsarbeitergruppen vorgeschaltet: Die Gruppe 01 enthielt die folgende Beschreibung: körperlich leichte einfache Arbeiten, ohne Ausbildung; die Gruppe 02: körperlich leichte einfache Arbeiten, mit kurzer Anlernzeit (weniger als drei Monate).

In diesen „neuen" Lohngruppen fanden sich die Frauen wieder. Noch 1977 waren 63,2 % aller weiblichen Beschäftigten der Metallindustrie, aber nur 2 % aller männlichen Beschäftigten in die sog. Leichtlohngruppen eingruppiert.

Nachdem die Frauenlohngruppen als Leichtlohngruppen zum festen Bestandteil fast aller Tarifverträge geworden waren, bemühte sich die IG Metall um die Abschaffung der Leichtlohngruppen. Zum einen sollte die Lohnrelation der Leichtlohngruppen zur Ecklohngruppe verbessert werden, zum anderen wollte die Gewerkschaft die Lohngruppen 01 und 02 wieder abgeschafft sehen. Darüberhinaus begann man in den Gewerkschaften, sich Gedanken zu machen über Veränderungen der Lohngruppentexte.

In vielen Tarifbereichen der IG Metall, der IG Chemie, der IG Druck und Papier, aber auch kleinerer Gewerkschaften gelang es, die Löhne der Gruppen 01 und 02 auf bis zu 92 % des Ecklohns anzuheben. In einigen Tarifgebieten sind sogar schon die Gruppen abgeschafft. Damit hat sich die Frauenlohndiskriminierung aber nur verschoben. Die Abschaffung der Lohngruppen 01 und 02 hatte eine Aufstockung der Tarifgruppen zur Folge. Statt der Lohngruppen 1–10 gibt es jetzt die Lohngruppen 3–12. Und die meisten Frauen sind jetzt in den Gruppen 3 und 4 eingruppiert. Und was die Lohnrelation zur Ecklohngruppe betrifft, so waren bereits 1977 knapp 80 % der männlichen Beschäftigten in der Industrie in Lohngruppen, die oberhalb der Ecklohngruppe sind. So beträgt der Frauenlohnanteil bezogen auf die Ecklohngruppen zwar 90–95 %, bezogen aber auf den durchschnittlichen Bruttostufenlohn nur 72 %.

Insofern hat sich an der grundsätzlichen Problematik der Frauenlohndiskriminierung in den letzten hundert Jahren nichts entscheidend geändert.

In den frühen 70er Jahren begann der DGB, die Eingruppierungskriterien und Lohngruppentexte zu hinterfragen. So begrüßten die Gewerkschaften auch ein von der Bundesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten „Zur arbeits-

9) Urteil des Bundesarbeitsgerichts v. 6. 4. 1955.

wissenschaftlichen Beurteilung von Arbeitsplätzen". Das daraus entwickelte analytische Arbeitsplatzbewertungsverfahren sollte, so hofften insbesondere auch die gewerkschaftlichen Frauenausschüsse, zur „Verbesserung der Lohn- und Gehaltsgruppentexte unter besonderer Berücksichtigung der veränderten technischen und organisatorischen Arbeitsbedingungen, der veränderten Arbeitsinhalte der Arbeitsbereiche und unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes (Mann und Frau)" beitragen[10]). Konkret lautete die Forderung, nicht mehr allein körperliche Kraftanforderungen sollten als Bewertungsmaßstab herangezogen werden, sondern gerade auch die Kriterien, die Frauenarbeitsplätze charakterisieren: Geschicklichkeit und Fingerfertigkeit, Monotonie und Umgebungseinflüsse wie Lärm, Gestank, Temperatur. Der Hinweis von Unternehmern, Frauen seien für bestimmte Arbeiten geeigneter, da sie geschickter sind und/oder weniger monotonieempfindlich, drückt an sich schon eine Diskriminierung der Frau aus. Aber solange Frauen in erster Linie unter solchen Bedingungen arbeiten müssen, sollten sie auch dafür entlohnt werden. Zumal männliche Kollegen, wenn sie unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen arbeiten müssen, entweder sofort höher eingruppiert werden, schneller aufsteigen können und/oder außertarifliche Zulagen erhalten.

In den letzten Jahren verstärkt sich in den Gewerkschaften die Einsicht, daß auch das analytische Arbeitsplatzbewertungsverfahren kein Ansatzpunkt für die Beseitigung der Frauenlohndiskriminierung bietet. Im Gegenteil: Mit diesem Verfahren kann die Diskriminierung noch verfeinert und besser verschleiert werden. Mit Hilfe dieses Verfahrens können zwar differenziertere Beschreibungsmerkmale für einzelne Arbeitsplätze entwickelt werden, aber die Zuordnung der Merkmale und Fakten zu einer bestimmten Lohngruppe unterliegt weiterhin subjektiven Bewertungsskalen und tarifpolitischen Machtentscheidungen. Die im analytischen Arbeitsplatzbewertungsverfahren eingeführten Lohnbestimmungskriterien objektivieren damit anscheinend die Minderwertigkeit weiblicher Berufstätigkeit: Monotonie und Geschicklichkeit werden unhinterfragt niedriger bewertet als Aufsichtsbelastung und Denkleistung. D.h. implizit, daß geistige Arbeit höher zu bewerten sei als manuelle Tätigkeiten.

Die in den Tarifverträgen ausgehandelten Lohngruppeneinteilungen und Lohngruppentexte bestimmen aber nur die eine Seite der Frauenlohndiskriminierung. Die andere Seite bestimmt sich durch die innerbetriebliche Diskriminierung: durch die Eingruppierungspraxis und die Praxis der übertariflichen Zulagen.

Auf die Zahlung übertariflicher Zulagen hat die Gewerkschaft direkt keinen Einfluß. Sie werden entweder – besonders in Boom-Phasen – von den Unternehmen freiwillig gezahlt, um Arbeitskräfte an das Unternehmen zu binden, oder zwischen Unternehmen und Betriebsrat ausgehandelt. Auch dieses Zulagensystem wie das gesamte Lohnsystem ist stark gestaffelt. Und wie durch verschiedene Arbeitsgerichtsprozesse zu Tage kam, sind es auch hier wieder

10) Probleme der Frauen . . ., a.a.O., S. 56.

die Frauen, die am unteren Ende der Skala zu finden sind. So erhalten Frauen prinzipiell niedrigere Zulagen, da sie gesetzlichen Schutzvorschriften unterliegen oder da sie angeblich kleinere Reparaturen an ihren Arbeitsplätzen nicht selbst durchführen können.

Bei der Eingruppierung im Betrieb hat der Betriebsrat ein Mitwirkungsrecht. Claudia Pinl beschreibt sehr anschaulich, auf welchem Hintergrund die Ausübung dieses Mitwirkungsrechts gesehen werden muß.

Die materielle Basis dieser Ideologie ist zum einen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft zu sehen. Die Zuweisung der Frau auf den Reproduktionsbereich, die Aneignung von unbezahlter Arbeit der Frau im Haushalt und damit die Nichtbewertung der „frauenspezifischen" Tätigkeiten finden sich wieder in der Unterbewertung der Frauenerwerbstätigkeit. Zum anderen, und dies führt Karin Roth auf der 10. IG Metall-Frauenkonferenz 1979 aus, stecken die Unternehmer Jahr für Jahr Milliarden Extraprofite durch die Lohndiskriminierung der Frau ein[11]). Die Lohndiskriminierung muß also auf dem Hintergrund der kapitalistischen *und* patriarchalischen Struktur unserer Gesellschaft gesehen werden.

Damit sie auch innerhalb der Gewerkschaften für ihr Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit bzw. für ihr grundsätzliches Recht auf Erwerbstätigkeit auch in qualifizierten Berufen eintreten kann – und nur innerhalb der Gewerkschaften erscheint ein solcher Kampf als sinnvoll –, muß die Frau gegen die patriarchalische Struktur innerhalb der Gewerkschaft angehen. So verstärkt sich in letzter Zeit wieder die Diskussion um die erneute Einführung einer Quotenregelung. Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder hat zwar in den letzten Jahren erheblich zugenommen, und auch wesentlich mehr Frauen als früher sind bereit, sich in der Gewerkschaft zu engagieren, aber in allen gewerkschaftlichen Gremien sind die Frauen weiterhin unterrepräsentiert. Nur wenn Frauen in den gewerkschaftlichen Entscheidungsgremien ein größeres Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht haben, besteht die Aussicht, daß in nächster Zeit die Diskriminierung der Frau in Produktion und Reproduktion mehr ins Blickfeld gewerkschaftlicher Aktivitäten tritt. In den gewerkschaftlichen Frauenarbeitskreisen ist die Frau sich darüber klar, daß nur sie selbst für ihre Rechte kämpfen kann. In bezug auf die Lohndiskriminierung wird deshalb auf Frauentagen gefordert: Mehr Frauen in die Tarifkommissionen, Lohnerhöhungen nur in Form von Festgeldbeträgen, grundsätzliche neue Bestimmungen der Lohngruppen. Die Entwicklung neuer Eingruppierungskriterien muß die gesellschaftliche Diskriminierung der Frau berücksichtigen, d.h. unter anderem: verstärkte Mitbestimmung der Betroffenen, Festlegung von Mindestarbeitsinhalten, die Bündelung von Tätigkeiten in Tätigkeitskataloge, die Fixierung von Mindestanlernzeiten, die Gleichbewertung von sog. frauenspezifischen Fähigkeiten und Tätigkeiten und männertypischen Arbeiten.

11) Gemeinsam gegen Diskriminierung – für unsere Rechte und Forderungen, Protokoll der 10. IG Metall-Frauenkonferenz, S. 50.

Ökologie und Sozialismus

Eine Einführung in die in den sozialistischen Ländern geführte Diskussion über die ökologischen Perspektiven der Menschheit

Von Günther Bachmann

I. Das westliche Bild von den sozialistischen Umweltproblemen

Nicht die Form des Eigentums an Produktionsmitteln, sondern die Industrialisierung an sich sei letztendlich die Ursache alles umweltpolitischen Übels – so läßt sich die Kernthese westlicher Autoren zu den Umweltproblemen in Ost und West zusammenfassen. 1972 kommt ein amerikanischer Experte nach der Untersuchung sowjetischer Umweltverhältnisse zu dem öko-strategischen Schluß, „daß nicht das Privatunternehmertum, sondern die Industrie die Hauptschuld an der Umweltzerstörung und -vergiftung trägt" [1]).

Nach K.-H. Hansmeyer und B. Rürup sind „die gesamtwirtschaftlichen Ziele der sozialistischen und kapitalistischen Staaten . . . (nahezu) identisch, wodurch weitgehend ähnliche Umweltprobleme produziert wurden und werden" [2]). In einem umfangreicheren umweltpolitischen Systemvergleich diagnostiziert Füllenbach, daß „das dogmatische Festhalten an den alten Entwürfen eines kommunistischen Paradieses (. . .) offensichtlich dem Denken in ökologischen Grenzen im Wege steht. Im Hinblick auf Umweltgefährdung und -zerstörung hat demnach die sozialistische Doktrin bislang ebenso versagt wie das theoretische Gebäude der Marktwirtschaft" [3]). Der neueste Beitrag zum geläufigen Bild osteuropäischer Umweltpolitik ist im Fischer-Öko-Almanach nachzulesen. Es wird betont, daß sich sozialistischer Umweltschutz – wie die Planung überhaupt – „weitgehend an vorgängigen westlichen Entwicklungen" orientiere [4]), mithin ergibt sich der Befund: „gleiche(r) nachträglich-entsorgende(r) Umweltschutz-Typus und (. . .) gleiche Wachstumsorientierung" [5]). Die Alternative – „ein technologie- und strukturpolitisch vorsorgender Umweltschutz (. . .), der sich von den kapitalistischen Formen der teuren Problemvermarktung unterscheidet" – ist „angesichts der unkritisch-nachahmenden Haltung gegenüber der westlichen Industrialisierung (. . .) nicht absehbar" [6]).

---

1) M. I. Goldman, Umweltzerstörung und Umweltvergiftung in der Sowjetunion, in: M. Glagow (Hrsg.), Umweltgefährdung und Gesellschaftssystem, München 1972, S. 93.
2) K.-H. Hansmeyer und B. Rürup, Umweltgefährdung und Gesellschaftssystem, in: Umwelt. Informationen des Bundesministers des Innern zur Umweltplanung und zum Umweltschutz, Nr. 30, Bonn 1974, S. 44f.
3) J. Füllenbach, Umweltschutz zwischen Ost und West, Umweltpolitik in Osteuropa und gesamteuropäische Zusammenarbeit, Bonn 1977, S. 87.
4) M. Jänicke, Umweltschutz und Umweltzerstörung in Osteuropa, in: G. Michelsen und F. Kalberlah und das Öko-Institut Freiburg/Br. (Hrsg.), Der Fischer Öko-Almanach, Daten, Fakten, Trends der Umweltdiskussion, Frankfurt/M. 1980, S. 220.
5) Ebd., S. 223.
6) Ebd.

Gegen die derart aufgezeigte Problemwahrnehmung westlicher Autoren behaupten repräsentative Vertreter sozialistischer Provenienz, daß es „nicht utopisch" sei, „von den (. . .) gesellschaftlichen Voraussetzungen – gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln, gesamtgesellschaftliche Planung, Hegemonie der Arbeiterklasse – zu erwarten, daß sie mehr und mehr zu den (. . .) Bedingungen für einen rational geregelten Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur führen. Diese Erwartung ist vor allem deshalb realistisch, weil sie dem Grundziel der sozialistischen Produktion vollständig entspricht." [7])

Belegt die Umweltkrise erneut die Berechtigung der Rede von der Systemkonvergenz oder bietet sie Anlaß, den widersprüchlichen Zusammenhang von ökologischer Krisenerscheinung und gesellschaftlichen Ursachen erneut zu begründen? Die Erklärung der unnachgiebigen Haltung der Verfechter dieser kontroversen Auffassungen – Konvergenztheorie gegen Theorie der ökologischen Omnipotenz des Sozialismus – läßt sich nicht in das bekannte Schema real-sozialistischer Dogmatismus hie, Antikommunismus dort pressen. Vielmehr steht zu vermuten, daß dem westlichen Betrachter, seriöses Erkenntnisinteresse unterstellt, die umweltpolitische Strategie der sozialistischen Länder verborgen oder unverständlich bleibt. Die zentrale These der vorliegenden Arbeit besagt, daß die sozialistische Umwelt-Debatte und die ihr entsprechende Praxis methodisch, analytisch und theoretisch – in Summe wissenschaftlich – *anders* organisiert ist als Kritiker im Westen Glauben machen wollen.

Die vorliegende Arbeit will daher die sozialistische Ökologie-Debatte in ihrem eigenen Selbstverständnis darstellen. Die methodische Vorgehensweise, wissenschaftliche Diskussionen als Indikator für Problembewältigungsfähigkeit gelten zu lassen, läßt sich nicht durch die bekannten Einwände irritieren, die hierzulande mit dem Hinweis auf rauchende Schornsteine, Atomkraftwerke und Flußverschmutzungen im Sozialismus erhoben werden.

Darüberhinaus findet dieses Vorgehen seine immanente Berechtigung, da – so das Selbstverständnis der marxistischen Philosophie – „die Wissenschaft gegenüber der Technik und Produktion als führender Faktor in Erscheinung tritt, der ihrer weiteren Entwicklung den Weg bahnt" [9]).

II. Die sozialistische Umweltdebatte

1. Entstehungszusammenhang

In den sozialistischen Ländern begann die Diskussion um die ökologischen Perspektiven der Menschheit und ihre Umweltpolitik Ende der 60er Jahre. Anlaß waren Probleme, die in der Produktionspraxis vor allem der Sowjet-

7) H. Paucke und A. Bauer, Umweltprobleme – Herausforderung der Menschheit, Frankfurt/M. 1980, S. 216 (Berlin 1979).
8) Entfällt.
9) M. Buhr und G. Kröber (Hrsg.), Mensch Wissenschaft Technik. Versuch einer marxistischen Analyse der wissenschaftlich-technischen Revolution, Köln 1977, S. 27.

union auftraten. Der durch die historische Entwicklung (Kriegszerstörungen, geringer Lebensstandard, Wettrüsten) und das eigene Selbstverständnis (Know-how- und Ressourcentransfer nach Osteuropa und in die Staaten der Dritten Welt) verursachte Wachstumstyp war besonders in der Nachkriegszeit außergewöhnlich energie-, ressourcen- und raumbeanspruchend. Die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsrichtlinien und Planungskriterien orientierten die Stoffwechselpolitik in erster Linie an extensiven, out-put-maximierenden Zielen. Ende der 60er Jahre wurde die Notwendigkeit einer langfristigen, gesamtnaturalen Ressourcenplanung aufgrund von stofflich-ökologischen Widersprüchen immer deutlicher (s.w.u.). Die erste zusammenhängende Problemdarstellung lieferte eine von der sowjetischen Zeitschrift „Woprossy filosofii" zum Thema „Der Mensch und seine Umwelt" veranstaltete Gesprächsrunde mit führenden sowjetischen Wissenschaftlern[10]), die zur Kennzeichnung ihrer Bedeutung im folgenden in bewußter Analogie „Club of Moscow" genannt werden soll. Im Mittelpunkt standen solche Themen wie:

- Wachstumstyp der Wirtschaft,
- Formen und Merkmale der Industrialisierung,
- Ressourcen-Verbrauch,
- Aspekte der internationalen Systemauseinandersetzung,
- Auswirkungen der Produktivkraftentwicklung auf die Entwicklung der Persönlichkeit und der Bedürfnisstruktur.

In der DDR wurden die ersten ausführlichen, theoretischen Beiträge zum Umweltproblem aus philosophischer[11]) und ökonomischer Sicht[12]) 1972 veröffentlicht. Die umfassendere Problembewältigung setzte im Verlauf der 70er Jahre ein. Ihre methodische und analytische Anleitung erfuhr sie durch den Beitrag marxistischer Wissenschaftler zum Weltkongreß der Philosophie 1973 in Varna[13]).

In den sozialistischen Ländern lassen sich heute drei wichtige Begründungszusammenhänge der Ökologie-Politik nachweisen:

- Erstens müssen die Probleme der Steuerung und Strategie der eigenen naturalen Produktions- und Lebensgrundlagen erkannt und bewältigt werden, d h. eine ökologisch orientierte Stoffwechselpolitik des Sozialismus durchgesetzt werden. Diesem Problem wird in den weiteren Ausführungen nachgegangen. (Real-sozialistische Begründung)

---

10) Der Mensch und seine Umwelt, Rundtischgespräch, in: „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", Hefte 11 und 12/1973; zit. n. F. Duve (Hrsg.), Technologie und Politik. aktuell-Magazin Nr. 2, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 135ff.

11) B. Bittighöfer, H. Edeling und H. Kulow, Theoretische und politisch-ideologische Fragen der Beziehung von Mensch und Umwelt, in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie" (DZfPh), Nr. 1/1972.

12) S. Grundmann und E. Stabenow, Beziehungen von Mensch und Umwelt, in: „Wirtschaftswissenschaft", 12/1971, sowie: H. Mottek, Zu einigen Grundfragen der Mensch-Umwelt-Problematik, in: „Wirtschaftswissenschaft", 1/1972.

13) M. Buhr und G. Kröber (Hrsg.), a.a.O.

– Zweitens müssen und können die Umweltprobleme Gegenstand der internationalen Diskussion werden. Hier liegt die Erkenntnis des unlösbaren Zusammenhangs zwischen der Erhaltung des Friedens und der Umwelt als notwendiger Voraussetzung jedweder menschlicher Perspektive zugrunde. Angesichts der Beispiele für ökologische Kriegsführung seitens der USA in Indochina (Herbizid- und Entlaubungsmittel-Einsatz und deren Spätwirkungen durch Störung des wasserwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie durch Gen-Veränderungen) und der noch größeren Gefahren durch den Einsatz meteorologischer Waffen (Öffnung der Ozon-Schicht über einem Land und Vernichtung des Lebens durch die harte UV-Strahlung, Auslösen von Flutwellen durch nuklearenergetisches Abrutschen-Lassen von Teilen des Antarktis-Eises etc.)[14]) scheinen Vereinbarungen zum Verbot der Herstellung und des Einsatzes derartiger Waffen geboten. Die Rede von der „ökologischen Sicherheit" und der „internationalen ökologischen Ethik" hat ihre Berechtigung längst erwiesen[15]). Die bislang existierenden Vereinbarungen und Verhandlungen stellen nach sowjetischer Auffassung allerdings noch nicht das erforderliche Niveau internationaler Umweltzusammenarbeit dar[16]): Erwähnt seien hier nur UNO-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm, der 1974 von der 31. UNO-Vollversammlung gebilligte sowjetische Vorschlag zu einer Konvention über das Verbot der militärischen Einwirkungen auf Klima und Umwelt, die ebenfalls 1974 unterzeichnete Konvention zum Schutz der maritimen Umwelt des Ostseegebietes. Ziel der sozialistischen Länder ist die Materialisierung der Entspannungspolitik gerade durch den Umweltschutz. (Entspannungspolitische Begründung)
– Drittens nimmt die ideologische Auseinandersetzung mit der westlichen Umwelt-Praxis und entsprechenden wissenschaftlichen Auffassungen einen großen Raum ein[17]). (Ideologiekritische Begründung)

In dem aufgezeigten Kontext interessiert uns vor allem die in den sozialistischen Ländern geführte Debatte über den Theorie-Praxis-Zusammenhang der Konzeptionierung ökologiepolitischer Strategien.

14) K. Borissow, Der ökologische Krieg, in: „Neue Zeit", 6/1977, sowie: M. Helmbold, Internationaler Entspannungsprozeß und Lösung globaler Umweltprobleme, in: „IPW-Berichte", 10/1976.
15) R. A. Nowikow, Die Zusammenarbeit im Bereich des Schutzes und der Verbesserung der Umwelt. Ökologie und europäische Sicherheit, in: Autorenkollektiv, Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Voraussetzungen, Probleme und Perspektiven, hrsg. von der Akademie der Wissenschaft der UdSSR, Moskau 1978, S. 321 f.
16) Ebd. S. 342.
17) B. Bittighöfer u. a., a.a.O.; Rechtziegler u. a., Umweltprobleme und staatsmonopolistischer Kapitalismus, „IPW-Forschungsheft", 1/1977; Horsch/Leonhardt, Probleme der Umweltkrise im staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: „IPW-Berichte", 4/1973; A. Leonhardt und G. Speer, Umweltreproduktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zur Kritik bürgerlicher Konzeptionen einer marktwirtschaftlichen Lösung des Umweltproblems, in der Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie", hrsg. von M. Buhr, Frankfurt/M. 1977; H. Maier, Gibt es Grenzen des ökonomischen Wachstums?, in der Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie", hrsg. von M. Buhr, Berlin 1977; J. Fjodorow, Wissenschaftlich-technische Revolution, Ökologie, Umwelt, in: Der philosophische Ideenkampf in der modernen Naturwissenschaft. Materialien einer wissenschaftlichen Konferenz in Moskau 1975, Frankfurt/M. 1979.

2. Verlaufsform

Die Herausbildung einer umfassenden ökologischen Perspektive ist durch mehrere Phasen gekennzeichnet. Bevor allerdings der Verlauf der eigentlichen, d.h. mit dem heute gängigen, ökologischen Vokabular geführten Diskussion referiert werden kann, muß auch die zeitlich vorgelagerte, gesetzliche und planerische Erfassung der begrifflich unter Umwelt und Ökologie firmierenden Problematik angesprochen werden. Die Problemerfassung in einem sozialistischen Land geht von der (macht)politischen, ökonomischen und juristischen Perspektive der Planung und Steuerung gesellschaftlicher und naturaler Prozesse aus.

In der DDR begann die politisch-planerische Handhabung der Umweltbedingungen in zwei Bereichen, dem Naturschutz und der Planung der räumlichen Verteilung des Produktivkraftsystems (Territorialplanung). Die traditionelle, naturschützerische Landespflege wurde in den 50er Jahren mit der Ablösung des Reichsnaturschutzgesetzes von 1935 durch Erlaß eines eigenen Naturschutzgesetzes weitergeführt. Eine Vielzahl von rechtlichen Vorschriften zum speziellen Artenschutz, zum Biotopschutz, zur Bodennutzung und zur Regelung bestimmter Nutzungsformen wie Jagen und Angeln wurden erlassen[18]).

Durch das Landeskulturgesetz wurde diese Behandlung fachwissenschaftlicher und medialer Aspekte in eine umfassende systemare Konzeption für den Umweltschutz eingebettet. Dieses 1970 entstandene, international beachtete Gesetz bietet ein Eingriffsinstrumentarium, das „Landschaftsplanung" als Planung für die Erholungsnutzung, den Naturschutz und im Sinne einer ökologischen Planung als Beitrag zur Gesamtplanung beinhaltet. Oberziel ist die Gewährleistung des höchsten gesellschaftlichen Nutzens, wofür die komplexe Planung, die effektive Mehrfachnutzung der Landschaft und der Landschaftselemente (z.B. Wasser), die räumliche Konzentration bestimmter Nutzungen und die ex-ante-Prüfung der Umweltverträglichkeit von Investitionen als notwendig angesehen werden. Hier wird die enge Verbindung zur Territorialplanung deutlich: Als Teil der Volkswirtschaftsplanung hat sie die Aufgabe, eine optimale räumliche, also auch ökologische Struktur des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses zu entwickeln. Ihre politische und methodische Herausbildung unterlag in der DDR großen Schwierigkeiten (vgl. III, 2).

Das ökologische als „neues" Problem traf also auf bereits entwickelte staatliche und gesellschaftliche Handlungsmuster im Bereich der Landeskultur und der Raumplanung, die allerdings die ökologische Problematik zunächst nicht verhindert haben; insofern ist es verständlich, daß sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung, von Planungsproblemen ausgehend, zu einer philosophischen und politökonomischen Diskussion entwickelte. Während ihrer

18) Staatliches Komitee für Forstwirtschaft beim Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR, Schutz und Pflege der Natur in der DDR. Eine Sammlung von Rechtsvorschriften mit Anmerkungen und Register, Berlin 1971; sowie: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR und Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (Hrsg.), Sozialistische Landeskultur und Umweltschutz, Textausgabe ausgewählter Rechtsvorschriften mit Anmerkungen und Sachregister, Berlin 1978.

Herausbildung wurde als politisch-praktische Maßnahme die Integration der umweltpolitischen Erfordernisse in die bestehenden Planungsinstrumente vorangetrieben – und zwar nicht nur auf nationaler Ebene (DDR), sondern auch im RGW-Rahmen. Um nur einige Hinweise zu geben, sei hier angeführt, daß für die Sowjetunion einer der zentralen Stränge des vom XXV. Parteitag beschlossenen Dokuments „Hauptrichtungen für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR 1976–1980" Maßnahmen zum Naturschutz und zur besseren Nutzung der natürlichen Ressourcen beinhaltet, die zu einer Hauptaufgabe des 10. Planungsjahrfünfts erklärt wurden[19]). Im RGW kam es in den 70er Jahren zur Institutionalisierung des Umweltschutzes, nachdem mit der Einführung der Komplexprogramme mit riesigen Energie- und Ressourcentransfers umweltpolitische Aspekte angesprochen waren. Bereits 1964 wurde hierzu der wissenschaftliche Vorlauf durch Aufnahme des Gewässer- und Artenschutzes in den RGW-Forschungsplan und 1971 die Vereinbarung der Zusammenarbeit in einem eigenen Komplexprogramm „Erarbeitung von Maßnahmen zum Schutz der Natur" geschaffen. 1973 wurde ein Rat für Fragen des Schutzes und der Verbesserung der Umwelt eingesetzt, 1974 dann ein umfassendes Programm zum Umweltschutz verabschiedet.

III. Die Entfaltung der Problemwahrnehmung

1. Der Ansatz

Ansätze der umweltwissenschaftlichen Problemwahrnehmung finden sich in der politischen Ökonomie zu einer Zeit, als in der Sowjetunion der extensive Wachstumstyp an bestimmte stofflich-ökologische Grenzen des Verbrauches der natürlichen Ressourcen stieß. Die politökonomische Reform-Debatte machte u.a. auf folgendes Problem aufmerksam: Während die natürlichen Ressourcen gesellschaftlich genutzt werden, wird ihre wertmäßige Erfassung nicht gesellschaftlich geregelt, sondern pragmatisch im Einzelfall festgelegt. Solange keine stofflich-ökologischen Schwierigkeiten beim Wachstum der Volkswirtschaft auftauchten, fand diese Praxis keine Einschränkung. Im Gegenteil, die natürlichen Hilfsquellen wurden unwirtschaftlich genutzt, Abfallprodukte nicht weiter verwendet. Erst mit dem Entstehen von Engpaßsituationen wurden administrative und gesetzliche Änderungen und Gebrauchsanweisungen diskutiert, die ergänzt wurden durch die Zurechnung ökonomischer Größen zu den verbrauchten Ressourcen-Einheiten (Verursacherprinzip!). Mit der Erörterung der ökonomischen Bewertung der Naturressourcen begann die wissenschaftliche Wahrnehmung des ökologischen Problems[20]).

An dieser Stelle muß auf einen komplizierten Sachverhalt aufmerksam gemacht werden: Chronologisch setzte die ursachenanalytische, planungspoli-

19) T. Chatschaturow, Naturressourcen und Planung, in: Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion (Hrsg.), Ressourcen und Wirtschaftswachstum, Moskau 1978, S. 10.
20) S. Strumilin, Über den Preis der ‚unentgeltlichen' Naturgüter, in: „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", 3/1968, sowie J. Suchotin, Über die Bewertung von Naturressourcen, in: „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", 6/1968.

tische und philosophische Debatte ökologischer Krisenerscheinungen in der DDR erst zu einem Zeitpunkt ein, als die normative und planerische Bewältigungsformel mit den landschafts- und territorialplanerischen Instrumenten bereits gefunden schien. Dieser zeitliche Verzug hatte praktische Konsequenzen: Während die Theoriedebatte politökonomische und philosophische Fragestellungen aufwarf, unternahm die Planung bereits die Integration ökologischer Erfordernisse in die Volkswirtschaftsplanung. Die Debatte selbst wurde als Politikberatung unter bewußter Bezugnahme zur problemaggregierenden Praxis geführt, stellt allerdings zwischen den philosophischen, ökonomischen und planerischen Beiträgen kaum gegenseitige Korrespondenz her. Die Theorie-Debatte wurde zwar in der Absicht geführt, Politikberatung für eine zunehmend komplizierter erscheinende Umweltproblematik zu leisten. Es gelang ihren Vertretern zunächst aber nicht, zwischen der Politischen Ökonomie der Umwelt und der Planungspraxis wissenschaftliche Verbindung herzustellen. Nach einer ganzen Reihe von Aufsätzen, Broschüren etc. und unter Kenntnisnahme zentraler sowjetischer Veröffentlichungen[21]) erschienen in der DDR Ende der 70er Jahre zusammenfassende Bücher, u.a. auch populärwissenschaftlichen Charakters, die allerdings nicht, wie beim Stichwort „Populärwissenschaft" assoziiert, das ökologische Jüngste Gericht beschwören, sondern versuchen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse ökologisch-aufklärerisch zu verarbeiten[22]).

Die wissenschaftliche Suche nach dem sozialen und naturalen Ursprung der Umweltprobleme kommt durchaus zu unterschiedlichen Befunden. Unumstritten ist der Rückgriff auf die Aussagen von Marx und Engels zum Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur und zu seiner Vermittlung durch die Arbeit. Hier sind die Grundlagen für weitere Erkenntnisse gegeben, indem z.B. die „Erde und der Arbeiter" zugleich als „Springquellen allen Reichtums"[23]) bezeichnet werden, oder darauf hingewiesen wird, daß „Siege" über die Natur langfristig auch Niederlagen sein können, weil die ökologische Reproduzierbarkeit eingeschränkt wird[24]). Der Marxismus-Leninismus wird als notwendige Grundlage jedweder theoretischen und politisch-praktischen Handlungsanweisung beurteilt, als hinreichend gilt aber erst seine Weiterentwicklung zur wissenschaftlichen Klärung ökologischer Pro-

21) N. Fedorenko und K. Gofman, Rationelle Gestaltung der Umwelt als Problem der optimalen Planung und Leitung, in: „Sowjetwissenschaft", 3/1973; A. A. Minc, Die ökonomische Bewertung der Naturressourcen, Gotha/Leipzig 1976 (Moskau 1972), Literaturverzeichnis S. 225–255; M. N. Lojter, Naturressourcen, Umwelt und Investitionseffektivität, Berlin 1977.

22) Für die philosophische Diskussion: H. Paucke und A. Bauer, a.a.O.; für die ökonomische Diskussion: H. Roos und G. Streibel, Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen, Berlin 1979; für die planerische: R. Bönisch (Hrsg.), Territorialplanung, Berlin 1976; für die landschaftsplanerische: E. Neef und V. Neef (Hrsg.), Brockhaus Handbuch Sozialistische Landeskultur, Leipzig 1977; populärwissenschaftlich: L. Hitziger, Der Erde Brot. Müssen Menschen hungern?, Berlin 1979; H. Schindler, Graben wir uns selbst das Wasser ab? Umweltprobleme in unserer Zeit. Berlin/DDR 1979, sowie als hervorragende Veröffentlichungen die Übersetzungen aus dem Russischen: I. I. Adabaschew, Tragödie oder Harmonie? Natur – Mensch – Maschine, Leipzig/Jena/Berlin 1977, sowie W. W. Djoshkin, Leben und Umwelt, Leipzig/Jena/Berlin 1978.

23) K. Marx, Kapital I, MEW 23, Berlin 1979, S. 530.

24) F. Engels, a.a.O., S. 452f.

bleme[25]). Die politische Anerkennung fand diese Position mit einem Symposium der Kommunistischen Parteien, das 1972 unter dem Titel „Der Marxismus-Leninismus und das Problem des Umweltschutzes" in Prag stattfand[26]).

2. Der Erkenntnisgegenstand

In den Statements des „Club of Moscow" wurde aufrißartig der Problemhorizont in bezug auf die Ursachenanalyse, die Möglichkeit neuer Fragestellungen und den Weg sozialistischer Ökologiepolitik abgesteckt. Dabei zeigte sich ein Meinungsspektrum, das in seiner Vielfalt fast an westliche Vorbilder erinnert: Die Ursachenanalyse geht mitunter bis zu der Feststellung, daß die „globalen, technischen Prozesse auf dem gegenwärtigen Niveau unserer Zivilisation" das biologische Gleichgewicht verändern[27]) oder daß „die Schwierigkeiten (. . .) nicht mit dem Stoffwechsel der Systeme (. . .), sondern mit dem Wachstum" verbunden sind[28]). Entsprechend dieser Problemauffassung wurden auch die Fragen der ökologischen Perspektive sehr weit beantwortet, etwa in Richtung auf die „Möglichkeit eines stationären Zustandes der Menschheit im System der Natur"[29]).

Die durch die Wiedergabe der extremen Positionen angedeutete Vielfalt der Problemwahrnehmung soll die Schwierigkeit erkennbar machen, den natur-, produktions- und gesellschaftsbewegenden Gegenstand des Erkenntnisinteresses zu bestimmen. Weil in der ost-westlichen Ökologie-Debatte leider kaum zur Kenntnis genommen, sei hier ausdrücklich auf den marxistischen Beitrag zur Philosophie-Weltkongreß 1973 in Varna hingewiesen, der hierzu formulierte: Die wissenschaftlich-technische Revolution wurde als entscheidender Forschungsgegenstand wesentlicher naturaler und sozialkultureller Entwicklungsanalysen der Gegenwart benannt. Entgegen der im Westen verbreiteten Ansicht, es handele sich hierbei „nur" um eine Theorie der Produktionsfaktoren Wissenschaft und Technik ohne Einbezug ökologischer Aspekte, wird von den marxistischen Wissenschaftlern betont, daß dem Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution die entscheidende analytische Bedeutung bei der Beurteilung der Entwicklung von Natur und Gesellschaft zukommt. Die wissenschaftlich-technischen Revolution wird als Fortsetzung der industriellen und technologischen Revolutionen der Vergangenheit verstanden. Während allerdings früher Funktionen der Hände des Arbeiters auf die Maschinen übertragen wurden, kommt es heute zur Verlagerung von Steuerungsfunktionen des Gehirns auf automatische und kybernetische Maschinen. Aus dieser Entwicklung wird der Schluß gezogen, daß sich der Inhalt der Arbeit ändert, und zwar in Richtung auf die sprunghafte Erweiterung der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse im Produktionsprozeß. Damit sieht

25) Lüdemann, Gesellschaft und Umwelt, in: „Wissenschaftliche Zeitschrift der TU Dresden", 4/1973.
26) Der Umweltschutz, Internationale Diskussion von Marxisten, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus" (PSF), 6/1972, sowie W. Sagladin und J. Frolow, Globale Probleme der Gegenwart und die Kommunisten, in: PSF, 3/1978.
27) Der Mensch und seine Umwelt, a.a.O., S. 145 (P. L. Kapiza).
28) Ebd., S. 159 (J. W. Medwedkow).
29) Ebd., S. 180 (J. G. Rytschkow).

sich diese Theorie in Übereinstimmung mit der Marxschen Prognose, der Arbeiter „tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein" [30]). Im gleichen Maße, wie der Produktionsprozeß Einfluß auf die gesellschaftliche und naturale Entwicklung nimmt, haben auch seine inhaltlichen, strukturellen Veränderungen Aus- und Rückwirkungen auf die Entwicklung in den Naturwissenschaften, der Technik, auf die Gesellschaftsformation (die selbst wieder bedeutenden Einfluß auf die wissenschaftlich-technischen Revolution hat), auf die Sozialstruktur, die Organisation und politische Leitung (Daten- und Informationskontrollen, Prognosen, Planungen), die Entwicklung der Persönlichkeit und der geistigen Werte – und folgerichtig auch auf die naturale Basis der genannten Komplexe, das Mensch-Natur-Verhältnis. „Wie überall wird (die) Forschungsmethode bestimmt durch den Inhalt des in seiner Bewegung und Entwicklung betrachteten Forschungsgegenstandes." [31]) Erfaßt werden soll die Wechselwirkung aller Seiten (Systemcharakter), die Genesis und Bewegungstendenzen, die innere Widersprüchlichkeit, sowie die soziale und ökonomische Determiniertheit der wissenschaftlich-technischen Revolution. Dies ist der eingangs behauptete prinzipiell andere methodische, analytische wie theoretische Ansatz der sozialistischen Ökologie-Debatte, der den interessierenden Gegenstand aus seiner medialen und sektoralen Beschränktheit herausbricht und ihn im Fokus der allgemeinsten und fundamentalsten Bewegungsgesetze der heutigen Zivilisation verortet. Wird dieser forschungsstrategische Anspruch eingehalten, so ist auch die Dialektik von Allgemeinem, d.h. für alle Industriegesellschaften Geltendem, und Besonderem, d.h. ihrer formationsspezifischen Ausprägung, erfaßbar.

3. *Ökologie als Planungsproblem*

Wie bereits angesprochen können im Verlauf der sozialistischen Ökologie-Debatte verschiedene Etappen unterschieden werden. In inhaltlicher Hinsicht entspricht ihnen eine thematische Abfolge mit je nach Problemsicht unterschiedlichen Schlußfolgerungen. Als gewissermaßen unterste Ebene kann das Problem sozialistischer Umweltverschmutzung als Problem mangelhafter Durchsetzung der sozialistischen Planungs- und Leitungsprinzipien thematisiert werden. Wolkow meint, die sozialistische Gesellschaft sei nicht sofort in der Lage, die Prinzipien der sozialistischen Nutzung der Naturressourcen vollständig in die Praxis umzusetzen. Eine „negative Rolle" spielen seiner Meinung nach „unüberlegte Entscheidungen, die die Verflechtung des ganzen Komplexes eventueller Folgen des industriellen Eingriffs in die Natur sowie die Nichterfüllung der Planauflagen und staatlichen Umweltmaßnahmen nicht genügend in Betracht ziehen" [32]). Auf das Problem der Nichterfüllung

30) K. Marx, Grundrisse der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592f.
31) M. Buhr und G. Kröber, a.a.O., S. 17.
32) G. Wolkow, Ökologische Krise und die sozialistische Nutzung der Naturressourcen, in: Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Hrsg.), a.a.O., S. 161.

staatlicher Vorgaben in der Praxis weist Oehler für die DDR hin[35]). Sie zitiert das Programm der SED, in dem ebenfalls der Ausbau der langfristigen Planung für unerläßlich gehalten wird und betont dann, daß es sowohl „gewisse Erscheinungen von Unterschätzung, aber auch Überschätzungen der umweltbezogenen Planungsformen" gibt, „die zumeist Ausdruck gewisser Abstrahierungen (. . .) von den gesellschaftlichen Entwicklungserfordernissen, insbesondere unreale Zielvorstellungen sind"[34]). Regelverstöße sind keine freibeuterischen Neuererleistungen einzelner Leitungsfunktionäre, sondern letztlich – obgleich politisch nicht gewollte – Folge der gesetzten Aufbaubedingungen und Rüstungszwänge, die sich auch in die kleinsten Betriebs- und Öko-Kreisläufe einmischen. Diese Bedingungen verschärfen zwar die Problematik, aber zur Erklärung planungspolitischer Defizite reichen sie nicht hin.

Eine Skizze der DDR-Planungsreform macht deutlich, daß andere Erklärungsfaktoren benannt werden müssen. Es kann nicht davon gesprochen werden, daß es seit Gründung der DDR einen festen Kanon von Planungsregeln in der räumlichen und zweiglichen Planung gab. Im Gegenteil: Die Volkswirtschaftsplanung (und auch ihr raumbezogener Teil) ist unter den genannten Bedingungen ohne ausreichende theoretische, methodische und instrumentelle Konzeptionierung herausgebildet worden. Während 1951–1956 die schnelle und quantitative Produktionsausweitung ohne Beachtung des effektiven Ressourceneinsatzes zur conditio sine qua non wurde, war die Planung auf Volumenkennziffern, Mengenpläne und zentralistische Entscheidungsstrukturen ausgerichtet. Materielle Fehler in den Mengenplänen (sog. „weiche Pläne" der Betriebe) und nicht erschließbare Produktionsreserven veranlaßten 1957 eine Strategie-Änderung in Richtung komplex-territorialer Gebietsplanung, die von einem System sich weitgehend selbst vorsorgender Gebietseinheiten mit dezentralen Entscheidungsstrukturen ausging. Anfang der 60er Jahre erhielten unter dem Motto „Ökonomisierung der Territorialplanung" die zentralgeleiteten, strukturbestimmenden Wirtschaftszweige die dominierende Rolle. Erst mit dem 1963 beschlossenen „Neuen Ökomomischen System der Planung und Leitung" (NÖSPL) kann von einem relativ konsistenten Planungssystem gesprochen werden. Es ersetzte u.a. die Mengenpläne durch ein System ökonomischer Hebel, das allerdings nur dann funktionieren konnte, wenn die Preise die tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten signalisierten. Gerade an diesem Punkt tauchten ökologische Probleme zuerst auf, nämlich als Problem der ökonomischen Integration des Gebrauchs- und Tauschwertcharakters der natürlichen Produktionshilfsmittel. Die mit diesem Problem einhergehende planerische Vernachlässigung konkreter Gebrauchswertstrukturen (z.B. die Nichterfassung ökologischer und naturschützerischer Kriterien in der Beschreibung des gebietswirtschaftlichen Auf-

33) E. Oehler, Zu staatlichen und rechtlichen Problemen der Landschaftsplanung, in: H. Richter (Hrsg.), Beiträge zur planmäßigen Gestaltung der Landschaft, Wissenschaftliche Abhandlungen der Geographischen Gesellschaft der DDR, Band 14, Leipzig 1978, S. 21.
34) Ebd., S. 24.

wands eines Investitionsvorhabens) war nicht zufällig der erste Ansatzpunkt der Ursachenanalyse zu ökologischen Problemen. In den 70er Jahren sind umfangreiche Arbeiten zu methodischen und instrumentellen Verbesserung der Territorialplanung[35]) und zur Integration der Landschaftsplanung und -ökonomie realisiert worden. Die materielle, gebrauchswertorientierte Planung ging dabei in Richtung der Analyse der Ressourcenpotentiale der Landschaft, ihrer nutzungsspezifischen Empfindlichkeit und Belastbarkeit und der möglichen ökologischen Konflikte bei der Mehrfachnutzung der Landschaft[36]).

4. Ökologie als Bewertungsproblem

1973 gaben die sowjetischen Autoren Fedorenko und Gofman einen auch in der DDR-Fachliteratur oft zitierten Überblick über die aktuellen Probleme der Umweltplanung[37]). Sie zählten eine Reihe von Problemaspekten auf, die u. a. die methodischen Probleme der Perspektivplanung der Umweltqualität thematisieren. Diese Perspektivplanung war zu dem angegebenen Zeitpunkt noch nicht Teil der Volkswirtschaftsplanung. Überdies kritisierten die Autoren das mangelhafte ökologische Informations- und Prognosesystem der Volkswirtschaftsplanung sowie die zu geringe Beschäftigung mit der Herausbildung eines ökologischen Bewußtseins der Bevölkerung: „Kein einziger (sowjetischer – d. Verf.) Soziologe hat jedoch bisher versucht, die in der sowjetischen Gesellschaft entstandenen Präferenzen und Wertorientierungen im Zusammenhang mit der Umweltqualität zu untersuchen" [38]). Zu den bislang ungelösten Problemen zählt die folgende Auseinandersetzung: Fedorenko/Gofman stellen fest, daß durch die Umweltmaßnahmen neue Energie- und Materialströme entstehen, die – will man sie auch volkswirtschaftlich erfassen – ökonomisch bewertet werden müssen. Gegenwärtig werden sie „bestenfalls anhand des Wertes" gemessen, „den die aus Abprodukten regenerierten Rohstoffe und Materialien besitzen" [39]). Mit dem Eintritt des Umweltschutzes in die Produktionssphäre stellt sich die Frage, „ist die Verbesserung der Umweltqualität ein Faktor, der die ökonomische Effektivität der gesellschaftlichen Produktion erhöht (. . .), oder verhalten sich Umweltschutz und wirtschaftliche Effektivität antagonistisch?" [40]).

An dieser Stelle ist ein Einschub über den pragmatischen Ansatz der volkswirtschaftlich/wertmäßigen Erfassung der natürlichen Ressourcen und der neuen umweltschützerisch bedingten Energie- und Materialströme angezeigt. Die erste Arbeit, die die in der sowjetischen Wissenschaft und Praxis angesammelten Materialien über Fragen der komplexen ökonomischen Be-

35) Vgl. Ch. Wurms, Raumordnung und Territorialplanung in der DDR, Untersuchungen zur Entwicklung von Territorialstruktur, Planungsorganisation und Raumwissenschaft in der DDR, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 2, Dortmund 1976.
36) Vgl. die Periodika „Petermanns Geographische Mitteilungen" und „Wissenschaftliche Abhandlungen der Georgraphischen Gesellschaft der DDR", Leipzig.
37) N. Fedorenko und K. Gofman, a.a.O.
38) Ebd., S. 232.
39) Ebd., S. 233.
40) Ebd.

wertung der Naturressourcen zusammenfaßt, erschien 1972 in Moskau[41]). In der Sowjetunion gab es drei Etappen der Problemsicht und -behandlung. Mit den großen Neulanderschließungen in den 50er Jahren wurde der Staat auf das Problem aufmerksam, daß der Gesellschaft jährlich Milliarden Rubel durch den Flächenentzug verloren gingen. Nach der Wirtschaftsreform Mitte der 60er Jahre und dem Übergang zur wirtschaftlichen Rechnungsführung wurden die natürlichen Ressourcen mit Preisen bewertet, die den mit ihrer Hilfe erzielten planmäßigen Nutzen entsprachen[42]). Seit den 70er Jahren setzt sich das Bestreben durch, die Bewertung zusätzlich unter ökologischen Aspekten vorzunehmen[43]). Damit werden nicht mehr lediglich gesellschaftliche Verteilungsprobleme geregelt (wie im Falle des Flächenentzuges), sondern es wird das „objektiv gleiche Interesse aller Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft an der Erhaltung bzw. Reproduktion von Naturressourcen ökonomisch wirksam" gemacht[44]). Minc spricht allerdings von der Unmöglichkeit der Ausarbeitung einer „einheitlichen, universellen und gleichzeitig hinreichend konkreten Methodik der ökonomischen Bewertung"[45]). Gleichwohl kann eine bestimmte wissenschaftlich-methodische Konzeption der Bewertung erarbeitet werden, die dann als Politikberatung wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungen vorbereiten soll, selbst aber noch nicht Entscheidung ist, da die Optimierung einer angestrebten Problemlösung auch durch außerökonomische Faktoren bestimmt sein kann[46]). Als theoretisches Problem verweist die Bewertungspraxis nochmals auf die Frage des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit und erweist die Notwendigkeit von gesamtökologischen Planungskonzepten größeren Stils, da es sich bei den Problemen sozialistischer Naturaneignung nicht nur um ein Problem der Abgrenzung, Zurechnung und Bewertung von Umweltschäden handeln kann.

5. *Ökologie und wirtschaftliche Effektivität*

Um die oben gestellte Frage des Antagonismus von Ökologie und wirtschaftlicher Effektivität zu erfassen, sind „wichtige theoretische Fragen der politischen Ökonomie zu lösen"[47]). Dazu gehören neben der Ermittlung des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes für die Reproduktion der Naturbedingungen u.a. die Bestimmung des Charakters der Arbeit, die hierfür verausgabt wird. Ob es sich um produktive oder um unproduktive Arbeit handelt, ist für die Ökologie-Politik von strategischer Bedeutung. Auf diese Fragestel-

41) A. A. Minc, a.a.O.
42) N. P. Fedorenko, Zur ökonomischen Bewertung der natürlichen Ressourcen, in: „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", 3/1968.
43) N. P. Fedorenko, Wissenschaftlich-experimentelle Arbeiten zur ökonomischen Bewertung von Naturressourcen, in: „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", 8/1976, sowie G. Saikow, Über den ökologischen Aspekt der wirtschaftlichen Rechnungsführung, in: „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", 5/1979.
44) D. Graf, Zu einigen Grundfragen der ökonomischen Bewertung von Naturressourcen im entwickelten Sozialismus, in: „Wirtschaftswissenschaft", 7/1978.
45) A. A. Minc, a.a.O., S. 222.
46) Ebd., S. 14.
47) B. Harnisch, Der Einfluß der Umweltnutzung auf die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität, in: H. Richter (Hrsg.), a.a.O., S. 60.

lung wurde bereits 1972 von Hans Mottek hingewiesen, als dieses Problem noch nicht allgemein anerkannt war[48]). Die zu diesem Zeitpunkt vorherrschende Meinung definierte den Umweltschutz als „Luxusgut", das mit der Konkurrenz-Logik des Weltmarktes in Konflikt gerät: „Jedes Vorpreschen der DDR insbesondere bei der Lösung des Problems der natürlichen Umwelt ist unzweckmäßig, denn Aufwendungen hierfür sind – zunächst – immer eine ökonomische Belastung, mit einer Verteuerung der Produktion und bei einseitigem Vorgehen mit einer verminderten Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten verbunden."[49])

Solche und ähnliche Positionen, die Anfang der 70er Jahre in der DDR vorfindbar waren, konnten erst mit der Diskussion ihres praktischen Kerns, des volkswirtschaftlichen Charakters der Umweltkosten sowie des möglichen betrieblichen und gesellschaftlichen Nutzens von Maßnahmen zur Umweltgestaltung aufgelöst werden. „Die unterschiedlichen Auffassungen dazu zeigen an, daß es sich hierbei um den Klärungsprozeß einer relativ neuartigen Problematik handelt. Die Unterschiedlichkeit der Meinungen kommt in der marxistischen Literatur in folgenden Thesen zum Ausdruck:
1. Die Arbeit zur Beseitigung von Umweltschäden ist keine produktive Arbeit, und die Mittel dafür müssen dem Nationaleinkommen entnommen werden. Auf Grund dessen tragen die Kosten den Charakter von gesellschaftlichen Konsumtionskosten.
2. Die Arbeit zur Beseitung von Umweltschäden ist produktive Arbeit, und die Kosten sind den Produktionskosten zuzurechnen. Infolgedessen sind z. B. die Anlagen zur Reinigung von Wasser und Luft Bestandteil des fixen Kapitals."[50])

Die erste Auffassung geht unter Bezug auf Marx davon aus, daß Naturressourcen ohne Zutun der Menschen existieren, keinen Wert besitzen und daher auch keinen Wert produzieren können. So argumentiert ihr Hauptvertreter, J. Köhler, nachdem er eine Definition von „produktiver Arbeit" gibt[51]), wonach Umweltschutz den Sozialismus „nicht reicher an materiellen Gütern" macht[52]). Er bekräftigt die Auffassung der „Wert"-losigkeit der Natur und wirft der von DDR-Politökonomen vertretenen, anderslautenden Position „wissenschaftlich einen Rückfall in die Zeit vor Marx" vor[53]). Von diesen wird bestritten, daß man heute noch von der Wertlosigkeit der natürlichen Ressourcen reden könne. Unter den Bedingungen der wissenschaftlichtechnischen Revolution seien die „Naturressourcen ohne Kapitalinvestitionen . . . im

48) H. Mottek, a.a.O.
49) S. Grundmann und E. Stabenow, a.a.O., S. 1783.
50) H. Paucke und H. Kroske, Zur Kosten-Nutzen-Problematik von Maßnahmen in Umweltschutz und Umweltgestaltung, in: Sitzungsbericht der Akademie der Wissenschaften der DDR, 2/1976: „Gesellschaft und Umwelt. Hans Mottek zum 65. Geburtstag", Berlin 1976, S. 62.
51) J. Köhler, Zur Problematik der produktiven und unproduktiven Arbeit sowie der Dienstleisutungen, in: „Wirtschaftswissenschaft", 6/1974.
52) Ebd., S. 886.
53) Ders., Der Charakter der Kosten für den Umweltschutz, in: Autorenkollektiv, Ausgewählte Probleme der Leitung und Planung des Umweltschutzes, Freiberger Forschungshefte D 102, Leipzig 1976, S. 62.

Schwinden begriffen"[54]). Diese Auffassung vertritt G. Streibel, einer der repräsentativen DDR-Umweltökonomen, der sich ebenfalls auf Marx beruft, wenn er feststellt, daß ein Produktionsablauf im Prinzip erst mit der Wiederherstellung des Status quo ante abgeschlossen ist, der Umweltschutz und die Umweltgestaltung (jedenfalls sofern es sich nicht um reinen Nachholbedarf handelt) demnach zum Produktionsablauf gehören, es sich also bei der hier verausgabten Arbeit um produktive Arbeit handelt[55]). Einen weiteren Gesichtspunkt führt H. Maier an. Er kommt zu dem Schluß, daß „Köhler irrt", da der Aufwand für die Reproduktion der natürlichen Umwelt nur vom Standpunkt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unproduktiv ist, nicht aber vom Standpunkt des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Denn: „Der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß schließt die Reproduktion der natürlichen Umwelt ein; denn die Natur ist eine entscheidende Quelle des gesellschaftlichen Reichtums (. . .). Der für die Reproduktion der natürlichen Produktionsbedingungen notwendige Aufwand ist von Standpunkt der Gesellschaft gesellschaftlich notwendiger Aufwand und die hierzu erforderliche Arbeit produktiv."[56]) Dieser Gedankengang führt zu dem ökostrategischen Schluß, daß Umweltschutz nicht als im Nachhinein wirksame Reparaturstrategie, sondern als Teilaspekt des Konzepts zur Erhöhung des stofflich-energetischen Wirkungsgrades der Produktion und Konsumtion entwickelt werden muß.

6. *Kritik der Produktivkraftentwicklung*

Gegenstand der ökologisch motivierten Kritik ist die Produktionsweise und das System der Produktivkräfte. Fast alle bisher zitierten Autoren betrachten das Umweltproblem in seiner geschichtlichen Dimension lediglich als negatives Erbe, das ihnen der Kapitalismus hinterlassen hat. Die folgenden Zitate sollen das Engagement und die Radikalität der Kritik am sozialistischen Produktivkraftsystem zeigen. Bereits 1970 weist Gudožnik in einer breit angelegten Studie zur wissenschaftlich-technischen Revolution auf die „Tendenz" hin, daß die „Natur als unmittelbares Existenzmittel des Menschen, als sein eigener ‚unorganischer Leib' zerstört" wird und leitet daraus die „dringende Notwendigkeit ab, den Inhalt der Arbeit zu verändern"[57]). Pletnikow drückt dies drastischer und konkreter aus, wenn er sagt, „wir haben nicht das Recht, die Gegenwart zu vergessen, wenn wir von der Zukunft sprechen. Nicht morgen, sondern heute muß mit dem Ausverkauf der Natur Schluß gemacht werden, muß als eine der elementarsten Normen der Moral und der Gerechtigkeit ein sorgsames, wirklich menschliches Verhältnis zu den Naturreichtümern

54) H. Paucke und H. Kroske, a.a.O., S. 62.

55) G. Streibel, Umweltschutz und Umweltgestaltung als volkswirtschaftliche Aufgabe, in: „Wirtschaftswissenschaft", 8/1975.

56) H. Maier, Das Wechselverhältnis von produktiver und nichtproduktiver Arbeit als theoretisches und praktisches Problem bei der Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: „Wirtschaftswissenschaft", 11/1975, S. 1639.

57) G. Gudožnik, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Wesen, Grundlagen, Tendenzen. Überarbeitete und ergänzte deutsche Ausgabe, Berlin 1974 (russische Ausgabe: Moskau 1970), S. 238.

durchgesetzt werden."[58]) Für andere Autoren ist es – wohlgemerkt auch für den real existierenden Sozialismus – schlechthin „unmöglich . . ., auch fernerhin die natürliche Umwelt der Menschen in herkömmlicher Weise und auf wachsender Stufenleiter ohne Rücksicht auf die kommenden Generationen auszuplündern"[59]). Zur Abhilfe werden zunächst „Veränderungen in der ideologischen Haltung so manchen Leiters und Werktätigen zu den kardinalen Problemen der Mensch-Natur-Beziehung" für notwendig gehalten[60]). Die durch ihre Klarheit bestechendste ökologische Kritik formulierten der Geograph H. Paucke und der Philosoph A. Bauer, die seit Mitte der 70er Jahre zusammen publizieren. Sie sprechen sogar von „Defekten" in der derzeitigen technologischen Produktionsstruktur, die sich, würden sie unverändert beibehalten, immer negativer auswirken und die Quellen des intensiven Wirtschaftswachstums allmählich versiegen lassen könnten[61]). Mit Defekten sind Probleme gemeint, die entweder aus einfachen politisch-planerischen Regelverstößen, prinzipiell lösbaren, aber aufwandsintensiven Regelungen, gegenwärtigem Mangel an wissenschaftlich-technischem Verlauf oder aus Ursachen resultieren, die erst in der Zukunft auf der Grundlage der wissenschaftlich-technischen Revolution und des sozialen Fortschritts für lösbar gehalten werden. In einem Mitte 1980 erschienen Aufsatz stellen sie die Produktionsverfahren der natürlichen Auf- und Abbau-(Kreislauf)prozesse denen des anthropogenen Stoffwechsels gegenüber[62]). Sie unternehmen dabei den Versuch, aus Gesetzmäßigkeiten der Struktur- und Produktionsökologie Kriterien und Maßstäbe für die menschliche Natur-Umformung zu gewinnen. Aus einer solchen Gegenüberstellung lassen sich einige wesentliche Kritikpunkte am herkömmlichen Produktivkraftsystem entwickeln.

Die Ausgangsüberlegung ist die Feststellung, daß die Menschheit seit einigen Jahrzehnten einen Beitrag zur Gesamtbilanz des Stoff- und Energieumsatzes der Erde leistet, der jenem der großen natürlichen Kreislaufprozesse vergleichbar geworden ist. Im Gegensatz zu früheren Stufen des Stoffwechsels fällt auf, daß sich „das Niveau der Naturaneignung (. . .) vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Intensivierung des Stoffwechsels erhöht, während in ökologischer Hinsicht, d. h. hinsichtlich der Wechselwirkung mit den natürlichen Ökosystemen, keine entsprechende Niveauerhöhung stattgefunden hat"[63]). Früher wurden menschliche Eingriffe durch die Regelungskapazität der Natur aufgefangen. Immer häufiger ist die Natur dieser Aufgabe jedoch nicht mehr gewachsen, werden die Regelungskapazitäten überschritten. Resultat: „Auf der gegenwärtigen Stufe der technischen Zivilisation besteht ein Widerspruch zwischen der technischen Effizienz der höchstentwickelten Pro-

58) J. K. Pletnikow, Die Wechselwirkung von Gesellschaft und Natur und Probleme der Noospähre, in: DZfPh, 2/1976, S. 156.
59) B. Bittighöfer u. a., a.a.O., S. 66.
60) H. Paucke und G. Streibel, Zur Verflechtung von Naturprozessen und volkswirtschaftlichem Reproduktionsprozeß, in: „Wirtschaftswissenschaft", 4/1980, S. 421.
61) H. Paucke und A. Bauer, 1980, a.a.O., S. 204.
62) Dies., Zum Verhältnis von Natur- und Produktionskreisläufen, in: DZfPh, 8/1980.
63) Ebd., S. 905f.

duktivkraftsysteme einerseits und ihrer ungenügenden ökologischen Orientiertheit andererseits." [64]) Dafür werden gesellschaftliche Ursachen verantwortlich gemacht, die sich „wegen ihrer starken Verwurzelung in den Produktionsverhältnissen und in den Grundtendenzen der gegenwärtigen Epoche (. . .) „im Kapitalismus und Sozialismus wesentlich voneinander unterscheiden" [65]).

IV. Das neue Leitbild: Ökologisierung der Produktion

Insgesamt stellt sich hier eine sehr grundsätzliche und radikale Kritik am Wirtschaftswachstum „herkömmlicher Weise" und an der Ideologie des uneingeschränkten, raubbau-mäßigen Wachstums vor. Aus der Kritik wird ganz unmittelbar die Erkenntnis abgeleitet, daß ein neuer Typ wirtschaftlichen Wachstums und der Entwicklung der Produktivkräfte notwendig ist und daß dies nur ein „kommunistisches Produktivkraftsystem" [66]) sein kann.

Die Einsicht in den gesellschaftlichen Zwang zur Ökologisierung der Produktion hat weitreichende Konsequenzen. Sie werden im Konzept der wissenschaftlich-technischen Revolution zwar angedeutet, aber es wird nach Einschätzung etwa von Jürgen Kuczynski noch Jahrzehnte dauern, bis im entwickelten Sozialismus deren praxisverändernde Konsequenzen abgeschlossen, also ein kommunistischer Wachstumstyp realisiert sein wird [67]). Aber auch naheliegendere Konsequenzen werden formuliert. So betont ein sowjetisches Autorenkollektiv sehr vorsichtig, daß seiner „Meinung nach die Technik selbst wie auch ihre Organisation, ‚der gesellschaftliche Zusammenhang', keineswegs indifferent gegenüber den Eigentumsformen" ist [68]). Wie die Ablösung des Kapitalismus mit seinem historisch überholten Produktivkraftsystem, so ist auch das neu sich herausbildende kommunistische Produktivkraftsystem eine historische Naturnotwendigkeit der Ablösung des Sozialismus [69]). Auf eine einfache Formel gebracht bedeutet dies, daß die wissenschaftlich-technische Revolution eine globale, planmäßige Entwicklung der ökologischen Lebensbedingungen (ökologische Revolution) gewährleisten muß, über deren empirischen Gehalt sich z. Z. noch wenig aussagen läßt. Die inhaltliche Tendenz ist allerdings bereits bestimmt, indem an das Postulat angeknüpft wird, daß die Menschheit als Nutznießer der Erde „sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen" hat [70]).

Zur Kennzeichnung des kommunistischen Produktivkraftsystems setzt sich immer mehr der Begriff „Ökologisierung der Produktion" durch. Über seine

64) Ebd., S. 906.
65) Ebd.
66) H. Paucke und G. Streibel, 1980, a.a.O., S. 407.
67) J. Kuczynski, Vier Revolutionen der Produktivkräfte, Berlin 1975.
68) Autorenkollektiv, Die materiell-technische Basis des Kommunismus, Berlin 1978 (Moskau 1976), S. 24.
69) H. Paucke und G. Streibel, Zur Wechselbeziehung von Materialökonomie, Technologie und Umweltschutz, in: „Wirtschaftswissenschaft", 10/1977, S. 1476, sowie H. Paucke und A. Bauer, 1980, Umweltprobleme . . ., a.a.O., S. 211.
70) K. Marx, Das Kapital III, MEW 25, Berlin 1979, S. 784.

Prinzipien und Grundannahmen wird noch diskutiert. 1977 definierten Paukke/Streibel die Ökologisierung als „im weitesten Sinne die Übertragung von Prinzipien und Mechanismen ökologischer Systeme auf Produktionsprozesse . . ., wobei die Produktion weitgehend als ökologisch geschlossener Kreislauf stattfindet, für den es keine Abfälle mehr gibt, weil die Abfälle einer Produktionsstufe stets den Rohstoff der nächsten Produktionsstufe bilden" [71]). In einem kürzlich erschienen Artikel kritisieren sie allerdings die Auffassung, es gäbe eine abfallfreie Wirtschaft, da „evolutionstheoretische Überlegungen und mathematische Modelle immer wieder verdeutlichen, daß sie aus thermodynamischen Gründen prinzipielle Schwierigkeiten bereitet bzw. überhaupt unmöglich ist" [72]). Die o.g. einfache Definition wird dahingehend konkretisiert, daß die Hauptaufgabe zur Verwirklichung eines „echten anthropogenen Stoffkreislaufes . . ., der mit den Naturkreisläufen organisch gekoppelt ist", darin besteht, „die Auf- und Abbauprinzipien und die Funktionsmechanismen natürlicher Systeme in der gesellschaftlichen Produktion zu nutzen, Prinzipien und Mechanismen, die sich in der Biosphäre im Laufe von Jahrmillionen herausgebildet und vervollkommnet haben" [73]). Um den Gegensatz zur „industriellen Produktion", d.h. zum Produktivkraftsystem herkömmlicher Prägung zu verdeutlichen, beschreiben die Autoren die „ökologische Produktion" in Anlehnung an die Funktionsprinzipien der Biosphäre[74]):

– Die Reproduktion findet auf der Grundlage eines minimalen Energieaufwandes statt. Das Kreislauf-Prinzip verbessert den Nachfüllzyklus der Ressourcen, indem es das lineare Durchlaufprinzip ersetzt[75]).
– Auf der Grundlage von Mehrfachnutzungen mit den relativ hohen Koeffizienten der biologischen Produktion wird die Stoffentnahme aus der Natur in dem Maße abnehmen, in dem mit der Vervollkommnung der Arbeitsmittel die Arbeitsproduktivität ansteigt (Arbeitszeitverkürzungen!). Gegenwärtig ist der Stoffausnutzungsgrad sehr gering[76]).
– Geringe Störanfälligkeit aufgrund des hohen Absorptions- und Selbstreinigungsvermögens.
– Geringer Stoff-Abfall, da Abfälle bis zu ihrer Vernutzung im Stoff- und Energiekreislauf verbleiben.

Im Zusammenhang mit diesem ökologischen Konzept entstanden einige grundsätzliche Fragen an die Gesellschafts- und Naturtheorie[77]), die hier wiedergegeben werden sollen:

– Erfaßt die Theorie der wissenschaftlich-technischen Revolution die ökologischen Aspekte richtig? Beherrscht sie die Dialektik von Quantität und Qualität des Gesamtprozesses?

71) H. Paucke und G. Streibel, 1977, a.a.O., S. 1473.
72) Dies., 1980, a.a.O., S. 410.
73) Ebd. S. 409.
74) Dies., 1977, a.a.O., S. 1473ff. sowie H. Paucke und A. Bauer, 1980, Umweltprobleme . . ., a.a.O., S. 209.
75) H. Roos und G. Streibel, a.a.O., S. 201.
76) Ebd., insbesondere S. 194.
77) A. Bauer und H. Paucke, Einheit und Kampf zwischen Natur und Gesellschaft, in: DZfPh, 5/1979.

– Reichen Bewußtseinsbildung und institutionelle Regelungen aus, um die neuen Formen der Bewältigung der ökologischen Erfordernisse zu schaffen?
– Sind die „anwachsenden ökologischen Gegenwartsprobleme Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der modernen Produktivkräfte . . ., die wir noch nicht genügend kennen?" [78])
– Welche gesellschaftlichen Strategien zur Realisierung der schrittweisen umweltfreundlichen Umgestaltung der Technologie und des Produktionsapparates müssen eingeschlagen werden?

Ansatzpunkte zur Erreichung des Ziels einer ökologischen Produktion mit organischem, humanen Wachstum, also des kommunistischen Produktivkraftsystems, sind – neben der Verbesserung der traditionellen Landespflege und des Naturschutzes [79]) und der Durchsetzung der sozialistischen Prinzipien der Naturnutzung [80]) – v.a. die „Bemühungen um abfallarme Technologien, langlebige Produkte und massenhafte Verwertung von Sekundärrohstoffen". Dies ist „vorerst nur der Anfangstrend in die Richtung, in die die umfassende ‚Ökologisierung' der Produktion von der heutigen und den zukünftigen Generationen geführt werden muß" [81]). In der gleichen Weise argumentiert der zentrale umweltökonomische Beitrag von Roos und Streibel, wenn sie eine „gesellschaftliche Naturstoffwirtschaft" fordern, und deren Prinzipien, Ansatzpunkte und erste Beispiele benennen [82]). Sie weisen ebenfalls auf die erforderliche Änderung der Konsumtionsgewohnheiten der Bevölkerung hin [83]). Die Notwendigkeit eines ressourcensparenden Wirtschaftswachstums betont auch ein Autorenkollektiv beim ZK der SED, um dann von der „Herbeiführung einer technologischen Produktionsweise" zu sprechen, „die generell andere Beziehungen zwischen Produktion und Natur verwirklicht" [84]). Daß es nicht bei programmatischen Aussagen bleibt, beweisen Veröffentlichungen über den empirischen Stand der Materialökonomie [85]).

V. Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich die ökologische Strategie-Wahl in den sozialistischen Ländern auf zwei Komplexe konzentrieren.

1. *Ökonomischer Komplex:* Die Diskussion spitzt sich zunächst auf die Frage zu, welchen Anteil am Nationaleinkommen man sich für Umweltschutzaus-

78) Ebd., S. 600.
79) L. Bauer und H. Weinitschke, Landschaftspflege und Naturschutz als Teilaufgaben der sozialistischen Landeskultur, Jena 3/1973.
80) H. Paucke und A. Bauer, Zu einigen Prinzipien der Naturnutzung im Sozialismus, in: DZfPh, 8/1978, sowie E. Neef und V. Neef, a.a.O., S. 30ff.
81) H. Paucke und G. Streibel, 1980, a.a.O., S. 409.
82) H. Roos und G. Streibel, a.a.O., S. 179.
83) Ebd., S. 259.
84) Autorenkollektiv unter der Leitung von H. Nick bei der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Zur materiell-technischen Basis in der DDR, Berlin, S. 67.
85) K. Kutzschbauch, Stoff- und energiewirtschaftliche Aspekte der Umweltnutzung, in: Autorenkollektiv, Rohstoff und Energie im gesellschaftlichem Reproduktionsprozeß und ihr Wechselverhältnis zur materiell-technischen Basis, Forschungsbericht 28, hrsg. vom Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaft der Akademie der Wissenschaft der DDR, Berlin/DDR 1979, S. 69ff. sowie H. Schindler, a.a.O., S. 180ff.

gaben leisten kann. Diese Frage führt jedoch am Wesen des Problems vorbei und behindert so die notwendige, langfristige Strategie-Bildung, ja führt über kurz oder lang zu einer nicht-überschreitbaren Grenze, die die ökologische Reproduzierbarkeit der Entwicklung der Arbeits- und Lebensniveaus und der Produktivkraftentwicklung setzt. Erst wenn, wie gezeigt, die Einsicht gewonnen wird, daß es um die prinzipielle *Vermeidung* von Umweltschutzaufwand durch die Anpassung der Produktivkräfte an die natürliche Umwelt geht, lassen sich Strategien entwickeln, die schon jetzt den Stoff- und Energieverbrauch der Produktion durch Intensivierung, Kreislaufprinzip etc. beachtlich senken. Ökologie-Politik ist kein medialer Politikbereich, der neben anderen Ressorts steht, sondern integraler Bestandteil der Gestaltung menschlicher Existenz überhaupt. Die grundlegende Wandlung in Richtung einer ökologisierten Produktion ist unumgänglich zur (Ab)wendung der Not der Menschen.

2. *Ideologischer Komplex:* Die Weiterentwicklung des Bewußtseins der Menschen und ihres Verhaltens, die Herausbildung eines ökologischen Bewußtseins wird zur Notwendigkeit für die weitere gesellschaftliche Entwicklung. Dies wird einsichtig, wenn davon ausgegangen wird, daß der Mensch die Hauptproduktivkraft ist.

Im Verlauf der Wahrnehmung und Bewältigung der ökologischen Probleme zunächst als lebenspraktische Phänomene, dann als Aspekt der Volkswirtschaftsplanung und als Problem der wirtschaftlichen Effektivität werden historische Dimensionen erkennbar. Die Beziehungen zwischen Mensch und Natur werden unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution als Problem der Art und Weise der Produktivkraftentwicklung (ökonomischer Komplex) und der Bedürfnisstruktur und -entwicklung (ideologischer Komplex) erfaßt. Erst die politische Billigung dieser wissenschaftlich entscheidenden Position ermöglicht ein Menschenbild, das den Menschen als Subjekt der dialektisch begriffenen Gestaltung der Produktionsweise befähigt und somit die Schaffung eines kommunistischen Produktivkraftsystems realistisch erscheinen läßt.

Alternativen

Thema: „Nachrüstung"

Die Feststellung, daß es zwischen Regierungskoalition und parlamentarischer Opposition in der Bundesrepublik in allen wesentlichen Fragen keine Alternativen mehr gebe, ist – gerade angesichts der Praxis nach den jüngsten Bundestagswahlen – fast schon zum Gemeinplatz geworden. Die tonangebenden Medien, unermüdlich beschäftigt mit der Herstellung und Aufrechterhaltung dieses Zustands, feiern ihn einerseits im Gleichklang mit Unternehmerverbänden und Bonner Parteispitzen als „Gemeinsamkeit der Demokraten" und „Grundkonsens" der Bundesrepublik, lamentieren aber andererseits zunehmend über „Alternativlosigkeit" in Bonn. Hinter diesem scheinbaren Widerspruch steckt die Erkenntnis oder doch Ahnung, daß das offizielle politische Spektrum und die Bonner Allparteien-Gemeinsamkeit immer weniger die tatsächliche Bewußtseins- oder Stimmungslage „draußen im Lande", wie man im Bundestag so aufschlußreich sagt, repräsentiert. Besorgt wird eine wachsende „Glaubwürdigkeitslücke", „Parteienmüdigkeit" oder gar „Staatsverdrossenheit" registriert bzw. – wenn es umschlägt in das, was nicht sein kann, weil es auf gar keinen Fall sein darf: in demokratische Bewegung, außerparlamentarische Opposition, Bürgerinitiative – um so entschiedener verschwiegen oder, wo dies nicht mehr möglich ist, verfälscht oder in die Tabuzone der sogenannten Verfassungsfeindlichkeit verbannt.

Offiziell eingestandene und ins allgemeine Bewußtsein dringende „Alternativlosigkeit" in einem Land wie der Bundesrepublik, das Pluralismus und alternierende parlamentarische Fronten in seinen Schulbüchern und Sonntagsreden geradezu als Ausweis der gelungenen Einreihung unter die Demokratien zu feiern pflegte – das ist für die parlamentarisch nicht kenntliche, offiziell so gut es geht tabuierte, aber natürlich auch in einem Land wie der Bundesrepublik existierende Alternative, für die demokratische Bewegung im umfassenden Sinne Herausforderung, aber – wenn sie den fundamentalen Widerspruch anschaulich und fruchtbar machen kann – auch Chance.

Die „Blätter" wollen mit der in diesem Heft erstmals veröffentlichten neuen Rubrik „Alternativen" einen Beitrag dazu leisten, der offiziellen Alternativlosigkeit gegenüber die potentielle und in vielen Ansätzen bereits greifbare Alternative deutlicher herauszuarbeiten, ihre Entwicklung und Konkretisierung zu stimulieren. Auch in diesem Lande gibt es schließlich tiefgreifende politische und soziale Bewegungen, die unter den Bedingungen forcierter Aufrüstungs- und Expansionspolitik, im Zeichen von Krise und Sozialabbau nicht ab-, sondern zunehmen, deren Forderungen gleichwohl, und seien sie selbst in Beschlüssen von Millionenorganisationen wie den Gewerkschaften konkretisiert, parlamentsoffiziell und in den Medien nicht „existieren". Auch in der Bundesrepublik gibt es nicht erst im Kampf gegen den „Nachrüstungs"-Beschluß außerparlamentarisch eine breite demokratische Bewegung, deren Vielfältigkeit durchaus nicht Zerfaserung und fruchtlose gegenseitige Profil- und Abgrenzungsneurosen bedeuten muß.

Gerade die – noch in voller Entwicklung begriffene – demokratische Opposition gegen die Stationierung neuer Atomraketen der NATO in unserem Land erscheint uns als ein wegweisendes Beispiel, wie der herrschenden Politik durchaus reale und realisierbare Alternativen entgegengestellt werden können. Mit einer Übersicht über die uns z. Z. vorliegenden Stellungnahmen gegen den NATO-Beschluß wollen wir ein Arbeitsmaterial für alle in dieser Sache Engagierten und zugleich ein exemplarisches Bild der möglichen Breite und Vielfalt, der Differenzierungen und der Konvergenzen vermitteln: demokratische Bewegung in der Bundesrepublik!

Gewiß ist auch dies Bild nicht vollständig. Die Stellungnahmen, in ihrer Mehrzahl auf Anfrage der „Blätter"-Redaktion zur Verfügung gestellt, z. T. der Presse entnommen, mußten zwangsläufig stark gekürzt werden. Manche werden wir übersehen haben, neue werden hinzukommen. Wir sind für jeden ergänzenden Hinweis, insbesondere für die Übermittlung entsprechender Beschlüsse etc. im Wortlaut, dankbar und werden sie ggf. zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlichen.

Von Fall zu Fall sollen in nächster Zeit weitere Übersichten über die Alternativen der demokratischen Bewegung in der neuen „Blätter"-Rubrik erscheinen. Es geht um demokratische Alternativen, Gegenpositionen zur herrschenden Politik in Schlüsselfragen der politischen und sozialen Auseinandersetzungen, die über die künftige Entwicklungsrichtung unseres Landes entscheiden.

Wir danken für alle Hinweise zu Inhalt und Form der neuen Rubrik. D. Red.

A. Der NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979

In den Punkten 6 und 7 des Kommuniqués der Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO am 12. Dezember 1979 in Brüssel ist der Inhalt des sogenannten „Nachrüstungs"-Beschlusses wie folgt fixiert:

. . .

6. Nach intensiven Beratungen auch über alternative Ansätze und deren Wert und nach Kenntnisnahme der Haltung bestimmter Bündnispartner kamen die Minister überein, daß dem Gesamtinteresse der Allianz am besten dadurch entsprochen wird, daß die zwei parallelen und sich ergänzenden Ansätze: LRTNF*)-Modernisierung und -Rüstungskontrolle verfolgt werden.

7. Die Minister haben daher beschlossen, das LRTNF-Potential der NATO durch die Dislozierung von amerikanischen bodengestützten Systemen in Europa zu modernisieren. Diese Systeme umfassen 108 Abschußvorrichtungen für Pershing II, welche die derzeitigen amerikanischen „Pershing Ia" ersetzen werden, und 464 bodengestützte Marschflugkörper (GLCM). Sämtliche Systeme sind jeweils mit nur einem Gefechtskopf ausgestattet. Alle Staaten, die zur Zeit an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligt sind, werden an diesem Programm teilnehmen. Die Raketen werden in ausgewählten Ländern stationiert, und bestimmte Nebenkosten werden im Rahmen von bestehenden Finanzierungsvereinbarungen der NATO gemeinsam getragen werden.

. . .

Alle 108 „Pershing-II"-Raketen und 96 der 464 „Cruise Missiles" (inzwischen ist von 112 die Rede) sollen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden.

Gegen den Plan und dann gegen den Beschluß zur Stationierung der neuen Atomraketen in der Bundesrepublik hat sich eine inzwischen immer breiter werdende vielfältige demokratische Bewegung entwickelt, über deren Positionen und Stellungnahmen die folgende Übersicht informiert. (zum politischen Kontext der „Nachrüstung" vgl. die Beiträge von Alfred Mechtersheimer und Helmut Ridder im vorliegenden Heft sowie zahlreiche Beiträge der „Blätter"-Jahrgänge 1979 und 1980.)

B. Kritik und Alternativen

I. Organisationen, Initiativen und Institutionen

Arbeitsgruppe Abrüstungsplanung

. . .

Wir gehen davon aus, daß
1. Rüstungsbegrenzung und Abrüstung eine absolute Notwendigkeit für den Fortgang der Entspannungspolitik darstellen;
2. Entspannung und Abrüstung für die Bundesrepublik Deutschland mehr als für andere Länder eine Bedingung ihres Überlebens im Sinne der Erfüllung des Grundgesetzes ist;
3. der Bundesrepublik bei der Förderung von Entspannung und Abrüstung eine besonders wichtige Rolle zufällt;

---

*) *Abkürzung für „eurostrategische" bzw. Mittelstreckenwaffen. D. Red.*

4. die Voraussetzungen für eine konsequente Politik der Entspannung und Abrüstung in der Bundesrepublik erst noch herzustellen sind: Weder Regierung und Verwaltung noch Parlament und Öffentlichkeit haben sich letztlich als fähig erwiesen, dem Glauben an eine Politik der militärischen Stärke, die sich der Fiktion des Machtgleichgewichts bedient, abzuschwören; . . .

Das militärischen Kräftevergleichen eigentümliche worst-case-Denken, das bei der Verteidigungsplanung dem Potential der Gegenseite optimale Schlagkraft unterstellen muß, um auch für den schlimmsten aller denkbaren Fälle hinreichend gerüstet zu sein, programmiert die Überbewertung der militärischen Fähigkeiten des potentiellen Gegners vollends vor. Die militärpolitische Konsequenz solcher militärischer Lageanalysen drückt sich in dem Bemühen der sich unterlegen wähnenden Seite aus, durch „Nach"-Rüstungen militärische Parität oder Überlegenheit herzustellen. Da der Logik des Paritäts- und worst-case-Denkens zufolge die Gegenseite darin eine „Vor"-Rüstung, also den weiteren Ausbau eines bereits überlegenen Potentials sehen muß, wird sie ihrerseits zur Wahrung der „Parität" entsprechende Rüstungsschritte einleiten, die dem ursprünglich „nach"-rüstenden Akteur als Versuch erscheinen müssen, bestehende Disparitäten zu verstärken. Dieser wechselseitige rüstungsdynamische Prozeß läßt sich ad infinitum fortsetzen. Er mündet in ein sicherheitspolitisch perspektivloses und riskantes Wettrüsten, in dessen Kontext die – subjektiv plausibel mit dem angeblichen Überlegenheitsstreben der anderen Partei begründbaren – Feindbilder stets aufs neue bestätigt werden.

. . .

Aus: Neue Wege der Abrüstungsplanung – Eine Denkschrift, vorgelegt von der Arbeitsgruppe Abrüstungsplanung im Rahmen eines von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) geförderten Projekts im November 1980. Projektbearbeiter sind: Prof. Dr. Ulrich Albrecht, Berlin; Dr. Hans-Günter Brauch, Heidelberg; Dr. Wolf-Dieter Eberwein, Berlin; Erwin Müller M. A., Tübingen (Projektmitarbeiter); Prof. Volker Rittberger, Ph. D., Tübingen (Projektleiter); Fregattenkapitän Erhard Rosenkranz, Bonn/Kiel.

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Umweltwissenschaftliches Institut e.V. (UWI)

. . .

Die ökologische Bewegung ist auch eine Friedensbewegung: denn Rüstung und Krieg sind die sinnlosesten Arten der Ressourcenvergeudung, Umweltverschmutzung und Naturzerstörung. 400 000 Wissenschaftler in aller Welt arbeiten in der Rüstungsforschung und stehen deshalb für andere große Menschheitsprobleme nicht zur Verfügung. 700 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben pro Jahr verhindern, daß Unterentwicklung, sozialer Aufstieg, Umweltschutz und andere gesellschaftliche Ziele angemessen zur Entfaltung kommen.

. . .

Die ökologische Bewegung wendet sich nicht nur gegen Atomwaffen. Es wird nicht länger schweigend hingenommen, daß in der BRD 7000 Atomsprengköpfe lagern und neue moderne Vernichtungswaffen dazukommen sollen.

Wir fordern:
– Stop jeder weiteren Produktion und Lagerung von Massenvernichtungswaffen;
– Abbau und endgültiges Verbot für die Stationierung solcher Waffen auf bundesdeutschem Gebiet;
– Reduzierung der Militärausgaben und der Manöver als Beitrag zur Energiebedarfsreduzierung und zum Umweltschutz;
– Verbot des Waffenexports in Länder der Dritten Welt.

. . .

Aus: Forderungskatalog für ein Öko-Konzept in der BRD, Karlsruhe 1980

Christen für die Abrüstung

. . .

Aufrüstung und Abschreckung bringen den Krieg bedrohlich näher. Wir Christen wollen aber den Frieden. Unsere leidvolle Geschichte haben wir nicht vergessen. Wir wollen uns aktiv an dem Aufbau einer friedlichen und gerechten Welt beteiligen.

Rüstung ist Geringschätzung der Hungernden. Wir Christen sind aber zur Solidarität gerufen. Wir wollen und müssen dafür arbeiten, daß jeder – hier und in der Dritten Welt – die Möglichkeit erhält, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Die atomare Aufrüstung in unserem Land – insbesondere die geplante Stationierung der neuartigen Atomraketen – bedeutet eine ungeheuere Gefährdung der hier Lebenden, weil die Gefahr eines dritten Weltkriegs damit erhöht wird. Denn im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung würden diese Raketen einen Gegenschlag auf uns ziehen und damit nicht nur unser Land, sondern ganz Europa zerstören. Aus dieser Situation gibt es keinen anderen Ausweg als die Abrüstung. Als Christen dürfen wir nicht anders, als diesen Weg zum Frieden zu gehen und zu fordern: Aussetzung des Beschlusses der NATO über die Produktion und die Stationierung neuer Atomraketen in Westeuropa, damit darüber verhandelt werden kann!

Die Welt vom Wettlauf der Atomwaffen zu befreien ist unser Ziel. Wir wissen, daß in diesem Kampf um den Frieden von jedem Christen ein persönlicher Einsatz an Arbeit, Zeit und Geld gefordert wird. Der Friede ist es uns wert! Wir sind dazu bereit!

Aus: Appell zum 35. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und Krieg, 1980.

Demokratische Fraueninitiative (DFI)

. . .

Mit dem NATO-Beschluß würden die bisherigen Erfolge der Entspannungspolitik infrage gestellt, eine neue Phase des Wettrüstens, der Unsicherheit und Aggression eingeleitet und die Gefahr eines „begrenzten" Atomkrieges für Europa herausgefordert. Die Demokratische Frauenininitiative ist darüber außerordentlich besorgt.

Wir Frauen halten nichts von der Strategie, durch Auf- und Wettrüsten mehr Sicherheit erlangen zu wollen. Versuche dieser Art sind jahrhundertelang unternommen worden. Die Folgen waren Krieg und wirtschaftlicher Ruin für die Völker. Damit muß nun Schluß sein! Frieden und Sicherheit erreichen wir nicht durch Superwaffen, sondern durch Abrüstung – und seien die Verhandlungen noch so schwierig. . .

Wir Frauen treten nicht zuletzt deshalb mit Nachdruck für die Abrüstung ein, weil die ungeheuren Summen und Energien, die von der Rüstung verschlungen werden, dringend gebraucht werden, um eine menschliche Zukunft möglich zu machen. Wir brauchen das Geld, um das Elend in der Welt zu lindern und in unserem eigenen Land die so notwendigen Reformen durchführen zu können, die auch uns Frauen ein Stück weiterbrächten auf dem beschwerlichen Wege zur Gleichberechtigung.

. . .

Aus: „Wir Frauen fordern: Keine Mittelstreckenraketen in Europa! Jetzt verhandeln!", Stellungnahme der DFI vom 22. 11. 1979.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

. . .

Der unvermindert anhaltende Rüstungswettlauf beider Großmächte bedeutet eine ernste Bedrohung des Weltfriedens. Durch die umfangreichen Rüstungsausgaben werden Mittel gebunden, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der ganzen Welt dringend erforderlich sind. Der DGB-Bundeskongreß appelliert an die Bundesregierung, alle Bemühungen um eine weltweite kontrollierte Abrüstung zu unterstützen.

In der Überzeugung, daß weltweite kontrollierte Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit den sehnlichsten Wünschen aller Menschen und Völker in West und Ost und Nord und Süd und ihren Anliegen nach einem dauerhaften Weltfrieden entsprechen, erwartet der 11. Ordentliche Bundeskongreß des DGB von allen Regierungen in der Welt eine Politik, in der diese Bestrebungen voll anerkannt und berücksichtigt werden.

Der DGB-Bundeskongreß stellt daher fest, daß der begonnene Weg zur politischen Entspannung fortgesetzt und durch die militärische Entspannung, d. h. durch Initiativen zur gleichgewichtigen Abrüstung erweitert werden muß. Friedenssicherung und weltweite Abrüstung sind elementare politische Schritte im Interesse der arbeitenden Menschen und zur Sicherung von Frieden, Demokratie und Fortschritt in allen Ländern.

Der 11. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert darum:
– Sofortige Einstellung des Wettrüstens;
– keine Erhöhung der Rüstungshaushalte in allen Ländern;

– sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West einschließlich der Neutronenbombe;
– einen konstruktiven Beitrag der Bundesregierung bei allen derzeit aktuellen Rüstungsverhandlungen.

Aus: Entschließung des 11. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB zur Entspannung, Abrüstung und zum Frieden in der Welt (1978).

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

. . .

Die geplante Umwandlung der Bundesrepublik in eine Abschußrampe für US-Atomraketen beschwört für unser Land tödliche Gefahren herauf. Strategische Erwägungen der USA, das eigene Territorium durch einen auf West- und Osteuropa begrenzten nuklearen Vernichtungsschlag schadlos halten zu können, bestätigen diese Gefahr und weisen unserem Land die Rolle eines atomaren Schlachtfeldes für diesen „Bündnispartner" zu.

Eine solche Strategie ist mit unseren nationalen Interessen unvereinbar. Diesen selbstmörderischen Plänen muß Einhalt geboten werden. Die DFG-VK sieht es daher als die gegenwärtig wichtigste Aufgabe an, eine Revision des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979 zu erzwingen und die Produktion neuer atomarer Mittelstreckenraketen und deren Stationierung auch auf dem Boden unseres Landes zu verhindern. Das anläßlich des Moskau-Besuchs von Bundeskanzler Helmut Schmidt seitens der Sowjetunion unterbreitete Angebot, das gesamte europäische Atomwaffenarsenal mittlerer Reichweite – einschließlich dem entsprechenden Potential auf den vorgeschobenen amerikanischen Basen – in sofortige Verhandlungen für ein SALT-III-Abkommen einzubringen, bietet dazu eine reelle Chance.

. . .

Aus: Programm für den Frieden – Für Völkerfreundschaft und Abrüstung – Gegen Konfrontation und Gewaltpolitik. – Der Antrag wurde vom Bundeskongreß der DFG-VK in Witten vom 21. bis 23. 11. 1980 in der Tendenz beschlossen und zur endgültigen Behandlung aus Zeitgründen an den Bundesausschuß der DFG-VK überwiesen. (Dieser tagt am 17.–18. 1. 1981.) Der Wittener Bundeskongreß beschloß zugleich, daß die DFG-VK von Ostern bis Pfingsten 1981 eine Friedensstaffette gegen Atomraketen durchführen wird.

Deutsche Friedens-Union (DFU)

. . .

Mit dem Brüsseler Raketenbeschluß vom Dezember 1979 haben die USA den westeuropäischen Völkern eine atomare Selbstmordstrategie aufgezwungen. Die Stationierung neuartiger Nuklearraketen auf westeuropäischem Territorium soll es ermöglichen, einen auf Europa begrenzten Atomkrieg zu führen. Die vom Präsidenten der USA in der Direktive 59 angeordnete neue nukleare Zielplanung schließt die Auslösung eines Atomkrieges durch einen amerikanischen nuklearen Erstschlag ein. Diese Strategie des Pentagon, wonach ein Atomkrieg durch die in Europa neu zu stationierenden Atomraketen begrenzbar und somit führbar werden soll, erhöht aufs äußerste die Gefahr, daß er auch riskiert werden könnte. Doch die Logik des Atomkrieges ist eine andere: Einmal ausgelöst, wäre er nicht mehr aufzuhalten. Dies ist die Hauptgefahr für die achtziger Jahre. Sie bedroht das Leben auf unserem gesamten Planeten. Alle Menschen müssen ihre Aufgabe darin sehen, sie zu bannen.

. . .

Oberstes Gebot der Friedenssicherung ist die sofortige Abkehr der Bundesrepublik von den neuen atomaren Rüstungsprogrammen zugunsten der Fortführung der Entspannungspolitik und der Einleitung einer Politik konkreter Abrüstungsschritte. Dies ist die für die achtziger Jahre einzig realistische politische Konzeption, weil sie die einzig kriegsverhütende ist. . . . Um den notwendigen Bewegungsspielraum für eine Friedenspolitik in Europa zu erlangen, muß sich die Bundesrepublik vor allem aus ihrer heutigen engen Bindung an die US-Globalstrategie lösen. Denn die Friedensinteressen unserer Bevölkerung sind mit weiterer Aufrüstung und mit der Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Ziele auf militärischem Wege nicht zu vereinbaren. Die Bundesregierung muß deshalb diese Interessen unseres Landes auch gegenüber den USA entschieden vertreten.

. . .

Aus: Erklärung des Unionstages der DFU vom 15. 11. 1980 – „Keine neuen US-Atomraketen in unser Land! Gemeinsam den Frieden sichern!"

Deutsche Jungdemokraten (DJD)

Die Deutschen Jungdemokraten lehnen die Stationierung der Pershing 2 und der Cruise Missile in Westeuropa mit aller Entschiedenheit ab. Die Ausrüstung mit weitreichenden eurostrategischen Nuklearwaffen widerspricht dem gesamteuropäischen Friedensinteresse. Eine solche Stationierung kann nur im Interesse der USA liegen, die nun die Chance haben werden, sich von einem europäischen Atomkrieg abzukoppeln. Die NATO-Doktrin vom strategischen Schutz Westeuropas durch die USA wird so ad absurdum geführt. Die ohnehin schon beispiellose Massierung von Streitkräften in Mitteleuropa wird durch die eurostrategischen Waffen noch erhöht. Dies erhöht nicht die westeuropäische Sicherheit, sondern verringert sie.

Es widerspricht erst recht dem Interesse der Bundesrepublik, eurostrategische Waffen im Lande stationiert zu haben. Eine solche Politik der Aufrüstung gefährdet die Entspannungspolitik, die gerade für ein Land an der Grenze der beiden Militärblöcke lebenswichtig ist, weil nur sie Frieden und Sicherheit stabilisiert. Gerade für die Bundesrepublik ist die Vorstellung, mit weitreichenden Nuklearwaffen ausgerüstet zu werden, besonders gefährlich, da sie die Bundesrepublik einer erhöhten Bedrohung durch Atomwaffen aussetzt, weil Nuklearwaffenstützpunkte auch immer Atomwaffenziel sind.

Wenn die NATO im Dezember 1979 dennoch den Beschluß gefaßt hat, die Pershing 2 und die Cruise Missile zu bauen, so zeigt dies deutlich die Vorherrschaft der USA im Bündnis. Auch nach dieser Entscheidung bleibt politisches Ziel der Jungdemokraten die Aussetzung der Produktionsentscheidung für mindestens 2 Jahre, um alle Verhandlungsmöglichkeiten im eurostrategischen Bereich auszuschöpfen. Darüberhinaus wird die noch offene Entscheidung der Stationierung zum Gegenstand der politischen Arbeit der Jungdemokraten.

. . .

Aus: Beschluß „Gegen Nuklearwaffen" der Bundesdelegiertenkonferenz 1980 der Deutschen Jungdemokraten.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Eine große Gefahr für unser Land zieht herauf: Die USA bauen neue Atomraketen. Die NATO hat beschlossen, die meisten auf unserem Heimatboden gegen die Sowjetunion in Stellung zu bringen. Die Bundesregierung hat im NATO-Rat zugestimmt. Sie hat Nachbarstaaten unter Druck gesetzt. CDU/CSU und Strauß begrüßen das.

Die Folgen sind mehrfach gefährlich: Eine neue Runde des Wettrüstens beginnt – und wir sollen das mitbezahlen. Die Kriegsgefahr steigt – und wir sollen das Risiko tragen. Die neuen Atomraketen sind Waffen des „ersten Schlages". Angriffswaffen. Der unvermeidliche Gegenschlag wird auf uns gelenkt. Die Entspannung wird torpediert. Für den Rüstungsprofit und die „Vorwärtsstrategie" werden die Vorteile der Entspannung aufs Spiel gesetzt. Wird der Rückfall in den Kalten Krieg heraufbeschworen. Es ist eine Lüge, daß die NATO „nachrüsten" müsse. Den USA, den Bonner Generalen und der Rüstungsmaffia geht es um militärische Überlegenheit. Es ist eine Lüge, daß uns die Sowjetunion bedroht. Die Sowjetunion hat mit ihren Verhandlungsangeboten, mit ihrer einseitigen Rüstungsverminderung die Chance geboten, daß endlich mit der Abrüstung begonnen wird. Es ist eine Lüge, daß jetzt Verhandlungen leichter seien. Wer zuerst neue Atomwaffen beschließt, sabotiert Verhandlungen. Wer aus der „Position der Stärke" verhandeln will, geht wie ein Erpresser zu Werke.

. . .

Das sind die Forderungen, auf die es jetzt ankommt:
– US-Mittelstreckenraketen dürfen in der Bundesrepublik nicht stationiert werden! Alle anderen Atomwaffen müssen von unserem Territorium abgezogen werden!
– Die Bundesrepublik muß unverzüglich ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer gesamteuropäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung erklären!
– Kürzung des Rüstungsetats!
Das ist durchzusetzen. Dafür lohnt sich der Kampf. Aus gemeinsamen Friedensinteressen zum gemeinsamen Handeln! Für Sicherheit und Abrüstung!

Quelle: DKP-Pressedienst v. 15. 12. 1979: „Der NATO-Beschluß darf nicht verwirklicht werden! Keine NATO-Atomraketen in die Bundesrepublik!" Aufruf des Parteivorstands der DKP.

Industriegewerkschaft Druck und Papier

Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der NATO darauf hinzuwirken, den am 12. Dezember 1979 in Brüssel gefaßten Beschluß, „eurostrategische Atomwaffen" in der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen NATO-Staaten zu stationieren, aufzuheben und Maßnahmen für Abrüstungsverhandlungen zu ergreifen.

Begründung: Es steht außer Zweifel, daß der Brüsseler NATO-Beschluß das strategische Gleichgewicht in Europa verändert. 108 neue Raketen (Pershing II), die alle in unserem Land stationiert werden sollen, und 464 unbemannte Flugkörper (Cruise-missiles), von denen 96 zur Stationierung vorgesehen sind, können als „Nachrüstung" nicht bezeichnet werden; denn bislang gingen beide Seiten, West wie Ost, immer von einem Gleichgewicht der beiden Blöcke aus. Dies wurde z. B. beim Abschluß des SALT-II-Vertrages im Sommer in Wien sowohl von Carter wie von Breshnew deutlich ausgesprochen.

Die neue Lage gefährdet insbesondere die Bundesrepublik. Bei einer – leider nicht gänzlich undenkbaren – militärischen Konfrontation würden wir als erste innerhalb von Stunden aufgehört haben zu existieren; unser Land, unser Volk, jeder einzelne von uns.

Die Stationierungsbeschlüsse der NATO verstärken das nur noch. Es bleibt auch die Frage, wie die Hochrüstung finanziert werden soll. Den Gürtel enger schnallen für Raketen, kann keine Alternative sein zu gleichberechtigten Verhandlungen.

. . .

Aus: Antrag „Abrüstung", beschlossen auf dem 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier im Oktober 1980.

Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)

Gemeinsam mit der DGB-Jugend sind Aktionen gegen die weltweite Aufrüstung vorzubereiten und durchzuführen. Das Motto des Antikriegstages 1979 „Nie wieder Krieg! – Abrüstung – Gewinn für uns", zu dem sich die DGB-Jugend bekennt, ist auch 1980 aktuell.

Begründung: Eine wesentliche Voraussetzung für den sozialen Fortschritt ist ein gesicherter Frieden. Dieser kann auf die Dauer nur durch Abrüstung erzielt werden. Die jüngsten NATO-Beschlüsse und die derzeitige Politik der Stärke stehen im krassen Widerspruch dazu. Vor allem die Arbeitnehmer sind die Leidtragenden solcher Politik. Für die Gewerkschaftsjugend ist die Geschichte unseres Landes eine mahnende Verpflichtung zur Wahrnehmung unserer demokratischen Rechte. Es gilt, aus der Geschichte zu lernen, gegen jede Gewalt und jeden Krieg einzutreten, militärischem Denken entgegenzuwirken und einen Beitrag zum Frieden und zur Völkerverständigung zu leisten.

Antrag 70 (Antikriegstag), beschlossen vom 11. Ordentlichen Gewerkschaftstag der GdED vom 8. bis 12. September 1980 in Berlin (West).

Evangelische Studentengemeinde in der Bundesrepublik und Berlin-West (ESG)

. . .

Die Widersprüchlichkeit und die Gefährlichkeit des Prinzips der militärischen Abschreckung und das Ausmaß der Kostenentwicklung im militärischen Bereich verlangen eine sofortige und konsequente Abrüstung. Dies setzt die Planung von Abrüstungsmaßnahmen, die Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion und die Ausarbeitung alternativer Verteidigungskonzepte voraus.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf:
– den sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschluß im Bereich der Mittelstreckenraketen ersatzlos zu streichen;
– zu einseitigen Abrüstungsvorleistungen, die als vertrauensbildende Maßnahmen eine deutliche Kürzung des Verteidigungsetats etwa um 3 % jährlich auf einen Zeitraum von fünf Jahren vorsehen;
– jährlich einen Abrüstungsbericht vorzulegen;
– die Entfernung sämtlicher Atomwaffen vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland zu veranlassen;
– verstärkt alternative Verteidigungskonzepte zur gegenwärtigen Strategie der militärischen

Abschreckung zu erarbeiten.

. . .

Aus: Rothenfelser Erklärung – Forderungen zur Abrüstungsplanung an die Bundesregierung.

Die Grünen

. . .

Nur wenn das Recht an die Stelle der Gewalt tritt, kann die Menschheit überleben. Diese Forderung müssen besonders wir Deutschen erheben, da uns jeder sogenannte „Ernstfall" den Untergang bringen würde. Die „atomare Abschreckung" ist zu einer unwirksamen Drohung geworden, da sie die atomare Selbstvernichtung einschließt. „Frieden und Abrüstung" muß deshalb zum Leitsatz der deutschen Außenpolitik und Strategie werden.

. . .

Als erste notwendige Schritte einer aktiven deutschen Friedenspolitik schlagen wir vor:

– Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung mit dem Ziel, alle festgefahrenen Abrüstungsverhandlungen innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen durch konkrete und durchführbare Vorschläge zuErgebnissen zu bringen. . . . Die Abrüstung muß dabei im eigenen Land beginnen, und sollte andere Länder veranlassen, ebenfalls abzurüsten.

. . .

– Verbot der Lagerung und Produktion atomarer, chemischer und biologischer Waffen in aller Welt.
– Keine Produktion und Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen (wie Pershing II und Cruise Missiles) und Abschaffung der Warschauer-Pakt-Mittelstreckenraketen (wie SS 20).
– Schaffung einer waffenfreien Zone in Ost- und Westeuropa.

. . .

Aus: Saarbrücker Bundesprogramm, 1980.

Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV)

Ein Weiterdrehen an der Rüstungsschraube muß durch eine aktive Entspannungspolitik verhindert werden. Der 10. Ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen verurteilt die Entscheidung der NATO, atomare Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren. Die Stationierung macht den Weltfrieden unsicherer und bedeutet den Einstieg in eine neue Runde des Wettrüstens. Als Arbeitnehmer dieses Landes können wir es nicht tatenlos hinnehmen, daß die atomare Bedrohung in Europa weiter verschärft wird. Wir fordern den HBV-Vorstand auf, auf den DGB einzuwirken, daß er sich dafür einsetzt,

– daß die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland durch die Rücknahme der NATO-Beschlüsse doch noch verhindert wird,
– daß die Vereinigten Staaten durch die europäischen Länder veranlaßt werden, endlich den Salt-II-Vertrag zu ratifizieren,
– daß eine aktive Entspanungspolitik fortgesetzt wird mit dem Ziel, die Gefahr eines Krieges zu verhindern,
– daß keine Neutronenbombe in der Bundesrepublik Deutschland stationiert wird,
– daß eine endgültige Ächtung aller Atomwaffen auf dieser Erde erreicht wird.
– daß sich HBV und DGB verstärkt in Albrüstungs- und Friedensinitiativen engagieren.

Entschließung 3 (Abrüstung in Ost und West), angenommen vom 10. Ordentlichen HBV-Gewerkschaftstag 1980.

Jungsozialisten in der SPD

. . .

Politisch gesehen gibt es ein annäherndes militärisches Gleichgewicht zwischen den beiden großen Militärblöcken. Durch konkrete Vereinbarungen müssen wir dazu kommen, daß auf beiden Seiten gleichgewichtig abgerüstet wird. Wir wollen beispielsweise eine Verringerung aller Mittelstreckenwaffen in Europa. Wir treten ein für die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens und für die Durchführung einer neuen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Madrid. Und wir setzen uns dafür ein, daß Ost und West auf den Bau und die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in und für Europa zumindest für den Zeitraum sofort aufzunehmender Verhandlungen verzichten.

Wir warnen vor denjenigen, die die Bundesrepublik weltweit in Kriegsabenteuer hineinziehen wollen.

. . .

Aus: Aufruf des Bundesvorstands der Jungsozialisten zur Demonstration und Kundgebung „Für Frieden und Demokratie" am 24. 5. 1980 in Köln.

Katholische Christen gegen die Atomrüstung

Wir lehnen den Einsatz von Atomwaffen – gleich ob zu Verteidigung oder zum Angriff – bedingungslos ab. Angesichts der Entwicklung der Waffentechnik und der Weltsituation halten wir ihn für unvereinbar mit dem Beispiel und der Botschaft Jesu Christi und der Lehre der katholischen Kirche.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung und alle unsere Mitmenschen auf, alle nur möglichen Schritte zu unternehmen, in den nächsten Jahren die atomare Rüstung im Bereich der Bundesrepublik entscheidend zu verringern und schließlich alle Atomwaffen abzurüsten. Als ersten Schritt fordern wir den Verzicht auf die Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen (Cruise Missile und Pershing II).

Wir wollen darauf hinwirken, daß unsere Kirche sich nicht mit allgemeinen Friedensappellen begnügt, sondern mehr als bisher konkret ihren Teil zu Frieden und Abrüstung in der Bundesrepublik beiträgt.

Berliner Erklärung katholischer Christen gegen die Atomrüstung aus Anlaß des 86. Deutschen Katholikentages vom 4. bis 8. 6. 1980 in Berlin (West).

Kirchliche Bruderschaft im Rheinland

Die Mitglieder der Kirchlichen Bruderschaft im Rheinland, die zu einer Tagung über das Thema „Selig sind die Friedensstifter" vom 14. bis 16. März 1980 in Wuppertal versammelt sind, erklären:

Wir sind aufs äußerste besorgt wegen der Gefährdung der Entspannungspolitik, die nicht erst durch die jüngsten Ereignisse im Mittleren Osten, sondern schon seit der Verabschiedung des NATO-Langzeitprogramms 1978 erkennbar ist.

Die katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Zustände in der Dritten Welt, die in vielen Ländern zu Befreiungsbewegungen führten, können nicht durch Forcierung der Aufrüstung, durch Entwicklung immer raffinierterer Massenvernichtungsmittel, durch Anheizen des Kalten Krieges und durch militärische Strafaktionen überwunden werden. Es gibt keine Alternative zur Entspannungspolitik.

Wir fordern deshalb alle Bürger auf, der Rüstungseskalation zu widerstehen und sich für energische Schritte zur Entspannung einzusetzen, d. h. insonderheit:

– der Ausführung des NATO-Beschlusses betr. Lagerung neuer Atomraketen in unserem Land entgegenzutreten,
– einer einseitigen Berichterstattung und einer die Konflikte schürenden Propaganda, die von den eigentlichen Ursachen der Krisen in der heutigen Welt ablenkt, kritisch zu begegnen,
– alle Verhandlungen und Initiativen zu unterstützen, die den Frieden in Europa und in der Welt sicherer machen.

. . .

Quelle: „Neue Stimme", 4/1980, S. 28.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit

Wir rufen zum Widerstand.

Gegen das Interesse der Völker hat sich die NATO für eine verschärfte Aufrüstung mit neuartigen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa entschieden. Das Angebot der Sowjetunion zu alsbaldigen Verhandlungen mit dem Westen wurde nicht beachtet. Diese große Chance wurde vertan. Das ist ein schwarzer Tag im Bemühen um Entspannung und Abrüstung auf unserem Kontinent.

Mit dem Plan, unser Land und das Territorium unserer Nachbarn zu Abschußrampen weitreichender amerikanischer Atomraketen zu machen, wird eine äußerst gefährliche Wende in der mi-

litär-strategischen Entwicklung Europas eingeleitet. Mit diesen Raketen soll eine militärische Überlegenheit erzielt und ein europäisch begrenzter Atomkrieg ermöglicht werden.

. . .

Wir fordern:
Die NATO-Beschlüsse dürfen nicht verwirklicht, die Atomraketen nicht in Westeuropa stationiert werden.

Handeln wir daher gemeinsam, gemeinsam auch mit den Friedensbewegungen in unseren Nachbarländern. Wie gegen die Neutronenbombe müssen auch Erfolge im Kampf gegen Mittelstreckenraketen möglich sein.

Aus: Aufruf vom 17. 12. 1979: „Den NATO-Beschluß nicht verwirklichen – Das Wettrüsten beenden".

Komitee für Grundrechte und Demokratie

. . .

Ein tragfähiges und wirksames Friedenskonzept, bezogen auf die spezifischen Probleme der Bundesrepublik und Westberlins ist zu entwickeln. Konturen eines solchen Konzepts sind:

– Die „Nachrüstung" sprich Neuaufrüstung mit Atomraketen durch die NATO-Partnerstaaten und die Bundesrepublik dürfen wir nicht zulassen;

– die Diskussion einer tatsächlich wirksamen Abrüstungspolitik darf sich nicht allein auf die atomare Bewaffnung beschränken, sie muß auch die „konventionellen" Waffen und vor allem Rüstungsexport und Militärhilfe mit einbeziehen;

– die Sicherheit der Bundesrepublik, auch die Sicherheit Westberlins, sind durch positive politische und ökonomische Maßnahmen der Entspannung, des Austauschs und der Hilfe zwischen den west- und osteuropäischen Ländern, aber auch in der Beziehung zu den Ländern der Dritten Welt, zu gewährleisten;

– auf die Großmächte ist mit vereinten Kräften hinzuwirken, daß der Entspannungskurs nicht abgebrochen, sondern konsequent aufgenommen wird.

. . .

Aus: Appell gegen Kriegsgefahr vom 1. 6. 1980. Initiatoren: Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack.

Koordinationsausschuß Ökologie und Frieden

. . .

Entgegen den Bekenntnissen zu Frieden und Abrüstung erhöhen die Regierungen tatsächlich Jahr für Jahr die Zahl der Waffen. Auch in der Bundesrepublik treiben die führenden Kräfte, Parteien und Politiker von Regierung und Opposition dieses alte Spiel weiter. Durch massive Unterstützung seitens der Bundesregierung wurde mit der demagogischen Formel „Nachrüstung" in der NATO durchgesetzt, in den Jahren 1981–1983 neue Atomwaffensysteme – cruise-missiles und Pershing II – in Westeuropa zu stationieren, den größten Teil davon auf bundesdeutschem Boden. Produktion und Stationierung dieser Mittelstreckenraketen begünstigen Strategien eines auf Europa begrenzten Atomkriegs.

Im Osten wie im Westen gilt: Frieden ist nur jenseits von Waffen und militärischer Gewalt möglich. Sicherheit ist im Atomzeitalter militärisch nicht herzustellen, das Wettrüsten bleibt eine ständige Gefahr. Frieden läßt sich dauerhaft nur durch eine konsequente Entspannung und echte Abrüstungsschritte bei atomaren und konventionellen Waffen erreichen. Die Einführung neuer Waffensysteme, der Aufschub des SALT-II-Abkommens, der Aufbau einer westeuropäischen Atomstreitmacht, das Bestreben zur Rekrutierung von Frauen für den Kriegsdienst sind Versuche einflußreicher Kräfte, den Kalten Krieg wiederzubeleben und internationale Krisen hemmungslos für eine weitere Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft auszunutzen.

. . .

Wir rufen alle Bürger zu Demonstrationen gegen das militärische und zivile Atomprogramm auf. . . . Unter dem Motto: „Atomkraftwerke und Atomwaffen – gemeinsam abschaffen" fordern wir:
– Abrüstung in Ost und West. Erste vertrauensbildende Schritte durch die Bundesrepublik.
– Keine Stationierung neuer Atomraketen auf bundesdeutschem Boden. Schaffung einer atomwaffenfreien Zone Mitteleuropa.

- Stillegung aller Atomanlagen. Einstellung des Exports atomarer Anlagen.
- Keine Frauen in die Bundeswehr. Uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung.
- Entgiftung der Umwelt. Keine Verschwendung von Rohstoffen und Energie.
- Umstellung der Atomwirtschaft und der Rüstungsindustrie auf zivile und sozial nützliche Güter. Verstärkter Einsatz natürlicher Energiequellen.

Aus: Aufruf zu Aktionen „Gegen Rüstung und Atom" am 25. 10. 1980 in Nordhorn/Lingen (Kontaktanschriften des Koordinationsausschusses: BBU und DFG-VK).

Krefelder Forum „Der Atomtod bedroht uns alle"

Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müßten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung,

– die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbildung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

. . .

Aus: Erklärung des Krefelder Forums vom 15./16. 11. 1980: „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa".

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)

. . .

Die „Gleichschaltung" der Bonner Parteien in Bezug auf den NATO-Beschluß ist ein Stück weiterer Rechtsentwicklung. Schon jetzt haben Militärs in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen Einfluß: . . . Kaum eine Autobahn oder Straße wird gebaut, ohne daß Bundeswehr und US-Armee ihre Zustimmung geben. Den „militärischen Interessen" fallen Erholungsgebiete zum Opfer. Die Realisierung der Brüsseler Beschlüsse würde diese Militarisierung weiter verstärken. Wo die neuen Raketen stationiert werden sollen, entscheiden die NATO-Oberen. Jede dieser neuen Atomraketen bedeutet, daß ein weiterer Teil unseres Landes dem Militär unterstellt wird, daß einmal mehr militärische Interessen über unsere demokratischen Rechte gestellt werden.

Die NATO-Pläne müssen verhindert werden! . . . Kampf dem Atomtod!

Aus: Bericht des Bundesvorsitzenden Uwe Knickrehm auf der 2. Bundesvorstandstagung am 12./13. 1. 1980.

Naturfreundejugend Deutschlands (NFJD)

. . .

Die Konzentration weiterer Massenvernichtungswaffen auf unserem Territorium stellt eine un-

geheure Bedrohung für die Bevölkerung unseres Landes dar. Eine neue Runde des Wettrüstens würde eingeleitet. Unser Land kann erneut zu einem Spannungsherd werden. Die Bevölkerung bekäme dies unmittelbar zu spüren durch noch höhere Rüstungslasten sowie durch Maßnahmen der inneren Militarisierung. Das Durchsetzen der NATO-Pläne wird die Entspannungsgegner ermuntern und ein „Frontstaat-Denken" fördern, wie es in der Zeit des Kalten Kriegs vorherrschte. Ganz zu schweigen von dem Fall, wo die Bundesrepublik Deutschland zum direkten Schauplatz eines begrenzten thermonuklearen Krieges wird.

. . .

Wir wissen auch, daß mit der Verhinderung der NATO-Pläne und damit einer neuen Runde des Wettrüstens eine solch lebenswichtige Entscheidung auf der Tagesordnung steht, die den Regierenden nicht allein überlassen werden kann.

Als in den fünfziger Jahren die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen verhindert werden konnte, als Anfang der siebziger Jahre die Ostverträge gegen den Widerstand der CDU/CSU durchgesetzt werden konnten, spielte das aktive Handeln der arbeitenden Bevölkerungsschichten und der demokratischen Jugendverbände, darunter auch der Naturfreundejugend, eine wichtige Rolle. Deshalb sehen die Verbände der Arbeiterjugendbewegung, die Kräfte der Antikriegs- und Antiatombewegung in den letzten Wochen und Monaten ihre Aufgabe darin, für die Abrüstung verstärkt aktiv zu werden.

. . .

Wir wollen, daß unser Land eine Rolle als Faktor der Entspannung und der Abrüstung spielt!

. . .

Aus: Offener Brief der Bundesjugendleitung der NFJD an den Bundeskanzler, Stuttgart, den 19. 11. 1979.

Industriegewerkschaft Metall

. . .

Der 13. Ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt den Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung West-Europas mit Mittelstrecken-Raketen. Er hält Abrüstung und Entspannung als Grundvoraussetzung für eine, die Arbeitnehmer überzeugende Reformpolitik. Er fordert alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland auf, sich für die Sicherung des Friedens durch eine Politik der Entspannung einzusetzen.

. . .

Der Gewerkschaftstag verurteilt deshalb die neuesten rüstungstechnologischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, die die Führung eines begrenzten Atomkrieges ermöglichen.

Die Sowjetunion wird aufgefordert, die Produktion und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen, damit die Nato ihren Nachrüstungsbeschluß annullieren kann. Unabhängig davon fordert der Gewerkschaftstag die Bundesregierung auf, zusammen mit den westlichen Bündnispartnern eine nicht an Bedingungen geknüpfte Verhandlungsbereitschaft zu zeigen.

. . .

Aus: Entschließung 3 (Entspannung und Abrüstung) des 13. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall vom 21. bis 27. 9. 1980 in Berlin (West).

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)

Der Hauptvorstand wird aufgefordert,

– sich an die Bundesregierung zu wenden, um sie aufzufordern, weitere konstruktive Vorschläge zur Fortführung der Entspannungspolitik sowie zu konkreten Abrüstungsschritten vorzulegen und alle anderen Vorschläge zur Abrüstung ernsthaft zu prüfen;
– sich für den Stopp und die schrittweise Senkung der Rüstungshaushalte der Staaten des Warschauer Paktes und der NATO um 10 Prozent einzusetzen, so daß die freiwerdenden Mittel für soziale Zwecke eingesetzt werden können;
– den Hauptvorstand zu beauftragen, rechtzeitig zum Antikriegstag Argumentations- sowie Öffentlichkeitsmaterialien in die Organisation zu geben und aktiv zur Gestaltung dieses wichtigen Höhepunktes der gewerkschaftlichen Friedenspolitik beizutragen.

. . .

Antrag 264 (Entspannungspolitik), beschlossen auf dem 9. Ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV vom 8. bis 14. 6. 1980 in Berlin (West). Als Material zu Antrag 264 wurde der nachstehende Antrag 265 (Verzicht auf Bau von Mittelstreckenraketen) angenommen.

Der Gewerkschaftstag der ÖTV verlangt von der Bundesregierung mit Entschiedenheit den Verzicht auf den Bau und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in unserem Land. Noch nie hat die Anhäufung von Waffen den Frieden sicherer gemacht, noch immer gilt das Wort: Raketen sind Magneten. Mit dem geplanten NATO-Beschluß über den Bau und die Stationierung neuer amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa droht eine neue, ungeheure Welle des internationalen Wettrüstens, die in ihren militär-, umwelt-, sozial- und allgemeinpolitischen Auswirkungen überhaupt nicht mehr überschaubar ist, über die Menschheit hereinzubrechen. Es geht nicht mehr länger an, daß die Interessen der Rüstungslobby und der ewigen kalten Krieger vor das Bedürfnis der Menschen unseres Landes nach Frieden, Abrüstung und sozialem Fortschritt gestellt werden. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, endlich einen eigenen konkreten Beitrag zur Abrüstung zu leisten. Von seiten der Bundesregierung und der NATO sollte unbedingt auf die von östlicher Seite gezeigte Gesprächsbereitschaft eingegangen werden und die einmalige Chance genutzt werden, der neuen drohenden Welle des Wettrüstens Einhalt zu gebieten.

Pax Christi

. . .

Unabhängig von der Frage, wie die Mittelstreckenpotentiale eingeschätzt werden, besteht Übereinstimmung darüber, daß im Falle der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa eine Situation eintritt, deren Folgen noch nicht voll absehbar sind: Zum ersten Mal wird dann eine der Supermächte, die Sowjetunion, doppelt atomar verwundbar, nämlich durch das amerikanische Langstreckenpotential und die in Europa zu stationierenden Mittelstreckenraketen mit einer extrem kurzen Vorwarnzeit von fünf Minuten und weniger, während die lebenswichtigen Zentren der Vereinigten Staaten nach wie vor nur durch die sowjetischen Langstrekkenwaffen bedroht werden. Gerade deshalb wäre bei einem Scheitern der geplanten Abrüstungsverhandlungen ein gefährlicher Rüstungswettlauf auf dem Niveau atomarer Vernichtungswaffen in Europa die unausweichliche Folge.

. . .

Aus: Plattform der (katholischen) Pax Christi, verabschiedet von der Delegiertenversammlung am 9. Dezember 1980 in Kleve.

Soldaten der Bundeswehr

. . .

In dieser Situation halten wir Soldaten aller Waffengattungen der Bundeswehr es für unsere Pflicht, unseren Protest gegen eine solch gefährliche und auch militärisch durch nichts zu rechtfertigende NATO-Hochrüstungspolitik zu erheben.

15 Gramm Sprengstoff reichen aus, um einen Menschen zu töten. Schon jetzt jedoch kommen auf jeden Einwohner in Mitteleuropa durchschnittlich 60 Tonnen hochexplosiver Vernichtungsmittel. Wer heute behauptet, nur durch noch mehr und modernere Massenvernichtungsmittel mit wesentlich mehr Sprengkraft könne der Frieden auf dem Kontinent aufrechterhalten werden, der lügt.

Vielmehr steigert die Anschaffung insbesondere neuer Mittelstreckenraketen die Gefahr eines verheerenden Nuklearkrieges. Gerade unser Land aber würde, schon aufgrund seiner geographischen Lage, im Laufe eines solchen Krieges in eine unvorstellbare Trümmerwüste verwandelt und für jedes menschliche Leben unbewohnbar gemacht werden.

. . .

Aus einer Erklärung von Soldaten der Bundeswehr, zit. nach ppa vom 23. 10. 1979. Erstunterzeichner lt. ppa über 100 Bundeswehrangehörige in 21 Standorten.

Appell sozialdemokratischer Frauen „Frauen für den Frieden – Frauen gegen Wettrüsten"

. . .

Der spürbaren und tiefen Betroffenheit über das weitere Anwachsen der Rüstungspotentiale durch eine neue Runde nuklearen Wettrüstens – trotz aktiver Ansätze zur Rüstungskontrolle – muß von den politisch Verantwortlichen Rechnung getragen werden. Das Angebot der UdSSR, Truppen zu vermindern und Waffen aus der DDR abzuziehen, eröffnet dazu neue Möglichkeiten.

Die sozialdemokratischen Frauen fordern die Bundesregierung auf, nicht nur diese Vorschläge

ernsthaft und eingehend zu prüfen, sondern in Übereinstimmung mit den Verbündeten Verhandlungen zu beginnen, mit dem Ziel
– eine neue Runde des Wettrüstens und
– die Gefahr des Selbstmordes
der europäischen Völker durch neue Waffen auszuschließen.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch
– Stopp weiterer nuklearer Aufrüstung und
– Abbau nuklearer Rüstung mit dem Ziel, ein Gleichgewicht herzustellen,
– Gleichgewicht konventioneller Waffen,
– gegenseitige Manöverbeobachtung.

Die sozialdemokratischen Frauen fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, gegen die Produktion neuer Mittelstreckenraketen und deren Stationierung in der Bundesrepublik und Europa zu protestieren.

. . .

Aus: Appell sozialdemokratischer Frauen vom 3. Dezember 1980. Zu den Erstunterzeichnern gehören die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in Bayern und eine Reihe weiterer bayerischer SPD-Politiker und -mitglieder.

Sozialdemokraten appellieren an den SPD-Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, den sozialdemokratischen Bundeskanzler

. . .

Deshalb fordern wir den Bundesvorstand der SPD, die SPD-Bundestagsfraktion und den sozialdemokratischen Bundeskanzler auf, dafür Sorge zu tragen, daß
– ohne weitere Verzögerung und ohne größere Denkpausen Verhandlungen aufgenommen werden, um die eurostrategischen Waffensysteme in Eusropa zu begrenzen (miteinander reden statt gegeneinander rüsten);
– die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch die Rücknahme des NATO-Beschlusses doch noch verhindert wird;
die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden;
– keine Neutronenbombe in der Bundesrepublik stationiert wird;
– der Rüstungsetat zugunsten sozialer Investitionen gesenkt wird (soziale Sicherheit statt militärischen Aufwand);
– schnellstmöglich eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen und durchgeführt wird.

. . .

Vgl. den Wortlaut des Appells und die Namen der Erstunterzeichner im Dokumentarteil dieses Heftes.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

. . .

Nun droht eine neue Runde des Wettrüstens. Können die NATO-Herren ihren Plan durchsetzen, dann werden die unsinnigen Rüstungslasten weiter erhöht. Die Völker werden zur Kasse gebeten. Wichtige Projekte im Interesse der Jugend können nicht angegangen werden. Dann werden weitere Landstriche umzäunt und mit Schildern versehen: „Militärisches Gelände. Lebensgefahr. Betreten verboten." Dann wird der deutsche Imperialismus erstmals über die Mittel verfügen, die Sowjetunion mit Atombomben zu beschießen. Der deutsche Imperialismus, der schon einmal die Sowjetunion überfiel und die Welt zweimal in Krieg, in Tod und Verwüstung stürzte, der sich auch heute noch nicht mit den Grenzen in Europa abfinden will.

. . . .

Die NATO-Sprüche von der Verhandlungsbereitschaft sind allzu durchsichtig. Wenn diese Bereitschaft da gewesen wäre: Warum hat man erst die Aufrüstung beschlossen, um dann zu verhandeln, und nicht erst einmal verhandelt?

Die Jugend hat seinerzeit mit der demokratischen Bewegung durchgesetzt: In den 50er Jahren, daß der deutsche Imperialismus keine Atomwaffen in die Finger bekommt; in den 60er und 70er Jahren, daß die Grenzen in Europa anerkannt, Verträge abgeschlossen und die Entspannung eingeleitet werden. Diese Erfolge stehen auf dem Spiel!

. . .

Quelle: SDAJ-Presseinfo vom 14. 12. 1979.

Sozialistischer Hochschulbund (SHB)

. . .

Ein Grund zur Resignation ist . . . nicht vorhanden. Die Friedensbewegung Westeuropas hat bereits bei der geplanten Stationierung der Neutronenbombe einen einheitlichen Aufrüstungsbeschluß der NATO verhindern können. Damit konnten auch die Chancen eines vollständigen Verzichts auf die Mittelstreckenraketen vergrößert werden. Den Friedenskräften in der BRD kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, auch sie müssen den Druck der öffentlichen Meinung auf die Bundesregierung so erhöhen, daß sie sich außerstande sieht, ihre Pläne zu verwirklichen.

Der SPD-Parteitag hat zudem offenbart, daß auch in der Sozialdemokratie eine starke Opposition gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung und der NATO vorhanden ist; auch in vielen SPD-Gliederungen verfängt die „Bedrohungslüge" nicht mehr. Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt für die Arbeit fortschrittlicher Sozialdemokraten. Die Diskussion in der Öffentlichkeit und auch in der Partei muß weitergehen, mit dem Parteitagsbeschluß ist die Sache nicht erledigt!

. . .

Aus: „Verhandeln statt rüsten", Erklärung des SHB-Bundesausschusses, „frontal", Februar 1980.

Studentenpfarrerkonferenz der Evangelischen Studentengemeinden in der Bundesrepublik und Berlin (West)

. . .

Die Studentenpfarrerkonferenz stellt fest:

Es kann nicht zu gleicher Zeit Entspannung und Nachrüstung geben.

Mit dem Nachrüstungsbeschluß wird das Kriegsrisiko im Wesentlichen den Europäern aufgeladen. Er wurde der NATO gegen den Widerstand vor allem der kleineren NATO-Länder und Teilen unserer Regierungskoalition von den USA aufgezwungen. Im Zusammenhang damit beobachten wir eine beängstigende Militarisierung des öffentlichen Bewußtseins.

Dabei müssen wir uns wieder fragen:

Gibt es ein Ziel, das den Einsatz von Atomwaffen rechtfertigen kann?

Angesichts der neuen Lage in Europa wollen wir, Studentenpfarrer, unsere so oft bekundete Verantwortung für den Frieden verstärkt wahrnehmen, indem wir mit unseren Gemeinden
- Friedensarbeit zum Schwerpunkt unserer Praxis machen;
- konkret darauf dringen, den Nachrüstungsbeschluß der NATO zu revidieren;
- Kontakt aufnehmen zu den Friedensinitiativen am Ort, überregional und international, um auf diesem Gebiet Kompetenzen zu erwerben und die Friedensbewegung zu stärken;
- in unseren Kirchen darauf hinzuwirken, daß sie sich mit Nachdruck und konkret für Abrüstung und Frieden einsetzen.

Aus: Erklärung zur Friedensarbeit, Gummersbach, 17.–21. 3. 1980.

II. Persönlichkeiten

Pastor Heinrich Albertz

. . .

Sie finden mich bei denen, die immer besorgter sind über den Umgang, den wir mit den Vokabeln Krieg – Verteidigung – Frieden – Sicherheit haben. Denn bei dem, was wir beschönigend „Krieg" und „Verteidigung" nennen, handelt es sich, wie jedermann weiß, in Europa und bei einem Zusammenstoß der Weltmächte um Massenvernichtung und Völkermord, um verbrannte und vergiftete Erde und die Zerstörung der Schöpfung. Und das Wort „Verteidigung" ist vor dieser Wirklichkeit eine fromme Lüge. Sie finden mich bei denen, die das immer wieder aussprechen gegen alle Werbebroschüren der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee und auch gegen den Einwand, gerade dieser Schrecken der völligen Vernichtung garantiere den Frieden. Welchen Frieden? Ein Frieden auf dem tödlichen Grat der letzten Katastrophe ist kein Frieden und gibt auch nur solange Sicherheit, als wir uns auf Menschen und Geschichtsabläufe verlassen könnten.

Die Geschichte der Menschheit lehrt, daß man sich nicht auf die Vernunft und die Gelassenheit, auf den Friedenswillen der Mächtigen verlassen kann. Ich kann also heute, da wir ja auch und ge-

rade des Mannes gedenken, der wegen der Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland seine Ämter verließ und einen einsamen, oft geschmähten, vom Verfassungsschutz beobachteten Weg in die Minderheit ging – Gustav Heinemann –, nur uns alle fragen, welches Ziel hat die erste Priorität unter allen denkbaren politischen Aufgaben? Ich antworte: die Abrüstung, die Zerstörung der Menschheitsvernichtungswaffen. Dies ist das Erste.

. . .

Aus der Ansprache von Heinrich Albertz, anläßlich der Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises an ihn selbst in Berlin (West) am 2. 11. 1980.

Generalmajor a.D. Gert Bastian

. . .

Mit ihrem damaligen Votum für eine hier irreführend als „Nachrüstung" bezeichnete Stationierung amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen modernster Auslegung in Mitteleuropa und natürlich vorwiegend in der Bundesrepublik Deutschland hat die Bundesregierung die Mitverantwortung für eine rüstungspolitische Initiative übernommen, die eine verhängnisvolle Eskalation im nuklearen Wettrüsten wahrscheinlich macht, die aber die europäischen Verbündeten der USA nicht erst in diesem Fall, also nicht, wenn es zur Stationierung kommt, einem erhöhten Risiko aussetzt. Denn ganz unabhängig von einer späteren Stationierung der Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper hat ja allein schon der Freibrief für die Produktion einer technisch verfeinerten Generation nuklearer Mittelstreckenwaffen Vorstellungen begünstigt und, wie wir wissen, in neue Direktiven für den Einsatz von Nuklearwaffen einfließen lassen, denen zufolge ein Nuklearkrieg in offensichtlich höherem Maße, als es den Europäern lieb sein kann, als begrenzbar und damit als führbar, ja, als gewinnbar im Sinn traditioneller Kriegsvorstellungen angesehen wird. Fast ein Jahr nach Brüssel stellt sich der Nachrüstungsbeschluß vom 12. Dezember 1979 deshalb als ein fortwirkendes Übel dar.

. . .

In der Tat steht die Argumentation der NATO und der Bundesregierung für eine Nachrüstung auf schwachen Füßen, weil Drohungen ganz unterschiedlicher Art und Qualität gegeneinandergehalten werden. Daran ändert auch der stereotype Hinweis auf den sogenannten Doppelcharakter der Brüsseler Beschlüsse wenig, mit dem die Bundesregierung jede Kritik an ihrem Votum entkräften zu können meint. Es stimmt natürlich, daß in Brüssel neben der Nachrüstung auch ein an die Sowjetunion gerichtetes Angebot beschlossen worden ist, in Rüstungskontrollverhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen einzutreten. Doch bedarf es ja wohl kaum großer Phantasie, sich vorzustellen, wie vertrauensbildend es wirken muß, wenn man in einer ohnehin von Mißtrauen erfüllten Situation seinem Kontrahenten mit der einen Hand einen Ölzweig entgegenhält, während die andere einen Revolver auf ihn richtet. Genau so und nicht anders muß aber die Weisheit dieses Doppelbeschlusses gewertet werden. Man muß bedenken, daß dieser Kontrahent vor solchem Auftritt überdies mehrfach erklärt hat, er würde beim In-die-Hand-Nehmen des Revolvers die Grundlage für Verhandlungen auf lange hinaus als zerstört ansehen. Trotzdem ist es zu diesem Beschluß gekommen.

. . .

Abrüstung, nicht Abschreckung, ist deshalb das Gebot der Stunde. Jede andere Einstellung und Haltung muß sich zwangsläufig als Fehler erweisen, den die Seite als erste korrigieren sollte, die sich mit der vielgerühmten Freiheit auch die Freiheit zur Vernunft leisten können muß. Deshalb ist es Sache des Westens, den Anfang zu machen, den Rüstungswettlauf zu stoppen, bevor er vollends aus der Kontrolle zu geraten droht, und lieber das Risiko einer einseitigen Vorleistung in Kauf zu nehmen, wenn es überhaupt ein Risiko ist, als die Katastrophe unvermeidbar selbst herbeizurüsten.

Quelle: Protokoll des Krefelder Forums „Der Atomtod bedroht uns alle" vom 15. 11. 1980 (unkorrigiertes Redemanuskript).

Professor Dr. Karl Bechert

Der frühere Stellvertreter des NATO-Oberkommandierenden in Europa für Kernwaffenfragen, General Pasti, sprach es offen aus: Die Vernichtung Europas ist der Preis für die Verteidigung der Vereinigten Staaten.

Ich sage: Wehrt Euch! Wollt Ihr Euch im Dritten Weltkrieg hinschlachten lassen? Glaubt Ihr immer noch an den Schutz durch die NATO? Habt Ihr immer noch nicht verstanden, daß Ihr die Ehre haben sollt, für die Vereinigten Staaten von Amerika zu sterben?

Die „Pershing-II"-Raketen und die „Marschflugkörper", deren Herstellung die europäischen NATO-Regierungen zugestimmt haben – Ihr, die Bevölkerung wurdet nicht gefragt –, und die Ihr bezahlen müßt, hat Euch der USA-Präsident aufgezwungen . . . Er will Neutronenwaffen, er hat eine Aufrüstung in Gang gesetzt wie noch nie in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

. . .

Aber kann denn gar nichts helfen? Doch: Europa, und vor allem und zuallererst die Bundesrepublik Deutschland, muß atomwaffenfreie Zone werden! Die Polen haben vor mehr als 20 Jahren Ähnliches vorgeschlagen. Es scheiterte an der Uneinsichtigkeit der maßgeblichen Politiker. Die Aufrüstung ging weiter. Die Abkommen über Rüstungsbegrenzung waren bisher immer so angelegt, daß sie Höchstgrenzen festsetzten, die über dem derzeitigen Stand lagen, was natürlich zur Folge hatte, daß noch mehr gerüstet wurde, um den vereinbarten Höchststand möglichst bald zu erreichen – zugleich ein Zeichen für das gegenseitige Mißtrauen und für die Verlogenheit der führenden Politiker.

Was erreicht werden muß, ist nicht eine Höchstgrenze für atomare Rüstung, sondern Verschwinden jeglicher Atomrüstung aus Europa, damit wenigstens dieser Krisenherd endgültig ausgeschaltet ist. Andere Gebiete mögen nachfolgen, man kann nicht alles auf einmal erreichen wollen.

Über diesen Vorschlag wird gelacht, wird gespottet werden. Aber weiß einer der Spötter einen besseren und ausführbaren Vorschlag? Dieser Vorschlag ist ausführbar, man muß nur wollen! Es ist schon eine ganze Reihe von Staaten in Europa, die keine Atomwaffen in ihrem Land haben und auch keine haben wollen!

. . .

Aus: „Aufruf an alle Bürger Europas: Wehrt Euch!", September 1980.

William Borm

. . .

Zunächst ist festzustellen, daß die Sicherheitsinteressen der USA und Westeuropas nicht immer identisch sind, auch wenn wir von atlantischer Sicherheitspartnerschaft sprechen. Erklärtermaßen allerdings beruht unsere Sicherheit entscheidend auf der Abschreckung, indem ein möglicher Angreifer unseres Territoriums im Ernstfall mit dem Einsatz amerikanischer strategischer Nuklearwaffen gegen sich rechnen muß. Diese amerikanische Sicherheitsgarantie ist indessen mehr als fragwürdig geworden.

. . .

So war es denn auch konsequent, daß die USA uns die eurostrategischen Waffen über den Weg der Nachrüstung andienen. Die logische Folge ist, daß hierdurch die Abkoppelung des potentiellen europäischen Kriegsschauplatzes vom sanctuary des US-Territoriums nun auch waffentechnisch besiegelt wird. Ich habe auch deshalb die Nachrüstung von Anfang an für falsch und primär uns selbst gefährdend angesehen. Es ist nicht übertrieben zu schlußfolgern, daß die USA nur noch bedingt als atomarer Garant unserer Sicherheit bezeichnet werden können. Wenn aber dem so ist, so ist als weitere Konsequenz in Europa ein sogenannter „Stellvertreterkrieg" nicht mehr völlig auszuschließen, dessen Auslösung nicht einmal regional vom europäischen Territorium ausgehen oder politisch mit europäischen Problemen zusammenhängen müßte.

Darüber hinaus bestehen begründete Zweifel, ob die USA die Realität eines Primats der europäischen Entspannungspolitik anerkennen können oder wollen und ob sie sich damit unseren vitalen Sicherheitsinteressen entsprechend verhalten werden.

Die Entspannungspolitik hat uns mehr Sicherheit gebracht als 20 zusätzliche Divisionen und eine ganze Generation neuer Waffensysteme uns je verschaffen könnten. Europa war und ist die Entspannungsregion schlechthin, bislang fußend auf dem Sockel des Kooperationsverhältnisses USA-UdSSR.

Die USA jedoch scheinen mehr und mehr dazu zu neigen, die Entspannungspolitik als Ganzes und damit ein wesentliches Element unserer Sicherheit in Frage zu stellen oder zumindestens in ihrer praktischen Politik für geringer zu achten als wir es im Eigeninteresse tun müssen. Unter Inanspruchnahme eines Solidaritätsaktes werden sie damit uns ein selbstschädigendes Verhalten zumuten. Denn die Westeuropäer und zuallererst wir Deutschen müssen in erster Linie daran interessiert sein, die Entspannung in Europa auch dann zu sichern, wenn sich krisenhafte Entwicklungen auf anderen Kontinenten zeigen, wie derzeit in Afghanistan.

Aus dem Gesagten und den vorher geschilderten Rahmenbedingungen folgt, daß Westeuropa

nicht länger auf eine eigenständige Sicherheitspolitik verzichten kann und darf, wenn anders es sich nicht auf Gedeih und Verderb amerikanischen Sicherheitsgarantien anvertrauen will, deren Einlösung nach eigenen amerikanischen Verlautbarungen fraglich geworden ist.

. . .

Aus: „Thesen zu einer europäischen Friedensordnung 1980", Referat am 25. 4. 1980 in der Theodor-Heuß-Akademie in Gummersbach.

Anton-Andreas Guha

. . .

Die absehbaren Konsequenzen des „Nachrüstungsbeschlusses" liegen auf der Hand und lassen sich nunmehr nach den angestellten Überlegungen summarisch zusammenfassen.

Die *Pershing-II*, vor allem aber die *Cruise Missiles* sind qualitativ neue Waffen von höchster Technologie. Technologischer Vorsprung aber trägt in sich das Prinzip des Wettlaufs und Wettrüstens, wie die Geschichte der Waffenentwicklung seit 1945 zeigt. Der technologische Rüstungswettlauf destabilisiert das Gleichgewicht, nicht zuletzt deshalb, weil er ständig neue Optionen und Einsatzmöglichkeiten für Waffensysteme schafft. Während die Spitzentechnologie im konventionellen Bereich aus naheliegenden Gründen den Verteidiger begünstigt und schon in absehbarer Zukunft jeden Angriff mit noch so mobilen Panzer- oder Schützenpanzerverbänden ad absurdum führen wird, begünstigt sie bei den atomaren Waffen und Trägersystemen, Raketen oder Marschflugkörpern Angriffskonzepte. Die Präzision und Mobilität atomarer Trägersysteme, etwa dank des *MIRV*- oder des *MARV*-Systems, schuf die Option des Erstschlages, begrenzt auf das militärische Potential des Gegners. Damit erscheint ein Nuklearkrieg wieder führbar, die Abschreckung verliert an Schrecken, Gewalt wird wieder als Mittel der Politik denkbar. Die Technologie bestimmt also militärische Strategien, und diese beeinflussen und verändern die Politik. Der Primat der Politik droht verloren zu gehen.

Die eurostrategischen Waffen sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Entwicklung, sie beschleunigen den Rüstungswettlauf, destabilisieren das Gleichgewicht, schaffen im Verbund mit den vorhandenen Potentialen Angriffsoptionen und beschwören vor allem die Gefahr der Unkontrollierbarkeit eines Atomkrieges in Europa herauf. Der „Nachrüstungsbeschluß" der NATO berücksichtigt nicht die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion (und – vom Standpunkt der Vernunft aus – auch nicht die der Bundesrepublik.)

Aus der Sicht der Sowjetunion stellt sich die Bedrohung etwa folgendermaßen dar: Im Falle eines militärischen Konflikts verfügt der Westen, verfügen vor allem die USA, über eine Vielzahl von Optionen; beispielsweise können die Vereinigten Staaten Zeit, Ort, Qualität, Eskalationsstufe und Intensität von konzentrischen Angriffen gegen die Sowjetunion außerhalb Europas bestimmen, dank der über 380 Militärstützpunkte, die die Sowjetunion einkreisen und die es den USA gestatten, beliebig viele Kriegsschauplätze zu eröffnen. Die Sowjetunion sieht sich einer globalen konzentrischen Angriffsoption gegenüber. Ihr riesiges Staatsgebiet mit den langen Grenzen ist nicht zu verteidigen, abgesehen davon, daß die Koordination der Abwehr oder der Gegenmaßnahmen an mehreren Kriegsschauplätzen angesichts der Neigung, die militärische Führung und Entscheidung zu zentralisieren, nicht organisiert werden könnte, zumindest nicht ohne schwerwiegende Pannen. Kommunikations- und Entscheidungssysteme brächen vermutlich rasch zusammen.

Schließlich muß die Kremlführung damit rechnen, daß China die Chance einer militärischen Verwicklung der Sowjetunion in Europa militärisch zu seinen Gunsten nutzt, zumindest starke sowjetische Kräfte bindet. Langfristig gesehen ist das chinesische nukleare Potential eine starke Bedrohung für die Sowjetunion. Die Sowjetunion fühlt sich nicht nur eingekreist, sie ist es.

. . .

Aus: Anton-Andreas Guha, Der Tod in der Grauzone. Ist Europa noch zu verteidigen?, Frankfurt/M. 1980 (S. Fischer Taschenbuchverlag), S. 168 f.

Professor Dr. Gerhard Kade

. . .

Der Hochrüstungsbeschluß der NATO vom Dezember 1979 ist nur ein Teil eines größeren Pakets von nuklearen Waffensystemen, die in ihrer Gesamtheit erst erkennen lassen, welche Absichten die Vereinigten Staaten mit ihrer neuen Runde des nuklearen Wettrüstens verfolgen. Neben den weitreichenden Mittelstreckenraketen Pershing II und den Marschflugkörpern, die strategische

Funktionen zu erfüllen haben, also keineswegs in die Gruppe der nuklearen Gefechtsfeldwaffen einzustufen sind, handelt es sich um die neue mobile Interkontinentalrakete MX, um luftgestützte Cruise Missiles, um das Trident-II-System, also um weitreichende Langstreckenraketen, die auf U-Booten stationiert sind, und immer noch – hier darf es gar keinen Zweifel geben – um die Neutronenwaffe.

. . .

das entscheidende an diesen Waffensystemen – neben den in der Vergangenheit immer schon üblichen technologischen Verbesserungen, wie Reichweite der Trägerwaffen und Treffsicherheit – ist, und darauf mache ich sehr deutlich aufmerksam, das Prinzip der Unverwundbarkeit dieser Waffensysteme. Alles zielt darauf ab, den nuklearen Erstschlag überraschend, also unter Ausschluß jeglicher Vorwarnzeiten, zu ermöglichen und die Zweitschlagkapazität des Gegners zu minimieren. Bei einer derartigen Entwicklung der nuklearen Waffensysteme gibt ein bloßes Abzählen von Sprengköpfen und Trägerwaffen keineswegs mehr eine zutreffende Information über militärische Überlegenheit und strategische Absichten. Die neue Waffentechnologie selber läßt vielmehr bereits Schlüsse auf eine nukleare Strategie zu, die auf die Auslösung eines atomaren Konflikts abzielt.

. . .

Es gibt Wege, die wir . . . beschreiten können. Es gibt den Vorschlag der Sowjetunion, keine Kernwaffen einzusetzen gegen Länder, auf deren Territorien keine Kernwaffen stationiert sind. Das wäre ein erster Schritt. Und ein weiterer Schritt müßte in die Richtung gehen, Europa endlich zu einer sicheren Friedenszone zu machen, zu einer kernwaffenfreien Zone, denn die Interessen der europäischen Länder sind nach diesen zwei Weltkriegen anders geartet, als die Globalstrategie der Vereinigten Staaten das heute erkennen läßt.

Quelle: Protokoll des Krefelder Forums „Der Atomtod bedroht uns alle" vom 15. 11. 1980 (unkorrigiertes Redemanuskript).

Dr. Dieter S. Lutz (IFSH)

Fassen wir (eine vergleichende Analyse der Potentiale von NATO und Warschauer Pakt – WVO –) zusammen, so ist zu betonen, daß die WVO im Bereich der euronuklearen Waffensysteme mit kurzer und mittlerer Reichweite zweifelsfrei weder eine numerische Überlegenheit besitzt noch einen qualitativen Vorsprung. Auch im Bereich der euronuklearen Systeme mit größeren Reichweiten läßt sich die These einer Unterlegenheit der NATO nur halten, wenn die höhere Qualität der modernen Jagdbomber der NATO und vor allem die SACEUR assignierten (das heißt: dem Alliierten Oberkommando Europa zugeordneten) US-Raketen des Typs Poseidon C 3 – willkürlich – unberücksichtigt bleiben. Mehr noch: Es kann im Gegenteil nicht ausgeschlossen werden, daß die WVO dem fortschreitenden quantitativen und qualitativen Standard der NATO glaubt, mit Umrüstungsmaßnahmen begegnen zu müssen.

Dennoch wird die Diskussion um die Modernisierungsmaßnahmen der NATO, insbesondere um die Stationierung von Pershing II und/oder den Marschflugkörpern in Europa von der Öffentlichkeit als Diskussion um eine „Antwort", also um eine „Reaktion" auf die sowjetischen Neuerungen im Mittelstreckenbereich geführt. Die Genesis beider Waffensysteme läßt jedoch eine Legitimation mit der sowjetischen SS-20 nicht oder nur eingeschränkt zu: Von der Erprobung der SS-20 erfuhr der Westen erstmals im Jahre 1975 durch den amerikanischen Aufklärungssatelliten Big Bird. Die Entwicklung der Pershing II hatte jedoch bereits im Jahr vorher, nämlich 1974, begonnen.

Die ersten erfolgreichen Flugtests mit der amerikanischen Tomahawk (moderner Marschflugkörper) liegen im Jahre 1976, was gleichfalls auf langjährige Entwicklungs- und Forschungsarbeiten vor diesem Zeitpunkt schließen läßt. Ein den amerikanischen Cruise Missile neuer Generation vergleichbares System der UdSSR zeichnet sich darüber hinaus nicht ab. Wenn überhaupt, so wird die Sowjetunion mit hoher Wahrscheinlichkeit einen ähnlich hohen technologischen Stand nicht vor Ablauf von zehn Jahren erreichen können. Von einem „Nachrüsten" des Westens im Sinne eines Aktions-Reaktions-Schemas kann also nicht gesprochen werden.

Wenn dennoch öffentlich der Umbau der Pershing I zu einer weitreichenden strategischen Waffe und die Entwicklung und Einführung einer gänzlich neuen hochtechnologischen Cruise Missile mit der Dislozierung (Einführung) neuer Mittelstreckenwaffen der UdSSR legitimiert wird, so handelt es sich um den typischen Fall einer ex-post-facto Rationalisierung (einer nachträglichen Begründung).

. . .

Nach dem dargelegten Kräfteverhältnis läßt sich diesem Argumentationsgang keinesfalls folgen. Dies ist um so mehr zu betonen, als wir in die Gewichtung der beiderseitigen Modernisierungsmaßnahmen das erhebliche Ungleichgewicht im Verhältnis der Gesamtzahlen an strategischen Nuklearsprengköpfen, die ja immer auch taktisch beziehungsweise eurostrategisch einsetzbar sind, noch nicht einmal berücksichtigt haben. Dieses Ungleichgewicht liegt derzeit bei etwa 12000 zu 4500 Spengköpfen zugunsten der USA. Die Forderung nach Einbeziehung der TNF (euronuklearen Waffen) in die Kooperative Rüstungssteuerung, sei es im Rahmen von MBFR, SALT oder als selbständige SALT-Gespräche, muß deshalb unverzüglich gestellt und beantwortet werden.

Zitiert nach: „Vorwärts" v. 22. 11. 1979, S. 10.

Dr. Alfred Mechtersheimer (MPI Starnberg)

. . .

6. Die 572 Pershing-II-Raketen und die Cruise-Missiles, die nach dem NATO-Ratsbeschluß vom Dezember 1979 eingeführt werden sollen, sind die für Europa bestimmten Waffen dieser neuen amerikanischen Nuklearstrategie. Die Eignung zur atomaren Ausschaltung militärischer Ziele in der Sowjetunion ist das eigentliche Motiv für die Stationierung. Die Modernisierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials begünstigte die Durchsetzung dieser Entscheidung. Rüstungskontrolle spielte dabei keine Rolle, zumal aus amerikanischer Sicht die 572 Waffen der militärische Mindestbedarf sind.

7. Mit Hilfe dieser in Europa stationierten amerikanischen Waffen könnte sich entsprechend der neuen Strategie tatsächlich ein Atomkrieg begrenzen lassen, nämlich auf Europa. Hier aber, vor allem in dem dichtbesiedelten Mitteleuropa, würde ein nuklearer Krieg auch dann zu einem atomaren Holocaust werden, wenn die Atomwaffen auf militärische Ziele gerichtet wären.

8. Die europäischen NATO-Partner der USA sind aufgerufen, in recht verstandener atlantischer Solidarität den sogenannten Nachrüstungsbeschluß zur Stationierung neuer Atomwaffen in Europa im Lichte der neuen US-Nuklearstrategie zu überprüfen. Vor allem die neue Bundesregierung hat darüber zu entscheiden, ob sie einen Rüstungsschritt ermöglichen oder verhindern will, der den Atomkrieg in Europa wahrscheinlicher macht.

Aus: Acht Thesen zur neuen Atomkriegsstrategie der USA und zur „Nachrüstung", vorgetragen auf einer Pressekonferenz von Friedensforschern in Bonn am 11. 9. 1980. Wortlaut in „Blätter", 10/1980. Vgl. auch Mechtersheimers Beitrag im vorliegenden Heft.

Zur Entwicklung im Wohnungsbau

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Lange Jahre galt in der Bundesrepublik die „Wohnungsfrage" als weitgehend gelöst. Dies schien der statistische Augenschein zu lehren – während die Erfahrungen der Wohnungsuchenden schon weniger positiv waren. Inzwischen wird deutlicher, daß sich im Wohnungswesen schon seit Jahren ein Prozeß vollzogen hat und weiter vollzieht, der den gesamten Wohnungsmarkt in eine neue Krise führt. Der „Deutsche Städtetag" sieht inzwischen einen Fehlbestand von einer Million Wohnungen in der Bundesrepublik – das Schlagwort von der „neuen Wohnungsnot" geht um.

Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt sind heute weniger durch globale Fehlbestände als vielmehr durch die Strukturverzerrungen zwischen Angebot und Nachfrage sowohl in regionaler als auch in qualitäts- und kostenmäßiger Hinsicht gekennzeichnet. Und während Bundesregierung, „Frankfurter Allgemeine" und Unternehmer „mehr Markt" im Wohnungsbau fordern, ist es doch gerade die Privatwirtschaft gewesen, die diese Disproportionen erzeugt hat.

Tabelle 1

Wohnungsbestand und Wohnungsbau in der Bundesrepublik[1])

	Wohnungs-bestand	*Wohnungs-bau insgesamt*	*darunter: Miet-wohnungen*[2])	*Sozialer Wohnungs-bau*	*darunter: 1. Förderweg*
1960	*16 407*	*574*[3])	*274*[3])	*327*	*288*[3])
1970	*20 807*	*478*	*249*	*165*	*129*
1973	*22 638*	*714*	*411*	*127*	*77*
1975	*23 621*	*437*	*210*	*154*	*90*
1976	*23 986*	*392*	*154*	*134*	*63*
1977	*24 369*	*409*	*152*	*113*	*57*
1978[4])	*24 710 (23 839)*	*368*	*101*	*135*	*55*
1979	—	*358*	*97*	*109*	*49*

[1]) In 1000.
[2]) Wohnungen in Drei- und Mehrfamilienhäusern, incl. Eigentumswohnungen.
[3]) Zahlen für 1962.
[4]) In Klammern lt. Mikrozensuszählung
Quellen: „Wirtschaft und Statistik", Nr. 5 und 10/1980; „Gesellschaftliche Daten", hrsg. von der Bundesregierung, 1979.

Die Statistik über den Wohnungsbestand ist allerdings mit Vorsicht zu genießen: während sich nach der Fortschreibungsmethode für 1978 ein Bestand von 24,7 Mio. Wohnungen errechnete, ergab die Mikrozensus-Stichprobenzählung nur 23,8 Mio.

Das Hauptproblem des Wohnungsmarktes ist gegenwärtig das Fehlen von Mietwohnungen zu bezahlbaren Preisen, vor allem in Ballungsgebieten. Tatsächlich ist der Mietwohnungsbau in den letzten Jahren nahezu völlig zum Erliegen gekommen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurde von den 97 000 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, die 1979 noch gebaut wurden,

fast die Hälfte als Eigentumswohnungen verkauft. Ganze 57000 „klassische" Mietwohnungen wurden also noch errichtet. Davon – so schätzt das Amt – wurden zwei Drittel im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gefördert, privat wurden kaum Mietwohnungen errichtet.

Die rückläufige Tendenz im Mietwohnungsbau ist vor allem eine Folge der Maßnahmen im sozialen Wohnungsbau. Auch in der Vergangenheit, vor allem in den 60er Jahren, wurde der Mietwohnungsbau wesentlich durch den sozialen Wohnungsbau getragen. Dabei sind bei der Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus zwei Tendenzen zu beachten. Einmal ist die Zahl der geförderten Wohnungen überhaupt zurückgegangen; im ersten Halbjahr 1980 wurden nur noch 27000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau errichtet, 30 % weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Das Förderungsvolumen ist zwar in den 70er Jahren noch gestiegen, konnte aber mit den steigenden Kosten nicht Schritt halten. Zum anderen erfolgte eine Umschichtung der Mittel zugunsten der sogenannten Eigentumsförderung. Der Anteil des „1. Förderwegs", vorwiegend Mietwohnungsbau für soziale Gruppen mit relativ niedrigem Einkommen, sank in den 70er Jahren ständig zugunsten des „2. Förderwegs", der vor allem die Eigentumsbildung bei Schichten mit höherem Einkommen begünstigt. 1979 waren von den 109000 geförderten Wohnungen 67000 Eigentümerwohnungen, aber nur 42000 Mietwohnungen.

Tabelle 2

Staatliche Aufwendungen für die Wohnungsbauförderung[1])

	1974	*1978*	*1980*	*1980 in % gegenüb. 1979*
Sozialer Wohnungsbau[2])	*4,6 (36 %)*	*4,9 (34 %)*	*5,9 (32 %)*	*+ 28*
Steuervergünstigungen[3])	*2,7*	*5,1*	*5,8*	*+115*
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	*0,4*	*0,7*	*0,5*	*+ 25*
Modernisierung	*0,3*	*0,6*	*1,3*	*+333*
Bausparförderung	*3,7*	*2,7*	*2,6*	*– 35*
Wohngeld	*1,6*	*2,0*	*2,1*	*+ 28*
Wohnungswesen insgesamt	*13,3*	*16,0*	*18,2*	*+ 37*

[1]) In Mrd. DM.
[2]) Zins- und Tilgungsbeihilfen, in Klammern Bundesanteil.
[3]) Ohne Grunderwerbsteuerbefreiung in Höhe von 3,5 Mrd. DM (1978).
Quelle: „DIW-Wochenbericht 50/80"; eigene Berechnungen.

Die Verlagerung auf die Eigentumsförderung hat wesentlich zur Verengung des Förderspielraums insgesamt geführt. Die Gesamtkosten im vollgeförderten sozialen Wohnungsbau beliefen sich je Wohnung 1979 auf 265000 DM in Einfamilienhäusern, 197000 DM bei Eigentumswohnungen, 165000 DM in Zweifamilienhäusern und 132000 DM in Drei- und Mehrfamilienhäusern. Der Mietwohnungsbau ist also nach wie vor der billigste Weg zur Bereitstellung von Wohnraum.

Die Konzentration auf die Eigentumsförderung vor allem über Steuervergünstigungen zu Lasten der Mietwohnungsförderung hat auch zu einer Umkehr der verteilungspolitischen Wirkungen der staatlichen Aufwendungen geführt. Nach einer Untersuchung des DIW über die Subventionswirkungen von Sozialmieten, Wohngeld und Eigentumsförderung im Jahre 1978, floß etwa die Hälfte aller Vergünstigungen in die Taschen des obersten Drittels der Einkommensskala, während das untere Drittel lediglich zu 20 % davon profitierte. Das gesamte System der Wohnbauförderung wurde – kaum bemerkt von der Öffentlichkeit – zu einer Subvention der obersten Einkommensschichten.

Die in den Koalitionsvereinbarungen abgesprochenen Maßnahmen im Bereich der Wohnungsbaupolitik sind nun geeignet, bei weiterer Einschränkung des gesamten Fördersystems die Verteilungswirkung weiter auf die Eigentumsförderung zu verlegen.

Geplant sind:
- Streichung der Bundeszuschüsse zum sozialen Wohnungsbau in Höhe von 1,5 Mrd. DM, Verlagerung der Lasten auf Länder und Gemeinden.
- Kürzung der Wohnungsbauprämie bei der Bausparförderung.
- Einführung von „Staffelmieten", die Mietsteigerungen über das Niveau der „ortsüblichen Vergleichsmieten" hinaus erlauben.
- „Fehlbelegungsabgabe" für Sozialmieter, die die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau übersteigen.
- Zinserhöhungen für Darlehen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, um die Miete an die „Kostenmiete" anzupassen.

Positiv zu beurteilen ist lediglich die für 1981 beschlossene Erhöhung des Wohngelds, die allerdings kaum mehr als einen Inflationsausgleich darstellt. Ziel der Beschlüsse ist generell Steigerung des Mietniveaus, während die Maßnahmen zur Eigentumsförderung erhalten bleiben (7 b-Abschreibung, „Bauherrenmodell") und teilweise noch erweitert werden sollen. Bauminister Haack hat die Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten im Wohnungsbau als Fernziel für wünschenswert erklärt. So sollen die Renditen im privaten Wohnungsbau erhöht werden um mehr Kapital für diesen Bereich zu interessieren. Daher meint Graf Lambsdorff: „Unsere Bürger müssen sich daran gewöhnen, für den gewünschten Wohnraum künftig – mehr als jetzt – einen angemessenen Preis zu entrichten." Die Wohnungsfrage soll durch „stärkere Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Elemente" (Koalitionsvereinbarung) einer Lösung nähergeführt werden. Die Klagen der Kapitalanleger: „Heute kommt man bei Neubauten nicht über drei Prozent Verzinsung hinaus" (Thieme, Hamburg-Mannheimer Lebensversicherung) haben bei der Bundesregierung ein offenes Ohr gefunden.

Gegen diesen Weg zur „Lösung" der Wohnungsfrage ist schon aus sozialen Gründen scharfer Widerstand notwendig. Schließlich handelt es sich um eine direkte Umverteilung zugunsten der Kapitalbesitzer. Doch selbst wenn man von diesem Aspekt absieht, kann die Rechnung: höhere Mieten = höhere Kapitalrenditen = mehr Wohnungen gerade in den Problembereichen nicht aufgehen. So ist darauf hinzuweisen, daß der Mietwohnungsbau in Ballungsgebieten schon in der Vergangenheit nur zum geringeren Teil von privaten Anlegern getragen wurde, für privates Kapital (ohne staatliche Förderung) ohnehin nie besonders attraktiv war. Das wird verständlich, wenn man sich die Entwicklung der „Kostenmieten" ansieht.

Tabelle 3

Mieten im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau[1])

	Bewilligungsmiete	*Kostenmiete*	*darunter: Kapitalkosten*	*Bewirtschaftung*[2])	*Hypothekenzins*[3])
1962	*1,87*	*3,40*	*2,58*	*0,82*	*6,0*
1970	*3,12*	*6,65*	*5,29*	*1,35*	*8,6*
1975	*4,37*	*12,19*	*9,66*	*2,53*	*8,7*
1977	*4,57*	*11,85*	*9,19*	*2,66*	*7,0 (9,3)*

[1]) In DM je Quadratmeter Wohnfläche.
[2]) Abschreibung, Instandhaltung, Verwaltung usw.
[3]) 1962: Rendite von Pfandbriefen, in Klammern: Hypothekenzins Oktober 1980.
Quellen: „Wirtschaft und Statistik", 3/1979; „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 11/1980.

Die Bewilligungsmiete ist im Durchschnitt des sozialen Wohnungsbaus bis 1979 auf über 5 DM je Quadratmeter geklettert. Die Kostenmiete, d. h. die Miete ohne öffentliche Förderungsmittel einschließlich Eigenkapitalverzinsung, dürfte inzwischen – berücksichtigt man das heutige Zinsniveau – bei über 15 DM je Quadratmeter liegen. Ein wichtiger Faktor des Kostenmietniveaus ist dabei das Zinsniveau. Bankenkonzentration, Inflation und Hochzinspolitik der Bundesbank in den 70er Jahren haben zu der sprunghaften Erhöhung der Kostenmieten geführt. Wenn nun die Bundesregierung eine Ankurbelung des Mietwohnungsbaus durch die Stimulierung privaten

Kapitals erreichen will, dann müßten die tatsächlichen Mieten in neugebauten Häusern so stark steigen, daß die gesamte Verbrauchstruktur der privaten Haushalte umgewälzt würde. Denn es läßt sich auf der Grundlage der gegenwärtigen Verbrauchsgewohnheiten kaum eine Miete von 1 200,– DM für eine 80-Quadratmeter-Wohnung durchsetzen – vor allem wenn man berücksichtigt, daß auch die übrigen Mietnebenkosten (Energie, öffentliche Abgaben usw.) sprunghaft ansteigen. Gerade in Ballungsgebieten mit ihren hohen Grundstückskosten dürfte es kaum gelingen, auf diesem Wege wieder privates Kapital für den Bau von Wohnungen mit normaler Ausstattung zu interessieren – die Mieten, die den gewünschten raschen Kapitalumschlag und eine anderen Anlageformen entsprechende Rendite gewährleisten, wären so hoch, daß die gebauten Wohnungen an „Normalverdiener" kaum zu vermieten wären.

Die Parole „Mehr Marktwirtschaft im Wohnungsbau" übersieht zudem, daß die Anlagegewohnheiten des privaten Kapitals sich – unter anderem unter dem Einfluß der Inflation – verändert haben. Die extrem lange Bindung von Kapital im Wohnungsbau stellt heute für viele Anleger ein Risiko dar, das sie angesichts anderer Anlagemöglichkeiten nicht eingehen. Beleg dafür ist der – auch staatlich geförderte – Versuch, ehemalige Sozialwohnungen als Eigentumswohnungen zu verkaufen, um das dort fixierte Kapital freizubekommen. Außerdem hat die Konzentration des Kapitals dazu geführt, daß im Anlagegeschäft große Gesellschaften dominieren, daß der private „Rentier", der den Miethausbau als Altersversorgung betrachtet, an Bedeutung verliert. Die Kapitalanlagegesellschaften aber sind an schnellem Kapitalumschlag interessiert, um die jeweils günstigsten Anlageformen nutzen zu können.

Nur eine regional und auf bestimmte Wohnungsarten gezielte Wohnungsbauförderung kann heute der wachsenden „neuen Wohnungsnot" steuern. Die globale Förderung privater Anlageformen im Wohnungsbau durch Hochschleusen des Mietniveaus und global wirkende Steuervergünstigungen wird mit Sicherheit zu einer weiteren Verzerrung am Wohnungsmarkt führen. Wohnungsnot in Ballungsgebieten und bei bestimmten Bevölkerungsgruppen und Wohnungshalden im Luxusbereich werden unterm Strich die öffentlichen Haushalte stärker belasten als die notwendige Orientierung des sozialen Wohnungsbaus auf seine eigentlichen Aufgaben: den Bau von Wohnungen zu bezahlbaren Preisen für untere und mittlere Einkommensgruppen.

Jörg Goldberg

Medienkritik

IN CROSS ROADS UND ANDERSWO: IN LEIPZIG

„Cross Roads", so heißt eine Wohnsiedlung in den Außenbezirken von Kapstadt, in Südafrika, die man normalerweise als Slum bezeichnen würde. Verschläge aus Blech, Holz, Karton und Plastik, in denen schwarze Arbeiter mit ihren Familien wohnen. Aber für sie sind diese armseligen, windschiefen Hütten, in die Wind, Regen und pralle Sonne unbehindert eindringen, trotzdem so etwas wie ein Paradies – das in ständiger Gefahr ist. Denn „Cross Roads" ist eine illegale Siedlung, weil sie in einem Land liegt, das der Mehrheit seiner Bewohner nicht erlaubt, da zu wohnen, wo sie wollen: wo ihre Familien sind. Legal ist in diesem Land die gewaltsame Unterbringung der Arbeiter, die für den Reichtum der Weißen sorgen, in bewachten Massenquartieren, zu denen ihre Frauen und Kinder keinen Zutritt haben und für dieses Verbrechen abgeknallt werden können. Sie müssen in fernen, eingezäunten „Homelands" wohnen, und nur einmal im Jahr, höchstens, können die Familien zusammkommen, zu mehr ist die Entfernung zu groß und der Lohn zu klein.

Die Bewohner von „Cross Roads" verstoßen gegen die gewalttätigen Gesetze. Sie haben für ihre Familien Hütten gebaut. Ein kleiner Stadtteil ist entstanden, verschönert und bewohnbar gehalten mit den Abfällen der Stadt der Weißen. Treibende Kraft dabei sind die Frauen, hier noch mehr als anderswo Ausgeschlossene, dicke schwarze Matronen mit bunten Kleidern und extravaganten Brillen. Gelassen und mutig diskutieren sie darüber, wann die Rassisten den Schandfleck auf der weißen Weste der Apartheid beseitigen werden: dann würden es, trotz allem, einige gemeinsam verbrachte Monate gewesen sein.

Schließlich kommen die gelben großen Maschinen, die man sonst zu Rodung und Aufbau braucht, und walzen alles nieder. Wer sich ihnen entgegenstellt, riskiert eines jener Blutbäder, die in unseren Zeitungen als „Rassenunruhen" vermeldet werden.

Diese Geschichte und die Bilder davon vermittelt ein Dokumentarfilm aus den USA („Cross Roads South Africa" von Jonathan Wacks), der auf der Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche zu sehen war. Er zeigte, was Apartheid in Südafrika praktisch bedeutet, seine Bilder und Töne hatten fast den Rang eines Erlebnisses: zu sehen, was man vorher bestenfalls nur wußte.

Immer schon war es eine besondere Qualität des Leipziger Festivals, daß nur hier Filme zu sehen sind von den Orten und Ländern, in denen sich die weltweite Auseinandersetzung der Systeme kristallisiert, im Kampf der kolonisierten Völker gegen Unterdrückung um die nationale Identität, um die Befreiung von Fremdherrschaft und Diktatur, um ein menschenwürdiges Leben, um den Wiederaufbau der verwüsteten Länder: Kampuchea, Nicaragua, Bolivien . . .

Oder, zum Beispiel, Palästina. Zelte, Baracken, ein Flüchtlingslager, Asyl eines obdachlosen Volks. Kinder heben vor der Kamera eine Hand hoch, zwei ausgestreckte Finger bilden ein V: *Sieg*. Ein kleines Mädchen hat Schwierigkeiten mit den kurzen Fingern, andere Hände greifen zu, dann gelingt die Geste, das Kind hat etwas gelernt. Später sieht man Zwölfjährige, die mit Gewehrattrappen aus Holz Schießen üben. Sie haben schon mehr gelernt, nämlich, daß in dem Krieg, den Israel gegen ihr Volk führt, die Kinder nicht verschont bleiben. Fast jede Woche wird das Lager bombardiert, fast jeden Monat annektiert Israel neue Gebiete. Die Kinder brauchen nicht zum Haß erzogen zu werden, sie wissen ohne Anleitung, wozu ein Gewehr nützlich ist. Der Regisseur des Films („Die Kinder Palästinas", DDR), Kurt Tetzlaff, macht keinen Hehl aus seiner Betroffenheit über die exerzierenden Kinder – er zeigt sie als Teil des gewaltreichen Kampfes gegen den im Namen „westlicher" Ideale ausgeübten Terror.

Von den Schwerpunkten, die westliche Medien setzen, war in Leipzig weniger zu sehen: Afghanistan, Polen. Das ist nicht eine Entscheidung der Festivalleitung: über die polnische Krise gibt es noch keine Filme – wie man hört, arbeitet der bekannte polnische Regisseur Andrzej Wajda an einem großen Projekt zum Thema. In Afghanistan fehlen noch alle Voraussetzungen für kinematographische Aktivitäten.

Mittel- und Südamerika stand 1980 eindeutig im Mittelpunkt. In die trockenen Worte der

Auswahlkommission gefaßt: „Einige Filmemacher verwenden das Bild des Vulkans in Nikaragua als Symbol dafür, daß hier ein Kontinent im Aufbruch ist. Und wir konnten beim Ansehen der Filme feststellen, daß die Filmemacher Lateinamerikas davon ausgehen, daß die Erfahrungen des revolutionären Kampfes in diesen Ländern verallgemeinert werden könnten auf die zu erwartenden revolutionären Entwicklungen in ganz Lateinamerika, auf den Kampf gegen die Diktaturen verschiedenster Schattierungen, die vom US-Imperialismus unterstützt werden." Der Film mit dem Vulkan ist ein kubanischer: die Luftaufnahmen des dampfenden Berges sind zwischen jeweils scheinbar zusammenhanglose, aber in sich geschlossene Szenen montiert, die die gegenwärtige Situation in Nikaragua dokumentieren sollen. In einer von ihnen konnte man einer Diskussion zwischen Arbeitern und dem Besitzer der kleinen Fabrik beiwohnen, in der sie beschäftigt sind. Die hitzige und wortreiche Auseinandersetzung wurde fast eine halbe Stunde lang ohne jeden Schnitt mit der beweglichen Schulterkamera gefilmt. Es geht um zu niedrige Löhne, schlechtes Essen, schmutzige Klos, um Nachlässigkeit und Faulheit der Arbeiter, um die Unfähigkeit derjenigen, die jetzt, im befreiten Land, als Arbeiter mehr Rechte ausüben sollen. Der einzige Zwang, den die sandinistische Revolutionsregierung hier ausübte, war die Öffentlichkeit der Debatte, welche die Anwesenheit der Kamera mit dem Wissen aller Beteiligten herstellte.

Und El Salvador: Armut, Militärterror gegen die Bevölkerung, das Massaker bei der Beerdigung des ermordeten Kardinals Romero, und Unterricht im Lesen und Schreiben, Ausbildung zur Herstellung von Sprengsätzen in den ersten befreiten Gebieten – einheimische Kameraleute ebenso wie Filmemacher aus Europa haben all das gleichermaßen aufgenommen und in ihre Filme eingeschnitten. Man kann sie nur in Leipzig nacheinander sehen, und der nur hier mögliche Wiedersehenseffekt (derselbe Platz, über den Menschenmassen den Maschinengewehrsalven zu entfliehen versuchen, dasselbe Trainingslager der Befreiungsbewegung in den Bergen immer wieder zu sehen) verleiht ein intensives Gefühl des Dabeiseins, des Miterlebens. Die Bilder, die diese Filme einfangen und weitergeben, lassen erst deutlich werden, wieviel Verletzung und Demütigung, Mut und Entschlossenheit nötig sind, um die Geschichte ihren Gang gehen zu lassen.

Ein Kamerateam begleitet eine Gruppe von Guerilleros, die eine Straße absperren. Sie führt zu einem Ort, der tags darauf besetzt werden, die erste größere Siedlung einer ersten *befreiten Zone* in El Salvador werden soll. Passanten und Fahrzeuge der Bewohner, die in die Stadt wollen, dürfen nach einer kurzen Kontrolle weiter, sie zeigen weder Angst noch Panik. Ein Mann wird aus einem Auto geholt, muß sich an die Felswand stellen, wird nach Waffen und Papieren durchsucht. Ein Guerillero überwacht die Szene, das Team läßt Bild und Ton mitlaufen. Plötzlich macht der Mann eine Fluchtbewegung, Schüsse sind zu hören. Ohne es gewollt zu haben, hat der schwedische Kameramann eine Exekution mitgefilmt. Der Mann hat zur Geheimpolizei gehört. Dunkle, zittrige Bilder, die dem Betrachter einen Schlag in die Magengrube versetzen, einen Schock auslösen, wie es kein perfekter Gangsterfilm könnte. Wochenlang haben die Schweden untereinander und mit den Vertretern der Befreiungsbewegung diskutiert, ob die Aufnahmen verwendet werden sollten oder nicht. Die Guerilleros sagten ja, jedoch die Debatte wird in Leipzig wieder aufgegriffen, wird endlos sein. Peter Torbjörnsson, der in Mexiko studierte, lange in Guatemala und Chile lebte und nun fürs schwedische Fernsehen arbeitet, ist der Meinung, daß es keine idyllische Revolution gibt, und daß man deshalb auch die Gewalt zeigen müsse, die sie ausübt. Er selbst, der in seinem Film auch Vertreter der Junta zu Wort kommen läßt, wäre fast ein Opfer ihres Terrors geworden. Er wurde verhaftet, und vor seiner Hinrichtung rettete ihm eine energische Demarche der schwedischen Regierung das Leben . . .

Leipzig im November: Zwischen Herbst und Winter ist die Gräue der DDR-Stadt für einen Westler noch trostloser als sonst. Täglich, beim Gang durch die Innenstadt zum Kino, sieht man die Fortschritte, die der Aufbau des Weihnachtsmarktes macht: gemächliche Gewinnung von Wärme. Gelegenheiten wurden versäumt: die Thomaskirche habe ich nicht besucht, keine Gespräche geführt über Umtauschquoten. In Leipzig war ich vor allem anderswo: in Wittstock und Managua, in Luanda und Phnom Penh, Bologna und Jerusalem – *Besuche,* so intensiv, wie auch vier Tage Rom oder drei Wochen Spanien nur sein können.

Günter Giesenfeld

„Mut für eine bessere Zukunft"

Sozialdemokraten appellieren an den SPD-Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, den sozialdemokratischen Bundeskanzler

(Wortlaut)

Zu Beginn der siebziger Jahre haben wir große Erwartungen in die Friedens- und Entspannungspolitik unserer Partei gesetzt. Sie zog eine Serie positiver Ergebnisse (menschliche Erleichterungen, Vertragspolitik, sichere Arbeitsplätze durch Osthandel) nach sich, die niemand leugnen kann und die auch einen großen Vertrauensgewinn für unsere Partei in der Bevölkerung gebracht haben. Dies spiegelte sich auch in den Wahlergebnissen wider und viele, vor allem aktive, junge Genossinnen und Genossen wurden gewonnen. Beides, das Vertrauen und der sichtbare Fortschritt, steht jetzt auf dem Spiel.

Vor einem Jahr, am 12. Dezember 1979, wurde der Brüsseler NATO-Raketenbeschluß gefaßt. Inzwischen wird immer klarer, daß es sich dabei um eine verhängnisvolle Fehlentscheidung gehandelt hat. Die erwartete Ratifizierung des SALT II-Abkommens durch das amerikanische Parlament war für den SPD-Bundesparteitag in Westberlin und die Bundesregierung die Voraussetzung für die Zustimmung zu diesem Beschluß. In seinen öffentlichen Erklärungen versicherte Helmut Schmidt, daß seine Regierung die Zeit von der Annahme des Beschlusses bis zur Stationierung der neuartigen amerikanischen Mittelstreckenraketen im Jahre 1983 zu Verhandlungen über die Begrenzung des nuklearstrategischen Potentials in Europa nutzen wolle, um zu einem militärischen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu gelangen. Er betonte ferner den „Doppelcharakter" des Beschlusses und verwies auf den Vorrang des darin enthaltenen Verhandlungsangebotes. Zu ernstzunehmenden Verhandlungen kam es bisher jedoch nicht. Stattdessen werden alle Vorbereitungen getroffen, die neuen Waffensysteme einzuführen und vollzogene Tatsachen zu schaffen.

Diese Entwicklung widerspricht dem eindeutigen Willen des SPD-Bundesparteitages. Die Parteimitglieder müssen sich getäuscht fühlen und die SPD ist in Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung zu verlieren.

Kommt es nicht alsbald zu Verhandlungen über die eurostrategischen Waffen, so wird eine neue Runde des Wettrüstens einsetzen, in deren Zentrum Europa steht. Die „Sicherheit für Deutschland" wäre mehr denn je in Gefahr. Wir würden unsere Zukunft einer amerikanischen Entscheidung ausliefern, die beinhaltet, daß ein auf Europa begrenzter Atomkrieg führbar ist.

Für die USA übernimmt jetzt ein Präsident die Regierungsgeschäfte, dessen erklärtes Ziel die weitere Aufrüstung ist und der das SALT II-Abkommen als gegenstandslos betrachtet.

Der ungehinderte Fortgang des Wettrüstens bringt auch für die Bundesrepublik, insbesondere für die Arbeitnehmerschaft, Belastungen, wie man sie sich bisher nicht vorstellen konnte. Das zeigen die Schwierigkeiten bei der Abfassung des neuen Regierungsprogramms. In wichtigen sozialen Bereichen wurde spürbar der Rotstift angesetzt. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise und die sozialen Schwierigkeiten – das wird immer klarer – haben ihre Ursache im wesentlichen im ständigen Wettrüsten. Die Forderungen u. a. der USA nach erheblichen realen Zuwachsraten des Verteidigungshaushaltes und die 3%-Vereinbarung der NATO sind nicht akzeptabel.

Die entscheidenden Kräfte in der Koalition müssen endlich notwendige Abstriche im Rüstungssektor vornehmen und nicht den Sozialabbau vorantreiben.

Auch die wirtschaftlich starke und industriell hochentwickelte Bundesrepublik kann sich eben nicht unbegrenzt Kanonen *und* Butter leisten.

Gerade zu einem Zeitpunkt, da eine Neuorientierung der Sicherheitspolitik dringlich ist (mit dem Anspruch auf Gewährleistung der sozialen Sicherheit und der inneren Stabilität), beschwört die Politik von Hans Apel durch militärische Demonstrationen, Paraden, Ordensverleihungen und öffentliche Gelöbnisse den Ungeist des Militarismus herauf und schafft ein psychologisches Klima, das auch die Soldaten der Bundeswehr einer nicht verantwortbaren Belastung aussetzt.

Aus all diesen Gründen erscheint es uns als dringend notwendig, zur ursprünglichen Absicht der Entspannungspolitik vor zehn Jahren zurückzufinden und ein Zeichen zur Umkehr zu setzen. Wir Sozialdemokraten sind durch die Geschichte unserer Partei und unseres Volkes besonders verpflichtet, alles zu tun, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Deshalb fordern wir den Bundesvorstand der SPD, die SPD-Bundestagsfraktion und den sozialdemokratischen Bundeskanzler auf, dafür Sorge zu tragen, daß

– ohne weitere Verzögerung und ohne größere Denkpausen Verhandlungen aufgenommen werden, um die eurostrategischen Waffensysteme in Europa zu begrenzen (miteinander reden statt gegeneinander rüsten);

– die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch die Rücknahme des NATO-Beschlusses doch noch verhindert wird;

– die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden;

– keine Neutronenbombe in der Bundesrepublik stationiert wird;

– der Rüstungsetat zugunsten sozialer Investitionen gesenkt wird (soziale Sicherheit statt militärischen Aufwand);

– schnellstmöglich eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen und durchgeführt wird.

Helmut Schmidt hat sein Regierungsprogramm unter die Devise „Mut zur Zukunft" gestellt. Vielleicht hofft er auf diese Weise die freiwillige Zustimmung der Parteimitglieder und der sozialdemokratisch orientierten Arbeitnehmer zu gewinnen für ein Konzept, das zutreffender ein Programm des Schweißes und der Tränen genannt werden müßte.

Mit unserem Aufruf wollen wir den Mut für eine *bessere* Zukunft mobilisieren, nicht für eine Utopie, sondern für eine Politik, die vor zehn Jahren erfolgversprechend begann mit dem Wagnis zu mehr Demokratie und dem friedlichen Ausgleich mit dem Osten. Wir wollen die sozialdemokratische Entspannungspolitik nicht verkommen lassen, nur weil die USA zur globalen Konfrontation zurückkehren will und dafür keinen anderen Weg weiß, als die Bundesrepublik zu einer vorgeschobenen Raketenbasis gegen die UdSSR auszubauen. Unter Mut zur Zukunft verstehen wir die Ablehnung der amerikanischen Zumutung und das Wagnis zur Abrüstung und zum friedlichen Wettbewerb der Systeme. Angesichts der bereits bestehenden riesigen Vernichtungspotentiale wissen wir nicht, was wir dabei verlieren können.

Jedenfalls haben wir den Kampf gegen Strauß nicht geführt und gewonnen, damit die sozialdemokratische Bundesregierung in den Sog der Politik eines Ronald Reagan gerät.

Wir wollen eine *wirkliche* Friedenspolitik.

Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören:

Heinrich Albertz, Berlin – Hanspeter Altenbernd, Theologiestudent, Hiddesen – Gert Bastian, Generalmajor a. D., Margetshöchheim – Peter Bauer, Juso-Landesvorsitzender, Saarbrücken – Dieter Begemann, Stadtrat, Herford – Rosel Begemann, OV-Vorstand, Herford – Günter Beling, Juso-Landesvorsitzender, Hamburg – Rolf Bemmann, stellv. OV-Vorsitzender, Bünde – Herwig Biehl, Stadtverbandsvorsitzender, Horn – Wolfgang Böhm, OV-Vorstand, Löhne – Stefan Borrmann, OV-Vorstand, Mülheim/Ruhr – Fritz Brendgen, Juso-Landessekretär, Düsseldorf – Rainer Brinkmann, Juso-UB-Vorsitzender, Pivitsheide – Heinz Broer, Stadtverbandsvorsitzender, Vlotho – Ursula Bruns, Dipl. Volkswirtin, Hamburg – Joachim Bünemann, UB-Vorstand, Hiddesen – Bärbel Busekros, Gemeindeverbandsvorstand, Kalletal – Monika Buttgereit, Juso-Landesvorstand, Berlin – Gert Börnsen, MdL, Landesvorstand Schleswig-Holstein – Manfred Coppik, MdB, Offenbach – Holger Czitrich, Stadtverbandsvorstand, Espelkamp – Manfred Dammeyer, MdL, Parteirat, Oberhausen – Bernd Dopheide, UB-Vorstand, Bielefeld – Prof. Dr. Andreas Dress, Hochschullehrer, Bielefeld – Alex Drexler, Juso-Bundesvorstand, Göttingen

– Christoph Ehrenberg, Juso-Landesvorsitzender Niedersachsen – Erhard Eichert, Kreistagsabgeordneter, Herford – Johannes Emmerich, OV-Vorsitzender, Bielefeld – Bernt Engelmann, f. d. Verband deutscher Schriftsteller i. d. IG Druck und Papier, Rottach-Egern – Kirsten Engelmann, Bezirksvorstand, Rottach-Egern – Ulrich Ewering Gemeindeverbandsvorsitzender, Hiddenhausen – Helmut Ellermann, AfA-UB-Vorsitzender, Kirchlengern – Fritz Fischer, Stadtrat, Löhne – Gottfried Fischer, OV-Vorstand, Kalletal – Hans Frey, MdL, Gelsenkirchen – Ruth Fricke, AsF-Bezirksvorstand, Herord – H. J. Frodermann, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf – Gerd Fürcht, IG-BSE-Geschäftsführer, Detmold – Katrin Fuchs, AsF-Bezirksvorstand, Gütersloh – Kitmar Gatzmaga, Juso-Bezirksvorsitzender, Düsseldorf – Dirk Gerhard, Filmjournalist, Sennestadt – Michael Goeschek, Juso-UB-Vorsitzender, Oberhausen – Sigrid Greenall, OV-Vorstand, Bünde – Hermann L. Gremliza, Herausgeber „konkret", Hamburg – Wolfgang Große Brömer, Falken-KV-Vorsitzender, Oberhausen – Reinhard Güths, OV-Vorsitzender, Waddenhausen – Michael Guggomos, Gemeinderat, Ehingen – Werner Hamel, Stadtrat, Löhne – Jürgen Hanning, Juso-Landesvorstand NRW, Horn – Karl-Heinz Hansen, MdB, Bonn – Rudolf Hartung, Juso-Bundessekretär, Bonn – Detlev von der Heide, UB-Vorstand, Lügde – Jürgen Heinrich, AfB-Bezirksvorsitzender, Bielefeld – Helmut Hellwig, MdL, Landesvorstand NRW, Herne – Albert Herzmann, OV-Vorstand, Dortmund – Annemarie Hesse, Stadtrat, Herford – Dieter Hildebrand, Kabarettist, München – Bertram Hilgen, Juso-Bezirksvorstand, Kassel – Ulrich Hilgendorff, Juso-Bezirksvorstand, Oldenburg – H. R. Hönings, Juso-Bezirksvorstand, Übach-Palenberg – Reiner Hofemann, Bezirksvorstand, Bielefeld – Heinz Hoffknecht, AStA-Vorsitzender d. Gesamthochschule, Paderborn – Hajo Hoffmann, MdB, Saarbrücken – Rainer Holtmann, OV-Vorstand, Heiden – Axel Horstmann, Stadtrat, Juso-Bundesvorstand, Enger – Christa Jahnke, Juso-Bezirksvorstand, Werther – Günter Jansen, MdB, Landesvorsitzender Schleswig-Holstein – Prof. Dr. Walter Jens, Sozialdemokratische Wählerinitiative, Tübingen – Klaus Juknus, OV-Vorstand, Herford – Prof. Dr. Siegfried Katterle, Hochschullehrer, Bielefeld – Willi Keitel, Juso-Bezirksvorsitzender, Nierstein – Klaus Keßler, Referent b. DGB-Kreis Lippe, Detmold – Manfred Kirsch, Juso-Landesvorstand, Neuwied – Albert Klutsch, MdL, Wesseling – Dieter Knobelsdorf, stellv. Fraktionsvorsitzender Stadtrat, Gütersloh – Rolf Koltzsch, Fraktionsvorsitzender Kreistag, Spenge – H. D. Kratschus, Juso-UB-Vorsitzender, Harsewinkel – Prof. Dr. Emil Küchenhoff, Parteirat, Landesvorstand NRW, Münster – Volker Kulle, Kreistagsabgeordneter, Moers – Anne Kuschel, OV-Vorsitzende, Pottenhausen – Dieter Lattmann, Schriftsteller, ehm. MdB, München – Christa Leesemann, OV-Vorsitzende, Lage-Müssen – Albert Lochner, Stadtrat, München – Ingo Lehmann, Gewerkschaftssekretär, Stuttgart – Dieter Linz, Juso-Bezirksvorstand, Konz – Henry Luhmann, Vors. d. Vertrauenskörpers, Detmold – Gisela Lukowiak, OV-Vorstand, Vlotho – Joachim Lukowisk, Juso-UB-Vorsitzender, Vlotho – Marie Marcks, Grafikerin, Heidelberg – Erich Meinike, MdB Oberhausen – Andreas Metzner, Landesschülersprecher NRW – Holger Menze, OV-Vorsitzender IG Druck und Papier, Lage – Dieter Meyer, AfB-UB-Vorsitzender, Bünde – Günter Meyer zur Heide, MdL, Hiddenhausen – Wilma Mohme, Stadtrat, Löhne – Bettina Morik, Juso-Landesvorsitzende Schleswig-Holstein, Hamburg – H. W. Neumann, Stadtrat, Herford – Werner Neumann, Juso-Bezirksvorstand, Bamberg – Rudolf Niebuhr, Bürgermeister, Lage – Detlev Oberpenning, OV-Vorsitzender, Rödinghausen – Günter Oberpenning, Bürgermeister, Rödinghausen – Manfred Ossenbeck, VDS-Vorstand, Marburg – Dr. Erich Ott, Sozialwissenschaftler, Bielefeld – Peter Pahmeyer, Juso-Bezirksvorsitzender, Detmold – Uwe Parpart, Juso-Landesvorsitzender Bremen, Bremerhaven – Reinhard Paul, AfA-UB-Vorstand, Enger – Heike Peters, Juso-Landesvorsitzende NRW, Gelsenkirchen – Wolfgang Peters, OV-Vorstand, Blomberg – Willi Piecyck, Juso-Bundesvorsitzender – Bernhard Pollmeyer, Stadtrat, Harsewinkel – Achim Post, UB-Vorstand, Espelkamp – Reiner Prestin, UB-Vorstand, Wülfrath – Marlies Plöger, Journalistin, Kiel – Heinz Rademacher, Betriebsrat, Bünde – Kurt Räker, Stadtrat, Herford – Hans Raßmes, Geschäftsführer „spw", West-Berlin – Karl Rauchschwalbe, UB-Verstand, Bad Salzuflen – Klaus Rehbock, Stadtrat, Herford – Erwine Rehm, AsF-Bezirksvorstand, Essen – Egbert Reinhard, MdL, Gelsenkirchen – Dietmar Reineke, OV-Vorstand, Remmighausen – Günther Remmel, OV-Vorstand, Hüllhorst – Wolfgang Ressmann, Juso-Landesvorstand Rheinl.-Pfalz, Neustadt – Christian Rosenbohm, OV-Vorsitzender, Bielefeld – Gustav Rosocha, stellv. Bürgermeister, Löhne – Mechthild Rothe, Parteirat, Paderborn – Andreas Ruck, Juso-Bezirksvorstand, Harsewinkel – Detlev Samland, Juso-Bundesvorstand, WDR-Rundfunkrat, Essen – Franz Schindler, Juso-Bezirksvorstand, Regensburg – Heinz Schmidt, OV-Vorsitzender, Bünde – Klaus Schmitz, SHB-Bundesvorstand, Aachen – Heinrich Schneider, Bürgermeister, Löhne – Uli Schneider, Juso-Landesvorsiand Rhl.-Pfalz, Hoppstädten-Weiersbach – Michael Schnitker, Juso-Bezirksvorstand, Rödinghausen – Reinhard Schnülle, Asta-Vorsitzender Uni-Bielefeld – N. Schüren, Juso-Landesvorstand Hessen, Marburg – Reinhard Schulz, Kreistagsabgeordneter, Ostbevern – Heide Simonis, MdB, Bordesholm – Wolfgang Spanier, UB-Vorstand, Herford – Peter Stahlheber, Gewerkschaftssekretär, Herzebrock – Gerhard Steidl, Verleger, Göttingen – Jochen Stemplewski, Fraktionsvors., Stadtrat, Sprockhövel – Karl-Heinz Schnepel, MdL, Löhne – Peter Strieder, Juso-Landesvorstand, Berlin – Peter Stolper, UB-Vorsitzender, Schloß-Holte – Erwin Taake, AfA-UB-Vorstand, Bad Oeynhausen – Gerhard Thielking, OV-Vorstand, Löhne – Hermann Thies, Juso-Kreisvorsitzender, Verden – Heinz Thöme, Juso-Bundesvorstand, Hamburg – Klaus Thüsing, MdB, Paderborn – Martina Tiltmann, AsF-Bezirksvorstand, Bielefeld – Erwin Tölle, Stadtverbandsvorsitzender, Lage – Dr. Karl Treichel, OV-Vorstand, Bünde – Karsten Vogel, stellv. OV-Vorsitzender, Bielefeld – Willi Vogt, Gewerkschaftssekretär, Bielefeld – Georg Walter, Kreistagsabgeordneter, Bünde – Gerd Walter, MdEP, Kiel – Ignaz Wasserle, Juso-Bezirksvorstand, Schierling – Andreas Wehr, Juso-Landesvorsitzender, Berlin – K. H. Wenzel, Betriebsrat, Lage – K. P. Wolf, Juso-Bundesvorstand, Berlin – Wolfgang Zellner, SHB-Bundesvorsitzender – Horst Zwicker, UB-Vorstand, Rödinghausen.

Die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1980*)

Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg (16. März 1980)[1])

Wahlberechtigte:	6 319 950
Wahlbeteiligung:	4 549 463 = 72,0 %
Ungültig:	36 454 = 0,8 %
Gültig:	4 513 009
Zahl der Abgeordneten:	124

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	2 407 798	53,4	68
SPD	1 468 873	32,5	40
FDP/DVP	374 633	8,3	10
DKP	11 738	0,3	–
Die Grünen	241 303	5,3	6
EAP	152	0,0	–
FAP	69	0,0	–
KBW	2 076	0,0	–
NPD	2 341	0,1	–
Einzelbewerber	4 026	0,1	–

1) Vgl. die Ergebnisse der Wahlen zum Landtag von Baden-Württemberg vom 4. April 1976 in „Blätter", 1/1977, S. 122.
Quelle: Statistik von Baden-Württemberg (Hrsg.: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg), Bd. 280/Gemeindestatistik 1980, Heft 2: Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg am 16. März 1980.

Wahl zum Landtag des Saarlandes (27. April 1980)[1])

Wahlberechtigte:	826 219
Wahlbeteiligung:	702 466 = 85,0 %
Ungültig:	7 721 = 1,1 %
Gültig:	694 745
Zahl der Abgeordneten:	51

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	305 584	44,0	23
SPD	315 432	45,4	24
FDP	47 977	6,9	4
CSWU	2 104	0,3	–
DKP	3 703	0,5	–
Die Grünen	19 945	2,9	–

1) Vgl. die Ergebnisse der Wahlen zum Landtag des Saarlandes vom 4. Mai 1975 in „Blätter", 1/1976, S. 114.
Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes: Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl im Saarland am 27. April 1980.

*) Die Wahlergebnisse aus dem Jahr 1979 vgl. „Blätter", 1/1980, S. 127f.

Wahl zum Landtag von Nordrhein-Westfalen (11. Mai 1980)[1]

Wahlberechtigte:	12 342 282
Wahlbeteiligung:	9 874 427 = 80,0 %
Ungültig:	55 909 = [2]
Gültig:	9 818 518
Zahl der Abgeordneten:	201

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	4 240 885	43,2	95
SPD	4 756 103	48,4	106
FDP	489 225	4,98	–
DKP	30 441	0,3	–
Zentrum	1 562	0,0	–
EAP	649	0,0	–
KBW	2 282	0,0	–
Bürgerpartei	5 410	0,1	–
Die Grünen	291 379	3,0	–
EFP	92	0,0	–
GPD	38	0,0	–
UAP	180	0,0	–
UNU	200	0,0	–
Einzelbewerber	72	0,0	–

1) Vgl. die Ergebnisse der Wahlen zum Landtag von Nordrhein-Westfalen vom 4. Mai 1975 in „Blätter", 1/1976, S. 114.
2) Prozentanteil nicht ausgewiesen.
Quelle: Landtagswahl 1980, Heft 3: Endgültige Ergebnisse (Hrsg.: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen).

Wahl zum 9. Deutschen Bundestag (5. Oktober 1980)[1]

Sitzverteilung im Bundestag

Zahl der Abgeordneten: 497 + 22 aus Berlin (West) [2]

	Direktmandate	Landeslisten	Insgesamt	Berlin (West)
SPD	127	91	218	10
CDU/CSU [3]	121	105	226	11
FDP	–	53	53	1

1) Vgl. die Ergebnisse der Wahlen zum 8. Deutschen Bundestag vom 3. Oktober 1976 in „Blätter", 1/1977, S. 122ff.
2) Die Vertreter aus Berlin (West) wurden am 5. Oktober 1980 vom Abgeordnetenhaus bestimmt und sind nicht voll stimmberechtigt.
3) Davon CSU 40 + 12 = 52.
Quelle: Alle Angaben zur Bundestagswahl nach: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit/Heft 5: Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980.

Gesamtergebnis

Wahlberechtigte: 43 231 741
Wahlbeteiligung: 38 292 176 = 88,6 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	485 645	1,3	353 115	0,9
Gültig	37 806 531		37 938 981	
SPD	16 808 861	44,5	16 260 677	42,9
CDU	13 467 207	35,6	12 989 200	34,2
CSU	3 941 365	10,4	3 908 459	10,3
FDP	2 720 480	7,2	4 030 999	10,6
Bürgerpartei	507	0,0	11 256	0,0
CBV	–	–	3 946	0,0
DKP	107 158	0,3	71 600	0,2
Die Grünen	732 619	1,9	569 589	1,5
EAP	4 992	0,0	7 666	0,0
KBW	12 008	0,0	8 174	0,0
NPD	–	–	68 096	0,2
Volksfront	7 160	0,0	9 319	0,0
DFP	96	0,0	–	–
DU	421	0,0	–	–
UAP	159	0,0	–	–
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	3 498	0,0	–	–

Schleswig-Holstein – Wahlkreis 1 bis 11

Wahlberechtigte: 1 928 108
Wahlbeteiligung: 1 716 553 = 89,0 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	19 708	1,1	12 636	0,7
Gültig	1 696 845		1 703 917	
SPD	843 976	49,7	794 900	46,7
CDU	691 043	40,7	662 791	38,9
FDP	132 832	7,8	216 552	12,7
DKP	3 182	0,2	2 474	0,1
Die Grünen	23 314	1,4	23 520	1,4
EAP	109	0,0	293	0,0
KBW	748	0,0	421	0,0
NPD	–	–	2 290	0,1
Volksfront	741	0,0	676	0,0
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	900	0,1	–	–

Hamburg – Wahlkreis 12 bis 18

Wahlberechtigte: 1 253 335
Wahlbeteiligung: 1 113 199 = 88,8 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	9 918	0,9	6 731	0,6
Gültig	1 103 281		1 106 468	
SPD	605 062	54,8	572 157	51,7
CDU	357 260	32,4	345 005	31,2
FDP	105 027	9,5	155 701	14,1
DKP	6 911	0,6	5 488	0,5
Die Grünen	27 161	2,5	25 278	2,3
EAP	283	0,0	201	0,0
KBW	583	0,1	403	0,0
NPD	–	–	1 742	0,2
Volksfront	994	0,1	493	0,0

Niedersachsen – Wahlkreis 19 bis 49

Wahlberechtigte: 5 363 576
Wahlbeteiligung: 4 790 833 = 89,3 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	47 636	1,0	35 691	0,7
Gültig	4 743 197		4 755 142	
SPD	2 313 239	48,8	2 232 531	46,9
CDU	1 968 623	41,5	1 891 813	39,8
FDP	345 591	7,3	535 914	11,3
DKP	10 636	0,2	7 020	0,1
Die Grünen	101 049	2,1	77 475	1,6
EAP	364	0,0	803	0,0
KBW	2 648	0,1	1 486	0,0
NPD	–	–	7 107	0,1
Volksfront	558	0,0	993	0,0
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	489	0,0	–	–

Bremen – Wahlkreis 50 bis 52

Wahlberechtigte: 523 161
Wahlbeteiligung: 459 208 = 87,8 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	4 498	1,0	3 752	0,8
Gültig	454 710		455 456	
SPD	245 074	53,9	238 912	52,5
CDU	137 674	30,3	131 017	28,8
FDP	51 810	11,4	68 720	15,1
Bürgerpartei	–	–	423	0,1
DKP	2 947	0,6	2 284	0,5
Die Grünen	15 917	3,5	12 300	2,7
EAP	236	0,1	171	0,0
KBW	507	0,1	406	0,1
NPD	–	–	873	0,2
Volksfront	545	0,1	350	0,1

Nordrhein-Westfalen – Wahlkreis 53 bis 123

Wahlberechtigte: 12 374 314
Wahlbeteiligung: 11 008 682 = 89,0 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	116 614	1,1	89 233	0,8
Gültig	10 892 068		10 919 449	
SPD	5 278 416	48,5	5 108 147	46,8
CDU	4 587 267	42,1	4 432 661	40,6
FDP	798 323	7,3	1 191 643	10,9
Bürgerpartei	441	0,0	7 300	0,1
DKP	33 594	0,3	23 115	0,2
Die Grünen	187 264	1,7	136 278	1,2
EAP	1 381	0,0	1 827	0,0
KBW	2 454	0,0	1 664	0,0
NPD	–	–	14 407	0,1
Volksfront	2 252	0,0	2 407	0,0
UAP	159	0,0	–	–
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	517	0,0	–	–

Hessen – Wahlkreis 124 bis 145

Wahlberechtigte: 4 001 747
Wahlbeteiligung: 3 598 071 = 89,9 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	47 140	1,3	32 909	0,9
Gültig	3 550 931		3 565 162	
SPD	1 721 811	48,5	1 655 513	46,4
CDU	1 486 212	41,9	1 447 904	40,6
FDP	249 303	7,0	377 448	10,6
DKP	11 734	0,3	8 817	0,2
Die Grünen	78 465	2,2	65 013	1,8
EAP	731	0,0	858	0,0
KBW	1 647	0,0	1 263	0,0
NPD	–	–	7 349	0,2
Volksfront	676	0,0	997	0,0
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	352	0,0	–	–

Rheinland-Pfalz – Wahlkreis 146 bis 161

Wahlberechtigte: 2 759 777
Wahlbeteiligung: 2 480 763 = 89,9 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	38 394	1,5	29 203	1,2
Gültig	2 442 369		2 451 560	
SPD	1 076 165	44,1	1 048 611	42,8
CDU	1 153 871	47,2	1 118 216	45,6
FDP	165 243	6,8	239 921	9,8
Bürgerpartei	66	0,0	–	–
DKP	6 463	0,3	4 139	0,2
Die Grünen	39 547	1,6	33 500	1,4
EAP	385	0,0	752	0,0
KBW	629	0,0	532	0,0
NPD	–	–	5 311	0,2
Volksfront	–	–	578	0,0

Baden-Württemberg – Wahlkreis 162 bis 198

Wahlberechtigte: 6 370 535
Wahlbeteiligung: 5 518 062 = 86,6 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	78 753	1,4	64 022	1,2
Gültig	5 439 309		5 454 040	
SPD	2 103 162	38,7	2 030 913	37,2
CDU	2 761 909	50,8	2 646 084	48,5
FDP	423 523	7,8	654 882	12,0
DKP	13 062	0,2	7 634	0,1
Die Grünen	133 706	2,5	99 074	1,8
EAP	554	0,0	1 212	0,0
KBW	2 033	0,0	1 278	0,0
NPD	–	–	11 475	0,2
Volksfront	939	0,0	1 488	0,0
DU	119	0,0	–	–
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	302	0,0	–	–

Bayern – Wahlkreis 199 bis 243

Wahlberechtigte: 7 827 420
Wahlbeteiligung: 6 854 780 = 87,6 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	110 102	1,6	68 415	1,0
Gültig	6 744 678		6 786 365	
SPD	2 252 449	33,4	2 220 953	32,7
CSU	3 941 365	58,4	3 908 459	57,6
FDP	408 804	6,1	532 620	7,8
Bürgerpartei	–	–	3 533	0,1
CBV	–	–	3 946	0,1
DKP	14 870	0,2	8 158	0,1
Die Grünen	124 069	1,8	89 322	1,3
EAP	675	0,0	1 221	0,0
KBW	655	0,0	721	0,0
NPD	–	–	16 308	0,2
Volksfront	455	0,0	1 124	0,0
DFP	96	0,0	–	–
DU	302	0,0	–	–
Einzelbewerber bzw. Wählergruppen	938	0,0	–	–

Saarland – Wahlkreis 244 bis 248

Wahlberechtigte: 829 768
Wahlbeteiligung: 752 025 = 90,6 %

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Ungültig	12 882	1,7	10 523	1,4
Gültig	739 143		741 422	
SPD	369 507	50,0	358 040	48,3
CDU	323 348	43,7	313 709	42,3
FDP	40 024	5,4	57 598	7,8
DKP	3 759	0,5	2 471	0,3
Die Grünen	2 127	0,3	7 829	1,1
EAP	274	0,0	328	0,0
KBW	104	0,0	–	–
NPD	–	–	1 234	0,2
Volksfront	–	–	213	0,0

CBV = Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) / CDU = Christlich Demokratische Union Deutschlands / CSU = Christlich-Soziale Union in Bayern / CSWU = Christlich Soziale Wähler Union / DFP = Deutsche Freiheitspartei / DKP = Deutsche Kommunistische Partei / DU = Deutsche Union / EAP = Europäische Arbeiterpartei / EFP = Europäische Föderalistische Partei / FAP = Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei / FDP = Freie Demokratische Partei / FDP/DVP = Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei / GPD = Grüne Partei Deutschlands / KBW = Kommunistischer Bund Westdeutschland / NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands / SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands / UAP = Unabhangige Arbeiter-Partei (Deutsche Sozialisten) / UNU = Union konkreter Umweltschutz (Partei der Mitte).

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 2/1981 der „Blätter" wird am 13. 2. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Autoren dieses Heftes

Dr. Alfred MECHTERSHEIMER, geb. 1939 in Neustadt/Weinstraße, Studium der Politikwissenschaft und Volkswirtschaft in Bonn, Berlin (West) und München, Mitarbeiter der Forschungsgruppe Alternative Sicherheitspolitik am Max-Planck-Institut Starnberg; Veröffentlichungen zu Problemen der Rüstung und Abrüstung, u.a. „Rüstung und Politik in der Bundesrepublik. MRCA Tornado", Bad Honnef 1977. * * * *Norbert SCHULTZE*, geb. 1951 in Berlin; Diplom-Soziologe, Studium der Soziologie und Psychologie an der FU Berlin; Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Ken LAWRENCE*, lebt in Jackson/Mississippi; seit den späten 50er Jahren in der Bürgerrechtsbewegung und Friedensarbeit tätig; heute hauptberuflicher Organisator der Bürgerrechtsbewegung in Mississippi, Leiter des Anti-Repression Ressource Team in Jackson und ständiger Mitarbeiter des „Covert Action Information Bulletin", einer Zeitschrift, die sich mit Enthüllungen der weltweiten CIA-Aktivitäten beschäftigt. * * * *Bernd GREINER*, geb. 1952 in Pirmasens; Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; lebt in Hamburg. * * * *Michael JUNG*, geb. 1950, Mitglied des Landesvorstandes der Jungsozialisten in Hamburg. * * * *Sara STEBBINS*, geb. 1943 in Tampa/Florida; lebt seit 1965 in der Bundesrepublik; z. Z. Studienreferendarin in Hamburg. * * * *Georg HERDE*, geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien; Journalist, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. * * * *Sigrid POHL*, geb. 1954 in Berlin; Studium der Volkswirtschaftslehre an der FU-Berlin; seit 1979 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der FU-Berlin. * * * *Günther BACHMANN*, geb. 1955 in Berlin; Diplomingenieur, Studium der Landschaftsplanung an der TU-Berlin.

Bemerkungen

Durch einen Umbruchfehler wurden in Heft 12/1980 die ersten drei Zeilen der Seiten 1519 und 1520 vertauscht. Wir bitten um Entschuldigung. D. Red.